

Andreas Hilger

Armin Müller

„Das ist kein Gerücht,
sondern echt.“

Der BND und der „Prager Frühling“
1968

Studien Nr. 4

Andreas Hilger, Armin Müller
„Das ist kein Gerücht,
sondern echt.“

Der BND und der „Prager Frühling“ 1968

Unabhängige Historikerkommission
zur Erforschung der Geschichte des
Bundesnachrichtendienstes 1945-1968

Herausgegeben von
Jost Dülffer, Klaus-Dietmar Henke,
Wolfgang Krieger, Rolf-Dieter Müller

Redaktion: Andreas Hilger, Sabrina Nowack,
Gerhard Sälter

Inhalt

Einleitung	5
I Das Krisenjahr 1968	17
II Jagen und Sammeln: Die Beschaffung	27
1. Agenten, Informanten und offene Beschaffung: HUMINT und OSINT	31
2. Elektronische Aufklärung: SIGINT	38
III Der BND und der „Prager Frühling“: Das Meldungswesen 1968	49
IV Wissen und Überzeugung: Die Auswertung	75
1. Kleinteilige Informationen, militärisches Lagebild und Vorwarnung	78
2. Politische Dynamik und die Prognosen der Auswertung	86
Schluss: Der BND, der „Prager Frühling“ und die bundesdeutsche Politik	101
Anhang	115
Dokumentenanhang	115
Quellen- und Literaturverzeichnis	150
Personenregister	157
Abkürzungsverzeichnis	159
Die Autoren	164
Impressum	166

Einleitung

Am 27. August 1968, eine knappe Woche nach dem Einmarsch der vereinigten Truppen von fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei, trug der Generalinspekteur der Bundeswehr, Ulrich de Maizière, im Bundesverteidigungsrat (BVR) über „militärische Vorbereitungen und Ablauf der Besetzung der CSR“ vor.¹ Der oberste Soldat der Bundesrepublik erläuterte dem Gremium, dass ab Anfang März 1968 „ausreichende Erkenntnisse über die Veränderungen und Bewegungsrichtungen“ gerade sowjetischer Großverbände vorgelegen hätten. Dies war nach Ansicht de Maizières ohnehin „nicht schwierig“ gewesen, da die militärischen Abläufe immer auch in der veröffentlichten Debatte des Ostblocks thematisiert worden seien. Allerdings kannte die Bundeswehr nur „grobe“ Schätzungen über die Größenordnung der zusammengezogenen Warschauer Pakt-Truppen. Die Bereitstellung eines kleinen bulgarischen Kontingents war gänzlich übersehen worden.

Ungeachtet dieses Informationsstands im Westen gelang dem Warschauer Pakt, als er in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 gegen die ČSSR losschlug, so Ulrich de Maizière später, eine „taktische Überraschung“.² Das musste auch das NATO-Hauptquartier in Brüssel anerkennen.³ Die in den Vormonaten gewonnene Überzeugung der militärischen Führungen des Westens, dass der sowjetische Aufmarsch ausschließlich gegen den unbotmäßigen Verbündeten in Prag gerichtet war, erwies sich im August glücklicherweise als richtig.⁴ Die Annahmen über das bereitstehende militärische Kräftepotential waren ebenfalls zutreffend. Allerdings ging die Bundeswehrspitze selbst am 27. August noch

1 Generalinspekteur, Vortrag vor BVR, 27.8.1968, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), NI Gerhard Schröder (I-483), Bd. 108/2. Dort auch die folgenden Zitate.

2 Ulrich de Maizière: In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, Hamburg 31997, S. 298-299.

3 Vgl. Klaus Wiegrefe: Pleiten, Pannen und Legenden, 20.8.2008, www.spiegel.de/einestages/geheimdienste-und-prager-fruehling-a-947780.html, Zugriff 30.7.2013.

4 Vgl. Deutsche NATO-Vertretung an Auswärtiges Amt (AA), ZB 6, Fs Nr. 1433, NATO-Reaktion auf Vorgänge in der CSSR, 25.9.1968, VS-Registrierung Bundeskanzleramt, Berlin (BK) 379 01 (7), Blatt 70-72, hier Blatt 70-71.

fälschlich davon aus, dass sich rund 20.000 Mann der Nationalen Volksarmee (NVA) auf dem Gebiet der ČSSR, und zwar in den Räumen um Prag und Karlovy Vary (Karlsbad), befanden.⁵

Die unschöne Überraschung selbst war, so de Maizière in Bonn, fast nicht zu vermeiden gewesen: Seiner Meinung nach hatten sogar die meisten Soldaten der tschechoslowakischen Volksarmee (ČSLA) in der Nacht vom 20. auf den 21. August friedlich „in ihren Kasernen geschlafen“. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, den, wie viele andere Westdeutsche auch, die scheinbare Irrationalität der sowjetischen Führung erschreckt hatte, reagierte ungehalten: Er hoffe, dass die Bundeswehr in einer „ähnlichen Lage nicht in ihren Betten liegt und schläft.“ An dieser Stelle schaltete sich der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Karl-Günther von Hase, ein: „Ob die Bundeswehr in einer solchen Lage in ihren Betten liegt oder nicht, ist eine politische und nicht eine militärische Entscheidung.“⁶

Auch wenn von Hase hier auf längerfristige Diskussionen über Ausrüstungs-, Stärke-, Koordinierungs- und Finanzfragen anspielte, die sich dauerhaft auf eine angemessene Reaktionsfähigkeit der Bundeswehr sowie der NATO auswirken mussten:⁷ Alle Sitzungsteilnehmer waren sich darüber einig, dass, um im Bild zu bleiben, im Kalten Krieg politische wie militärische Spitzen der Bundesrepublik einen verlässlichen Wecker zur Hand haben mussten. Mehr noch: Die westdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik bedurfte – ungeachtet der Einbindung in das westliche Bündnis – eines unabhängigen nationalen Instrumentariums, das die

5 Generalinspekteur, Vortrag vor BVR, 27.8.1968, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), NI Gerhard Schröder (I-483), Bd. 108/2. Siehe Andreas Hilger und Armin Müller: Der BND und der „Prager Frühling“; in: Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945-1968: Umriss und Einblicke. Dokumentation der Tagung am 2. Dezember 2013, hg. Unabhängige Historikerkommission zur Geschichte des BND, Marburg 2014 (UHK BND, Studien 2), S. 64-74.

6 De Maizière, In der Pflicht, S. 300. Zur allgemeinen Reaktion in der BRD vgl. u.a. Nationaler Sicherheitsberater Walt Rostow an Präsident Lyndon B. Johnson, 2.9.1968, CIA, FOIA-ERR, Special Collections: Czech Invasion, <http://www.foia.cia.gov/CzechInvasion.asp>, Zugriff 6.8.2013; Helmut Schmidt: Menschen und Mächte, Band 2, Berlin 1990, S. 529; Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger, 1904 – 1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006, S. 667; Oliver Bange, Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966 – 1969, in: Kurt Georg Kiesinger, 1904 – 1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, hg. Günter Buchstab u.a., Freiburg 2005, S. 455-500, hier S. 474-475.

7 Vgl. u.a. Peter Schneider: The evolution of NATO. The Alliance's strategic concept and its predecessors, 1945 – 2000, München 2000, S. 37-45; MGFA (Hg.): Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr, 1950 – 1972, München 1975, S. 69-302; Dettlef Bald: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955 – 2005, München 2005, S. 70-84.

Bonner Verantwortlichen in die Lage versetzte, ihre Entscheidungen, insbesondere in Krisensituationen, auf der Basis verlässlicher und umfassender Informationen sowie mit ausreichender Bedenk- und Abstimmungszeit autonom fällen zu können.⁸

Damit war auch die Frage nach der Leistungsfähigkeit des Bundesnachrichtendienstes (BND) gestellt. Der BND, der einzige Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland, war dafür zuständig, valide, geheime und offene, politische, wirtschaftliche und militärische Informationen über und aus Staaten des Auslands zu beschaffen und sie in geeigneter Form der Regierung zur Verfügung zu stellen. In der Praxis der 1960er Jahre waren das Bundeskanzleramt (BK), das Auswärtige Amt (AA) sowie das Bundesministerium der Verteidigung (BMVtG) Hauptabnehmer der Berichterstattung; letztgenanntem Ministerium arbeitete der Dienst zusätzlich für die NATO-Ebene zu.⁹

Die hier formulierte Aufgabenstellung entsprach dem Selbstverständnis des BND.¹⁰ Der „Dienst“, wie ihn sein langjähriger Leiter, Reinhard Gehlen, mit ebenso selbstbewusstem wie durchsichtigem Understatement nannte,¹¹ war allerdings nicht der einzige außen- und sicherheitspolitische Sensor der Republik. Im Gerangel um Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (BMG), dem Bundespresseamt (BPA) oder dem Verteidigungsministerium war der Stellenwert des BND für bundesdeutsche Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse umstritten. Zudem stellte sich den beteiligten Akteuren die grundsätzliche Frage, wie eine demokratische Exekutive in den Spannungsfeldern von politischen Machtkämpfen, staatlicher Sicherheit, militärisch-politischer Blockkonfrontation, nachrichtendienstlicher Methodik, individueller Freiheit sowie demokratischer Kontrolle und Transparenz mit ihrem geheimen Nachrichtendienst umzugehen

8 Generalinspekteur, Vortrag vor BVR, 27.8.1968, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), NI Gerhard Schröder (I-483), Bd. 108/2. Vgl. BMVtG Fü S II 3 Nr. 111/69 geh., Zwischenanalyse der militärischen Entwicklung der CSR-Krise, 9.1.1969, VS-Registatur BK, 37901 (7), Bd. II, Blatt 16-29, hier v.a. Blatt 23-29; BMVtG Fü S II 2 Nr. 6891/68 geh., Militärische Vorbereitungen und Ablauf der Besetzung der CSR, 2.9.1968, VS-Registatur BK, 37901 (7), Blatt 13-22.

9 Vgl. BND, 01/B/L-Az. 04-51, Tgb.-Nr. 374/68 geh., an BK, Hans-Georg v. Koester, 8.3.1968, VS-Registatur BK, 15130/10, Bd. 1, Blatt 137-138.

10 Vgl. Wessel, Notiz über Lage Bundesnachrichtendienst bei Übernahme am 1. Mai 1968, 22.4.1968, S. 2, BND-Archiv, N 1/77; Auswertung (461/S) an Führungsbeauftragter Personal u.a., Blum, (48 pers.), Möglichkeiten und Grenzen der Auswertung des BND, 30.5.1968, S. 4, BND-Archiv, 1165.

11 Reinhard Gehlen: Der Dienst. Erinnerungen 1942–1971, Mainz 1971.

hatte.¹² Letztlich galt es auch in der Bundesrepublik als „eine selbstverständliche Tatsache, dass Geheimdienste eine Sache des Vertrauens sind“.¹³

Das Vertrauen in den BND war untrennbar mit dem Bild verbunden, das sich zivile und militärische Akteure von den nachrichtendienstlichen Fähigkeiten und der Professionalität des BND machten. In diese Vorstellung flossen Annahmen über die politische Loyalität des BND ein, anders ausgedrückt: Differierende Ansichten über die professionelle Qualität des Dienstes beruhten auch auf unterschiedlichen Einschätzungen seiner politischen Verlässlichkeit.

Diese Verknüpfung übersetzte sich im Behördenalltag in die Frage, ob die Ausgangsmeldungen des BND tatsächlich auf einer kompetenten, unvoreingenommen und zugreifenden Beschaffung, sowie einer professionellen, nicht-selektiven Aufbereitung geheimer, das heißt auf geheimen Wegen gewonnener Nachrichten basierten. Die Meinungen zu all diesen Punkten gingen im Laufe der Jahre auseinander. Neben Fragen der politischen Opportunität und messbaren Erfolgskontrollen von gemeldeten Fakten oder Prognosen spielte in den Bewertungen der Bonner Behörden stets auch das hauseigene Expertenwissen oder das Vorhandensein alternativer Informationsmöglichkeiten eine Rolle. Darüber hinaus stellten die ministerialen Abnehmer der BND-Informationen zugleich Konkurrenten um Ressourcen und Einfluss dar.¹⁴ Im Ganzen sahen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre insbesondere militärische Bedarfsträger die Leistungsfähigkeit des BND recht kritisch. Im Führungsstab des Verteidigungsministeriums schrieb der Leiter der Abteilung Nachrichtenwesen, Flottillenadmiral Günter Poser, im Oktober 1968 sogar den Suizid des kommissarischen BND-Vizepräsidenten Horst Wendland einer Depression zu, die durch die jahrelange Ineffizienz

12 Vgl. zu grundsätzlichen Überlegungen Stefanie Waske: Mehr Liaison als Kontrolle. Die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung, 1955–1978, Wiesbaden 2009; Dominic Hörauf: Die demokratische Kontrolle des Bundesnachrichtendienstes. Ein Rechtsvergleich vor und nach 9/11, Hamburg 2011; Erik Hansalek: Die parlamentarische Kontrolle der Bundesregierung im Bereich der Nachrichtendienste, Frankfurt/Main 2006; Michael Brenner: Bundesnachrichtendienst im Rechtsstaat. Zwischen geheimdienstlicher Effizienz und rechtsstaatlicher Kontrolle, Baden-Baden 1990.

13 Vors. AK Rechtswesen SPD-Bundestagsfraktion, Martin Hirsch, an MdB (SPD) Fritz Sänger, 30.3.1971, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD), VI. WP, 1008.

14 Vgl. (KN) Dr. Neumann [Schulungswesen], Aufzeichnung über Notwendigkeit und Möglichkeit, die Effektivität der geheimdienstlichen Teile des BND zu verbessern, 11.8.1967, S. 6, BND-Archiv, 3263.

des Dienstes ausgelöst worden sei.¹⁵ Die bundesdeutsche Diplomatie hielt die Situation zwar für weniger dramatisch, die Auslandsspionage jedoch ebenfalls für verbesserungsfähig. Das ambivalente Urteil, das der Pressesprecher von Kanzler Kiesinger, Günter Diehl, später in seinen Memoiren fällte, traf offenbar recht genau die bestenfalls gemischte, oftmals jedoch sehr kritische und nie euphorische Bonner Stimmungslage der späten 1960er Jahre. Er hatte, so Diehl zum Sommer 1968, „zu diesem Zeitpunkt keine besonders schlechte, aber auch keine besonders gute Meinung über die Leistungsfähigkeit unserer Nachrichtendienste“.¹⁶ Auch im BND selbst kursierten durchaus nüchterne Annahmen über die Durchschlagskraft des eigenen Dienstes. Die Bestandsaufnahme, die der neue Präsident Wessel im Frühjahr 1968 bei seinem Amtsantritt zog, fiel entsprechend ambivalent aus.¹⁷

Das Einsatzgebiet ČSSR gehörte zu den langjährigen Schwerpunkten der Tätigkeit des BND. Die „kommunistische[n] Staaten“ Osteuropas rangierten nach „SBZ“ und „SU (einschließlich Weltkommunismus)“ 1968 auf Platz drei der „Dringlichkeits- (Prioritäten-) Folge für Auftrag an den BND“, und innerhalb dieser Gruppe bildeten Polen und die ČSSR den eigentlichen Fokus.¹⁸ Dabei galt im militärischen Bereich die Feststellung von Indikatoren für gegnerische Angriffsabsichten und -vorbereitungen als ein wesentliches Aufgabenfeld. Hier flossen wiederum Erkenntnisse aus der Militär-, der politischen sowie aus der Wirtschafts- und Transportaufklärung zusammen. In der politischen Aufklärung spürte

15 Parlamentarischer Staatssekretär Karl Theodor von und zu Guttenberg an Bundeskanzler, pers./ vertraul., 10.10.1968, Staatsarchiv (StA) Bamberg, NI von und zu Guttenberg, 91, Blatt 68. Poser war von Juli 1963 bis April 1964 Leiter der Marineauswertung des BND.

16 Günter Diehl: Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969, Frankfurt/Main 1994, S. 426-427. Vgl. Egon Bahr: Zu meiner Zeit, München 21996, S. 258-260, 265; Rainer Barzel: Ein gewagtes Leben. Erinnerungen, Stuttgart 2001, S. 175-176; Karl Carstens: Erinnerungen und Erfahrungen, hg. Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard a. Rh. 1993, S. 358; Horst Ehmke: Mittendrin. Von der Großen Koalition zur deutschen Einheit, Reinbek 1996, S. 120-121. Auf die Einschätzungen der sogenannten „Partnerdienste“, von denen u.a. die internationalen Kooperationsmöglichkeiten des BND abhängig waren, kann hier nicht weiter eingegangen werden.

17 Vgl. Wessel, Notiz über Lage Bundesnachrichtendienst bei Übernahme am 1. Mai 1968, 22.4.1968, S. 7-8, BND Archiv, N 1/77; Kurt Weiß (Leiter Außenpolitische Aufklärung), Tagebuch, Eintrag 7.6.1967 zu Gruppenleiterbesprechung Bereich Außenpolitische Aufklärung, BND-Archiv, N 10/14, S. 1400-1401.

18 Chef BK, Carstens, an Wessel, 24.5.1968, Bundesarchiv Koblenz (BArch), Bundeskanzleramt (B 136), 3750.

der Dienst vornehmlich Absichten und Motivationen des Gegenübers nach.¹⁹ Eine aktive Einwirkung des Pullacher Dienstes auf die innenpolitische Entwicklung in der ČSSR, sei es durch Propagandamaßnahmen, Einflüsterungskampagnen oder gar durch subversive Aktivitäten, hat es 1968 im Übrigen nicht gegeben.²⁰

Beim derzeitigen Stand der Forschungen kann und will sich die vorliegende Studie nicht an einer abschließenden Bewertung der Leistungsfähigkeit des BND versuchen. Am konkreten Beispiel der Aktivitäten der Pullacher Behörde im Umfeld des „Prager Frühlings“ sollen vielmehr in den zentralen Arbeitsfeldern Beschaffung und Auswertung die Herangehensweisen des BND mit ihren inhärenten Problemen aufgezeigt werden, um sich den grundsätzlich professionell und technologisch, außen-, militär- und innenpolitisch sowie durch die Gegenmaßnahmen der osteuropäischen Dienste definierten „Möglichkeiten und Grenzen“ des bundesdeutschen Nachrichtendienstes anzunähern.²¹

Eine adäquate Beurteilungsbasis für die qualitative Diskussion der Aktivitäten des BND, die über die Verifizierung von Daten, Personenangaben und Truppenzahlen hinausgeht, lässt sich dabei weniger in einem Vergleich mit der heute dominierenden Sicht auf vergangene Ereignisse als in der dienstinternen Debatte zum Meldungs- und Auswertungswesen sowie in den zeitgleichen Informationen und Interpretationen relevanter Parallelbürokratien finden. Das sind hier vor allem das Auswärtige Amt und das Verteidigungsministerium. Für einen Abgleich mit

19 Vgl. Ausarbeitung: Anzeichen militärischer Kriegsvorbereitungen des Ostblocks in Mitteleuropa, April 1955, BND-Archiv, N 3/1, Blatt 3-73; Unterrichtung Außenpolitische Aufklärung (27 VK) durch Beschaffung Politik im Strategischen ND, Ostblock, Ritgen, (283/Ost), Tagebuch Weiß, 6.7.1966, BND-Archiv, Nr. 10/13, S. 1241-1242; Militärische Aufklärung (RW 14) Nr. 20144/68 VS-V, Möglichkeiten und Grenzen der gegen den Ostblock gerichteten MIL-Beschaffung, Anl., 28.5.1968, BND-Archiv, 1165; Militärische Aufklärung, zur Mühlen (RW 14/pers.), 20-044/68 VS-V an Führungsbeauftragter Personal u.a. (48), 28.5.1968, BND-Archiv, 1165.

20 Zu gegenteiligen Behauptungen der Warschauer Pakt-Dienste vgl. u.a. Revoluční a bojové tradice II. správy SNB. Zdroj sily a úspěchů v boji proti nepřátelským rozvědčkám, Prag 1983, S. 189-213, 247-263; Nikita Petrov: Der „Prager Frühling“ im Visier des KGB, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 761-777; Igor Lukes: Showdown in der Kapelle. Der tschechoslowakische Geheimdienst 1968, in: Ebd., S. 792-805; Monika Tantzschner: Maßnahme „Donau“ und Einsatz „Genesung“. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, Berlin 1998.

21 Dieser Ansatz entwickelt u.a. einige Fragestellungen weiter, die Matthias Uhl und Armin Wagner anhand der offen gelegten Akten des BND zum Mauerbau aufgeworfen haben, vgl. Matthias Uhl und Armin Wagner: „Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen nachrichtendienstlicher Aufklärung“. Bundesnachrichtendienst und Mauerbau, Juli-September 1961, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 681-725, hier S. 683, 688, 700-701.

Erkenntnissen und Maßnahmen auf internationaler Ebene, das heißt beispielsweise mit der Tätigkeit der CIA, ist ein derartiger Werkstattbericht nicht der richtige Ort.²²

Die Studie liefert zunächst einen kurzen Abriss vornehmlich des bundesdeutschen Blicks auf die internationale Großwetterlage sowie auf die sukzessiv kulminierende politische und militärische Krisenentwicklung des „Prager Frühlings“ in ihrer blockpolitischen Dimension im Zeitraum von Januar 1968 (Rücktritt Antonín Novotnýs als Parteichef) bis Ende August 1968 (Moskauer Verhandlungen). Dabei werden für allgemeine Überlegungen Ereignisse und Debatten von September und Oktober stichwortartig miteinbezogen, sofern sie Grundprobleme der Vormonate mit neuer Akzentsetzung fortführten. Eine weitergehende Einbettung der politischen und militärischen Prozesse in übergeordnete Abläufe u.a. im amerikanisch-sowjetischen Globalverhältnis, in die Beziehungen zwischen der UdSSR und China, hinsichtlich der Aufbrüche innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung und Parteien oder in sicherheitspolitische Debatten in Europa muss in dieser Fallstudie nicht geleistet werden. Nach dieser Skizze der Ereignisse konzentriert sich die Darstellung dann auf die hier interessierenden Kernbereiche von Beschaffung und Auswertung durch den BND.

Der Beschaffungsapparat des BND sah sich vor die Aufgabe gestellt, Entwicklungen im Nachbarland ČSSR und damit im Warschauer Pakt möglichst früh und möglichst vollständig zu registrieren. In Kapitel II wird im Detail betrachtet, inwieweit der BND mit seinen (gewachsenen) Organisationsstrukturen und Arbeitsmechanismen in der Lage war, relevante Informationen zeitnah zu eruieren und zur weiteren Bearbeitung zu übermitteln. Die Informationsquellen lassen sich im Kern in menschliche und elektronische Quellen – HUMINT und SIGINT – unterteilen. Dazu kamen Erkenntnisse aus der offenen Beschaffung, d.h. Materialien vorrangig aus Presse und Publizistik. In einem zweiten Schritt werden Herkunft und Qualität der Informationsquellen des BND mit Erkenntnismöglichkeiten anderer Stellen abgeglichen, um auf dieser Ebene nach Alleinstellungsmerkmalen des Dienstes

22 Vgl. zu Bilanzen anderer westlicher Dienste: Finished reporting on the Czechoslovak-Soviet crisis, 28.10.1968, CIA, FOIA-ERR Special collections: Czech invasion, <http://www.foia.cia.gov/CzechInvasion.asp>, Zugriff 26.8.2013; Donald P. Steury, Die CIA und die Invasion in der Tschechoslowakei, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 779-789, hier S. 788-789; Saki R. Dockrill: Verteidigung und Entspannung: Großbritannien und die Tschechoslowakei, in: Ebd., S. 365-386, hier S. 377-378; Thomas Wegener Friis: Dänemark – NATO-Horchposten zur Ostsee, in: Ebd., S. 617-632, hier S. 623.

zu fahnden. Auf der nächsten Arbeitsstufe, der Auswertung, bewerteten die haus-eigenen Analysten des BND die eingegangenen Informationen in ihrer kurz-, mittel- und langfristigen Bedeutung sowie, im militärischen Bereich, hinsichtlich des taktischen und strategischen Gefährdungspotentials für die Bundesrepublik (und ihr Bündnis). Diese Einschätzungen standen hinsichtlich Aktualität, thematische Vollständigkeit sowie argumentativer Plausibilität und Konsistenz über den Gesamtzeitraum hinweg nicht nur in einer Wechselwirkung mit der Güte der vom Haus beschafften Informationen, sondern auch in potentieller Konkurrenz zu Analyseergebnissen außerhalb des BND. Die Frage, inwieweit und auf welchen Wegen der Pullacher Dienst mit seinen Resultaten die Bonner Politik informieren, beeinflussen oder lenken konnte, bedarf noch weiterer Forschungen. Daher wird das eigentliche Berichtswesen des BND in der abschließenden Diskussion nur in Umrissen nachgezeichnet.

Die historische Forschung hat sich den hier diskutierten Aspekten – nicht zuletzt aufgrund der disparaten Aktenlage – bislang nicht gewidmet.²³ Bei der

23 Vgl. Matthias Uhl: „Schlicht verschlafen?“ Der Bundesnachrichtendienst und die Invasion des Warschauer Paktes im August 1968 in die CSSR, in: *Studies & Comments 10: The influence of intelligence services on political decision-making*, hg. Volker Foertsch und Klaus Lange, München 2010, S. 71-78; Wiegrefe, Pleiten. Gesamtdarstellungen zur Geschichte des BND oder zur Geschichte des „Prager Frühlings“ selbst bieten keine bzw. keine verlässlichen Zusatzinformationen, vgl. u.a. Peter F. Müller, Michael Mueller und Erich Schmidt-Eenboom: *Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte*, Reinbek 2002; Gehlen, *Der Dienst*. Die klassische Darstellung zu OG/BND beschränkt sich auf die Ära Gehlen, vgl. Hermann Zolling und Heinz Höhne, *Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes*, Hamburg 1971. Als relevante Diskussion der Quellenlage mit Bezug auf die Bestände im BArch vgl. Uhl/Wagner, *Die Möglichkeiten*, S. 688-690. Zur UHK vgl. nun neben dem offiziellen Netzauftritt unter www.uhk-bnd.de die Überlegungen von Wolfgang Krieger: „Official history“ in Deutschland: Der Bundesnachrichtendienst und seine Geschichte, in: *Licence to detect. Festschrift für Siegfried Beer zum 65. Geburtstag*, hg. Alfred Ableitinger und Martin Moll, Graz 2013, S. 561-577, hier S. 567-577; Vortrag Klaus-Dietmar Henke auf 3. Rosenberg-Symposium, Berlin, 8.5.2013, unter www.uhk-bnd.de/wp-content/uploads/2013/05/Klaus-Dietmar-Henke-3.Rosenburg-Symposium-8.5.2013.pdf, Zugriff am 9.9.2013. Siehe auch Unabhängige Historikerkommission zur Geschichte des BND (Hg.): *Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945–1968: Umrisse und Einblicke. Dokumentation der Tagung am 2. Dezember 2013*, Marburg 2014 (UHK BND, Studien 2). Die Überlieferung im BND-Archiv ist aufgrund der Entstehungsgeschichte des Archivs (seit den 1980er Jahren) sowie angesichts spezifischer Arbeitsweisen im Dienst keineswegs komplett, die vorhandenen Bestände sind noch nicht vollständig erschlossen. Vgl. Uhl/Wagner, *Die Möglichkeiten*, S. 689-690; Elke-Ursel Hammer: „Archivwesen“ im Bundesnachrichtendienst und Bestand B 206 im Bundesarchiv. Vom Quellen-/Methodenschutz und dem historischen Interesse, in: *Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 12 (2004) 1*, S. 42-44; Krieger, „Official history“, S. 574-575.

Interpretation der Quellen des BND-Archivs ist zu beachten, dass in internen Debatten wie im Schriftverkehr mit anderen Behörden scheinbar sachliche Kritik von und an Mitarbeitern immer auch Vehikel für finanzielle, administrative und personalpolitische Forderungen sein konnte. Als noch problematischer erweist sich der Umstand, dass die Aktenführung selbst eher unter der Prämisse erfolgte, Abläufe nach außen und innen zu verschleiern, als dass sie vollständig und ordnungsgemäß das eigene Verwaltungshandeln dokumentierte. Unter Berücksichtigung dieser hier nur angerissenen methodischen Herausforderungen stellen die BND-Akten einen wertvollen Kernbestand für die historisch-kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des bundesdeutschen Auslandsnachrichtendienstes zu Zeiten des „Prager Frühlings“ dar. Wesentlich sind hier neben den allgemeinen Sachakten der relevanten Zentralabteilungen die Akten einzelner Dienststellen, die gegen die ČSSR (und die UdSSR) arbeiteten, außerdem personenbezogenes Material und die Nachlässe von teils führenden Mitarbeitern des BND sowie die operationsbezogenen so genannten „Operativakten“. Daneben ist eine umfangreiche dienstinterne Materialsammlung zur Entwicklung in der Tschechoslowakei von besonderer Relevanz. Sie wurde im BND ab Winter 1968/69 für die eigene Aufarbeitung der Invasion und ihrer mittel- wie längerfristigen Auswirkungen mitsamt grundsätzlicher nachrichtendienstlicher Lehren zusammengetragen.²⁴ Anhand dieser Akten lässt sich die seinerzeitige Quellenlage, die Entwicklung des Informations- und Interpretationsstands sowie die kontinuierliche und punktuelle Berichterstattung des BND weitgehend rekonstruieren.

Die VS-Registratur des Bundeskanzleramts liefert Informationen, die sich aus der allgemeinen Kontrolltätigkeit des Bundeskanzleramts über Strukturen, Finanzen und Personal des Dienstes ergeben. Lücken in beiden Beständen lassen sich durch Heranziehung von Überlieferungen aus dem Bundesarchiv (BArch), dem Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) sowie den Partei- und Regionalarchiven weitgehend schließen. Deren breitere Überlieferung ist zudem für den angestrebten Vergleich der jeweiligen bürokratischen Informations- und Meinungslagen unverzichtbar. Hervorzuheben sind hier politische Nachlässe, die diplomatische Berichterstattung zum „Prager Frühling“ sowie, mit Blick auf die militärische Aufklärungslage, Bestände des Verteidigungsministeriums, darunter das Kriegstagebuch des

24 Vgl. Zusammenstellungen in BND-Archiv, 14849-14855, 16714-16729.

Führungsstabs der Streitkräfte, Unterlagen des Führungsstabs des Heeres und nachträgliche Materialsammlungen zur ČSSR 1968.²⁵ Mitunter enthalten diese externen Archive auch einzelne Materialien des BND.²⁶

Angesichts dieser Aktenlage erscheint es sinnvoll, einige der zentralen Dokumente im Anhang abzudrucken. Sie illustrieren zugleich – wie die in der Studie angeführten Zitate – die dienstinterne Semantik und den nachrichtendienstlichen Diskurs zum „Prager Frühling“. Eine Edition, die unter anderem Dokumente enthält, die die Autoren für die vorliegende Untersuchung recherchiert und genutzt haben, wird von der AG Geschichte des BND publiziert.

An dieser Stelle sind noch einige Anmerkungen zu Schreibweisen und Namensnennungen angebracht. Bei Ortsnamen aus der ČSSR, Polen oder der Sowjetunion werden die 1968 gültigen nationalen Bezeichnungen in wissenschaftlicher Transliteration wiedergegeben. In Zitaten folgte die Schreibweise der Vorlage, so dass hier Abweichungen von der wissenschaftlichen Umschrift möglich sind. Allgemein gängige, durch die territorialen Verschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg politisch nicht zusätzlich aufgeladene Ortsnamen – wie Moskau, Warschau oder Prag – werden in der eingedeutschten Version verwendet. Die Schreibweise von Personennamen richtet sich für die tschechoslowakischen, sowjetischen und andere Akteure wiederum nach der wissenschaftlichen Transliteration, mit möglichen Varianten in Zitaten.

Das Nummernsystem des Dienstes, mit dem Dienststellen und Aufgaben getarnt wurden, war weitgehend ohne innere Logik und ist bis heute für Autoren wie Leser gleichermaßen verwirrend. Aus diesem Grund wurden in den Anmerkungen die numerischen Bezeichnungen der Dienststellen durch Umschreibung ihrer Hauptaufgaben aufgelöst. Angesichts der Aktenlage ist es allerdings nicht durchgängig möglich, zu einem gegebenen Zeitpunkt die vollständigen Benennungen und Aufgabenbereiche wiederzugeben. Diese Problematik besteht auch bei den entsprechenden Amtspersonen, wie Dienststellen- oder Referatsleitern. Zudem wurden die Mitarbeiter im BND unter Dienstnamen, vulgo Decknamen, geführt. Soweit anhand der Akten möglich und für die Argumentation der Studie notwendig, werden die Klarnamen der Mitarbeiter genannt. Gleiches

25 BMVtg FÜ S VII 2 Nr. 20/68 str. geh., Kriegstagebuch Führungsstab der Streitkräfte CSR-Krise für die Zeit vom 21.8.–7.9.1968, 17.12.1968, Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg (BA-MA), BW 2/4323; BMVtg, FÜ H V, Kriegstagebuch Krise CSSR 1968, 30.09.1968, BA-MA, BH 1/500; Materialsammlungen in BA-MA, BW 1/71681-71683a.

26 Vgl. zum Beispiel die Ablage der wichtigen „Steuerungshinweise“ für 1968 im NI von und zu Guttenberg, StA Bamberg, 96.

gilt für V-Leute und Sonderverbindungen. Sind Mitarbeiter und Quellen bereits aus anderen Publikationen bekannt, werden durchweg ihre richtigen Namen verwendet. Die Studie hat nach Fertigstellung entsprechend der vertraglichen Vereinbarungen zwischen der UHK und dem BND ein Deklassifizierungsverfahren durchlaufen, das keinerlei inhaltliche Einschränkungen mit sich brachte.

Abschließend möchten wir den Archivarinnen und Archivaren der genutzten Archive für ihre Unterstützung bei den aufwendigen Recherchen danken, für wichtige Hinweise, Anregungen und Diskussionen Matthias Uhl, Moskau, sowie dem Team der UHK, hier insbesondere Ronny Heidenreich, Agilolf Keßelring und Sabrina Nowack.

I

Das Krisenjahr 1968

Am 2. und 3. Mai 1968 kamen auf der Wasserburg bei Heimerzheim politische Schwergewichte und außenpolitische Experten der Großen Koalition mit Spitzendiplomaten des Außenministeriums zusammen, um über die internationale Lage zu beraten. Von Seiten des BND nahm der neue Präsident Gerhard Wessel teil. Ausweislich der Protokolle verstand er seine Rolle als die eines stummen Beobachters, der sich über die aktuellen Diskussionen informieren, sie aber nicht mitgestalten wollte.²⁷

Außenminister Brandt stellte in seinem Grundsatzreferat sechs Felder heraus, die für die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik 1968 von besonderer Bedeutung waren: „Europa, Bündnis, Ost- und Entspannungspolitik, Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands, Nichtverbreitungsabkommen, Politik gegenüber der Dritten Welt“.²⁸ Für den Umgang mit den Ereignissen in der ČSSR waren vor allem die miteinander verwobenen Fragen von Bündnis-, Deutschland- sowie der

27 Vgl. Kurzprotokolle des Außenpolitischen Kolloquiums Heimerzheim, 2./3.5.1968, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1968, Band 1: 1. Januar bis 30. Juni 1968, bearb. von Mechthild Lindemann und Matthias Peter, München 1999, S. 525-552.

28 Ebd., S. 525.

allgemeinen Ost- und Entspannungspolitik von Interesse.²⁹ Hier hatten die Supermächte nach Mauerbau und Kubakrise die allgemeinen Rahmenbedingungen verändert, indem sie an einer globalen Entspannung zwischen den Machtblöcken mit gegenseitig anerkannten Einflusssphären arbeiteten. Angesichts der zerstörerischen Rüstungspotentiale auf beiden Seiten, mit Blick auf das ungeliebte

29 Zum Folgenden vgl. ebd.; Jan Pauer: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung, Bremen 1995; Peter Merseburger: Willy Brandt 1913 – 1992. Visionär und Realist, Stuttgart 2002, S. 500-529; Gassert, Kurt Georg Kiesinger, S. 543-593, 660-664; Bange, Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik; Oliver Bange: Der Prager Frühling. Johnsons Strategie und Brandts Sonderrolle, in: Krisen im Kalten Krieg, hg. Bernd Greiner u.a., Lizenzausg. Bonn 2009, S. 412-445; Martin Winkels: Die Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland (1966 – 1969), Diss. Bonn 2009 (zu aktuellen Plagiatsvorwürfen vgl. de.vroniplag.wikia.com/wiki/Mw, Zugriff am 16.9.2013); Hans-Peter Schwarz: Die Regierung Kiesinger und die Krise in der ČSSR 1968, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 159-186; Gottfried Niedhart: Die Ostpolitik der Bundesrepublik und die Normalisierung der Beziehungen zur Tschechoslowakei 1967 – 1973, in: Die Tschechoslowakei und die beiden deutschen Staaten, hg. Christoph Buchheim u.a., Essen 2010, S. 103-121; Libor Rouček: Die Tschechoslowakei und die Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1989. Bestimmungsfaktoren, Entwicklungen und Probleme ihrer Beziehungen, München 1990, S. 37-63; Hartmut Soell: Helmut Schmidt, Band 1: 1918 – 1969. Vernunft und Leidenschaft, München 2003, S. 761-768; Stefan Creuzberger: Westintegration und neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik, Berlin 2009, S. 87-99; Katarzyna Stokosa: Polen und die deutsche Ostpolitik 1945 – 1990, Göttingen 2011, S. 111-163; Helga Haftendorn: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945 – 2000, Stuttgart 2001, S. 173-177; Christian Hacke: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, akt. u. erw. Neuaufll. 1997, S. 100-145; Helmut Allardt: Moskauer Tagebuch. Beobachtungen, Notizen, Erlebnisse, Düsseldorf 1973, S. 36-49, 142-145; M. V. Lатыш: Пражская весна 1968 г. i reakcija Kremļa, Moskau 1998; Rudolf G. Pichoja: Sovetskij Sojuz: Istorija vlasti 1945 – 1991, Moskau 1998, S. 301-343; Rudolf G. Pichoja: Čechoslovakija, 1968 god. Vzgljad iz Moskvy. Po dokumentam CK KPSS, in: Novaja i novejšaja istorija, (1994) 6, S. 3-20 und (1995) 1, S. 34-48; Jan Pauer: 1968. Der „Prager Frühling“ und die Deutschen, in: Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848 – 1989, hg. Detlef Brandes, Dušan Kováč und Jiří Pešek, Essen 2007, S. 263-285; Susanne Schattenberg: „Sascha, ich würde Dir gern glauben, aber versteh' auch Du mich ...“ Breschnev, Dubček und die Frage von Kadern und Vertrauen im Konflikt um den Prager Frühling 1968, in: Historische Anthropologie 21 (2013) 2, S. 227-250; Mark Kramer: The Czechoslovak crisis and the Brezhnev doctrine, in: 1968. The world transformed, hg. von Carole Fink, Philipp Gassert und Detlef Junger, Cambridge 1998, S. 111-172; Karen Dawisha: The Kremlin and the Prague spring, Berkeley 1984; Vladislav M. Zubok: A failed empire. The Soviet Union in the cold war, Chapel Hill 2009; Oliver Bange: „A German finger on the trigger“. Die Furcht vor den bundesdeutschen Nuklearaspirationen, der Nichtverbreitungsvertrag und der Aufbruch in die Ära der Entspannung, in: Angst im Kalten Krieg, hg. Bernd Greiner, Christian Th. Müller und Dierk Walter Hamburg 2009, S. 278-307. Exemplarisch die Ausführungen Brandts in 61. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, 9.5.1968, in: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1965 – 1969, 2. Halbband: Januar 1968 bis August 1969, bearb. von Joachim Wintzer u.a., Düsseldorf 2006, S. 855-875.

China und konfrontiert mit weiteren innen- und außenpolitischen Herausforderungen entdeckten Washington und Moskau in diversen internationalen Fragen zunehmend Verständigungsbedarf und -bereitschaft. Das bewiesen nicht zuletzt die Verhandlungen über den Nichtverbreitungsvertrag, der im Sommer 1968 zur Unterschrift anstand. Die Gespräche zwischen USA und UdSSR waren, neben latenten Unstimmigkeiten in der NATO-Politik, für das außenpolitische Establishment der Bundesrepublik ein Zeichen dafür, dass bundesdeutsche Interessen, wie sie bislang von der Bonner Regierung definiert und verfolgt worden waren, bei der amerikanisch-sowjetischen Verständigung zu kurz kommen könnten.

Insgesamt waren sich maßgebliche Politiker in Bonn bereits Mitte der 1960er Jahre bewusst, dass weder die Hallstein-Doktrin noch die Prämisse, dass die deutsche Wiedervereinigung allen Entspannungsschritten vorangehen müsse, aufrechtzuerhalten war. Das Festhalten an diesen Positionen hatte nicht nur die bundesdeutsche Deutschland- und Ostpolitik in eine Sackgasse geführt, sondern drohte Bonn auch im eigenen Bündnis zu isolieren. Daher hatte nach missglückten Ansätzen der Erhard-Regierung die Große Koalition unter dem vorläufigen Signum einer „europäischen Friedenspolitik“ die außenpolitischen Prioritäten und Strategien umsortiert. Der außen- und deutschlandpolitische Aufbruch war in der gesamten Ära umstritten, ging er doch vielen in der CDU/CSU zu weit und in der SPD nicht weit genug. Nichtsdestoweniger unternahm die Regierung Kiesinger – mit wohlwollender Billigung des Weißen Hauses – bilaterale Entspannungsschritte in Richtung der osteuropäischen Einzelstaaten. Dass die DDR hiervon im Wesentlichen ausgeklammert war, blieb weder Moskau noch Ost-Berlin verborgen. Die sozialistische „Hegemonialmacht“ und ihr „Musterschüler“ reagierten schnell:³⁰ Die sogenannte „Ulbricht-Doktrin“ (10. Februar 1967), die „Karlsbader Beschlüsse“ des Warschauer Pakts (26. April 1967) und bilaterale Freundschaftsverträge der DDR mit weiteren östlichen Bündnispartnern festigten einstweilen den Zusammenhalt des Warschauer Pakts mitsamt der Position der DDR gegenüber der Bundesrepublik. Die Desavouierung der bundesrepublikanisch-sowjetischen Gespräche über einen Gewaltverzicht oder die unvermittelte Einführung des Pass- und Visumzwanges auf Transitstrecken durch die DDR zielten in dieselbe Richtung.

Angesichts dieser Gesamtlage war es nur natürlich, dass UdSSR, DDR und Bundesrepublik die Wandlungsprozesse in der ČSSR mit äußerster Aufmerk-

30 Soell, Helmut Schmidt 1, S. 768.

samkeit verfolgten. Der „Prager Frühling“ hatte innen-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ursachen. Die führenden Reformpolitiker in Prag verfolgten ihre Ziele explizit innerhalb der europäischen Nachkriegesordnung und hatten nicht vor, die vorhandenen Blocksysteme aufzusprengen. Der dynamische Reformprozess würde aus seiner inneren Logik heraus überkommene Paradigmen der Außenpolitik jedoch mittelfristig zur Debatte stellen und in der Zwischenzeit in der ČSSR immer neue, zunehmend radikale und attraktive Alternativideen zum sozialistischen System mit entsprechenden internationalen Implikationen freisetzen. Deshalb drängte sich Beobachtern in aller Welt die Frage auf, ob die im Zeichen der „systemverändernden und zugleich systemerhaltenden“ Reformen selbst gesetzten außenpolitischen – ideologisch-internationalistischen – Denk- und Handlungsgrenzen des neuen Parteichefs Alexander Dubček auf Dauer Bestand haben könnten.³¹ Das Drängen Moskaus, dass die tschechoslowakischen Genossen das Ruder in Prag um jeden Preis in der Hand behalten müssten, zeigte, dass sich der Kreml der internationalen Implikationen der Entwicklungen in der ČSSR sehr genau bewusst war. Innerhalb des östlichen Bündnisses waren die Ostberliner und Warschauer Parteichefs Walter Ulbricht und Władysław Gomułka aus innen- respektive sicherheitspolitischen Erwägungen heraus früh entschiedene und gewaltbereite Gegner aller tschechoslowakischen Reformansätze. Ihr bulgarisches Pendant, Todor Živkov, konnte den Veränderungen aus größerer Distanz ebenfalls nichts abgewinnen. Nur in Ungarn verfolgte János Kádárs Führungsmannschaft das Prager Experiment mit interessierter Sympathie – und mit wachem Gespür für seine blockpolitischen Grenzen. Weder das Drängen Ulbrichts und Gomułkas, noch die Härte Živkows und schon gar nicht das Abwiegeln Kádárs waren für die Moskauer Entscheidungsfindung ausschlaggebend. Die ersteren mussten sich monatelang widerwillig der geduldischen sowjetischen Politik fügen, letzterer stellte schließlich doch Truppen für die Intervention zur Verfügung.

Während der gesamten Periode suchte man in den besorgten Staaten des Warschauer Pakts misstrauisch nach Anzeichen dafür, dass „der Westen“, insbesondere die Bundesrepublik, die neuen Verwerfungen im sowjetischen Machtbereich zu verschärfen oder auszunutzen suchte. Dabei hatte die Bonner Politik – wie die übrige westliche Welt auch – keineswegs die Absicht, den sowjetischen Verdacht durch überhastete Schritte noch zu verstärken oder Moskau gar einen Vorwand für massive Eingriffe in Prag zu liefern. Betrieb Prag jedoch

31 Pauer, Prag, S. 33.

von sich aus eine Annäherung, wollten sich die bundesdeutsche Politik und Wirtschaft Avancen nicht verweigern – was wiederum Moskauer, Ostberliner und Warschauer Befürchtungen nährte.³²

In dieser politischen Gesamtsituation war die sowjetische Politik darauf bedacht, sich gegenüber der ČSSR alle Handlungsoptionen offen zu halten. Versuche, direkt auf Dubček und seine Mannschaft einzuwirken, gingen früh mit der Suche nach „gesunden Kräften“ in Prag, die die Reformexperimente von innen heraus bändigen sollten, Hand in Hand. Dazu kamen wirtschaftliche Druckmittel und multilateral abgestimmte Propagandawellen. Die sowjetische Führung baute daneben an einer militärischen Drohkulisse, mit der Politik und Gesellschaft in der ČSSR zur sowjetischen Raison gebracht werden sollten. Der entsprechende Aufmarsch eröffnete in letzter Konsequenz die Möglichkeit einer direkten, bewaffneten Intervention.

Die Forschung hat mehrere Phasen identifiziert, in denen sich der sowjetische Unwille über die Prager Politik stufenweise steigerte, und sie hat die entsprechenden qualitativen Veränderungen im militärischen Aufmarsch nachvollzogen.³³ Die Wahrnehmung von Eskalationsstufen spielte auch in zeitgenössischen Analysen westdeutscher Spione und Politiker eine zentrale Rolle. Die Suche der damaligen Beobachter nach tiefen Gräben oder Fraktionen im sowjetischen Politbüro blieb allerdings an der Oberfläche. Sie übersah, dass in der kollektiven Führung unter Generalsekretär Leonid Brežnev hinsichtlich Verständnis und Herangehensweise die Gemeinsamkeiten überwogen. Daher können diese zeitgenössischen Spekulationen in Übereinstimmung mit der neueren Forschung bereits hier ad acta gelegt werden.³⁴

Bis Anfang April – das Dresdner Treffen der vermeintlichen Bruderstaaten mit der tschechoslowakischen Führung fand am 23. März 1968 statt – verschaffte sich die sowjetische Führung einen eingehenden Überblick über die inneren

32 Vgl. Außenminister Brandt, Weisung für Leiter bundesdeutsche Handelsvertretung Prag, Otto Heipertz, Februar 1968, paraphrasiert in: Niedhart, Die Ostpolitik, S. 111-112. Zum Besuch Bahrs in Prag im April 1968 vgl. ebd., S. 112-113; Schwarz, Die Regierung Kiesinger, S. 167-172.

33 Vgl. Stefan Karner u.a.: Der „Prager Frühling“ und seine Niederwerfung im internationalen Kontext, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 17-78; Jitka Vondrová: Prag und Moskau, in: Ebd., S. 171-202; Michail Prozumenščikov: Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU, in: Ebd., S. 205-241; Pauer, Prag.

34 Vgl. Prozumenščikov, Die Entscheidung, S. 214-215, 223-225, 229-230, 239-240; Pauer, Prag, S. 386-387.

Reformprozesse sowie über die Mächtekonstellationen in Prag. Mit der „de-facto-Aufhebung“ der Zensur in der ČSSR, dem in Moskau nicht gewollten Rücktritt des konservativen Novotný vom Amt des Staatspräsidenten am 22. März 1968 sowie dem Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ) vom 5. April 1968 befanden sich die Moskauer Spitzen endgültig in Alarmstimmung. Sie betrachteten die Reformprozesse vor allem als „Gefahr [...], der die Errungenschaften des Sozialismus in der Tschechoslowakei, die brüderlichen Beziehungen der ČSSR mit den anderen sozialistischen Ländern, mit ihren Partnern im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und ihren Verbündeten im Warschauer Pakt, ausgesetzt sind“.³⁵ Alle innersowjetischen Debatten würden von jetzt an immer auch die Chance in Betracht ziehen, über tschechoslowakische „loyale“ Kräfte für eine Eindämmung dieser Gefahr zu sorgen. Für die weitere Entwicklung war noch wichtiger, dass aus diesem Zeitraum erste militärische Maßnahmen der UdSSR datieren. Am 8. April 1968 befahl Verteidigungsminister Andrej Grečko den sowjetischen Luftlandetruppen, sich an eine Einsatzplanung für alle denkbaren Prager Eventualitäten zu machen. Truppenbewegungen im März waren dagegen wohl noch im Kontext der Vorbereitung von ursprünglich geplanten Frühjahrsmanövern zu verorten. Anfang Mai erreichten die sowjetischen Militärs bei ihren Prager Bundesgenossen, dass die Warschauer Pakt-Manöver in der ČSSR auf Juni vorgezogen wurden. Zugleich setzten sich neue sowjetische Einheiten aus der UdSSR in Richtung tschechoslowakische Grenzen in Marsch.³⁶

- 35 Brežnev auf ZK-Plenum, 6.4.1968, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 2: Dokumente/ Dokumenty, hg. Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 165-179, hier S. 167. Zur Zensur vgl. Bericht ZK KPČ, 6.3.1968, in: Ebd., S. 35. Zur sowjetischen Haltung zum Rücktritt Novotnýs Beschluss Politbüro ZK KPdSU, 14.3.1968, in: Ebd., S. 43. Zur Einschätzung Ende März vgl. Beschluss Politbüro ZK KPdSU, 23.3.1968, in: Ebd., S. 159-165. Das Folgende v.a. nach Pauer, Prag; Karner u.a., Der „Prager Frühling“; Vondrová, Prag; Prozumenščikov, Die Entscheidung; Valerij Vartanov: Die militärische Niederschlagung des „Prager Frühlings“, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 661-671; Uhl, Schlicht verschlafen? Die relevanten Dokumente abgedr. in: Prager Frühling 2, hg. Karner/ Tomilina/ Tschubarjan.
- 36 Vgl. Uhl, Schlicht verschlafen?, S. 72-73; Karner u.a., Der „Prager Frühling“, S. 22-23, 33-35; Horst Pleiner und Hubert Speckner: Zur Verstärkung der nördlichen Garnisonen ... Der „Einsatz“ des Österreichischen Bundesheeres während der Tschechenkrise im Jahr 1968, Wien 2008, S. 69; Pauer, Prag, S. 42-43, 47-48, 61-63.

Tabelle I: Manöver von Warschauer-Pakt-Staaten im Vorfeld der Invasion, 1968*

Zeitraum	Bezeichnung; offizieller Zweck; Gebiet; Beteiligung	Bemerkungen
vor 20.6.1968		Aufstellung eines Stabs auf der Ebene einer Armee-Gruppe; umfangreiche Erweiterung der militärischen Führungssysteme; Heranführung von 7 Großverbänden an die Grenzen der ČSSR; Absage des Frühjahrsmanövers „Kaskade“
20.6. – 30.6.1968	„Šumava“ („Böhmerwald“): WP-Stabsübung auf dem Staatsgebiet der ČSSR; u.a. ČSSR; GSTD; NGT; Mil. Bez. Karpaten; PVA; NVA; UVA; BVA	Rückführung der letzten sowjetischen Truppen bis Ende Juli 1968 Zeitgleich: Umfangreiche Kräftezuführung aus der UdSSR in das westliche Vorfeld; Konzentration von Fliegerkräften in südl. DDR und Südpolen
4.7. – 16.7.1968	„Sever“ („Nord“); Flottenübung der Nord- und Baltischen Flotte, NVA-Marine und polnischer Kriegsmarine	In diesem Rahmen Luftverteidigungsübung der beteiligten Staaten vom 14.7. –16.7.
23.7. – 10.8.1968	„Neman“ („Memel“), WP-Logistik- und Versorgungsübung; Westbezirke UdSSR, Polen, DDR	Überprüfung der Mobilmachungsmaßnahmen, Verschleierung der Truppennachführungen, logistische Vorbereitung
24.7. – 2.8.1968	„Nebesnyj ščit“ („Himmelsschild“); Luftverteidigungs-Stabsrahmen-Übung; Westl. Vorfeld und weite Teile UdSSR	Überprüfung der Luftverteidigungsbereitschaft im westlichen Vorfeld und den westlichen Randbezirken der UdSSR
11. – 20.8.1968	Fernmeldeübung; gesamtes Operationsgebiet	Sicherstellung der Kommunikation; Synchronisation der Kommandostäbe; direkte Überleitung in die Invasion

* Die Angaben nach BND 05-n Nr. 2050/69 geh., Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention. Kurzfassung der wichtigsten Feststellungen und Erkenntnisse der Studie, BND-Archiv, 14719, hier S. 4-8. Vartanov, Die militärische Niederschlagung, S. 664, gibt als Beginn der Übung „Himmelsschild“ den 11.8.1968 an.

Bis Ende Juni wurde der politische Druck auf die Prager Führung mittels Propaganda, internen Gesprächen, offizieller Verlautbarungen, offener Truppenbewegungen sowie militärischer Forderungen des Warschauer Pakts gesteigert, der ideologische und operative Zusammenhalt der zukünftigen Interventionsstaaten

vor allem durch ihre Zusammenkunft am 8. Mai in Moskau zementiert.³⁷ Derweil radikalisierte sich die gesellschaftliche Bewegung in der ČSSR. Der Journalist Ludvík Vaculík verfasste das berühmte Manifest der „2000 Worte“, das zunächst von zahlreichen Intellektuellen, dann von großen Teilen der Bevölkerung getragen wurde. Das Manifest wurde im Kreml mit einigem Recht als offene Kampfansage an die KPČ verstanden, der Dubček nichts Adäquates entgegenzusetzen hatte.³⁸ Daher sah sich die sowjetische Führung veranlasst, neben politischen und propagandistischen Feldzügen das militärische Druckpotential weiter auszubauen. Sollte die politische Entscheidung für eine Intervention fallen, so waren bis Ende Juli alle hierfür notwendigen militärischen Vorbereitungen abgeschlossen.

Der Kreml unternahm noch eine weitere politische Kraftanstrengung. Die militärische Option wurde allerdings offen gehalten. Außerdem war die sowjetische Politik in den letzten bilateralen Verhandlungen nicht zu weitgehenden Konzessionen an die Prager Reformpolitiker bereit. Vielmehr schien Dubček im slowakischen Čierná nad Tisou vom 29. Juli bis 1. August 1968 zumindest personalpolitischen Forderungen der sowjetischen Führung nachzugeben und sich damit in eine Stärkung konservativer Kräfte in der Innen- und Gesellschaftspolitik zu schicken. In zwei Telefonaten am 9. und 13. August 1968 sah sich Brežnev jedoch genötigt, seinen ehemaligen Protegé zu beschwören, diese Kurswende auch tatsächlich durchzuführen – ohne Erfolg. Erst jetzt, am 17. August 1968, fiel im Politbüro der KPdSU die Entscheidung für eine bewaffnete Intervention zugunsten, so das primäre Motiv, der „Errungenschaften des Sozialismus in der Tschechoslowakei“, sowie der Unversehrtheit, Geschlossenheit und Stärke des sozialistischen Lagers in all seinen Organisationsformen gegen die global agierenden Systemgegner. Am 18. August 1968 gaben die herbei gerufenen Kampfgenossen aus Ostberlin, Sofia, Budapest und Warschau ihre Zustimmung. Zwei Tage später, am 20. August, kurz vor 22.00 Uhr, landete die erste Militärmaschine auf dem Prager Flughafen. Die Invasion des Warschauer Pakts hatte begonnen.³⁹

Der russische Militärhistoriker V. P. Suncev hat 826 (!) militärische Verbände verschiedener Größenordnung ermittelt, die ganz oder in Teilen am Aufmarsch bzw.

37 Vgl. Protokoll des Treffens, 8.5.1968, in: Prager Frühling 2, hg. Karner/ Tomilina/ Tschubarjan, S. 515-565; Beschluss Politbüro ZK KPdSU, 26.5.1968, in: Ebd., S. 565-567; Pauer, Prag, S. 71.

38 Manifest der „2000 Worte“, in: Prager Frühling 2, hg. Karner/ Tomilina/ Tschubarjan, S. 139-147. Zur Bewertung vgl. Brežnev auf ZK-Plenum KPdSU, 17.7.1968, ebd., S. 219-245, hier S. 225.

39 Vgl. Karner u.a., Der „Prager Frühling“, S. 17.

Tabelle II: Pressions- und Interventionstruppen des Warschauer Pakts, 1968 (Auswahl)*

Staat	Verbände	Anzahl	Einzelbezeichnungen (Auswahl)
UdSSR	Armeegruppen	3	GSVG; JuGV; SGV
	Militärbezirke	10	Moskovskij okrug PVO; PrikVO; PribVO; BVO; OdVO von anderen Bezirken kleinere Teileinheiten
	Armeen	16	u.a. 8., 20. Garde-Armee, 1. Garde-Pz.Armees, 16. Luftarmee (alle GSVG)
	Divisionen	55	
	Brigaden	18	
	Regimenter	225	
Polen	Armeen	1	2. Panzerarmee
	Divisionen	5	4. mot. Schützendiv., 10., 11., 16. PzDiv., 6. Luftlandediv.
	Regimenter	15	u.a. 22. Art.-Rgt., 11., 12., 17., 25. und 42. mot. Schützenrgt.
Ungarn	Divisionen	1	8. mot. Schützendiv.
	Regimenter	1	14. mot. Schützenrgt.
DDR	Divisionen	2	7. PzDiv., 11. mot. Schützendiv.
	Brigaden	1	12. Grenzbrigade
	Regimenter	12	11., 14., 15., 16. PzRgt.; 7., 16., 17., 18. mot. Schützenrgt.; 7., 11. Art.-Rgt.; 7., 11. Flakart.-Rgt.
Bulgarien	Regimenter	2	12., 22. mot. Schützenrgt.

* Suncev, Operacija Dunaj.

Einmarsch des Warschauer Pakts gegen und in die ČSSR beteiligt waren, darunter allein 63 Divisionen.⁴⁰ Das neben der sowjetischen Armee größte Kontingent kam aus Polen. Die zwei einsatzbereiten Divisionen der NVA hielt das sowjetische Oberkommando im letzten Augenblick von tschechoslowakischem Boden fern.

Während die militärische Maschinerie gut geölt und präzise ihre Aufgaben erfüllte, erwiesen sich alle politischen Kalkulationen des Kreml in kürzester Zeit als Makulatur. Der bürokratisch-politische Putsch der Dubček-Gegner kam nicht in Gang. Die Interventionsmächte erhielten somit weder die erwartete tschechos-

40 V. P. Suncev, Operacija Dunaj, www.dunay1968.ru, Zugriff 14.8.2013. Für den Hinweis auf diese Datenbank danken wir Herrn Matthias Uhl, Moskau.

lowakische Legitimation noch anderweitige politische Rückendeckung. Angesichts dieser Entwicklung musste die politische Auf- und restaurative Nachbereitung der Intervention in den folgenden Wochen und Monaten mehr oder weniger improvisiert werden, ohne dass Moskau seine grundlegenden Ziele aufgab.⁴¹

Mit dem sowjetisch-tschechoslowakischen Stationierungsabkommen vom 15./16. Oktober 1968 war die militärische Situation in der ČSSR langfristig geklärt. Während zwischenzeitliche Befürchtungen im Westen, dass der Warschauer Pakt die militärischen Operationen in Richtung Rumänien, Jugoslawien, Österreich oder West-Berlin ausdehnen könnte, offenbar jeglicher Grundlage entbehrten, beeinflussten die Invasion sowie die neue Stationierung sowjetischer Kampfverbände in der ČSSR doch die sicherheitspolitische Konstellation in Mitteleuropa. Das gewaltsame Vorgehen der UdSSR, das für das Gros der westlichen Politiker unerwartet kam, konnte in den NATO-Hauptstädten zudem die Wahrnehmung der Moskauer Machthaber und ihrer Prioritäten verändern. Daneben musste gerade Bonn Strategien und Mittel seiner Osteuropapolitik erneut einer Überprüfung unterziehen, war einer bilateralen Annäherung an einzelne Staaten mit ihren weitreichenden Implikationen ohne eine grundlegende Klärung des Verhältnisses zu Moskau doch endgültig der Boden entzogen worden.⁴² Inwieweit sich westdeutsche Politiker und Militärs in diesem Prozess der Neubewertung auf Erkenntnisse und Berichte des BND stützen mochten, hing auch davon ab, wie sie den nachrichtendienstlichen Auftritt während der zurückliegenden Krisenmonate einschätzten.

41 Vgl. Pauer, Prag, S. 259 ff.; Peter Ruggenthaler und Harald Knoll: Die Moskauer „Verhandlungen“, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 717-737.

42 Vgl. zu kurzfristigen Befürchtungen hinsichtlich einer Ausweitung der Krise sowie zu mittel- und langfristigen Auswirkungen u.a. Soell, Helmut Schmidt 1, S. 778-780; Rouček, Die Tschechoslowakei, S. 61-63; Bange, Der Prager Frühling, S. 428-445; Bange, Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik, S. 475-476; Gassert, Kurt Georg Kiesinger, S. 662-680; Bahr, Zu meiner Zeit, S. 210-211; Kurt Birrenbach, Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik, Düsseldorf 1984, S. 272-296; Willy Brandt, Erinnerungen. Neuausg. München 2003, S. 180-181; Schwarz, Die Regierung Kiesinger, S. 172-186.

II

Jagen und Sammeln: Die Beschaffung

Außenminister Brandt äußerte sich auf dem Heimerzheimer außenpolitischen Kolloquium Anfang Mai 1968 zurückhaltend über die Perspektiven in Osteuropa. „In der Entspannungspolitik zeige sich die Sowjetunion derzeit unbeweglich“, so sein Eindruck. „Man könne unterstellen, dass die Sowjetunion durch innere Probleme (Auseinandersetzungen mit den Intellektuellen) und, abgesehen von dem Konflikt mit Rotchina, auch durch die Innerblockentwicklung (Beispiel Novotný) [...] in Atem gehalten werde.“ „In der Tschechoslowakei sei ein gewisser Rückschlag möglich“, gab sich der Außenminister skeptisch.⁴³ Diese Bewertung korrespondierte mit Einschätzungen des BND. Für die Pullacher Zentrale hatten sich, so Chefbeschaffer Kurt Weiß in seinem Rückblick aus den 1980er Jahren, in „Meldungen von März 1968 aus Moskau und Ost-Berlin einerseits, aus Prag andererseits [...] weitere Erkenntnisse“ ergeben, „die auf eine Zuspitzung schließen ließen. Dabei wurde bereits die Möglichkeit erkennbar, dass es Moskau nicht mehr gelingen konnte, die Entwicklung in der CSSR mit politischen Mitteln einzudämmen.“ „Im April 1968 wurden in Meldungen aus Moskau, Ost-Berlin und Prag die bestehenden Gegensätzlichkeiten“, in der „ersten Maidekade“ die weitere „Zuspitzung“ bestätigt.⁴⁴ Am 10. Mai, also eine Woche nach dem Heimerzheimer Kolloquium, versandte die Pullacher Zentrale an ihre Außenstellen eine neue Lageorientierung samt Zusatzaufträgen. „Die militärische Lage zeigt Truppenbewegungen der SOA aus der UdSSR nach Polen in den Grenzraum zur CSSR. Außerdem wurden Truppen der GSTD in einen, wenn auch geringen, Bereitschaftsgrad versetzt. Keine Erkenntnisse über Mil-Aktivität der SOA im Grenzbereich SU – CSSR und Ungarn – CSSR. Die Entwicklung der mili-

43 Kurzprotokolle des Außenpolitischen Kolloquiums Heimerzheim, hier 2.5.1968, in: Akten zur Auswärtigen Politik 1968 1, S. 527-528.

44 Kurt Weiß, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, 1987, BArch, B 206/1972, Blatt 9-12. Zur Entstehungsgeschichte dieser u.a. Studien vgl. Ronny Heidenreich: Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand am 17. Juni 1953, Marburg ²2013, S. 11-12.

tärischen Lage innerhalb und außerhalb der CSSR wird deshalb von Bedeutung für die Gesamtsituation sein. Dabei kann es sich um eine nur langsam ablaufende Entwicklung handeln.“ Die BND-Spitze ordnete angesichts der „unklaren Verhältnisse“ „erhöhte Arbeitsbereitschaft“, letztlich 24-stündigen Bereitschaftsdienst für Beschaffung und Auswertung in Pullach sowie für die Außenstelle Bonn an. Alle entsprechenden Meldungen wurden nunmehr unter dem Stichwort „Nepomuk“ gebündelt.⁴⁵

1968 bestand im BND noch immer eine höchst unübersichtliche Organisationsstruktur, wie sie sich seit 1946 in der Organisation Gehlen entwickelt hatte. Unter dem genannten Stichwort „Nepomuk“ hielt die BND-Zentrale – unabhängig von der laufenden Fernmeldeaufklärung – gleich sieben Dienststellen dazu an, sich noch intensiver um militärische Informationen aus dem Ostblock zu bemühen. Diese Einheiten waren entweder direkt dem „Führungsbeauftragten Operativer Geheimer Meldedienst“ (918) sowie der Organisationseinheit „SBZ – Operative Führung I-mässig“ nachgeordnet oder bedienten innerhalb der militärischen Aufklärung (RW 14) als Außenstellen unter anderem den Schwerpunkt „Vorwarnung“. Dazu kam das so genannte Befragungswesen (999), in dem vornehmlich Flüchtlinge oder Aussiedler für die Informationsgewinnung genutzt wurden.⁴⁶ Die außenpolitische Aufklärung war in dieser Phase vornehmlich Aufgabe von Untereinheiten und Außenstellen der Zentralstelle 27 VK unter der Leitung von Kurt Weiß. 27 VK arbeiteten insgesamt bis zu 21 Einrichtungen zu, die ihrerseits weitere Unterabteilungen haben konnten. Mindestens fünf hatten Haupt- oder Teilaufgaben im Ostblock.⁴⁷ Das Befragungswesen war ebenfalls in die politische Beschaffung eingebunden. In unklaren, lockeren Unterstellungs-, Quer- und Kooperationsverhältnissen agierte neben und über der eigentlichen politischen Aufklärung seit Gehlens Zeiten der so genannte Strategische Dienst, der eben-

45 Kurt Weiß, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, 1987, BArch, B 206/1972, Blatt 14. Zum Bereitschaftsdienst vgl. Wessel Nr. 240/68 geh. an BV für StS BK, 18.7.1868, BND-Archiv, 18668.

46 Vgl. Rundschreiben [Durchschlag ohne Absender] an Militärische Aufklärung (RW 14), Militärische Beschaffung DDR (VC 6), Militärische Beschaffung u.a. DDR, ČSSR (VC 8), Vorwarnung (LC 10), Beschaffung Balkan (71), Beschaffung Polen (475), Befragung (999), nachr. Operative Führung DDR I (118), Führungsbeauftragter Operativer Geheimer Meldedienst (918), Militärische Lageorientierung/Auftrag, Nr. 20131/68, 16.5.1968, BND-Archiv 7383, Blatt 7-9.

47 U.a. Strategische Aufklärung Ostblock (929), Strategische Aufklärung Ostblock (373).

falls vor allem politische Einsichten ermitteln sollte.⁴⁸ Aufgrund seiner langjährigen Abschottung auch innerhalb des Dienstes war dieser Bereich im Frühjahr 1968 nicht nur für den neuen Präsidenten Wessel „nach Wert und Leistung [...] völlig undurchsichtig.“⁴⁹

Dass sich regionale und thematische Arbeitsgebiete zum Teil überlappten, zum Teil aufsplitterten, sollte der BND-Spitze der Theorie nach ermöglichen, mittels Konkurrenz und parallelen Operationen die Leistungen zu kontrollieren und die Effizienz des Apparats zu steigern. In der Praxis führte es jedoch vor allem zu Doppelarbeit und Reibungsverlusten.⁵⁰ Dieses Tohuwabohu erschwerte auch die Zusammenarbeit zwischen der Beschaffung und der Auftrag gebenden Auswertung.⁵¹ Für die Militäraufklärung vermissten operative Leiter etwa trotz der vorhandenen Rahmenaufträge eine „klare, von der Führung des Dienstes festgelegte, kontinuierliche Konzeption für Auftrag und Auftragsdurchführung, die über einen großen Zeitraum Gültigkeit haben muß und nicht vom Wechsel in irgendeiner Führungsebene abhängig sein darf.“⁵²

Die organisatorisch-strukturellen Schwächen des Dienstes beschränkten sich nicht auf diese Punkte. Insgesamt herrschte im Dienst einerseits zwischen der Leitungszentrale in Pullach und den Außenstellen, andererseits zwischen Auswertung und Beschaffung ein deutliches personalpolitisches und finanzielles

48 V.a. Beschaffung Politik im Strategischen Dienst (283) mit Unterabteilungen für UdSSR, Militär, Satelliten, Balkan, Ostblock u.a.); Gegenspionage im Strategischen Dienst (348a), Strategische Aufklärung Baltikum (926), Strategische Aufklärung Ostblock (929), Strategische Aufklärung Donauraum (930). Dazu kamen überlappende Aufgaben aus Emigration, Presse u.a. Zu weiteren Dienststellen des Bereichs mit übergreifenden Aufträgen vgl. Tagebuch Kurt Weiß, Eintrag 8.8.1966, BND-Archiv, N 10/13, S. 1264. Im Detail vgl. beispielhaft Aufschlüsselung der zu beobachtenden Länder nach (Neben-)Aufträgen verschiedener Dienststellen in Anl. I zu Führungsbeauftragter Personal u.a. (48), Nr. 205/68 geh., Aufträge Bereich Führungsbeauftragter Operativer Geheimer Meldedienst (918) an Sammelstellen, 19.6.1968, BND-Archiv, 4307.

49 Wessel, Notiz über Lage Bundesnachrichtendienst bei Übernahme am 1. Mai 1968, 22.4.1968, S. 6, BND-Archiv, N 1/77.

50 Vgl. Führungsbeauftragter Personal u.a., Blum (48 pers.), Vortrag, 29.5.1968, S. 2-3, BND-Archiv, 3244; Wessel, Notiz über Lage Bundesnachrichtendienst bei Übernahme am 1. Mai 1968, 22.4.1968, S. 2-3, 6, 10-11, BND-Archiv, N 1/77; Wessel, Notiz über Besprechung mit Präsident BND am 14.1.1968, 15.1.1968, BND-Archiv, N 1/29.

51 Vgl. Auswertung (461/S) Nr. 198/68 geh. an Führungsbeauftragten Personal u.a., Blum (48 pers.), 11.6.1968, BND-Archiv, Nr. 4306; Beschaffung Politik im Strategischen ND, Ostblock, Ritgen (L 283/Ost pers.) Nr. 2364/68 VS-V an Führungsbeauftragten Personal u.a. (48), 6.6.1968, BND-Archiv, Nr. 1165.

52 Militärische Aufklärung DDR (VC 6), Nr. 10-932/68 geh., Möglichkeiten und Grenzen eines Auslandsnachrichtendienstes, S. 2, 30.5.1968, BND-Archiv, 1165.

Ungleichgewicht – jeweils zugunsten der Zentrale bzw. der Auswertung.⁵³ Nicht zufällig setzten sich die Umstrukturierungen des Dienstes ab Sommer 1968 unter anderem die „Verstärkung des Auslandseinsatzes“ zum Ziel.⁵⁴

Zu den weiteren strukturellen Problemen nachrichtendienstlicher Informationsbeschaffung zählte die Personalsituation des Dienstes. Es fehlte im ganzen BND an qualifiziertem und sprachkundigem ND-Personal. Die mangelhafte Nachwuchsgewinnung, das überkommene Übergewicht militärischer Führungskräfte sowie das unambitionierte Aus- und Fortbildungswesen waren grundsätzliche Probleme des Dienstes, die in den 1960er Jahren ebenfalls längst erkannt, aber nie systematisch angegangen worden waren.⁵⁵ Nimmt man reine Sprachkenntnisse als einen Indikator für landeskundliche Kompetenz, so war der BND als Ganzes 1968 verhältnismäßig schwach aufgestellt.⁵⁶

Auf der praktischen, operativen Ebene der Arbeit gegen den „Gegner“ in Osteuropa war schließlich von Bedeutung, dass die Gegenspionage des BND in den späten 1960er Jahren wenig schlagkräftig war.⁵⁷ Allerdings wurde der tschechoslowakische Staatssicherheitsapparat durch die innenpolitischen Entwicklungen 1968 selbst in Mitleidenschaft gezogen. Es muss hier offen bleiben, inwiefern der BND dortige Friktionen im Detail nachvollziehen konnte. Die vorliegenden Akten vermitteln nicht den Eindruck, dass die BND-Beschaffung die Verwirrungen der Spionageabwehr der ČSSR intensiv hätte nutzen können.⁵⁸

53 Vgl. u.a. ebd., S. 8, 30.5.1968, BND-Archiv, 1165.

54 Beschaffung (I A 7 (a)) Nr. 18017/69 geh. an Leiter Außenstellen und Operationsgruppen, 19.8.1969, BND-Archiv, 3244.

55 Vgl. Kurt Weiß, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, 1987, BArch, B 206/1972, Blatt 84; Wessel, Notiz über Lage Bundesnachrichtendienst bei Übernahme am 1. Mai 1968, 22.4.1968, S. 3-5, BND-Archiv, N 1/77; (DN) Dr. Neuland [1964 bis April 1968 Leiter Schulungswesen], Aufzeichnung, 23.5.1968, BND-Archiv, 1165.

56 Personalabteilung (IV B 1 (6)), Statistische Aufstellungen 1973, BND-Archiv, Nr. 42333. Vgl. (DN) Dr. Neuland [1964 bis April 1968 Leitung Schulungswesen] an Führungsbeauftragter Personal u.a. (48), 23.5.1968, BND-Archiv, Nr. 1165; Führungsbeauftragter Personal u.a., Politische Überprüfung (48/III), Neuordnung des Ausbildungswesens, 27.7.1968, BND-Archiv, 4367.

57 Vgl. Dieter von dem Knesebeck, Ausarbeitung über Amtszeit als Leiter Gegenaufklärung (MBK/333), 1964–1969, März 1984, BND-Archiv, N 16; Pers. Stab Präsident (106/II), Nr. 19/67 geh., Umgliederung der Unterabteilung Gegenspionage, 14.2.1967, BND-Archiv, 3264.

58 Vgl. ÚZSI (Hg.): Directorate I. of the Ministry of the Interior and the „Prague Spring“. An anthology of papers on the history of the Czechoslovak foreign intelligence service between 1948 and 1989, Prag 2012; Revoluční a bojové tradice, S. 247-263, 272-302; Lukes, Showdown; Petr Blažek und Pavel Žáček: Tschechoslowakei, in: Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, hg. von Łukasz Kamiński, Krzysztof Persak und Jens Gieseke, Göttingen 2009, S. 395-480, hier S. 404-405, 455-458.

Die gesamte Tätigkeit des Dienstes durchzog ein ausgeprägtes Sicherheitsdenken, das wiederum dem neuen Präsidenten Wessel und altgedienten Operativen des Dienstes ein Dorn im Auge war. Ihnen behagte der angebliche – vor allem seit der Enttarnung von Heinz Felfe dominierende – risikoscheue Geist des Dienstes nicht. Oder, wie es Wessel nach einem Gespräch mit seinem Vorgänger auf den Punkt brachte: „General G[ehlen] besteht darauf, dass im ND „Sicherheit“ vor ‚Wirkung‘ zu gehen habe – ich nicht.“⁵⁹ „Die sicherste Quelle ist die tote Quelle, der sicherste Apparat der ‚Zeitungslesende‘“, steigerte sich die Leitung der Strategischen Aufklärung Monate später in seine Aversionen hinein.⁶⁰ Dass etwa die Sicherheitsabteilung reflexartig alle Bewerber ablehnte, deren Lebenslauf landes- und sprachkundliche Studienreisen in den Ostblock aufwies, zeigte, wie sehr überzogenes Sicherheitsdenken sowohl die Beschaffungslage vor Ort als auch den Aufbau des gesamten Auslandsnachrichtendienstes in Mitleidenschaft ziehen konnte.⁶¹ „Wer Polen-Kenntnisse hat“, hieß es noch 1967, „hat leider meist auch Si-Belastungen und fällt damit für den BND aus.“⁶²

1. Agenten, Informanten und offene Beschaffung: HUMINT und OSINT

Im HUMINT-Bereich stellte sich die Situation für den BND mit Blick auf den „Ostblock“ 1968 recht schwierig dar. Hier taten sich alle Einheiten schwer, das heißt, es knirschte bei der Aufgabe, mittels gut positionierter menschlicher Quellen Informationen aus der und über die Tschechoslowakei zu beschaffen. In der ČSSR selbst waren einheimische V-Leute nur schwer zu gewinnen und aufgrund der rigiden Sicherheitspolitik im Land kaum langfristig zu halten. Insgesamt konnte der BND – wie andere westliche Nachrichtendienste auch – bis 1968 in ganz Osteuropa in dieser traditionellen nachrichtendienstlichen Königsdisziplin selten punkten. Bürger der Ostblockstaaten, die für den BND arbeiteten, mussten sich der Gefahren einer solchen Tätigkeit bewusst sein. Der „Krieg der Geheim-

59 Wessel, Notiz über Besprechung mit Gehlen am 28.6.1968, 1.7.1968, BND-Archiv, Nr. 1/7, Blatt 80-83, hier Blatt 83. Vgl. Wessel, Notiz über Lage Bundesnachrichtendienst bei Übernahme am 1. Mai 1968, 22.4.1968, S. 3, BND-Archiv, N 1/77.

60 Leiter Strategische Aufklärung I (L 930) Nr. 95/69 geh. an Abt. Beschaffung (AL I), 10.10.1969, BND-Archiv, 3270.

61 Vgl. (DN) Heise [Weltkommunismus (?)] an Wessel (106 pers.), 25.7.1968, BND-Archiv, N 1/7, Blatt 142-151, hier Blatt 149.

62 Auswertung (461) an Personalwesen (734), 7.4.1967, BND-Archiv, P1/0341/II.

dienste“ forderte auch in der ČSSR seine Opfer. Die Motive, sich auf die Seite des Gegners zu schlagen, changierten zwischen materiellen und ideologischen Erwägungen. Mit Druck oder Erpressung konnte oder wollte der BND osteuropäische Staatsbürger wohl nur in Ausnahmefällen zur Mitarbeit nötigen.⁶³ Insgesamt lassen sich für den hier interessierenden Zeitraum in den relevanten Ostblockstaaten keine höher positionierten Quellen mit relevantem Insiderwissen nachweisen. „[H]ierarchisch niedrig positionierte, aber funktionell erstklassige Quelle[n]“ sind für diesen Zeitraum in den Akten bislang ebenfalls nicht aufzuspüren.⁶⁴

Der Wert der Informationen der verbleibenden Quellenkategorien wurde in Pullach selbst kritisch gesehen. So genannte „Überwachungsquellen“ waren Personen, die militärische Objekte oder Transportwege regelmäßig beobachteten, um auf diese Weise Auffälligkeiten zum Lagebild beizusteuern. Zu ihnen hieß es in Pullach recht zynisch: „Es ist kein Zufall und auch durch keine Bestimmung verfügt, dass bei allen 5 [Sammelstellen] nur Ü-Qu [Überwachungsquellen] niedrigen geistigen Niveaus gefunden werden. Das war schon vor der Mauer so und ist bei allen Nachrichtendiensten der Welt gleich. Es wäre ein fundamentaler Irrtum, wenn wir glauben würden, dass ein intelligenter Mann das Risiko von vielen Jahren Zuchthaus dafür auf sich nehmen würde, dass er für die Vorwarnung so bedeutungslose Meldungen wie ‚Truppe in der Kaserne – Truppe raus‘ beschafft.“ Es fehle diesen Quellen vor Ort, so die militärische Aufklärung weiter, schlicht an Überblick, als dass sie substantielle Warnungen absetzen könnten. Mehrtägige Meldewege minderten den Wert einzelner Meldungen zusätzlich.⁶⁵ Diese Befunde galten auch für Ansätze, über V-Leute vor Ort Gesprächsaufklärung mit Zivilisten oder Soldaten zu betreiben. Persönliche Einschätzungen von unteren Diensträngen, die auf diesem Weg zu erhalten waren, konnten zutreffend sein, mussten es aber nicht, und sie waren in aller Regel bruchstückhaft.⁶⁶

63 Vgl. Militärische Beschaffung DDR (VC 6), Personalbogen B zu V-13665, 1.9.1965, BND-Archiv, Op. 21114; Militärische Beschaffung DDR, ČSSR, UdSSR (VC 8), Personalbogen A und B für V-7162,8, 6.11.1962, BND-Archiv, Op. 20748.

64 Uhl/ Wagner, Die Möglichkeiten, S. 697.

65 Militärische Aufklärung (RW 14) Nr. 20069/65 geh. an Führungsbeauftragten Operativer Geheimer Meldedienst, Krause (918/pers.), 16.12.1965, BND-Archiv, 3272. Vgl. Schulungswesen, Dr. Neumann, Aufzeichnung über Notwendigkeit und Möglichkeit, die Effektivität der geheimdienstlichen Teile des BND zu verbessern, 11.8.1967, BND-Archiv, 3263.

66 Vgl. BND-05-n an BMVtg Fü S II 3 [O.i.G. Hiersemenzel], Fs Nr. 986 geh.-Bronze betr. Nachtrag Lagekurzorientierung, 28.5.1968, BND-Archiv, 14849, Blatt 459.

In der Bilanz war die „anfänglich noch gute Versorgung mit Meldungen“ in den 1960er Jahren längst nicht mehr gegeben. Über die ČSSR waren, so stellvertretend für alle Bereiche der ehemalige Leiter der Wirtschaftssichtung, Walter Greiff, „abgesehen vom Glücksfall prominenter tschechischer Flüchtlinge, nur noch Meldungen von Reise[q]uellen zu erhalten.“⁶⁷ Bei den Reisequellen handelte es sich in der Regel um westdeutsche oder österreichische, vereinzelt um Berufs- oder Privatreisende anderer Staaten, die ihre Aufenthalte für Beobachtungen im Auftrag des BND nutzten.⁶⁸ Dass diese Quellen nicht krisensicher waren, liegt auf der Hand. Alle Experten der Beschaffung waren sich zudem darüber einig, dass Meldungen von Reisequellen am unteren Ende der nachrichtendienstlichen Qualitätsskala rangierten. Sie seien nur ein „kümmerlicher Ersatz“ für die so genannten „Penetrierungsquellen“ höherer Ebenen oder selbst für die Überwachungsquellen im Land. Aus dieser Sicht leistete eine militärische Aufklärung durch Reisequellen kaum mehr als eine „fast reine Spähtrupptätigkeit.“⁶⁹

Vor diesem Hintergrund konzentrierte sich der Dienst darauf, sich den östlichen Entscheidungszentren mit ihren arkanen Wissensbeständen auf Umwegen und über Dritte anzunähern. Aus anderen Ostblock-Staaten selbst waren in der Praxis vornehmlich Personen aus der DDR zumindest kurzfristig für die Aufklärung der Tschechoslowakei aktivierbar. Für diesen Personenkreis galten hinsichtlich der nachrichtendienstlichen Möglichkeiten dieselben Einschränkungen und Bewertungen wie für tschechoslowakische Bürger. Die Anwerbung von V-Leuten aus dem nicht-kommunistischen Ausland barg, je nach Position, eigene politische Probleme. So wurde 1964 etwa die Zusammenarbeit mit V-16153, Staatsbürger eines neutralen Staats, nach dessen Berufung auf einen Botschafterposten „formell beendet“, da „im Falle einer Enttarnung ein Politikum befürchtet wurde“. Allerdings bestand weiterhin eine „persönliche Verbindung“ eines Mitarbeiters zum Botschafter, „zu deren nd-mäßiger Nutzung L 931 [Strategische Aufklärung

67 Greiff, Die Wirtschaftssichtung, 6.6.1985, S. 4, BND-Archiv, N 35/1.

68 Ähnliche Überlegungen galten für so genannte Transit-Quellen und „Bord-Quellen“ (Marine), vgl. Führungsbeauftragter Personal u.a. (48) Nr. 205/68 geh. betr. Aufträge Bereich Führungsbeauftragter Operativer Geheimer Meldedienst (918) an Sammelstellen, Anl. I, 19.6.1968, BND-Archiv, 4307.

69 DV und Dokumentation (IV E) Nr. 30453/69 an Abteilungsleiter Zentrale Aufgaben (AL IV), Gedanken zur Konzeption der Ostblock-Nachrichtenbeschaffung, 14.3.1969, BND-Archiv, 3266.

DDR] ab und zu anregt“ – unter anderem für Berichte über die Tschechoslowakei 1968.⁷⁰

Daneben lag es für den BND nahe, deutsche (und andere) Auslandskorrespondenten als quasi temporär stationäre Quellen mit vergleichsweise höherer Beweglichkeit im Land zu betrachten und zu nutzen.⁷¹ Der hohe Stellenwert, der diesen Quellen beigemessen wurde, war schon allein deswegen problematisch, weil Auslandskorrespondenten für politische Erschütterungen ihrer Gastländer besonders anfällig waren und in schwierigen Zeiten umstandslos ausgewiesen werden konnten.⁷² Darüber hinaus betrachteten zumindest Teile der BND-Auswertung die Meldungen der schreibenden Zunft mit Misstrauen: „Sie haben den Nachteil – sensationslüstern und phantasiebegabt zu sein, – daher nicht nüchtern und objektiv zu berichten, ihre Erkenntnisse auch anderen mitzuteilen oder sogar zu verkaufen.“⁷³ Zu den geschätzten Presseverbindungen des Dienstes zählten auch einzelne Sonderverbindungen (SV), die den BND beispielsweise mit Interna ihrer Redaktionen und Auslandskorrespondenzen versorgten.⁷⁴ Dagegen hatte sich der BND unmittelbar nach Ende der Ära Gehlen an den Abbau der allgemeinen Sonderverbindungen gemacht, die für Gehlen so wichtig gewesen waren.⁷⁵

70 Sicherheit (348a/I) an Bereichsverwaltung Strategischer Dienst (L 472), 12.2.1969, BND-Archiv, Op. 23387, Blatt 18.

71 Vgl. Unterrichtung Außenpolitische Aufklärung (27 VK) durch Strategische Aufklärung Ostblock, Ungermann (L 929), in: Tagebuch Weiß, 15.11.1963, BND-Archiv, N 10/10, S. 841; Schulungswesen, Dr. Neumann, Aufzeichnung über Notwendigkeit und Möglichkeit, die Effektivität der geheimdienstlichen Teile des BND zu verbessern, 11.8.1967, BND-Archiv, 3263.

72 Vgl. Ausst. Strategische Aufklärung Pressereferat (923)Nr. 489/68 an Außenpolitische Aufklärung, Emigration (27 VK/VI), 27.6.1968, BND-Archiv, 151557.

73 Dethleffsen (Auswertung), Sprechzettel anlässlich meiner Abmeldung beim Herrn Präsidenten am 29.8.1969, BND-Archiv, N 1/69; Führungsbeauftragter Auswertung (455), Änderungswünsche betr. Beschaffung, 28.2.1968, BND-Archiv, 42112, hier S. 2-3.

74 Vgl. Ausst. Strategische Aufklärung Pressereferat (923)Nr. 694/68 an Beschaffung Politik im Strategischen Dienst, Ostblock (283/Ost), (DN) Ritter (Ritgen), 25.7.1968, BND-Archiv, 151557; Aktennotiz 3.9.1968 betr. V-50144, Treffprotokoll 28.8.1968, BND-Archiv, Op. 23153.

75 Vgl. Diktat Wessel, 10.–16.3.1969, BND-Archiv, 1/77; Notiz Wessel über Gespräch mit Gehlen, 22.7.1968, BND-Archiv, N 1/7, Blatt 135. Eine SV, die 1968 „Kontakt zu CSSR-Regierungsfunktionären“ unterhielt, (DN) Bichler, lässt sich derzeit nicht identifizieren, vgl. Beschaffung Politik im Strategischen ND, Ostblock (283/Ost), Nr. 3782/68 geh. an Außenpolitische Aufklärung, Weiß (27 VK pers.), 5.6.1968, BND-Archiv, N 28/2, Blatt 50-51.

Im gesamten HUMINT-Bereich war der BND vor die Aufgabe gestellt, sich gegen Aufschneider, Nachrichtenhändler oder Doppelagenten und deren bewusste oder unbewusste Falschinformationen abzusichern. In der sensiblen Gesamtatmosphäre des Dienstes war die Grenze zwischen gesunder Vorsicht und Paranoia fließend.⁷⁶ Im Wesentlichen wurde die Debatte um Güte und Qualität gerade politischer Meldungen aus dem Ostblock jedoch zwischen Beschaffung und Auswertung geführt. Im Kern ging es dabei um die Frage, ob sich für das verschlungene HUMINT-Beschaffungswesen, das vor allem für die politische Aufklärung bedeutsam war, objektivierte Bewertungskriterien entwickeln ließen. In diesem Kontext war das Wissen um die hinter den ursprünglichen Informationen stehenden „Quellen und ihre Einblicksmöglichkeiten“ von ausschlaggebender Bedeutung, da sich nur auf dieser Grundlage der Informationsgehalt ihrer Berichte einordnen ließ.⁷⁷ Bis 1968 hat es in dieser Frage anstelle einer engen Kooperation und kontinuierlichen Kommunikation zwischen Auswertung und Beschaffung vor allem Reibereien gegeben. Es fehlte „an der Möglichkeit, einheitliche Kriterien zur Messung der Qualität der Meldungen zu gewinnen [...]“. Zwar sind die Meldungen nach den sie erstellenden Beschaffungsbereichen zu unterscheiden und zu qualifizieren, es ist auch ohne weiteres feststellbar, wieviel davon an die Bedarfsträger weitergegeben und wie sie von diesen bewertet wurden.“ Die Beimischung offenen Materials war allerdings bereits in der Auswertung kaum noch feststellbar. Es sei „schwierig, die [...] formal zu treffende Bewertung von der tatsächlichen substanziellen Bewertung zu unterscheiden. [...]“. Das heißt, je nach Individualität ist es mehr dem subjektiven Eindruck überlassen, ob und welche Meldung einen brauchbaren Beitrag zum Lagebild liefert.“⁷⁸

In dieser Diskussion bestand die Extremposition beschaffender Stellen darin, dass ihre Meldungen aus einem geheimnisvoll bleibenden Schattenreich mit nicht nachprüfbar Positionierungen, behaupteten Vertrauensverhältnissen sowie zugeschriebenen Charaktereigenschaften der Quellen stammten und eine nicht zu hinterfragende Bedeutung genossen. Ließ man sich auf diese Bedingungen

76 Quellenbögen, Eintrag zu V-17047,5, „Op. Hobel“, sowie V-17042,3, „Op. Keilberg“, BND-Archiv, Schematische Gliederungen, Ordner 292.

77 Politische Beschaffung Satelliten (283/IVa) an „Fremde Dienste“ (I A 5), 30.4.1969, BND-Archiv, Op. 23400, Blatt 86-87.

78 Führungsbeauftragter Personal u.a. (48/PI-602/02), Nr. 195/68 geh., 18.6.1968, Anl. 3, S. 3 f., BND-Archiv, 4307.

ein, dann waren Manipulationen sowohl durch die Quellen als auch durch die Beschaffungsstellen Tür und Tor geöffnet. Daher neigten analytische Puristen der Auswertung dazu, beim leisesten Zweifel an Herkunft (oder Inhalt) einer Meldung diese *in toto* zu verwerfen. Das aber bedeutete: Informationen, die von vorherrschenden Deutungen und Lagebildern abwichen, hatten es bei dieser Einstellung naturgemäß schwer, durchzudringen.

Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Probleme und angesichts der klaffenden Lücken im traditionellen Quellenbestand kam im BND der 1960er Jahre anderen Quellengruppen und Beschaffungsarten erhöhte Bedeutung zu. Das Befragungswesen stellte hier einen besonders wichtigen Bereich dar. Zumindest in ruhigeren Zeiten stellten die dort gewonnenen Informationen das Gros der Einzelmeldungen im HUMINT-Bereich, auch wenn die Ergebnisse von ambivalentem Wert waren.⁷⁹ Es ging hier darum, von Flüchtlingen oder Aussiedlern in gezielten Befragungen durch BND-Mitarbeiter – nachträglich – Informationen über die Verhältnisse in ihrer ehemaligen Heimat oder Truppe zu gewinnen.⁸⁰ Die in dieser Zeit so genannten BND-Sammelstellen, die mit nachrichtendienstlichen Methoden unter anderem Informationen aus Polen, der ČSSR, Ungarn und Jugoslawien sammelten, griffen zusätzlich zur „Erkundung im Westen (Zug- und ambulante Befragung)“, die sich in Qualität und Aktualität nicht von anderen Befragungsmöglichkeiten unterschied.⁸¹ Vorrangigen Zugriff auf Mitteilungen von Deserteuren der tschechoslowakischen Volksarmee sicherten sich in der Praxis der nachrichtendienstlichen Kooperation die westalliierten Seniorpartner. Über sie erhielten die bundesdeutschen Kollegen die entsprechenden Informationen mit einiger Verspätung und potentiellen Lücken.⁸²

In der Bilanz stellte Präsident Wessel bei Dienstantritt im Mai 1968 dem HUMINT-Sektor des BND ein ernüchterndes Zeugnis aus. „Für den Gewinn hochwertiger geheimer Nachrichten, vor allem aus Ostblockländern, hat der BND praktisch keine Quellen in entsprechenden Stellungen; seine Stärke liegt in der

79 Vgl. (komm.) Vizepräsident Wendland (106/G), Vermerk über Schlussbesprechung mit BM We-strick (BK) am 13.5.1966, 17.5.1966, Anl., BND-Archiv, Nr. 1104, Blatt 41-42, 49.

80 Vgl. Ausarbeitung an Operative Meldungsbeschaffung, (DN) Hr. Bruhn, betr. militärische Aufklärung, 25.1.1962, BND-Archiv, 3192, Blatt 189-207.

81 Vgl. Führungsbeauftragter Personal u.a. (48), Nr. 205/68 geh. betr. Aufträge Bereich Führungsbeauftragter Operativer Geheimer Meldedienst (918) an Sammelstellen, Anl. I, 19.6.1968, BND-Archiv, 4307.

82 Vgl. CIA (851) Nr. 13684 an Beschaffung ČSSR (131/Cs), 27.8.1956, BND-Archiv, 1398.

Mosaikarbeit, die zum Erstellen zutreffender Lagebeurteilungen aus kleinsten Einzelteilen geheimer, verdeckter und offener Herkunft führt.⁸³

Die Bedeutung des von Wessel angeführten offenen Materials, insbesondere von Agentur- und Mediennachrichten, aber auch von wissenschaftlichen Publikationen für den bundesdeutschen Auslandsnachrichtendienst kann schwerlich überschätzt werden. Das genaue Verhältnis zwischen offenem und geheimem Material am Meldeaufkommen des BND ist allerdings nur schwer zu bestimmen. Für 1968 gingen interne Schätzungen von einem Anteil des offenen Materials von unter 70 Prozent aus.⁸⁴ Der BND blieb in dem Bereich vielfach auf Zufallslieferungen oder die Zuarbeit anderer Behörden wie beispielsweise des Bundespressamts angewiesen.⁸⁵ Schließlich klinkte sich der BND seit den 1950er Jahren aktiv in die westdeutsche Wissenschaftslandschaft ein, zunächst, um Grundlagenmaterial, dann – im nächsten Schritt – um spezielle Analysen zu erhalten.⁸⁶

Daneben erhoffte sich der Dienst von der offiziellen Kooperation mit Ministerien und Behörden wie beispielsweise dem Auswärtigen Amt oder dem Bundesgrenzschutz (BGS) Zugang zu deren Informationskanälen.⁸⁷ Diese Zusammenarbeit war schon aus Gründen behördlichen Eigeninteresses nie vollkommen und gerade in Zeiten einer SPD-Führung im Auswärtigen Amt nicht selbstverständlich. „Es macht sich in zunehmendem Maße [...] bemerkbar, dass wir gerade wichtige Papiere, die von sowjetischer Seite pp. dem AA zugehen oder vom AA entworfen werden, nicht kennen und nur das wissen, was in der Zeitung steht,“ beklagte man sich 1968 in Pullach.⁸⁸ Reibungsloser verlief die Zusammenarbeit in rein technischen Fragen, wenn es etwa um die Nutzung von Kurierwegen oder

83 Wessel, Notiz über Lage Bundesnachrichtendienst bei Übernahme am 1. Mai 1968, 22.4.1968, S. 6-8, Zitat S. 8, BND Archiv, N 1/77. Vgl. Führungsbeauftragter Auswertung (455), Vermerk über Meldungsbearbeitung, 27.3.1968, BND-Archiv, 42112.

84 Vgl. Operative Beschaffung Gegenspionage (333/B) Nr. 13248/68 VS-V an Führungsbeauftragten Personal u.a., Blum (48 pers.), 21.5.1968, S. 15-16, BND-Archiv, 1165.

85 Vgl. BND-AG „Offene Beschaffung“, Bericht und Lösungsvorschlag, 1.7.1968, BND-Archiv, 3270.

86 Vgl. hier u.a. zur Beteiligung von BND-Stellen/-Personal an der SWP Chef BK Nr. 5-30110 zu 790/64 an Erler, 7.8.1964, AdsD, 2/BTFD 872 (Fraktion, IV. WP, AK VIII); SWP, Ritter, an Vors. SPD-Bundtagsfraktion, Schmidt, 31.3.1967, AdsD, Depos. Schmidt, 5596; Einzelstücke im Depos. Schmidt, 5597.

87 Vgl. Militärische Auswertung [?], Min.Dir. (DN) Wichmann, Organisation und Aufgabenbereich der U.Abt. Militärische Auswertung, Januar 1965, BND-Archiv, N 3/2.

88 Leiter Auswertung, Dethleffsen, an Präsident Gehlen, Notiz, 5.2.1968, zit. nach Chronik Auswertung (Abt. 3), 1945–1969, BND-Archiv, 101820. Vgl. Führungsbeauftragter Auswertung (455), „MD Bahr zu 106 pers.“ [Gehlen], 2.2.1968, BND-Archiv, N 1/77.

diplomatischen Abdeckungen vor Ort ging. Hinsichtlich Osteuropa konnte das Außenministerium jedoch nur bedingt helfen. In der ČSSR wurde erst 1967 eine bundesdeutsche Handelsvertretung eingerichtet, deren nachrichtendienstliche Möglichkeiten vom BND erst noch erkundet und getestet werden mussten.⁸⁹

Schließlich nutzte der BND seine internationalen Verbindungen zur Beschaffung von Informationen. Das so genannte „Fleurop-Geschäft“, der Austausch von Erkenntnissen mit Nachrichtendiensten des Westens, gewann seit den 1950er Jahren zunehmend an Bedeutung.⁹⁰ Die Qualität dieses nachrichtendienstlichen *do ut des*-Geschäfts hing natürlich von der Effektivität der beteiligten Dienste ab. In Pullach gewann man Ende der 1960er Jahre den Eindruck, dass gerade die CIA, aus welchen Gründen auch immer, sich bereits seit längerem zurücknahm.⁹¹ In dem speziellen Geschäft der Zusammenarbeit mit Partnerdiensten war zu diesem Zeitpunkt die Funk- und Fernmeldeaufklärung schon längst zu einem wesentlichen Faktor avanciert.⁹²

2. Elektronische Aufklärung: SIGINT

Die BND-Abteilung II (Technik) entwickelte sich im Laufe der Jahre neben den traditionellen Feldern der Auslandsaufklärung zu einer der wichtigsten Informationsquellen. Hier waren alle technischen Einheiten angesiedelt, die unmittelbar der nachrichtendienstlichen Tätigkeit dienen. Dies betraf zum einen die eigentliche elektronische Aufklärung, aber auch Bereiche wie Fernmeldeverbindungen, Entwicklung und Beschaffung von Fernmeldegerät sowie die Kryptologie. Die *Zentralstelle für Chiffrierwesen* mühte sich unter ihrem Leiter Erich Hüttenhain mit der Entschlüsselung ab. Zugleich übernahm seine Dienststelle mit ihrer spezifischen Expertise konsequenterweise die Zuständigkeit für die

89 Vgl. Führungsbeauftragter operativer Meldedienst, Operativ (918/Op) Nr. 640/68 VS-V an Führungsbeauftragten Personal u.a., Blum (48 pers.), 27.5.1968, BND-Archiv, 1165; Beschaffung Politik im Strategischen ND, Ostblock, Ritgen (L 283/Ost) Nr. 2364/68 VS-V an Führungsbeauftragten Personal (48), 6.6.1968, BND-Archiv, 1165. Die tschechoslowakische Spionageabwehr maß der bundesdeutschen HV im Übrigen sofort Bedeutung als neue Spionagebasis zu, vgl. *Revoluční a bojové tradice*, S. 204-205.

90 „Fleurop“ fasste die der Flora entnommenen Tarnbezeichnungen für einzelne Partnerdienste zusammen, vgl. Uhl/Wagner, *Die Möglichkeiten*, S. 690-691.

91 Wessel, Diktat betr. Reise nach USA, 5.–13.5.1969, BND-Archiv, N 1/77; Auswertung, Detheffsen (AL III), an Präsident, Entwurf betr. Reise des Herrn Präsidenten nach den USA, 14.4.1969, BND-Archiv, N 1/69.

92 Vgl. Wessel, Notiz über Lage Bundesnachrichtendienst bei Übernahme am 1. Mai 1968, 22.4.1968, BND Archiv, N 1/77, S. 7-8.

Kommunikationssicherheit anderer Bundesbehörden wie des Kanzleramts, des Auswärtigen Amts sowie, ab 1956, der Bundeswehr.⁹³

Die eigentliche Fernmeldeaufklärung (FmA) nutzte eine Kombination aus Horchstellen zum Auffassen der Funkverkehre und Peilstellen zur Lokalisierung der Sender und Empfänger. Generell lag das Gros der erfassten Funkverkehre im Bereich der Kurzwelle.⁹⁴ Es war der Fernmeldeaufklärung zumindest sporadisch möglich, über das Erfassen von Funkfernschreibverkehren oder der Kommunikation von Hochsee- und Binnenschiffen und des Eisenbahnverkehrs Nachrichten aus zivilen Sektoren der Sowjetunion selbst zu gewinnen. Der Schwerpunkt der Kurzwellen-Kommunikation lag jedoch im militärischen Bereich. Zusätzliche Erkenntnisse ließen sich aus dem Funkverkehr im Bereich der Ultrakurzwelle gewinnen. Dieser nahm ab den frühen 1950er Jahren an Bedeutung zu, da die sowjetischen Streitkräfte zunächst zur Kommunikation mit den eigenen Fliegern, später auch zur Koordinierung von Landeinheiten in diese höheren Frequenzbereiche auswichen.⁹⁵ Die Organisation Gehlen begann 1952 zunächst versuchsweise mit der Erfassung der gegnerischen Ultrakurzwellensendungen, im Kern gehörte diese Sparte jedoch in den Bereich der so genannten Gefechtsfeldaufklärung, die Heer und Luftwaffe der Bundeswehr 1956 übernahmen.⁹⁶

In der Regel wurden in der Funkaufklärung kaum Kommunikationsinhalte erfasst. Durch möglichst genaue Kenntnis der Funkwege innerhalb militäri-

93 Vgl. Fernmeldewesen (22CY11) Nr. 22C-1274/90 geh.-Anrecht, Fernmeldeaufklärung – Technische Aufklärung 1, 1945-89 (Kurzfassung), 26.7.1990, S. 19, BND-Archiv, 9293; Hüttenhain, Kurzfassung der Entwicklung des Chiffrierwesens im Dienst, 23.5.1969, BND-Archiv, 8191, Blatt 31-34. Aus der Zentralstelle für das Chiffrierwesen ging 1991 das in eine eigenständige Bundesbehörde umgewandelte Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hervor, das dem Bundesministerium des Inneren untersteht.

94 Kurzwellen-Frequenzen breiten sich durch die Reflexion an der Ionosphäre über sehr große Entfernungen aus und sind daher über weite Strecken hinweg nutzbar. Zu Technik und Entwicklungsstand der Fernmeldeaufklärung in den späten 1960er Jahren allgemein vgl. Alexander I. Pali: Technik und Methoden des funkelektronischen Krieges, Ost-Berlin 1968.

95 Im Gegensatz zur Kurzwelle sind Verkehre auf Ultrakurzwelle nur über kürzere Distanzen zu erfassen.

96 Vgl. Fernmeldewesen (22CY11) Nr. 22C-1274/90 geh.-Anrecht, Fernmeldeaufklärung – Technische Aufklärung 1, 1945-89 (Kurzfassung), 26.7.1990, S. 10, 27-28, BND-Archiv, 9293. Zum Aufbau eines eigenen Nachrichtendienstes der Marine, der im gegebenen Zusammenhang vernachlässigbar ist, vgl. Sigurd Hess: Der Zusammenprall der Nachrichtendienste in der Ostsee während des Kalten Krieges, in: Carlos Collado Seidel (Hg.), Geheimdienste, Diplomatie, Krieg. Das Räderwerk der Internationalen Beziehungen. Zum 65. Geburtstag von Wolfgang Krieger, Münster 2013, S. 85-101, hier S. 91-94; Günther K. Weiße: Geheime Nachrichtendienste und Funkaufklärung im 2. Weltkrieg. Deutsche und alliierte Agentenfunkdienste in Europa 1939–1945, Graz 2009, S. 154-156.

scher Führungsstrukturen ließen sich an Hand von Veränderungen im Funkverkehr jedoch beispielsweise Truppenbewegungen, neue Tätigkeiten im Rahmen von Übungen oder Operationen, geänderte Unterstellungsverhältnisse sowie Wechsel von Standorten nachvollziehen. „Der elektronische Nachrichtendienst“, so lautete 1968 das selbstbewusste Fazit des Führungsbeauftragten Technik, August Winter, „kann also überall dort, wo andere Aufklärungsmittel nur unvollkommen aufklären können, wertvolle Beiträge, insbesondere über Gliederung und Dislokation der gegnerischen Streitkräfte liefern.“⁹⁷ Um bei der Kombination von Horch- und Peilerggebnissen möglichst genaue Resultate zu erzielen, bedurfte es jedoch neben einer möglichst guten Empfangsinfrastruktur auch eines hohen Maßes an Erfahrung und Kenntnis der beim Gegner eingesetzten Technik, seiner Kommunikationsmuster und der dahinter stehenden Strukturen. Der kontinuierliche technische Wettlauf zwischen den Blöcken verlangte immer wieder Anpassungen und Neuentwicklungen des eingesetzten Gerätes. Darüber hinaus wurde das Erfassen der gegnerischen Kommunikation zunehmend durch den Einsatz von Drahtverbindungen sowie von Richtfunkstrecken sowohl für zivilen als auch für militärischen Sprech- und Datenverkehr erschwert.⁹⁸

In der Organisation Gehlen hatte man früh mit dem Aufbau eigener funk- und fernmeldetechnischer Aufklärungskomponenten begonnen. Bereits im Jahr 1946 waren im Rahmen der *Organisation 56* („AFu-Leitstelle“) in Oberursel neben dem Aufbau eines eigenen Funknetzes zur Führung von Agenten erste Empfangsversuche im Hochfrequenzbereich unternommen worden. Im April 1947 wurden Teile der Organisation Gehlen auf die Burg Kransberg im Taunus verlegt, einschließlich der Komponenten der elektronischen Aufklärung.⁹⁹ Ein Jahr darauf machte

97 Elektr. ND und FmA (432) Nr. 1244/68 VS-V an Führungsbeauftragten Personal u.a. (48), Möglichkeiten und Grenzen des elektronischen Nachrichtendienstes, 30.5.1968, S. 5, BND-Archiv, 1165.

98 Eine Richtfunkverbindung arbeitet beinahe abstrahlungsfrei zwischen zwei festen Punkten, die sich wegen der benutzten höheren Frequenzen nahezu in Sichtweite zueinander befinden müssen. Auf einer Richtfunkstrecke wird hierbei wie in einer gebündelten Telefonleitung eine Vielzahl von Verbindungen gleichzeitig abgewickelt. Mit einer günstigen Empfangsposition und hohem technischen Aufwand ist es jedoch teilweise möglich, auch außerhalb der Sichtverbindung zwischen Sender und Empfänger den Richtfunkverkehr zu erfassen.

99 Vgl. Funkleitstelle „Alpina“ (428) Nr. 12/69 geh., an Fm-Führung (Verbindungskontor II), Entwurf betr. historische Entwicklung der Abt. II, Anl. 5, 30.4.1969, BND-Archiv, 9293. Als Übersicht der Entwicklung der FmA in den Jahren der OG vgl. Fernmeldewesen (22CY11) Nr. 22C-1274/90 geh.-Anrecht, Fernmeldeaufklärung – Technische Aufklärung 1, 1945-89 (Kurzfassung), 26.7.1990, S. 6-7, BND-Archiv, 9293.

sich die Organisation Gehlen an den Aufbau neuer Peilstellen und ausdifferenzierter Strukturen. Die Übernahme der Organisation durch die CIA im Juli 1949 erschwerte jedoch die Bemühungen um eine eigenständige Funkaufklärung, da der Komplex auf amerikanischer Seite im Verantwortungsbereich der *National Security Agency* (NSA) angesiedelt war. Die NSA ging auf Sicherheitsapparate der US-Army zurück und unterstand, anders als die CIA, dem Pentagon.¹⁰⁰ Zudem versuchten die US-Streitkräfte seit 1952 auf westdeutschem Boden und mit deutschem Personal, unabhängig von der Organisation Gehlen eine eigene Funkaufklärung einzurichten. Die entsprechende Horchstelle im fränkischen Lauf mit ihren 56 Mitarbeitern wurde erst 1957 an den BND übergeben. Es war der Laufener Horchposten, der von Anfang an neben dem Funkverkehr der polnischen und ungarischen Volksarmee auch den der tschechoslowakischen Armee (ČSLA) erfasste. Allein 1952 nahm die Station Lauf 17.315 Funksprüche auf. Bis ins Jahr 1968 steigerte sich die Aufnahmeleistung auf über 30.000 Sprüche jährlich.¹⁰¹

Ungeachtet der erwähnten Anstrengungen des US-Militärs blieb die Fernmeldeaufklärung ein Anliegen der Organisation Gehlen. Ihre Übernahme in den Bundesdienst brachte einen quantitativen und qualitativen Ausbau des Fernmeldesektors mit sich. Zählte die Fernmeldeaufklärung 1955 noch 120 Mitarbeiter, so hatte sie 1968 bereits über 900 Mitarbeiter. Der Gesamtbereich Technik beanspruchte bereits im Jahr 1965 mit einem Soll von 1.300 Personen ein Viertel der Planstellen des Dienstes.¹⁰²

Die personelle Aufstockung ging mit beträchtlichen Investitionen in die Infrastruktur einher. Die Zahl der Horchstellen, von denen aus der Funkverkehr jenseits des Eisernen Vorhangs abgehört wurde, stieg bis 1968 auf zehn an, in Standorten von Husum bis zum Chiemsee.¹⁰³ Auch die Peilstellen wurden ergänzt und agierten in zunehmend enger Koordination mit Peilstellen ausländischer Partnerdienste. Hinzu kam eine Reihe ortsfester und mobiler Anlagen, die es erlaubten, elektronische Emissionen wie beispielsweise die Radarstrahlung moderner

100 Vgl. Leo Hepp, Beiträge zur Geschichte des Dienstes 1948–1956: Die Abteilung Nachrichtendienstwesen in der Organisation Gehlen, 13.1.1983, BND-Archiv, N 14/6.

101 Vgl. Horchstelle Lauf (74), Nr 19/69 geh., Geschichte der Dienststelle 74, 30.4.1969, BND-Archiv, 8223.

102 Vgl. Elektr. ND und FmA, Zentrale Einrichtung (432/Z), Nr. 631/65 geh., Aktennotiz über die Entwicklung der Abteilung Elektronischer Nachrichtendienst und Fernmeldewesen in den letzten 18 Monaten, Anl., 13.5.1965, BND-Archiv, 1088, Blatt 137-139.

103 Vgl. Fernmeldewesen (22CY11) Nr. 22C-1274/90 geh.-Anrecht, Fernmeldeaufklärung – Technische Aufklärung 1, 1945-89 (Kurzfassung), 26.7.1990, S. 6-17, BND-Archiv, 9293.

Waffentechnik aufzunehmen und auf diese Weise Erkenntnisse über Flugbewegungen oder Raketentechnik zu gewinnen.

Der wesentliche Beitrag zum militärischen Lagebild ergab sich, wie bereits erwähnt, nicht aus dem eigentlichen Inhalt eines Funkverkehrs, sondern aus der möglichst genauen Zuordnung, wer wann mit wem sprach. Im engen Zusammenspiel von Horch- und Peilstellen ließen sich so Flugbewegungen, Standorte von Truppenteilen, Meldewege militärischer Dienststellen wie auch Bewegungen oder Verlegungen militärischer Einheiten nachvollziehen. Insgesamt konnten sich die Ergebnisse des BND im militärischen Sektor der Fernmeldeaufklärung durchaus sehen lassen.¹⁰⁴ Der Erfolg hatte allerdings auch seine Tücken. Er erbrachte ein Überangebot an Informationen, liefen doch beispielsweise allein auf einer Richtfunkstrecke Dutzende von Telefon- oder Fernschreiberverbindungen parallel. Der technische Vollzugriff grenzte durch seine Vielfalt den qualitativen Erkenntnisgewinn deutlich ein.

Dabei waren die Organisation Gehlen beziehungsweise der BND nicht die einzigen deutschen Akteure im funkelektronischen Wettstreit mit dem Ostblock. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) beispielsweise übernahm frühzeitig die Funkabwehr, also die Aufklärung des Funkverkehrs von eingeschleusten Agenten auf westdeutschem Boden.¹⁰⁵ Daneben existierten weitreichende Überschneidungen der BND-Aufgaben mit den Aktivitäten der Bundeswehr. Grundsätzlich war es in Pullach aufgrund der Erfahrungen des Weltkriegs nie strittig, dass die neu aufgestellten Streitkräfte für den Ernstfall über eine eigene leistungsstarke Fernmeldeaufklärung verfügen mussten. Entsprechende Einheiten sollten sich bereits im Frieden mit der Aufklärung des potentiellen Gegners hinter dem Eisernen Vorhang befassen, um, ganz nach dem alten Reichswehr-Motto des „Übens am Feind“ notwendige Basiserkenntnisse und Erfahrungen zu gewinnen.

104 Vgl. Auswertung (461) Nr. 25/65 an Führungsbeauftragten Gesamtführung (770), Leistungsübersicht für 1964, 15.1.1965, BND-Archiv, 4297; Auswertung (461) Nr. 35/67 VS-V an Ref. Organisation (49 [?]), Leistungsübersicht Auswertung 1966, 16.1.1967, ebd.

105 Vgl. Horchstelle Söcking (430) an Funkaufklärung (400), Notiz über die Zusammenarbeit zwischen der Funkabwehr ORG und der Funkabwehr BVS, 29.5.1954, BND-Archiv, 8185; Horchstelle Söcking (430) an Funkaufklärung (400), Ausarbeitungen Nr. 2 und 6 betr. Funkabwehr, 8.2. und 15.12.1954, ebd.

nen.¹⁰⁶ Aus Sicht des Dienstes sollte sich allerdings die Bundeswehr mit mobilen Einheiten auf diese sogenannte Gefechtsfeldaufklärung beschränken, während der BND von ortsfesten Installationen aus die militärische Tiefenaufklärung sowie die politische und wirtschaftliche Aufklärung übernahm.¹⁰⁷

Die Abgrenzung erwies sich in der Praxis als schwierig. Zwar einigte man sich 1958 dahingehend, dass allein der BND für die militärische Nachrichtenbeschaffung in Frieden und Krieg zuständig sein und dass die Koordinierung der deutschen Fernmeldeaufklärung durch den Präsidenten des BND erfolgen sollte.¹⁰⁸ Diese Regelung stand jedoch nur auf dem Papier. Nach 1960 musste der Dienst feststellen, dass die Bundeswehr mit der Einrichtung fester Aufklärungseinrichtungen begann. Darüber hinaus betrieb die bundeswehreigene Fernmeldedienststelle in Ahrweiler eine eigene Endauswertung und stand damit in direkter Konkurrenz zum Dienst.¹⁰⁹ Dabei konnte sich auf der Arbeitsebene mitunter eine reibungslose Kooperation ergeben. Während der Dienst seine Erfassungsanstrengungen auf Kurzwelle konzentrierte und die Ultrakurzwellerfassung nur für den Bereich der 24. Front-Luftarmee auf dem Gebiet der DDR zur Auswertung von Taktiken und technischen Neuerungen betrieb, installierte die Bundeswehr eine Reihe von grenznahen Fernmeldetürmen für die flächendeckende Überwachung im Kurzwellen-Spektrum. Von diesen wurden schwerpunktmäßig die Luftwaffen der Warschauer-Pakt-Staaten sowie, auf dem Territorium von DDR und ČSSR, die

106 Vgl. Horchstelle Söcking (422), Entwicklung der Fm-Aufklärung, 7.6.1963, BND-Archiv, 8201, Blatt 146-152; Konrad Guthardt und Heinz Dörnenburg: Elektronischer Kampf. Historische Entwicklung mit Beispielen aus acht Jahrzehnten, Ulm 1986, S. 40-47; Weiße, Geheime Nachrichtendienste, S. 16-32; Rudolf Grabau: Die Fernmeldetruppe EloKa des Heeres 1956–1990, Band 1, Bonn 1995, S. 18-32; Rudolf Grabau: Fernmeldeelektronische Aufklärung. Elektronische Gegenmaßnahmen und Elektronischer Kampf im Heer in den Jahren 1957–1990, Bonn 1998, 545-554.

107 Vgl. FmA (PFH pers.), Aktennotiz betr. Zusammenarbeit zwischen BND und Bundeswehr auf dem Gebiet des Elektr. ND (BND) und FmEloAufkl.(Bw), 1.10.1968, BND-Archiv, 8202, Blatt 104-111.

108 Vgl. Stellv. Ltr. Elektron. ND und FmA, v. Seydlitz-Kurbach (432,0), Aktennotiz zur Frage der Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und BND auf dem Gebiet der FmEloAufkl., Januar 1969, BND-Archiv, 8202, Blatt 112-118; Fernmeldewesen (22CY11) Nr. 22C-1274/90 geh.-Anrecht, Fernmeldeaufklärung – Technische Aufklärung 1, 1945-89 (Kurzfassung), 26.7.1990, S. 27-28, BND-Archiv, 9293.

109 Vgl. Offiziersgemeinschaft des ehemaligen Zentrums für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (Hg.): Von der Fernmeldedienststelle der Streitkräfte zum Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, CD-ROM Gelsdorf 2007.

Tabelle III: Das militärische Meldungsaufkommen, 1967*

Beschaffungszweig	Anzahl der Meldungen	davon an Bedarfsträger weitergegeben
Mil-Sichtung (Ausgang aus mil. Beschaffung an Auswertung)	30.038	
Fernmeldeaufklärung	25.517	
Pol. Beschaffung	13.868	
„Fleurop“ (Partnerdienste)	21.535	
Befragungswesen	15.802	
Sonstiges	8.788	
GESAMT	111.548	8.223

* Auswertung (461/S) Nr. 219/68 geh. an Führungsbeauftragten Personal u.a., Blum (48 pers.), 1.7.1968, Anl., BND-Archiv, 4306.

Kommunikation von Landeinheiten (unterhalb der Divisionsebene) beobachtet.¹¹⁰ Der BND durfte diese Türme mit benutzen, als es das Abhören von Richtfunkstrecken in der DDR notwendig machte, die Empfangsbasis ad hoc zu verbreitern.¹¹¹

Wichtiger als die insgesamt schwierige Kooperation auf der nationalen Ebene war für den BND die Zusammenarbeit mit den Partnerdiensten. Die Schwerpunkte wurden hier entlang der technischen und regionalen Möglichkeiten gesetzt. Bis zum Jahr 1968 erreichte der BND mit allen Mitgliedstaaten der NATO sowie einer Reihe anderer Nationen eine geregelte Zusammenarbeit, ohne dass es zu einer „vollkommenen Arbeitsteilung“ gekommen wäre.¹¹² Konkret lagen 1968 die Schwerpunkte der Fernmeldeaufklärung des BND auf den Landstreitkräften der

110 Gemeint sind hier vor allem die Fernmeldetürme der Luftwaffe in Großenbrode, am Thurauer Berg, auf dem Stöberhai, Schneeberg und dem Hohen Bogen, vgl. Günther K. Weiße: Geheime Funkaufklärung in Deutschland 1945–1989, Stuttgart 1989, S. 124-153; GRABAU, DIE FERNMELDETRUPPE 1, S. 67.

111 Vgl. Helmut Walter: Beitrag zur Geschichte der Abt. Technik, 15.8.1989, BND-Archiv, N 71/2, Blatt 42-49.

112 v. Seydlitz-Kurzbach, Vortragsentwurf über FmEloAufkl, 1968, BND-Archiv, N 71/1, Blatt 287-310, hier Blatt 291-292. Hier auch die folgenden Zitate.

Tabelle IV: Qualitätsanalyse politischer Meldungen, Juni 1968*

	Aufklärungsziel Sowjetunion			
	283 [Politische Beschaffung im Strategischen Nachrichtendienst]	921 [Strategische Aufklärung]	424 [Auslandsver- bindungsdienst]	BM (FmA)
Meldeaufkommen	„umfangreich“	„erheblich“	„fast nur von H[ortensie]“ [CIA]	Kein Material
Bewertung	„knapp ausreichend, oft verzeichnet“	„ungenügend, meist verzeichnet“	„genügend, oft überholt“	–
	Aufklärungsziel Polen und ČSSR			
Meldeaufkommen	„umfangreich“	„mäßig“	„mäßig, meist N[arzisse; französ. Partnerdienst] und H[ortensie]	Mäßig
Bewertung	„knapp ausreichend, oft verzeichnet bzw. pressebekannt“	„kaum ausreichend, oft verzeichnet, meist pressebekannt“	„vielfach bekannt, oft überholt“	„manchmal verwendbar“

* Auswertung (461/S) Nr. 216/68 geh. an Führungsbeauftragten Personal, Blum (48 pers.), 28.6.1968, BND-Archiv, 4306.

sowjetischen Truppen in der DDR (GSTD),¹¹³ in Polen (NGT) und Ungarn (SGT) sowie in den westlichen sowjetischen Militärbezirken Baltikum, Weißrussland und Karpaten. Daneben erstreckten sich die Horchaktivitäten auf die Volksarmeen der sowjetischen Verbündeten, hier auf die NVA sowie polnische, tschechoslowakische und ungarische Truppen. Die „Deckung in den einzelnen Gebieten“ war „recht unterschiedlich und keinesfalls vollkommen“, musste der Unterabteilungsleiter Technische Aufklärung, Joachim von Seydlitz-Kurzbach, indes noch

113 Um die Einheitlichkeit mit den zitierten BND-Dokumenten zu wahren, wird statt der ansonsten üblichen Übersetzung „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ (GSSD) die seinerzeit im BND gebräuchliche Übersetzung „Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland“ (GSTD) verwendet.

1968 einräumen. Das galt seiner Ansicht nach „insbesondere bei der GSTD, für die zum Beispiel die Bundeswehr verantwortlich gemacht worden ist“. Letztlich konnte „in einigen Räumen das Lagebild tatsächlich nur mit Hilfe der Verbündeten aufrecht erhalten werden.“ „Zusammenfassend kann festgestellt werden“, so Seydlitz-Kurzbach in einer Mischung von Besorgnis und Ressourcenkampf, „dass zur Erfüllung des mil[itärischen] Auftrages der deutschen FmA nicht genügend Kapazität zur Verfügung steht.“ Dazu kam, dass durch die langjährige Fokussierung auf die militärischen Aufgaben „der Aufbau einer wirklich leistungsfähigen Fm-Aufklärung auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiet ebenfalls aus Mangel an Kapazität[en] in den Anfängen stecken blieb.“ Hier wurde letztlich nur „nach der Erfüllung des bindenden militärischen Auftrages“ mit den „noch verbleibenden restlichen Kapazität[en]“ gearbeitet. „Die Ergebnisse der politischen und wirtschaftlichen Aufklärung erbringen allgemein zusätzliche Erkenntnisse für das Lagebild, die in einzelnen Fällen infolge des Mangels an anderen Nachrichten als sehr wertvoll bezeichnet werden können. Sie stellen aber im Gegensatz zum mil[itärischen] Bereich keinen entscheidenden Faktor für das politische und wirtschaftliche Lagebild dar.“ Unter Politikern kursierten ähnlich negative Einschätzungen. „Vor allen Dingen scheint es mir“, so das Fazit des SPD-Bundestagsabgeordneten und verteidigungspolitischen Experten Hermann Schmidt nach verschiedenen Wehrübungen in der Fernmeldeaufklärung des BND, dass die potentiellen Möglichkeiten der Fernmeldeaufklärung „in Gebieten, die für die Politik von besonderem Interesse sind, wegen Mangel an Geräten und Personal nicht voll ausgeschöpft werden.“¹¹⁴

Im Dienst kam die Auswertung des BND für das gesamte Beschaffungswesen einschließlich der Fernmeldeaufklärung zu generell kritischeren Bewertungen. Hier berechnete man im Sommer 1968 die durchschnittliche Verwertbarkeit von militärischen Einzelmeldungen, die 1967 eingegangen waren – gemessen am Verhältnis zwischen Meldungseingang und der Weitergabe von Einzelmeldungen an die Bedarfsträger – mit nicht einmal acht Prozent (siehe Tabelle III).

Nach Ansicht der Auswertung stachen im militärischen Bereich nur in „Einzelbereichen erfreuliche Ergebnisse“ hervor. So galt die HUMINT-Aufklärung der gegnerischen Seestreitkräfte als ausreichend, die Aufklärung der Landstreitkräfte gelang nur zu vierzig Prozent, die der Luftstreitkräfte wurde als gänzlich ungenü-

114 MdB (SPD) Hermann Schmidt an Vors. SPD-Bundestagsfraktion, Helmut Schmidt, 4.10.1968, AdSd, SPD-Bundestagsfraktion, 5. WP, 1000.

gend eingestuft.¹¹⁵ Insgesamt, so die Auswertung Mitte 1968, hatte „gegenüber 1966 die Quantität [der Meldungen] leicht zugenommen“, nicht aber die Qualität. „Das bedeutet erhöhten Arbeitsaufwand bei gleichem Erfolg.“ Das Gros der Meldungen brachte damit lediglich „Bestätigungen vorhandener Erkenntnisse und dergleichen“.¹¹⁶

Bei politischen Meldungen lag die berechnete Verwertbarkeit höher, bei zwanzig Prozent. Dies führten die Pullacher Analysten ausschließlich auf den höheren Erwartungsdruck zurück, den Kanzleramt, Auswärtiges Amt u.a. ausübten, um möglichst schnell möglichst viele politische Meldungen zu erhalten.¹¹⁷ Dass Quantität auch im Nachrichtendienst nicht automatisch mit Qualität gleichzusetzen war, ergab sich bereits aus Qualitätsanalysen der Pullacher Auswertung (siehe Tab. IV).

Somit befand sich das Beschaffungswesen des BND 1968 offensichtlich in einem ambivalenten Stadium. Die Hauptsektoren von HUMINT und SIGINT hatten sich in quantitativer und qualitativer Sicht zumindest teilweise auseinanderentwickelt. Auch in den militärischen und politischen Feldern mit ihren unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Herausforderungen ergaben sich differierende Ergebnisse, die sich in der Summe zu einem Bild maximal durchschnittlicher Güte zusammensetzten. Der „Prager Frühling“ stellte für die BND-Operativen eine Aufgabe neuer Qualität dar. Hier würde sich zeigen, inwieweit der BND-Beschaffungsapparat trotz der geschilderten defizitären Ausgangssituation in der Lage war, in einer akuten Krise relevante politische und militärische Entwicklungen in ihrer verschachtelten Dynamik detailliert und zeitnah zu erfassen – oder die Krisensituation würde latente, tiefer sitzende Probleme des Beschaffungswesens noch schärfer hervortreten lassen.

115 Militärische Aufklärung (RW 14) Nr. 20144/68 VS-V, Möglichkeiten und Grenzen der gegen den Ostblock gerichteten MIL-Beschaffung, 28.5.1968, S. 6, BND-Archiv 1165.

116 Zitate nach Auswertung (461/S) Nr. 219/68 geh. an Führungsbeauftragten Personal u.a., Blum (48 pers.), Anl., 1.7. 1968, BND-Archiv, 4306.

117 Vgl. Auswertung (461/S) Nr. 198/68 geh. an Führungsbeauftragten Personal u.a., Blum (48 pers.), 11.6.1968, BND-Archiv, 4306.

III

Der BND und der „Prager Frühling“: Das Meldungswesen 1968

Die in Kapitel II beschriebenen einzelnen Quellengruppen lassen sich hinsichtlich ihres quantitativen Ertrags für das politische Beschaffungswesen während der tschechoslowakischen Krise 1968 nicht mehr aufschlüsseln. Die Qualität der Quellenbasis hat sich allem Anschein nach von Anfang 1968 bis zur Zeit nach der Intervention nicht merklich verändert.¹¹⁸ Für den politischen Sektor ist in Rechnung zu stellen, dass die innenpolitischen Abläufe in der ČSSR sowie die blockpolitischen Debatten durch die weitgehende Aufhebung der Zensur im März 1968 und durch die Bemühungen aller Beteiligten, für ihre Positionen um internationale Anerkennung und Unterstützung zu werben, insgesamt gut ausgeleuchtet waren. Dies galt insbesondere für die tschechoslowakischen Reformer: „Bei der Mitteilungsfreudigkeit der Tschechen“, bewertete noch Mitte August 1968 der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Georg Ferdinand Duckwitz, mit Blick auf angebliche Geheimvereinbarungen zwischen Prag und Moskau die allgemeine Informationslage, „glaube ich auch, dass schon etwas durchgesickert wäre, wenn so etwas bestünde.“¹¹⁹ Bei Meldungen der Nachrichtendienste war es daher keineswegs ausgemacht, ob Erkenntnisse aus Gesprächen mit „sowjetische[n] Funktionären in Ost-Berlin“ von „erste[n] tschechoslowakische[n] Presse-

118 Einzelmeldungen vornehmlich aus dem Bereich Beschaffung Politik im Strategischen ND, Militär (283/III), 1968, BND-Archiv, 7381/1, S. 83-218 sowie 16745 und 14849. Allg. Quellensammlungen verschiedener Provenienz zum 20./21.8.1968 in BND-Archiv, 16726. In der BND-internen Nachbereitung lag das besondere Augenmerk auf der militärischen Beobachtung.

119 Duckwitz in 67. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, 13.8.1968, in: Der Auswärtige Ausschuß, 2. Halbbd., hier S. 989.

und Rundfunkkommentare[n] zum Ergebnis der Dresdner Konferenz bestätig[t]“ wurden, oder ob es nicht umgekehrt der Fall war.¹²⁰

Für die BND-eigene Beschaffung galt, dass Reisequellen und Befragungen gerade auf dem Höhepunkt der Krise den Ereignissen hinterherhinken mussten. BND-Befragungen des übergelaufenen Geheimdienstmanns Bittman, die Anfang September starteten, konzentrierten sich zudem in bezeichnender Engführung erst einmal auf Ziele, Methoden und Kenntnisse des tschechoslowakischen Dienstes.¹²¹ Um die inhaltliche Bandbreite und die Tagesaktualität des Nachrichteneingangs zu verbessern, aktivierte die Beschaffung spätestens Mitte Juli 1968 ihre Pressekanäle, um über „geeignete PrSV [Presse-Sonderverbindungen] bei 923 [...], die zu dieser Stunde an den Schaltstellen der laufenden Nachrichteneingänge ihrer Redaktionen vermutet werden“, an „aktuellste Informationen“ zu gelangen.¹²² Mit dem Einmarsch spornte die Leitung der Aufklärung ihre Presseverbindungen noch einmal an und wünschte sich Aktuelles über osteuropäische Einstellungen zur Bundesrepublik und zur NATO, über Reaktionen in Rumänien sowie über mögliche Änderungen in den sowjetischen und tschechoslowakischen Führungsspitzen.¹²³ Doch auch die journalistischen Beobachter konnten mit der Dynamik der Entwicklung nicht Schritt halten. „Niemand unter [DN] Rattays Quellen wagt eine Prognose über die weitere Entwicklung in der CSSR“, vermerkte das BND-Pressereferat Anfang September 1968. „Die Moskauer Korrespondenten tappen ebenfalls im Dunkeln.“¹²⁴ Doch auch wenn man sich in Pullach der im Einzelfall fragilen Basis sowohl publizierter als auch unveröffentlichter journalistischer Berichte aus der ČSSR und aus dem Ostblock bewusst

120 Politische Auswertung Ostblock (749/A) Nr. 571 an BV für BK, AA, BMVtg, BMG, 27.3.1968 (Bewertung B-3), BND-Archiv, 14640. Vgl. Politische Auswertung Ostblock (749/A) Nr. [1419/68] an BV für BK, AA, BMVtg, BMG, 3.7.1968 (Bewertung C-3), ebd. In der Meldungsbewertung beschrieben die Buchstaben A-F die Glaubwürdigkeit der Person von absolut zuverlässig bis „Falschmelder“ (E) zu „unerprobt“ (F). Die Ziffern 1-6 deuteten den Wert der Meldung von Originaldokument bis falsch (5) oder nicht zu beurteilen (6).

121 Aufzeichnung Block-Nr. O-36073 an Operative Beschaffung Gegenspionage, Operationen (333/B-2), 9.9.1968, BND-Archiv, Op. 20067, Blatt 89-92, hier Blatt 90. Vgl. Auszug aus Befragung Bittman, 6.9.1968, BND-Archiv, Op. 24663; Befragungen ab 5.9.1968 in BND-Archiv, Op. 20067.

122 Aktenvermerk Ausst. Strategische Aufklärung Pressereferat (923), 19.7.1968, BND-Archiv, Op. 22492.

123 Aktennotiz, ohne Verf., betr. Weisung von Führungsbeauftragtem Strategischer Dienst (273), 21.8.1968, BND-Archiv, 1598.

124 Pressereferat Strategische Aufklärung, (DN) Dr. Wilhelm, Nr. 263/1968 an Strategische Aufklärung Pressereferat, (DN) Elze (L 923) betr. Besprechung mit (DN) Rattay am 3.9.1968, 4.9.1968, BND-Archiv, Op. 22492. Rattay war eine PrSV in der WDR-Redaktion.

war, blieben sie für die Sammler des BND unverzichtbar. Sie machten quantitativ einen erheblichen Anteil an den vom bundesdeutschen Geheimdienst erhobenen Informationen aus.¹²⁵

Aus der Fernmeldeaufklärung liefen an politischen Meldungen abgefangene Funksprüche der SED-Bezirksleitung Erfurt ein. Sie boten Stimmungsbilder der DDR-Bevölkerung, Sprachregelungen und Einschätzungen der SED sowie vereinzelte Hinweise zur Lage. Sie waren für die politische Beobachtung des „Prager Frühlings“ insgesamt jedoch nur von sekundärer Bedeutung. Zudem ließen sie weiten Interpretationsspielraum. Am 5. August erfuhr die Fernmeldeaufklärung beispielsweise, dass in der DDR „die Argumentation ‚über die schleichende Konterrevolution in der CSSR‘ in der Massenarbeit nicht mehr zu verwenden ist, sie muss auf ‚Eis‘ gelegt werden, weil sich die Lage verändert hat“ – Hintergründe oder Reichweite dieser Einzelinformation ließen sich in Pullach nur erahnen, auch wenn sie für wichtig genug erachtet wurde, um in die Lagemappe für die BND-Führung aufgenommen zu werden.¹²⁶

Die Beschaffung des BND ergänzte ihre Informationen durch Berichte der deutschen Diplomatie, die „illegal‘ in unsere [BND] Hände gefallen“ waren.¹²⁷ Ob der vertrauliche Bericht der CDU-Bundestagsabgeordneten Ernst Müller-Hermann und Werner Marx, den sie Bundeskanzler Kiesinger Ende Mai 1968 über ihre Pragreise vorlegten, von Marx dem BND zugänglich gemacht wurde oder auf anderen Wegen in das BND-Archiv gelangte, geht aus den vorliegenden Akten nicht hervor.¹²⁸

Schließlich profitierte die Pullacher politische Beschaffung auch im „Prager Frühling“ vom Fleurop-Geschäft. Die CIA überließ dem BND spätestens ab April 1968 Aussagen des im Februar übergelaufenen Generalmajors Jan Šejna, eine

125 Vgl. Quellensammlungen, BND-Archiv, 7381/1, S. 83-218, 16726, 16745, 14849.

126 FmA, UAL Elint (PFH, IVA-CIZ), Az. 41-51-10-15, an Militärische Auswertung (LMH), Zwischenmeldung Nr. 21/VIII, 7.8.1968, BND-Archiv, 14852, Blatt 194. Zur Verarbeitung vgl. BND Nr. 1507/68 geh., Notiz zur Lage, Anl. 4, BND-Archiv, Film 733, Blatt 1802.

127 Führungsbeauftragter Auswertung (455) Nr. 284/68 VS-V an Auswertung (461), 25.7.1968, BND-Archiv, Nr. 16745. Vgl. HV Prag an AA, Fs Az II a 5-83-94.27-57/68, 26.6.1968, BND-Archiv, 10284, Blatt 314.

128 Vgl. Müller-Hermann/Marx an Kiesinger, Vertraulich, 29.5.1968, BND-Archiv, 7350.

aufgrund seiner Nähe zum Novotný-Regime nicht unproblematische Quelle.¹²⁹ Andere Partnerdienste steuerten Momentaufnahmen zum Lagebild bei.¹³⁰ Diese Materialien waren dann von besonderem Wert, wenn die Partner auf Zuarbeiten von Behörden zurückgreifen konnten, zu denen es in der Bundesrepublik keine Paralleleinrichtungen gab, wie im Fall von lang etablierten diplomatischen Vertretungen oder Militärmissionen und -attachés. Dass die Partnerdienste aktuelle brisante Meldungen nicht unbedingt auf dem schnellsten Weg an die nachrichtendienstlichen Freunde übermittelten, war auch 1968 üblich. So wusste die CIA Stunden vor der Intervention von geheimen Beratungen im Kreml, die auf neue Entwicklungen in der ČSSR hindeuteten. In den aktuellen BND-Meldungen ließ sich kein direkter Hinweis auf diese Erkenntnis finden. Wenn, dann floss das CIA-Wissen nur nachträglich in Pullacher Überlegungen ein, als man sich Klarheit über den Zeitpunkt des sowjetischen Interventionsbeschlusses verschaffte.¹³¹ Ungeachtet dessen zeigte sich Präsident Wessel im September über die „in der Krise bewährt[e]“ Kooperation mit ausländischen Nachrichtendiensten insgesamt zufrieden.¹³²

Den Kernbestand des politischen Informationswesens sollte für den BND jedoch auch während der tschechoslowakischen Ereignisse 1968 die Nachrichtengewinnung über V-Leute vor Ort und damit in den Warschauer Pakt-Staaten selbst ausmachen. Die Bewertung der entsprechenden geheimen Aktivitäten und das aus ihnen gespeiste Nachrichtenaufkommen erweist sich als besonders schwierig, da die fragmentarische und codierte Aktenlage keine Gesamtrekonstruktion dieses Bereichs zulässt. Ungeachtet dessen belegen kompakte Ausschnittsüberlieferungen zu einzelnen Vorgängen einschließlich der entspre-

129 Vgl. Politische Auswertung (749) Nr. 808/68 geh. an BV für BK und AA, 7.6.1968, BND-Archiv, 10284, Blatt 293; BND-05-n-o an BV für AA und BK, Fs Nr. 71611/68 geh., 5.4.1968, BND-Archiv, 16745; BND-05-r Nr. 837/68, 14.6.1968, BND-Archiv, 12501. Vgl. Dokument Nr. 5 im Anhang der Studie.

Zur früheren Stellung Šejnas vgl. [BND], Informationen Nr. 9 und 11/1968, 14.3.1968, BArch, B 206/1952 I, Blatt 107-119, hier Blatt 113 sowie Blatt 130-142, hier Blatt 136; Jiří Hoppe: Die Aufhebung der Zensur, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 115-132, hier S. 121 f.; Vondrová, Prag, S. 174.

130 Vgl. Notiz zu Information Auswertung (461), 31.7.1968, BND-Archiv, 18668.

131 Zum amerikanischen Wissensstand vgl. Finished reporting on the Czechoslovak-Soviet crisis, 28.10.1968, CIA, FOIA-ERR Special collections: Czech invasion, <http://www.foia.cia.gov/CzechInvasion.asp>, Zugriff 26.8.2013.

132 Ohne Verf., Punkte für Tom vor Reise mit Dr. [Gehlen] nach USA, 4.9.1968, BND-Archiv, N 1/7, Blatt 218.

chenden Melde- und Bearbeitungswege, dass sich die bereits diskutierten Grundsatzprobleme des politischen geheimen Meldewesens des BND in der Krise spitzten und an Brisanz gewannen.

Die eigentliche Crux war und blieb, dass der BND weiterhin weder über Spitzenquellen in politischen Entscheidungszentren des Ostblocks (einschließlich der DDR) noch über verlässliche Arbeitskontakte zu niedriger angesiedeltem Personal mit qualitativ hochwertigen Zugängen verfügte.¹³³ Bezeichnenderweise hatte eine „Quelle mit Informationsmöglichkeiten in Parteiführungskreisen“ wegen „striktier Geheimhaltung“ in der ČSSR Ende Juli 1968 keine Chance, genaueres über das anstehende Treffen in Čierna nad Tisou in Erfahrung zu bringen.¹³⁴ Selbst – in sich nicht unproblematische – Berichte über Gespräche mit Ostblock-Diplomaten konnten in aller Regel erst für eine nachträgliche politische Aufbereitung genutzt werden. Da osteuropäische Entscheidungsprozesse in den Parteien zentralisiert waren, zeigten sich dortige diplomatische Vertreter ohnehin nur unzulänglich über relevante aktuelle Maßnahmen ihrer Staaten informiert.¹³⁵

Die beteiligten BND-Dienststellen beriefen sich bei ihren Meldungen aus der politischen Szene mehrheitlich vage auf Äußerungen von „SED-Funktionären“, ungarischen Diplomaten, jugoslawischen Politikern oder schlicht auf „politische Quellen“ „mit guten Einblicksmöglichkeiten“ in Prag, Moskau, Budapest, Belgrad, Bukarest usw. Darunter fielen auch Informationen, die das klandestine Nachrichtenwesen aus Gesprächen mit westlichen Politikern, Journalisten, Sicherheitsexperten, geistlichen Würdenträgern und Diplomaten gewann. Daneben liefen Informationssplitter aus westlichen kommunistischen Parteien auf. Bereits die genannten Orte gaben keine verlässliche Auskunft darüber, ob (und wie lange) sich die entsprechenden V-Leute überhaupt an diesen Orten aufgehalten hatten, dort lebten, oder ob sie nur vom Hörensagen berichteten.¹³⁶ Ebenso problematisch war es, dass in den ausgeworfenen Meldeformaten unklar blieb, ob die eigentlichen Ursprungsquellen bewusst über Interna berichteten, Sprachregelungen

133 Vgl. Aufzeichnung betr. Gespräch mit Leiter Partnerdienst am 10.5.1968, 13.5.1968, BND-Archiv, 14849, Blatt 137.

134 Politische Auswertung Ostblock (749/A) an BV für BK, AA, BMVtg, Fs [Nr. unleserlich], geh., [27.7.1968] (Bewertung B-6), BND-Archiv, 14640.

135 Vgl. Außenpolitische Aufklärung (27 VK), Führungsunterrichtung 83, mit Meldung V-50016 Nr. 836236 vom 25.9.1968, 26.9.1968, BND-Archiv, 3125, Blatt 230-239.

136 Führungsbeauftragter Strategischer Dienst (273), Operationeller Hinweis zu den am 27./28.7.1968 mit Herkunftsbezeichnung „Prag“ abgesetzten Meldungen, 27.[sic]7.1968, BND-Archiv, 16745.

weitergaben oder unwissentlich von ihren Gesprächspartnern „abgeschöpft“ wurden: „Der polnische Botschafter in Prag gab seinem ägyptischen Kollegen zu den Ereignissen in der CSSR folgende Darstellung“, oder: „Ein schweizerischer Beobachter bei der Konferenz Nichtnuklearer Mächte sagte unter Hinweis auf frühere [sic!] Gespräche mit sowjetischen Diplomaten“ – derartige Beschreibungen ließen auch 1968 genügend Raum für Spekulationen über die tatsächliche Positionierung der Quelle und über die Authentizität des Berichteten.¹³⁷

Diese Grundproblematik bestand 1968 auch in den Fällen, in denen sich die Beschaffung auf höherrangige Verbindungen berief. Der Strategische Dienst schrieb unter anderem einer Quelle in Regierungskreisen eines Drittstaats besonderen politischen Informationswert zu. Möglicherweise handelt es sich hierbei um einen Zuträger der Dienststelle K4T. Diese Dienststelle, befasst mit „Strategischer Aufklärung Politik“, zählte unter anderem den bereits erwähnten Botschafter – DN Walde – sowie einen Juristen im Außenministerium desselben Staats (ohne DN) zu ihren Quellen. Der aktive Diplomat versorgte Pullach mit „laufend[er] politische[r] Berichterstattung auf Grund persönlicher Gespräche mit adäquaten [sic!] Partnern“. Darüber hinaus stützte sich K4T in der Berichterstattung über die ČSSR und UdSSR in diesem Zeitraum auf zwei Mitarbeiter eines zweiten neutralen Außenministeriums, DN Egon und DN Georg. Der eine sollte zumindest „zeitweilig“ über „Zugang zu Botschafterberichten aus Moskau, Peking u.a.“ verfügen.¹³⁸ Trotzdem waren diese Quellen im Einzelfall nicht davor gefeit, sich ihre vermeintlichen Exklusivmeldungen aus der Presse zusammenzuklauben.¹³⁹

Im Nachhinein gestand die Leitung der Strategischen Aufklärung ein, dass ein politisches Meldeaufkommen über die Ereignisse in der ČSSR, das sich letztlich nur aus dem sehr weitgesteckten Umfeld von Persönlichkeiten der osteuropäischen Politik und aus Hörensagen speiste, sowohl in seinem Informationsgehalt als auch in seiner analytischen Tiefe unbefriedigend geblieben war. „Die Quellen“, so die interne Selbstkritik, „sind in der Regel nur als Vermittler der von ihnen dargebotenen Informationen tätig. Oft berichten auch die von ihnen in Anspruch genommenen Gewährsleute nicht aus eigenem, sondern vermit-

137 Zentr. Ausst. Strategische Aufklärung (921), Nr. 939419, 5.9.1968, sowie Nr. 849222, 12.9.1968, BND-Archiv, 7381/2, Blatt 350, 422. Zum allgemeinen Problem der Sprachregelung vgl. [BND, Steuerungshinweis], Berichtszeit 21.2.–5.3.1968, 6.3.1968, StA Bamberg, NI von und zu Guttenberg, 96, Blatt 128-139, hier Blatt 131-132.

138 Zitate nach Leiter K4T, (DN) Stein, Exposé, o.D., str. geh., BND-Archiv, Op. 23387, Blatt 34-40, hier Blatt 36-38. Vgl. Quellenübersicht 1.10.1968, BND-Archiv, Op. 23377, Blatt 48-49.

139 Vgl. Auswertung, (DN) Dr. Münchberg, 23.4.1969, BND-Archiv, Op. 23381, Blatt 7.

teln fremdes Wissen. Identität und Hintergrund der Quellen, ihrer Gewährsleute und der Gewährsleute der Gewährsleute bleiben trotz gelegentlicher Hinweise zur Person oder Funktion unbekannt. Die Beziehungen dieser Personen untereinander werden nicht sichtbar. Über den Zugang der wirklichen (oder Ur-)Quelle zur Information wird nichts gesagt. Der Leser bleibt zur Beurteilung der Meldung völlig auf deren Inhalt und auf die Bewertung angewiesen, die die Führungsstelle derjenigen Person zuteil werden lässt, die mit dem Ursprung der Information tatsächlich selbst nichts zu tun hat.“ Die Zentrale war sich ein Jahr nach dem „Prager Frühling“ keineswegs sicher, ob es sich bei dem vergleichsweise umfangreichen Meldeaufkommen der Stelle K4T oftmals nicht um „gewitzte Spekulationen“ gehandelt hatte.¹⁴⁰ Noch einmal zwei Jahre später stellten weitere Nachprüfungen die Ergebnisse von K4T noch grundsätzlicher in Frage. Ungeachtet des Fehlens aller „juristisch bewertbaren Beweise“ kam Pullach 1971 zu dem Schluss, dass der ehemalige Leiter von K4T „als BND-Agent erkannt und bespielt worden ist. Einige Agenten [...] sind wahrscheinlich Agenten östlicher Dienste, andere sind Nachrichtenschwindler, andere können einen guten Zugang zu Informationen gehabt haben“.¹⁴¹

Was Dichte, Aktualität und Qualität ihres geheimdienstlichen Exklusivbereichs anging, hinkte so die gesamte politische Beschaffung während der krisenhaften Zuspitzungen in der ČSSR den politischen Entwicklungen hinterher. „Die Kurzaufzeichnung über die Dresdner Konferenz wurde auf ausdrücklichen Wunsch der Führung (106/VI, 461) trotz von 749 zur Sprache gebrachter Bedenken gefertigt“, meldete sich die politische Auswertung Ende März 1968 zu Wort. „Die Bedenken fußten auf der Tatsache, dass außer Pressematerial keinerlei nachrichtendienstliche Meldungen über die Dresdner Konferenz vorlagen. Bis heute liegt erst eine einzige Meldung vor“ – das war fünf Tage nach der Konferenz.¹⁴² Auch nach den sowjetisch-tschechoslowakischen Spitzengesprächen im Mai 1968 konnte der BND über die Ergebnisse nur spekulieren: Die „naturgemäß [sic!] noch unzureichenden Informationen, die hier gegenwärtig vorliegen, lassen noch keine weitergehende Beurteilung zu“, schob die Auswertung der Beschaffung den Schwarzen

140 Strategische Aufklärung, DN Herder (273/IV), an Abt. Beschaffung, Weiß (AL I), 27.3.1969, BND-Archiv, Op. 23398, Blatt 148-151.

141 Sicherheitsüberprüfungen (Amtshilfe), Stellungnahmen (IV D 3 (1)), Abschließender Vermerk betr. (DN) Stein, 25.5.1971, BND-Archiv, Op. 23379, Blatt 611-612, hier Blatt 611.

142 Politische Auswertung (749) Nr. 411/68 geh. an Auswertung (461), 28.3.1968, BND-Archiv, 16745. 106/VI bezeichnete die „Lagebearbeitung“ beim Präsidenten.

Peter zu.¹⁴³ Aktuelle Informationen über Themen und Ergebnisse der Gespräche in Čierná nad Tisou und Bratislava waren ebenfalls Mangelware,¹⁴⁴ und auch am 21. August blieb das Meldungsbild schwach ausgeprägt.¹⁴⁵

Vor diesem Hintergrund gewannen Aktivitäten konkurrierender Informationsinstanzen der Bundesrepublik für die Bonner Politik ebenso an Gewicht wie für die Verortung des Dienstes im Gesamtkonzert der außen- und sicherheitspolitisch relevanten Behörden. Für den Bereich der außenpolitischen Information war natürlich an erster Stelle das Auswärtige Amt maßgeblich. Das Auswärtige Amt war nach eigenem Dafürhalten durch die Presse und die eigenen weltweiten diplomatischen Möglichkeiten gut informiert. Die Referenten des Außenministeriums konnten bei für ihre Analysen zur tschechoslowakischen Entwicklung auf zahlreiche, vom BND unabhängige, Informationskanäle zurückgreifen.¹⁴⁶

Dabei war es für das Außenministerium unweigerlich von Vorteil, mit der Handelsvertretung eigene Diplomaten in Prag zu haben. Die Handelsvertretung hatte unter ihrem Leiter, Ministerialdirigent Otto Heipertz, „erfreulich dichte Kontakte mit Tschechoslowaken“ und unterhielt aktiv amtliche Verbindungen zu Vertretern des ZK.¹⁴⁷ Sie berichtete während der gesamten Krise ausführlich nach Bonn und musste auch nach der Intervention nicht geschlossen werden.¹⁴⁸ Zudem pflegte die Handelsvertretung amtliche und halbamtliche Beziehungen etwa zur Presse, zu Parteifunktionären oder zum Zentralrat der Gewerkschaften.¹⁴⁹ Andere

143 Politische Auswertung Ostblock (749/A) Nr. 653/68 geh. an BV für BK, AA, BMG, BMVtg, 10.5.1968, BND-Archiv, 10284, Blatt 242.

144 Vgl. [Durchschlag ohne Absender] an Militärische Aufklärung (RW 14), Militärische Beschaffung DDR (VC 6), Militärische Beschaffung u.a. DDR, ČSSR (VC 8), Vorwarnung (LC 10), Beschaffung Balkan (71), Beschaffung Polen (475), Befragung (999), Rundschreiben Nr. 20143/68 VS-V, 27.5.1968, BND-Archiv, 7383, Blatt 12-14. Am 4./5.5.1968 weilte die Führung der ČSSR in Moskau, vom 8.–14.5. liefen militärische Spitzengespräche, vom 17.–22.5.1968 war Kosygin in Prag. Zu Juli/August vgl. Politische Auswertung Ostblock (749/A) Nr. 1080/68 geh. an BV, 6.8.1968 [Eingang], BND-Archiv, 10285, Blatt 30; Politische Auswertung Ostblock (749/A) Nr. 729/68 geh. an BV I für AA, 22.5.1968, BND-Archiv, 10284, Blatt 271.

145 Führungsbeauftragter Strategischer Dienst (273) an Wessel (106 pers.), 21.8.1968, BND-Archiv, 18668.

146 Die Berichterstattung des BND an das AA ist im PA AA nicht gesondert aufbewahrt, da sie in die hauseigenen Vorgänge und Analysen einfließt. Zu identifizierbaren Einzelvorgängen vgl. u.a. VLR I Kastl an (DN) Langendorf [KN Langkau, Strategischer Dienst], 2.5.1968, PA AA, B 42/204, Blatt 151.

147 AA, Abt. II, II A Aufzeichnung 5-82.00 94.27/661/68 geh., 21.6.1968, AdsD, Depos. Bahr, 1039.

148 Vgl. u.a. HV Prag an AA, Fs Nr. 92, 16.5.1968, PA AA, B 42/204, Blatt 320-322; HV Prag an AA, Fs Nr. 269, 28.8.1968, in: Akten zur Auswärtigen Politik 1968 2, S. 1055-1058.

149 HV Prag an AA, 10.7.1968, PA AA, B 42/204, Blatt 430-431.

Kontakte beschrieb jedoch auch sie verklausuliert als „allgemein zuverlässige Quellen“ oder „dem ZK nahestehende Kreise“, was keinen Rückschluss auf ihre Qualität erlaubte.¹⁵⁰ Letztlich sah sich die, wenn man so will, diplomatische Quelle im Land nicht mit zu wenigen, sondern mit zu vielen Informationen konfrontiert. „Von im allgemeinen gut informierter Seite erfahre ich“, meldete die Handelsvertretung am 11. Juli 1968 nach Bonn, „dass Breschnew heute zu einem Blitzbesuch nach Prag gekommen ist und dass Rückführung sowjetischer Truppen mit ihm vereinbart worden sei. Ich gebe diese Meldung mit allem Vorbehalt wieder“, so Heipertz weiter, „da es zurzeit in Prag fast unmöglich ist, die Fülle der Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen.“¹⁵¹

Prüft man darüber hinaus die Posteingänge des Auswärtigen Amts während des „Prager Frühlings“, so wird schnell deutlich, dass sich das diplomatische Korps in offizieller Eigenschaft ganz ähnlich vernetzt hatte wie die verdeckt agierenden Beschaffer des BND. Der Leiter des Planungsstabs, Bahr, weilte zuletzt Ende April 1968 in Prag und traf dort hochrangige Vertreter der tschechoslowakischen Außenpolitik.¹⁵² Zu den Netzwerken zählten ferner „im allgemeinen gut unterrichtete Journalisten“ der westdeutschen und internationalen einschließlich der osteuropäischen Presse, die – bei aller Vorsicht vor möglichen Spekulationen und Fehlinformationen – ausgiebig genutzt wurden.¹⁵³ Schließlich zählten wissenschaftliche Beobachter oder Geschäftsleute in aller Welt zu den diplomatischen Quellen.¹⁵⁴ Westliche und neutrale – u.a. österreichische und finnische – Diplomaten oder NATO-Politiker unterrichteten über die turnusmäßigen offiziellen Konsultationen hinaus ihre bundesdeutschen Pendanten stetig über Eindrücke

150 HV Prag an AA, Fs Nr. 110, 30.5.1968, PA AA, B 42/204, Blatt 363-364; HV Prag an AA, 5.6.1968, ebd., Blatt 377-378. Ähnlich aus anderen HV vgl. HV Budapest an AA, 24.6. und 2.10.1968, PA AA, B 40/158, Blatt 329-330, 337-338; HV Warschau an AA, 29.3.1968, PA AA, B 40/159, Blatt 89-90.

151 HV Prag an AA, 11.7.1968, PA AA, B 42/204, Blatt 439. Vgl. HV Prag an AA, 15.7.1968, PA AA, B 40/159, Blatt 135.

152 Vgl. AA, Leiter PI [Bahr], Aufzeichnung Nr. 006/68 str. geh. über informelle Besprechungen in Prag am 17./18.4.1968, 21.4.1968, AdsD, Depos. Bahr, 1051.

153 HV Budapest, Brückner, an AA, 20.3.1967, PA AA, B 42/204, Blatt 85; AA, II A 5, Kastl, Az. 81.00/294.27, 17.12.1968, ebd., Blatt 100; AA, PI – 82.30/3, Aufzeichnung betr. Kolloquium mit Journalisten am 13.9.1968, 18.9.1968, PA AA, B 41/94, Blatt 331-337. Zur Presseauswertung der Moskauer Botschaft vgl. etwa PA AA, B 41/94, zur osteuropäischen Presse v.a. nach der Intervention ebd., B 42/209.

154 Vgl. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Bräker, an AA, VLR Dr. von Alten, 4.4.1968, PA AA, B 40/158, Blatt 319; Generalkonsulat Nancy an AA, 5.8.1968, ebd., Blatt 411.

und Gespräche im Ostblock. Französische Kontakte gewannen hierbei zusätzliche Bedeutung, da sie über eigene Verbindungen Relevantes aus Konsultationen der französischen KP in Prag und Moskau beibringen konnten. Betont aussagefreudig gaben sich gegenüber bundesdeutschen Vertretern schließlich rumänische Diplomaten.¹⁵⁵ Von bundesdeutschen Behörden und Amtspersonen außerhalb des BND wiederum flossen dem Auswärtigen Amt neben allgemeinen Informationen auch genaue Passagen aktueller Lageberichte zu.¹⁵⁶ Daneben erhielt das Amt über das bayerische Innenministerium Grenzlageberichte der Polizei mit Befragungen von Reisenden aus der ČSSR.¹⁵⁷ Einspeisungen aus dem BND, die über das offiziell geregelte Pullacher Berichtswesen hinausgingen, sind nicht auszuschließen, lassen sich jedoch nicht nachweisen.

Im Ganzen gesehen verfügte das Auswärtige Amt über eine ähnliche Bandbreite an Informationsmöglichkeiten wie der BND selbst. Zugleich sah sich das Bonner Amt mit ähnlichen Informationslücken und einer ebenso großen Vielzahl

155 Vgl. Deutsche Botschaft Wien an AA, 29.1. und 9.8.1968, PA AA, B 42/204, Blatt 90-91 sowie B 40/158, Blatt 430-431; BMG, von Dellingshausen, an AA, 11.3.1966, ebd., Blatt 153; Deutsche Botschaft London an AA, 1.4. und 17.7.1968, ebd., Blatt 269-270 sowie PA AA, B 42/205, Blatt 38-39; Deutsche Botschaft New York an AA, 19.7.1968, ebd., Blatt 46-47; Deutsche NATO-Vertretung Brüssel an AA, 5.7.1968, ebd., Blatt 405-406; BMVtg an AA, 10.10.1968, PA AA, B 40/158, Blatt 214-216; AA, II A 4.83.20/94.20, VLR I Dr. Blumenfeld u.a., Aufzeichnung betr. Treffen Kosygin und Kekkonen, 7.–9.10.1968, PA AA, B 41/39, Blatt 403-408, hier Blatt 405; Deutsche Botschaft Paris an AA, 16., 22., 23. und 25.7., 6. und 14.8.1968, PA AA, B 42/205, Blatt 28-29, 71-72, 89-90, 146-147, 228-231, 275-280; Ref. ZB 6 mit Fs BMI an AA, 31.7.1968, ebd., Blatt 183; Brandt in 61. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, 9.5.1968, in: Der Auswärtige Ausschuß, 2. Halbbd., hier S. 872; Deutsche Botschaft Washington, Gesandter von Lilienfeld, an AA, 18.7.1968, in: Akten zur Auswärtigen Politik 1968 2, S. 224-225; Aktenvermerk zu Gespräch sowjetischer Gesandter Bondarenko mit MdB Eppler, 19.9.1968, AdsD, Depos. Brandt, Mappe 3; HV Prag an AA, Fs Nr. 99 über Gespräche MdB Müller-Hermann und Marx in Prag, 25.5.1968, AdsD, Depos. Bahr, 1039; AA, StS Duckwitz, Vermerk Nr. 981/68 geh., über Gespräch mit Journalisten Vrajik Prazak, 20.6.1968, AdsD, Depos. Bahr, 1039; HV Prag an AA, 16.7.1968, PA AA, B 42/205, Blatt 25; Deutsche Botschaft Paris an AA, 25.7. und 2.8.1968, ebd., Blatt 140-141, 201-202; AA, Leiter Abt. II, Vermerk II A 5-81.10-94.27 VS-NfD, 26.8.1968, PA AA, B 42/209, Blatt 344-345; AA II A 3, VLR I Dr. Pommerening, Aufzeichnung über deutsch-britische Konsultationen 24.–25.10.1968, 22.10.1968, PA AA, B 40/158, hier Blatt 553-556.

156 Vgl. neben vorangegangenen Anm. AA, ZB 1 – 81.18, Nacht-Bereitschaftsdienst, LR I Dr. Reitberger, 27.8.1968, PA AA, B 42/209, Blatt 389; Leiter Büro Staatssekretär, VLR I Noebel, 27.8.1968 mit Auszug aus Bereitschaftsbuch, 26.8.1968, ebd., Blatt 390; Nachtbereitschafts-Dienst, VLR Dr. Racky, Vermerk, 28.8.1968, ebd., Blatt 396-397; BMVtg, Lagebericht, 30.8.1968, ebd., Blatt 409.

157 Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern u.a. an AA, 23.4., 10., 20., 22. und 24.5., 11.6., 23. und 24.7.1968, PA AA, B 42/204, Blatt 210-211, 249, 330-332, 336, 352, 385 bzw. B 42/205, Blatt 96-97, 129-130.

bunter Interpretationsangebote konfrontiert wie der Pullacher Dienst. So war im diplomatischen Materialkonvolut unterschiedlichster Provenienz beispielsweise am 10. Mai 1968 die Fehlinformation enthalten, dass „von sowjetischer Seite für den 23. April eine Intervention geplant war, die jedoch unterblieben sei“. Weiter – und in der Tendenz zutreffend – heißt es in derselben Befragung durch die Grenzpolizei aber auch, dass die Sowjetunion „massierte Streitkräfte unter dem Deckmantel von Manövern in der SBZ und Polen, entlang der Grenze zur CSSR zusammengezogen haben“ soll.¹⁵⁸ Anfang Mai wusste man im Auswärtigen Amt durch „gewöhnlich gut unterrichtete“ Osteuropa-Korrespondenten von *Le Monde*, dass die „Gefahr, dass die Sowjetunion unter dem Vorwand eingreift, die innenpolitische Entwicklung sei der Kontrolle der tschechoslowakischen Führung entglitten [...], nicht auszuschließen“ war.¹⁵⁹ Aus Bukarest erreichten das Außenministerium dagegen Aussagen des „Geschäftsträger[s] der CSR“, der erklärte, „dass es sich bei den für Juni in der CSR in Aussicht genommenen Manövern in der Hauptsache um Stabsmanöver handle“, die seit Jahren geplant und damit politisch letztlich bedeutungslos seien.¹⁶⁰ Die wenigen Beispiele zeigen, dass die Informationslage des Auswärtigen Amts gleichfalls widersprüchlich war. Diplomatische Partner konnten nur bedingt Abhilfe schaffen. Im französischen Außenministerium etwa gingen die Beurteilungen über die Prager Entwicklungen vor der Intervention „weit auseinander“, und noch im Oktober 1968 fehlten etwa dem britischen Foreign Office „substantial and reliable information about the role the Ulbricht-regime played“.¹⁶¹

Vor diesem Hintergrund waren die Analysten im Auswärtigen Amt gefordert, um die eigene Informationsflut aus der ČSSR – gegebenenfalls im Abgleich mit Meldungen des BND – zu bewerten und zu einem stimmigen Bild zusammenzufügen. Offiziell kenntliche Sammler und Jäger von Informationen waren dabei

158 Bayerisches Staatsministerium des Innern an BMI/AA, 10.5.1968, PA AA, B 42/204, Blatt 210-211.

159 AA, II A 5, 7.5.1968, betr. Bericht AM vor Auswärtigem Ausschuss am 9.5.1968, PA AA, B 42/204, hier Blatt 220.

160 Deutsche Botschaft Bukarest, Drutschmann, Nr. 796, an AA, 7.6.1968, PA AA, B 42/204, Blatt 384.

161 Zur französischen Diskussion vgl. Deutsche Botschaft Paris an AA, 14.8.1958, PA AA, B 42/205, Blatt 275-280, hier Blatt 275; zum britischen Wissensstand vgl. AA, II A 3, VLR I Dr. Pommerening, Aufzeichnung betr. deutsch-britische Konsultationen über Ostfragen, 24.–25.10.1968, 22.10.1968, PA AA, B 40/158, hier Blatt 553-554. Hinsichtlich der Beteiligung der NVA an der Invasion selbst stocherte das FO ebenfalls im Nebel, vgl. ebd. Vgl. ferner AA, Aufzeichnung II A 5 – 81.10.94.27, betr. Gespräch mit französischen Außenminister Debré, 4.9.1968, PA AA, B 42/209, Blatt 412-417.

nur auf den ersten Blick stärker einer Nachrichtenpolitik ihrer Kontakte, die bis zur gezielten Streuung von Gerüchten oder Fehlmeldungen gehen konnte, ausgesetzt. Die BND-internen Debatten um die Meldungsqualität von K4T belegten, dass sich das geheime Beschaffungswesen gleichfalls sehr intensiv mit ähnlichen Problemlagen auseinandersetzen musste. Auf diese Weise verlagerte sich der verdeckte, indirekte Wettstreit zwischen Außenministerium und BND um die bessere politische Informationslage auf die Ebenen der politischen Analyse und der Berichtskompetenz im Regierungszirkel. Durch seine nachrichtendienstlichen Beschaffungsqualitäten allein konnte der BND diese Konkurrenz nicht für sich entscheiden.

Was für die politische Aufklärung des BND galt, traf auch für seine militärische Beschaffung zu: Es fehlten hoch platzierte Spitzenquellen, militärische Entscheidungs- und Planungsvorgänge blieben den Pullacher Agenten deshalb verborgen.¹⁶² Die wenigen vorhandenen, vermeintlich höherwertigen Informationsquellen zur militärischen Lage wiesen dieselben Schwächen und Probleme auf, wie sie für die politische Beschaffung diskutiert wurden. Herkunft und Gehalt der Information waren letztlich kaum objektiv zu bewerten. Ein Beispiel mag genügen: „Von der Führung der prochinesischen Fraktion der österreichischen Kommunisten wird auf Grund von Informationen aus der albanischen Gesandtschaft die Ansicht vertreten, dass die Sowjets gegenwärtig nicht mehr beabsichtigen, militärisch gegen die VR Rumänien vorzugehen,“ hieß es Anfang September aus Wien – wirkliche Einsichten in sowjetische Entscheidungsprozesse durfte man sich auf derlei Umwegen kaum erhoffen.¹⁶³

Im Apparat des BND, der für die militärische Informationsgewinnung zuständig war, zeigte man sich vor dem Hintergrund der Traditionslinie, die über die Organisation Gehlen zurück zur Abteilung Fremde Heere Ost (FHO) reichte, stets bemüht, diese offensichtliche Schwäche in eine Tugend umzudeuten. Die FHO hatte unter Gehlen die Methode perfektioniert, ein Feindlagebild aus kleinsten Einzelmeldungen und Hinweisen zu erstellen. Die „Beobachtung von Presse und Rundfunk des feindlichen und neutralen Auslandes, Truppenbeobachtungen, Luftaufklärung, Frontaufklärung, Geheimer Meldedienst, Nachrichtenaufklärung, Kriegsgefangenenbefragung und Auswertung von Beutepapieren“ sollten zu

162 Militärische Aufklärung (RW 14) Nr. 20144/68 VS-V, Möglichkeiten und Grenzen der gegen den Ostblock gerichteten Mil.-Beschaffung, Anl., 28.5.1968, BND-Archiv, 1165.

163 Politische Beschaffung Satelliten (283/IV b) Nr. 269461, 9.9.1968, BND-Archiv, 7381/2, Blatt 333.

einem aussagekräftigen Gesamtbild verwoben werden.¹⁶⁴ Diese „All-Sources-Intelligence“¹⁶⁵ propagierte man als die eigentliche Kernarbeit militärischer Aufklärung und zugleich als Königsweg, um sich von den fehlenden Informationen aus der Entscheidungsebene unabhängig zu machen: Die Ausgabe von Schnapsrationen an die Rotarmisten hatte im Krieg beispielsweise als Schlüsselindikator für einen bevorstehenden Angriff der Roten Armee auf die deutschen Stellungen gegolten.¹⁶⁶ Mit demselben Selbstbewusstsein trauten sich die militärischen Spezialisten des BND auch gut zwanzig Jahre später zu, „aus einer Vielzahl von Beobachtungsmeldungen aus dem ganzen Aufklärungsraum mühsam ein Lagebild wie ein Mosaik zusammensetzen und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen über das Verhalten des Gegners und seine Absichten zu ziehen.“¹⁶⁷

Konkret bedeutete dies für die Beschaffung im Jahr 1968, möglichst viele Meldungen von Überwachungs-, Reise- und Transitquellen, der Fernmeldeaufklärung und von Partnerdiensten sowie einer Vielzahl anderer Informationsfragmente zusammenzutragen.¹⁶⁸

Zu Beginn der im Frühjahr 1968 um die ČSSR herum einsetzenden Truppenbewegungen operierte die Beschaffung des BND mit ihrem herkömmlichen Bestand an Informanten. Dazu zählten Überwachungsquellen in verschiedenen Staaten des Ostblocks. Diese meldeten ab dem 6. Mai 1968 beispielsweise von der polnisch-tschechoslowakischen Grenze „[n]icht übersehbare Truppenbewegungen von SOA und PVA. Dabei Panzer auf Tiefladern. Versorgung der Truppen aus der Staatsgärtnerei mit Kartoffeln und Gemüse, aus der Staatsbäckerei täglich mit 12.000 kg Brot.“ Eine Woche später wurden aus derselben Gegend nahezu täglich Beobachtungen über „sowj. Kolonnen mit LKW, besetzt, mit angehängten Geschützen, Tiefladern mit Panzern, Soldaten im Kampfanzug“ nach-

164 Magnus Pahl, *Fremde Heere Ost. Hitlers militärische Feindaufklärung*, Berlin 2012, S. 103.

165 Vgl. Department of the Army, Headquarters, Field Manual 2-0, Chapter 5, Washington 2004.

166 Vgl. Pahl, *Fremde Heere Ost*, S. 103; Gehlen, *Der Dienst*, S. 42-44. Mangelnde Erfolge waren demnach nur fehlenden einzelnen Puzzleteilen und vor allem der Geringschätzung geschuldet, die die Wehrmacht der militärischen Aufklärung entgegenbrachte, ebd.

167 Hans Pilster: *Militärisches Nachrichtenwesen und Meldungsbearbeitung in der Zentralen Führung*, Februar 1968, BND-Archiv N 3/2. Pilster war Leiter der militärischen Auswertung (LMH).

168 In dieser Herangehensweise war auch das Übergewicht militärischer Einzelmeldungen am Meldungsausgang des BND begründet. 1967 erfasste die militärische Sichtung beispielsweise 30038 Meldungen, mehr als doppelt so viele wie im Bereich politischen Beschaffung angefallen waren, vgl. Blum, *Unvergessen, unveröffentlichte Memoiren*, BND-Archiv, 2868, S. 76; Auswertung (461/S) Nr. 219/68 geh. an Führungsbeauftragten Personal u.a., Blum (48 pers.), Qualitätsanalyse Militärische Auswertung (LMH), BND-Archiv, 4306.

gereicht. Zu diesen Einzelmeldungen fügten sich Informationen über sowjetische militärische Versorgungskolonnen auf „der Autobahn zwischen Cottbus und Lübben in Richtung Lübbenau“ und über Truppenansammlungen, dabei Panzer, Rak[eten]-Artillerie und Infanterie“ im „Raum Kattowitz-Gleiwitz entlang der csl. Grenze [...]. Die Truppen sollen direkt aus SU nach Polen verlegt worden sein.“¹⁶⁹ Die Augenzeugenberichte wurden durch Meldungen aus der Gesprächsaufklärung ergänzt. „Nach Aussagen eines Unterleutnants der CSVA soll im Juni 68 eine größere Rahmenübung (beteiligt nur Offiziere, Stäbe und Fm-Truppe) der WP-Staaten stattfinden, wobei man es in der CSR für möglich hält, dass die Sowjets nach diesem Manöver Teile ihrer Führungsspitzen in der CSR belassen werden.“¹⁷⁰ Dazu kamen Ergebnisse der laufenden Befragungen von Reisenden, Aussiedlern und Urlaubern.¹⁷¹

In Reaktion auf die gemeldeten Truppenbewegungen in Richtung der Grenze der ČSSR betraute die BND-Zentrale ihre Beschaffungsstellen bereits im Mai mit militärischen Zusatzaufträgen. Außenstellen der militärischen DDR-Aufklärung VC 6 und VC 8 beispielsweise hatten verstärkt die Autobahnen in der DDR auf Truppenbewegungen, insbesondere der NVA, hin abzusuchen. Die für Polen zuständige Stelle 475 sollte mittels Gesprächsaufklärung in den Grenzräumen Polens zur DDR und ČSSR polnische und sowjetische Truppen lokalisieren, während die auf Ungarn und die ČSSR spezialisierte Dienststelle 71 durch Zugbefragungen entsprechende Erkenntnisse gewinnen wollte. Auch das Befragungswesen erhielt eigene Aufträge zur militärischen Lagebilderstellung.¹⁷² Darüber hinaus machte sich der BND ab Juli daran, „die Aufklärungsmöglichkeiten in der ČSSR selbst durch Einsatz zusätzlicher Quellen zu erweitern. Dazu gehörten in erster Linie die Entsendung zahlreicher V-Leute und Gelegenheitsinformanten aus der DDR, Österreich sowie auch aus der Bundesrepublik in die ČSSR mit klaren militärischen bzw. politischen Aufklärungsaufträgen.“ Nach Aussage von

169 Alle Zitate nach BND-05-n an BMVtg FÜ S II 3 [O.i.G. Hiersemenzel], dring. Fs Nr. 904 geh.-Bronze, Lagekurzorientierung, 15.5.1968, BND-Archiv, 14849, Blatt 156-165.

170 BND-05-n an BMVtg FÜ S II 3 [O.i.G. Hiersemenzel], Fs Nr. 986 geh.-Bronze, Nachtrag Lagekurzorientierung, 28.5.1968, BND-Archiv, 14849, Blatt 459.

171 Vgl. „Operative Gruppe“ Polen (475) an Tempo, dring. Fs Nr. 641 betr. Nepomuk, 18.6.1968, BND-Archiv, 16715.

172 Vgl. Kurt Weiß, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, 1987, BArch, B 206/1972, Blatt 14; Militärische Aufklärung (RW 14) Nr. 20131/68 VS-V an Militärische Beschaffung DDR (VC6), Militärische Beschaffung DDR, ČSSR, UdSSR (VC 8), Vorwarnung (LC 10), Beschaffung Balkan (71), Beschaffung Polen (475), Befragungswesen (999), Militärische Lageorientierung/Auftrag, 16.5.1968, BND-Archiv 7883, Blatt 7-9.

Kurt Weiß gelang es, „mehrere Quellen in die Bereitstellungsräume der späteren Invasionstruppen einzuschleusen und mit ihrer Hilfe zahlreiche Details für die Einsatzbereitschaft der versammelten Verbände zu gewinnen.“¹⁷³ Auch diese V-Leute meldeten nicht nur auf der Basis eigener Beobachtungen, sondern schöpften Gesprächspartner ab oder führten verdeckte Befragungen durch.¹⁷⁴ Qualitativ brachten diese Maßnahmen keine Änderung im Meldungswesen mit sich, und auch erprobte Quellen konnten aufgrund ihrer grundsätzlich begrenzten Einblickmöglichkeiten in entscheidenden Momenten falsch liegen. So stufte am 16. August eine als zuverlässig geltende Quelle die laufende Fernmeldeübung der Warschauer Pakt-Staaten als wenig dramatisch ein: „Ein neuer militärischer Druck auf die CSSR sei mit diesem Manöver nicht geplant.“¹⁷⁵ Faktisch ging die Übung dann allerdings direkt in die militärische Besetzung des Landes über. Der BND stellte im Nachhinein fest, dass die Fernmeldeübung der Synchronisierung der Interventionstruppen für den bevorstehenden Angriff gedient hatte.¹⁷⁶ Auch ungeachtet derartiger Fehlschüsse handelte es sich bei den militärischen Meldungen in der Masse weiterhin um begrenzte Beobachtungen und Feststellungen von geringer Reichweite, die, oftmals nachträglich erhoben, ihren Wert nur in der Zusammenschau gewinnen konnten.

Während in Meldungen aus dem gegnerischen Gebiet analog zur politischen Aufklärung die Ursprungsquelle und ihre tatsächlichen Möglichkeiten oftmals im Dunkeln blieben, zeigen die Informationssplitter aus Befragungen in Deutschland deutlicher persönliche Eigenschaften und Fähigkeiten der Beobachter auf – zudem handelte es sich bei derlei Meldungen um Zufallstreffer. Im Falle einer Quelle beispielsweise handelte es sich um eine ca. 40-jährige Polin auf der Durchreise nach Frankreich, „durchschnittlich intelligent, offen im Gespräch, glaubwürdiger Eindruck“. Ihre technischen Angaben fußten auf der Erfahrung ihres Ehemanns, der sich als Fernfahrer zutraute, bestimmte Fahrzeugtypen herauszuhören.¹⁷⁷

173 Kurt Weiß, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, 1987, BArch, B 206/1972, Blatt 35-36.

174 Ebd., Blatt 83-84.

175 Beschaffung Politik im Strateg. ND, DDR (283/II), Meldung Nr. 269 683, WPA-Manöver der Nachrichtentruppen, 16.8.1968, BND-Archiv, 16726.

176 BND-05-n, Nr. 80/69 geh.-Bronze, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, Bd. 1, BND-Archiv, 14718, hier S. 124-131.

177 „Operative Gruppe“ Polen (475) an „Tempo“, dring. Fs Nr. 641 betr. Nepomuk, 18.6.1968, BND-Archiv, 16715.

Dass Befragungen und Gesprächserkundungen die Fakten in aller Regel nur mit Verzögerung feststellen konnten, war schon in der politischen Beschaffung ein Problem. Für den militärischen Sektor war die Aktualität der Meldungen – und damit auch eine möglichst zügige Übermittlung – noch wesentlich wichtiger. Bei der Befragung der genannten polnischen Reisenden verging zwischen der Beobachtung und der Befragung jedoch beinahe ein Monat. Die Weiterleitung an die bearbeitende Stelle nahm nochmals mehrere Tage in Anspruch. Derartig langatmige Meldewege waren offenbar keine Seltenheit.¹⁷⁸ Für V-Leute im Ostblock war der Agentenfunk, also die Übermittlung von Meldungen aus den betreffenden Ländern mittels geheimer Funkverbindungen, 1968 nur eine theoretische Möglichkeit. „Da wir z.Zt. kein Agentenfunkgerät besitzen, das ohne erheblichen Aufwand, ohne erhebliches Risiko für den Funker und [mit] ausreichende[r]¹⁷⁹ Übermittlungs-Zuverlässigkeit im Ostblock eingesetzt werden kann, sind wir im Jahre 1968 noch darauf angewiesen, die Nachrichten von den stehenden Quellen im Feind via Post mit Laufzeiten bis zu 10 Tagen zu befördern“, hieß es dazu aus der DDR-Beobachtung.¹⁸⁰ Die Brisanz derartiger Arbeitsbedingungen war eindeutig: Solange man in einer statischen Lage das Hauptaugenmerk darauf richtete, nur das militärische Potential des Gegners zu identifizieren, ließ sich der Zeitverzug verschmerzen. Im hochdynamischen Umfeld militärischer Großoperationen, sei es die Intervention in der ČSSR oder im Fall einer Offensive des Warschauer Paktes gegen die NATO, war dieser Umstand schlichtweg fatal.

Vor dem Hintergrund der lückenhaften militärischen Meldungen aus dem HUMINT-Bereich sowie der, zumindest teilweise organisatorisch bedingten, Verzögerungen auf den Meldewegen zeigte sich während des „Prager Frühlings“, wie wichtig die Fernmeldeaufklärung für das militärische Beschaffungswesen geworden war. Dieser Sektor steuerte im Jahr 1968 fast ein Drittel aller militärischen Meldungen bei. Auch mit Blick auf die Aktualität der Meldungen konnte der BND durch die Fernmeldeaufklärung nur gewinnen. Die entsprechenden Einrichtungen befanden sich überwiegend auf deutschem Boden und moderne Kommunikationsmittel ermöglichten eine schnelle Übermittlung der Ergebnisse an die Zentrale. Allerdings war der Fernmeldeaufklärung dadurch Grenzen gesetzt, dass die Kurzwellenerfassung nicht flächendeckend und die Erfassung der relevanten

178 Ebd.

179 Im Dokument irrtümlich: „ohne ausreichende Übermittlungs-Zuverlässigkeit“.

180 Militärische Beschaffung DDR (VC 6), Nr. 10-932/68 geh., Möglichkeiten und Grenzen eines Auslandsnachrichtendienstes, 30.5.1968, S. 14, BND-Archiv, 1165.

Ultrakurzwelle nur im grenznahen Bereich möglich war. Nichtsdestoweniger waren sich die Fernmelder in Pullach sicher, zumindest die „weitreichenden Führungsverbindungen gegnerischer Großverbände, der Luftverteidigungskräfte und zwischenstaatlicher militärischer Beziehungen wie z.B. der Warschauer Pakt-Staaten“ erfassen zu können.¹⁸¹

Inhaltlich lebte die Fernmeldeaufklärung ebenfalls von der großen Zahl von Informationssplitttern. Zwei Meldungsbeispiele sollen das Muster des elektronischen Zugriffs illustrieren. Zum 15. Mai registrierte die Fernmeldeaufklärung einen „[z]usätzliche[n] u/i Stab südwestlich Krakau in Verbindung Stab MilBez. [Karpaten]“ sowie eine „Führungsverbindung Stab NGT zu den u/i Stäben Raum Ratibor und Raum südl. Görlitz“. Am 16. Mai schrieb die Fernmeldeaufklärung die Meldung vom Vortag fort: „1. Führungsbereich MilBez Karpaten: Weiterhin in Verbindung Stab MilBez zu einem u/i Stab südwestl. Krakau“.¹⁸²

Der menschliche Faktor spielte jedoch auch im Bereich der Fernmeldeaufklärung eine gewisse Rolle. Neben dem Regelfunkverkehr oder Richtfunkverbindungen fingen die Lauscher des BND mitunter Teile von Unterhaltungen von Pakt-Soldaten auf. „GSTD 12 May In einem RV-Komplex im mittleren Westraum/SBZ ging aus Unterhaltung hervor, daß Truppen vermutlich mit dem Eisenbahntransport verlegt werden/würden. Anfrage: ‘Wann fahren wir auf Übung und was wird das für eine Übung sein?’ Antwort: ‘Am 25. geht die erste Partei.’“¹⁸³ Eine wichtige Meldung vom 20. August, die dem BND von einem Partnerdienst zuging, fußte ebenfalls auf abgehörten Privatgesprächen: „Bevorstehende Bewegung in die CSR wahrscheinlich am ...? [...]. Das ist kein Gerücht, sondern echt.“¹⁸⁴

Während diese Meldung auf die Bedeutung der Zusammenarbeit des BND mit Partnerdiensten im Fernmeldesektor verweist, war die entsprechende Kooperation in anderen Bereichen der technischen Aufklärung weniger ergiebig. Es war für den Dienst auf Grund fehlender eigener Kapazitäten nicht möglich, Luftbilder

181 Führungsbeauftragter für Funk- und Fernmeldewesen (432) an Führungsbeauftragten Personal u.a. (48), Az. 10-31, Tgb. Nr. 1244/68 VS-V, Möglichkeiten und Grenzen des elektronischen Nachrichtendienstes, 30.5.1968, S. 2, BND-Archiv, 1165.

182 BND-05-n Nr. 286/68 geh.-Bronze an BMVtg Fü S II 2 3, Lagekurzorientierung, 17.5.1968, BND-Archiv, 14849, Blatt 241-249.

183 BND-05-n an BMVtg Fü S II 3 [O.i.G. Hiersemenzel], dring. Fs Nr. 904 geh.-Bronze, Lagekurzorientierung, 15.5.1968, BND-Archiv, 14849, Blatt 156-165, hier Blatt 159, 161.

184 BND-05-n an BMVtg Fü S II, dring. Fs Nr. 1579 geh.-Bronze, 20.8.1968, vgl. Dokument Nr. 6 im Anhang.

vom Gebiet der östlichen Nachbarn zu gewinnen. Die USA waren in Folge einiger spektakulärer Verluste von geheim operierenden Flugzeugen im Bereich der Luftaufklärung zurückhaltend geworden.¹⁸⁵ Die US Air Force nutzte jedoch weiterhin Flüge nach Berlin zur Aufklärung des an die Luftkorridore angrenzenden Territoriums. Mit dem U2-Nachfolger SR-71 flog die Air Force nach eigenen Angaben nur entlang der innerdeutschen Grenze.¹⁸⁶ Eine zeitnahe Versorgung des BND mit Luftbildern lässt sich in den Akten bislang nicht nachweisen. Aktuelle Erkenntnisse aus der US-amerikanischen Satellitenaufklärung standen dem BND schon aus technischen Gründen nicht zur Verfügung. Entsprechende „Aufnahmen, die 14 Tage vor der Invasion der CSR gemacht wurden“, konnten, so die amerikanische Auskunft an den BND, aufgrund der zeitaufwendigen technischen Prozeduren Ende der 1960er Jahre selbst von der CIA „erst ein bis zwei Wochen nach erfolgter Invasion ausgewertet werden“.¹⁸⁷

Analog zur politischen Aufklärung änderten sich auch im militärischen Bereich die Beschaffungsmöglichkeiten bis zum Einmarsch in die ČSSR nicht wesentlich. Mit der Intervention traten grundlegende Probleme deutlicher zutage. Die auf Abschätzung des gegnerischen Potentials und damit letztlich auf die Aufklärung eines statischen Lagebildes ausgerichtete militärische Aufklärung mit ihren entsprechenden Quellengruppen tat sich schwer, mit der Schnelligkeit der Ereignisse Schritt zu halten. Dem standen, wie bereits erwähnt, die langen Meldesowie die umständlichen Kommunikationswege entgegen. Außerdem nahmen die Pullacher Auswerter aus Gründen, die noch zu klären sind, die Ergebnisse der Fernmeldeaufklärung 1968 mitunter nur in Teilen wahr.¹⁸⁸

Im Kern wiederholten sich deutsche nachrichtendienstliche Probleme des Zweiten Weltkriegs. Hier hatte zu Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ während des offensiven Vormarsches der Wehrmacht die Priorität auf der Aufklärung des gegnerischen Potentials schlechthin gelegen, das es zu vernichten galt. Sobald die Wehrmacht in die Defensive gedrängt war, kam gegnerischen

185 Vgl. Gregory W. Pedlow und Donald E. Welzenbach: *The CIA and the U2-Programm 1954–1974*, Washington 1998, S. 183-210.

186 Vgl. *The CIA and strategic warning*, Abschnitt „CIA Military Reporting“.

187 Diktat Wessel zu 14.–20.4.1969, Vortrag in Bonn, BND-Archiv, N 1/77. Eine Aussage, die durchaus realistisch scheint, waren doch die zur damaligen Zeit im Einsatz befindlichen frühen Keyhole-Aufklärungssatelliten (Corona- und Gambit-Serie) nicht mit Einrichtungen zur Funk-Bildübertragung, sondern mit Rückholkapseln ausgestattet, die den belichteten Film zur Erde transportierten, vgl.: Ingard Clausen und Edward Miller: *Intelligence Revolution: Retrieving the Corona Imagery that helped win the cold war*, Chantilly 2012, S. 19-24.

188 Vgl. zur Beteiligung der NVA das Folgende sowie Kap. IV.1.

Absichten und genauen Stärken des Feindes sowie zeitunmittelbaren Meldungen seiner Planungen und Vorhaben deutlich größere Bedeutung zu. Mit dem Fokus auf der Erstellung eines aktuellen Lagebilds war der komplexen Offensivkraft der Roten Armee im weiteren Verlauf des Kriegs nicht beizukommen – auch im August 1968 hinkten die Feststellungen den Entwicklungen hinterher.¹⁸⁹ Zudem standen 1968 unter den Bedingungen des Kalten Kriegs viele Aufklärungsmittel eines „heißen Kriegs“, wie Feldnachrichtentruppen, Aufklärungsflüge oder Kriegsgefangenenbefragungen, nicht zur Verfügung.

Am 21. August war es wiederum die Fernmeldeaufklärung, die als erste BND-Stelle Erkenntnisse zum Lagebild lieferte, die über den Informationsgehalt von Presse- und Rundfunknachrichten hinausgingen. Bis neun Uhr morgens liefen hier in großem Umfang Meldungen über sowjetische Aufklärungsflüge, Lufttransporte sowie über Verlegungen von sowjetischen Luftwaffeneinheiten in die ČSSR ein. Ebenfalls aus der Fernmeldeaufklärung stammten Berichte über größere Truppenbewegungen aus den Bereichen von GSTD, Militärbezirk Karpaten (Ukraine) und SGT.¹⁹⁰ Bereits um vierzehn Uhr hatte der BND mit Mitteln der Funkaufklärung ein zwar unvollständiges, doch recht breites Lagebild gewonnen, das sich im Laufe der nächsten Stunden verdichtete.¹⁹¹ Militärisch relevante Meldungen von HUMINT-Quellen erreichten die Auswertung in dieser heißen Phase allerdings erst mit tagelanger Verspätung. Sie konnten die Großoperation des Warschauer Pakts nur noch ex post dokumentieren.

Stand die politische Aufklärung des BND in indirekter Konkurrenz zum Auswärtigen Amt, so musste sich das militärische Beschaffungswesen nolens volens mit dem Bundesverteidigungsministerium messen. Der Anspruch des Nachrichtendienstes, die alleinzuständige militärische Beschaffungsstelle für die Bundeswehr zu sein, entsprach nicht der Realität, betrachtete das ministeriale Führungsgrundgebiet 2 die militärische Aufklärung und Lagebilderstellung doch als integrale Bestandteile des militärischen Führungsprozesses.¹⁹² Die prakti-

189 Vgl. Pahl, *Fremde Heere Ost*, v.a. S. 165 ff.; Weiße, *Geheime Nachrichtendienste*, S. 304 ff.; Blum, unveröffentlichte Memoiren, BND-Archiv, 2868, hier S. 76.

190 Vgl. FmA (PFH IV A-B), Az. 41-51-10-15, Elektronische Nachrichtenlage Nr. 158/68, Mel-dungsabschluss 21.8.1968, 9.00 Uhr, BND-Archiv, 9065.

191 Vgl. FmA (PFH IV A-B), Az. 41-51-10-15, Elektronische Nachrichtenlage Nr. 159/68, 21.8.1968, Dokument Nr. 7 im Anhang.

192 Vgl. Führungsbeauftragter Auswertung (455)an (komm.) Vizepräsident (106/G) Nr. 87/68 geh., *Gegenwärtige und zukünftige Aufgaben des BND*, 22.2.1968, S. 6 f., BND-Archiv, 1165. Als „Führungsgrundgebiete“ wurden im BMVtg die klassischen Stabsabteilungen bezeichnet.

schen Auswirkungen dieses Selbstverständnisses sind bereits in Bezug auf die allgemeine Fernmeldeaufklärung der Bundeswehr angerissen worden: Während es auf der taktischen Ebene der Gefechtsfeldaufklärung kaum zu Überschneidungen mit der BND-Beschaffung kommen musste, war die militärisch-nachrichtendienstliche Abgrenzung hinsichtlich der operativen Tiefenaufklärung trotz der erwähnten Vereinbarungen zwischen BND und Bundeswehr fließend.¹⁹³ Zudem erhob die Bundeswehr im Bereich der elektronischen Kampfführung den Anspruch, sich nicht nur gegen die entsprechenden Aufklärungsversuche der Gegner zu schützen, sondern selbst die elektronische Aufklärung des Gegners zu leisten.¹⁹⁴ Auf der strategischen Ebene war die Bundeswehr schließlich daran interessiert, sich über offene Quellen sowie mit Mitteln der elektronischen Aufklärung Erkenntnisse über das gegnerische Rüstungspotential zu verschaffen. Insgesamt verfügte die Bundeswehr mit Aufklärungsschiffen und festen Erfassungsstationen über eine eigene militärische Beschaffungsstruktur.¹⁹⁵ Daneben konnte sich der Wissensdrang der Hardthöhe eines umfassenden Netzes von Militärattachés bedienen, die ihre Informationen aus dem Ausland direkt an den Führungsstab der Streitkräfte übermittelten. Über die Ostblockstaaten zogen die ausschließlich im Westen tätigen bundesdeutschen Attachés zumindest gesprächsweise Erkundigungen ein. Der Militärattaché der bundesdeutschen Botschaft in Athen erfuhr beispielsweise Ende August von seinem rumänischen Kollegen, „dass – soweit ihm bekannt – WP-Manöver in Rumänien von der Regierung abgelehnt worden seien.“¹⁹⁶ Im September führte der bundesdeutsche Militärattaché in Washington mehrere Gespräche mit seinem tschechoslowakischen Pendant, in denen der nicht nur die aktuelle Lage kritisch analysierte, sondern auch recht detaillierte Informationen über Gliederung und Stärke der Besatzungstruppen mitteilte.¹⁹⁷

193 Vgl. Elektr. ND und FmA (432,0), Aktennotiz zur Frage der Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und BND auf dem Gebiet der FmEloAufkl, BND-Archiv, 8202, Blatt 112-118; Fernmeldewesen (22CY11), Nr. 22C-1274/90 geh.-Anrecht, Fernmeldeaufklärung – Technische Aufklärung 1, 1945-89 (Kurzfassung), 26.7.1990, S. 27-28, BND-Archiv, 9293.

194 Vgl. Guthardt/ Dörnenburg, Elektronischer Kampf, S. 217-221. Zu frühen Auseinandersetzungen um Aufklärungsflugzeuge oder -boote vgl. u.a. Fernmeldewesen (22CY11) Nr. 22C-1274/90 geh.-Anrecht, Fernmeldeaufklärung – Technische Aufklärung 1, 1945-89 (Kurzfassung), 26.7.1990, S. 14, BND-Archiv, 9293.

195 Vgl. Grabau, Die Fernmeldetruppe 1, S. 61-74.

196 Militärattaché Athen an BMVtg FÜ S II 4, Fs Nr. 313, 31.8.1968, BA-MA, BW 1/71682, Blatt 254.

197 Militärattaché Washington an BMVtg, Fs Nr. 1827 und Nr. 1940, 10.9.1968, BA-MA, BW 1/71682/b, Blatt 235 sowie BW 1/71683/a, Blatt 5.

Schließlich griff der Führungsstab in Bonn auf die Berichterstattung des deutschen NATO-Botschafters Wilhelm Grewe sowie des deutschen militärischen Vertreters am NATO-Hauptquartier SHAPE zurück, einschließlich der aktuellen Lageeinschätzungen der Allianz.¹⁹⁸ Der Führungsstab der Streitkräfte im Bundesverteidigungsministerium, hier das Referat II (Fü S II), war zudem der direkte Ansprechpartner der gesamten Aufklärungsstrukturen der NATO selbst. Auf diese Weise erhielt das Verteidigungsministerium unabhängig vom BND detaillierte Übersichten über die Beschaffungsergebnisse der Nachrichtendienste anderer Staaten – und musste ganz nebenbei die Erkenntnis gewinnen, dass auch diese häufig Einzelbeobachtungen nachrangiger Bedeutung und Reiseberichte zusammentrug.¹⁹⁹

Insgesamt stand dem Verteidigungsministerium eine Vielzahl von Quellen zur Verfügung, die wichtige Aspekte eines militärischen Lagebilds abdeckten. Trotz allem musste das Bild auf dieser Grundlage lückenhaft bleiben. Ohne eine Beteiligung des Dienstes wäre der umfangreiche Zufluss kaum möglich gewesen. So lieferte die Fernmeldeaufklärung der Bundeswehr zwar valide Ergebnisse zur Krise in der ČSSR. Diese waren jedoch auf Grund der beschriebenen Aufgabenteilung zwischen BND und Streitkräften überwiegend auf das grenznahe Gebiet beschränkt, wohingegen der Dienst weitere Erkenntnisse aus der Tiefe des Raumes beschaffen konnte. Darüber hinaus basierte der Austausch von Aufklärungsmeldungen mit der NATO auf einem Geben und Nehmen, an dem sich die Bundeswehr ohne die umfassenden Meldungen des BND kaum hätte beteiligen können. Zwar waren die Quellen des Dienstes nicht hoch platziert und der entsprechende Erkenntnisgewinn oft begrenzt. Doch alle Dienste erarbeiteten ihre Analysen auf der ähnlichen Basis einer möglichst großen Anzahl begrenzter Einzelmeldungen. Der Austausch mit den Partnern setzte daher eine eigene, umfassende Aufklärungsleistung zwingend voraus, welche die Bundeswehr, die über keinen eigenen vollständigen, organisierten Beschaffungsapparat inklusive von V-Leuten im Ausland verfügte, nicht erbringen konnte. Damit hingen auch scheinbar selbständige Informationsgewinne der Bundeswehr in bedeutendem Umfang an der militärischen Beschaffung des BND. Zudem zeigte sich auf dem

198 Vgl. deutsche militärische Vertretung bei SHAPE Nr. 2238/68 an BMVtg Fü III, 23.8.1968, BA-MA, BW 1/71682/a, Blatt 255; Deutscher NATO-Botschafter an AA, Fs Nr. 1295, 30.8.1968, BA-MA, BW 1/71682, Blatt 122.

199 Vgl. BMVtg Fü S VII 2 Nr. 20/68 str. geh., Kriegstagebuch Führungsstab der Streitkräfte, CSR-Krise für die Zeit vom 21.8.–7.9.1968, 17.12.1968, BA-MA, BW 2/4323, Blatt 48, 52, 76.

Höhepunkt der ČSSR-Krise, dass der BND mitunter auch validere Informationen liefern konnte, als das Verteidigungsministerium. Von besonderer Aussagekraft ist hier die zeitgenössische Diskussion über eine vermutete ostdeutsche Beteiligung an der Invasion, stellte die Aufklärung der Nationalen Volksarmee doch einen Hauptauftrag des BND dar. Darüber hinaus widmete auch die westdeutsche Politik einem militärischen Einsatz der DDR in der ČSSR große Aufmerksamkeit.

Im Rahmen des Aufmarschs des Warschauer Pakts hatte die NVA zwei Divisionen bereitgestellt, die 7. Panzerdivision (PD) aus Dresden sowie die 11. motorisierte Schützendivision (MSD) aus Halle. Der Fernmeldeaufklärung des Dienstes entging diese Aufstellung nicht. Sie beobachtete ebenfalls, dass beide Verbände an der vom 10. bis zum 20. August andauernden Fernmelde- und Kommando- stabsübung teilnahmen. Schließlich registrierten die Pullacher Techniker die Unterstellung der 7. Panzerdivision unter die sowjetische 20. Gardearmee und die der 11. Schützendivision unter die 1. Sowjetische Gardepanzerarmee, die während der Übung erfolgten. Ebenso bemerkten die westdeutschen Horcher am 18. August die Durchgabe von Funk-Deckwörtern für die an der Übung beteiligten Truppen. Das Manöver umfasste alle späteren Interventionstruppen und sollte die Führung der Gesamtoperation durch den Stab des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages sicherstellen.²⁰⁰ Die Fernmeldeaufklärung des BND bemerkte, dass unmittelbar vor der Intervention der bis dahin rege Befehls- und Meldungsfunkverkehr der NVA-Einheiten eingestellt wurde, sie interpretierte dies allerdings als Beginn einer neuen Übungsphase.²⁰¹

Als die vereinigten Truppen des Warschauer Pakts in der Nacht zum 21. August 1968 die Grenze zur Tschechoslowakei überschritten, befanden sich unter ihnen auch die sowjetischen Verbände der 1. Gardepanzerarmee und der 20. Gardearmee. Insgesamt drangen aus dem Gebiet der DDR auf einem gut 200 Kilometer breiten Abschnitt acht sowjetische Divisionen mit über 2000 Panzern in die ČSSR vor. Nach fünfeinhalb Stunden erreichten die ersten Einheiten der 20. Gardearmee Prag.²⁰² Am 21. August um neun Uhr morgens meldete die Fernmeldeaufklärung des BND „[s]chwache Hinweise auf eine Beteiligung der NVA“, die für die

200 Vgl. BND 80/69 geh.-Bronze, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, Bd. 1, Mai 1969, BND-Archiv, 7529, S. 30; Vartanov, Die militärische Niederschlagung, S. 666-668.

201 Vgl. FmA (PFH IV A-B), Az. 41-51-10-15, Elektronische Nachrichtenlage Nr. 157/68, 20.8.1968, BND-Archiv, 9065.

202 Vgl. Vartanov, Die militärische Niederschlagung, S. 666-668.

Funkaufklärer allerdings „nicht abschließend bewertbar“ waren.²⁰³ Auch als sich bis zum Nachmittag das Meldungsbild stabilisiert hatte, waren die Aussagen der Fernmeldeaufklärung über eine „[e]vtl. Beteiligung NVA, UVA“ äußerst zurückhaltend: Sie war schlicht und, im Falle der NVA-Divisionen zutreffend, „nicht erkannt“ worden.²⁰⁴ Bis zum Morgen des 22. August wurden die Aufklärungsergebnisse bis hinab zur Divisionsebene präzisiert. Die elektronische Beschaffung des Dienstes hielt fest, dass die NVA „wahrscheinlich nur mit kleinen Kontingenten (unter Divisionsebene)“ an der Invasion beteiligt war.²⁰⁵ Schließlich wurde auch die am 20. August aufgestellte 12. Grenzbrigade der NVA, die die Absicherung und Kontrolle der Grenze zur ČSSR übernahm, zeitnah erfasst. Ihre Dislozierung und ihre Aufgaben – reine „Grenzicherungsaufgaben an der Grenze CSR/SBZ“ – wurden richtig erkannt.²⁰⁶

Der Bonner Führungsstab der Streitkräfte erhielt über seine Kanäle allerdings auch andere, falsche, Informationen. Große Bedeutung kam augenscheinlich Einzelmeldungen zu, die als *Intelligence Reports* vom NATO-Hauptquartier an die obersten Militärbehörden der Mitgliedsstaaten verteilt wurden. Wohl auf dieser Grundlage lokalisierte der Führungsstab am 22. August die NVA-Divisionen im Wirkungsbereich der übergeordneten sowjetischen Armeen, nämlich in Karlsbad und Prag.²⁰⁷ Auch in den folgenden Tagen hielt der Führungsstab an seiner Aussage fest und verstand es sogar, die vermeintliche Information zu präzisieren: Am 23. August verortete das Verteidigungsministerium die 7. PD im Raum Žandov und die 11. MSD in Tachov, d.h. im nördlichen bzw. westlichen Tsche-

203 FmA (PFH IV A-B), Az. 41-51-10-15, Elektronische Nachrichtenlage Nr. 158/68, 21.8.1968, BND-Archiv, 9065.

204 FmA (PFH IV A-B), Az. 41-51-10-15, Elektronische Nachrichtenlage Nr. 159/68, 21.8.1968, Dokument Nr. 7 im Anhang.

205 FmA (PFH IV A-B), Az. 41-51-10-15, Elektronische Nachrichtenlage Nr. 160/68, 22.8.1968, BND-Archiv, 9065. Im Übrigen wusste auch die CIA, dass sich die beiden NVA-Divisionen zumindest am 23.8.1968 noch auf ostdeutschem Boden befanden, vgl. CIA, FOIA-ERR Special Collections: Czech Invasion. DCI Briefing for Congressional Leaders, 23.8.1968, <http://www.foia.cia.gov/CzechInvasion.asp>, Zugriff am 11.09.2013.

206 Militärische Auswertung Heer (LMH-H1), Lagekurzorientierung, 23.8.1968, BND-Archiv, 16726. Vgl. Rüdiger Wenzke: Die Nationale Volksarmee der DDR. Kein Einsatz in Prag, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 673-686, hier S. 680.

207 Vgl. BMVtg FÜ S II 2, Az. Allg. 04-90-03-06, Tgb.-Nr. 6170/68 geh., G2-Tagesmeldung 22.8.1968, BA-MA, BW 2/4323, Blatt 99-101; BMVtg FÜ S II, Entwurf zur Orientierung über die Lageentwicklung in der CSR am 21./22.08. (Stand 14.00 Uhr), ebd., Bl.103-108. Die genaue Zuordnung der NVA-Divisionen in die Operationsräume Karlsbad und Prag war vom BND zu keiner Zeit gemeldet worden.

chien.²⁰⁸ Nach Ansicht des Führungsstabs befanden sich die NVA-Truppen nur einen Tag später erneut in Karlsbad und Prag.²⁰⁹ Die ersten NATO-Meldungen, die zum Teil aus dem Bereich der US-Landstreitkräfte stammten, wurden allerdings schnell wieder korrigiert.

Derartige Diskrepanzen trugen unweigerlich dazu bei, dass Bonner Stellen das Beschaffungswesen des BND zum Stichtag 21. August, soweit es ihnen über die weiter bearbeitende Auswertung des BND vermittelt wurde, recht unzufrieden betrachteten. Die Beschwerden beschränkten sich nicht auf eine – beim konkreten Beispiel NVA unverdiente Kritik – an einzelnen Inhalten. Nach Dafürhalten der Endabnehmer in Bonn agierte der gesamte BND zu langsam und lieferte viel zu lückenhafte Informationen. So ließ das Bonner Verbindungsbüro des BND am 21. August Pullach wissen, dass das Interesse des Bundeskanzleramts in der wirklich heißen Phase „an Einzelmeldungen durch uns“ lag, „die das Bild des BK bestätigen oder ergänzen sollten. Da Einzelmeldungen nur zögernd, in der Masse erst nach 18.00 Uhr eingingen, konnten Erwartungen des BK nicht erfüllt werden.“ Ohnehin fühlte sich in dieser entscheidenden Zeit das Bundeskanzleramt insgesamt „durch AA, BMVtg, BMInneres (BGS), Bundespresseamt und bisherige Berichterstattung der BND betreffend Einmarsch der Sowjets in der CSSR über Ereignisse und Zusammenhänge gut unterrichtet – meist besser als wir.“²¹⁰ Diese Rückmeldungen verwiesen darauf, dass eine Gesamtbewertung des Beschaffungswesens des BND in hohem Maße davon abhängig war, was die internen Auswerter sowie – in letzter Instanz – die Kunden aus den beigebrachten Meldungen machen konnten und wollten. Für die weitere Bearbeitung von zum Teil wichtigen, zum Teil lückenhaften, teils fraglichen, teils interpretationsbedürftigen, kleinteiligen oder offenen Informationen war es mit Blick auf die Gesamtfunktion und -stellung des Dienstes entscheidend, inwieweit die Auswertung ihr Lagebild entsprechend nachvollziehbarer Kriterien erstellte und inwieweit die geheimen Bestandteile einen tatsächlichen Mehrwert gegenüber anderen Institutionen ausmachten.

In der 1968 akuten wie auch in der allgemeinen Spannungslage des Kalten Kriegs mit der latenten bundesdeutschen Frontstaatsatmosphäre kam hierbei der

208 Vgl. BMVtg FÜ S II 2, Az. Allg. 04-90-03-06, Tgb.-Nr. 6270/68 geh., 2. G2-Tagesmeldung, 23.8.1968, BA-MA, BW 2/4323, Blatt 127-129.

209 Vgl. BMVtg FÜ S II 2, Az. Allg. 04-90-03-06, Tgb.-Nr. 6320/68 geh., 1. G2-Tagesmeldung, 23.8.1968, BA-MA, BW 2/4323, Blatt 133-135.

210 [BV] an Auswertung (461), dring. Fs Nr. 664 betr. Berichterstattung, 21.8.1968, BND-Archiv, 18668.

„schnellen Erfassung, Bearbeitung und Beurteilung von Anzeichen für feindliche Absichten (Indikationen) eine besondere Bedeutung zu.“²¹¹ In der Logik des integrierten Nachrichtendienstes BND war die analytische Aufgabe zweigeteilt. Die Abschätzung der militärischen Bedrohungslage verlangte nach einer möglichst detaillierten Darstellung der gegnerischen *capabilities*, des allgemeinen militärischen und wirtschaftlichen Kräftepotentials und -ansatzes, der militärischen Möglichkeiten, der Logistik und der zur Verfügung stehenden Technik. Parallel hierzu waren die *intentions* des Gegenüber zu ergründen, inwieweit und zu welchen Zwecken er das vorhandene Potential einzusetzen gedachte. Auf der Basis festgestellter Fähigkeiten und Absichten galt es schließlich, für einen gegebenenfalls zu erwartenden Ernstfall die relevanten Indikatoren für Aufmarsch und Angriffsabsichten rechtzeitig zu erkennen, um die eigenen Entscheidungszentren zu warnen.

211 Führungsbeauftragter Auswertung (455) an (komm.) Vizepräsident (106/G) Nr. 87/68 geh., Gegenwärtige und zukünftige Aufgaben des BND, S. 6, 22.2.1968, BND-Archiv, 1165. Vgl. Auswertung (461/S) an Führungsbeauftragten Personal u.a., Blum (48 pers.), Möglichkeiten und Grenzen der Auswertung des BND, 30.5.1968, S. 4, BND-Archiv, 1165.

IV

Wissen und Überzeugung:

Die Auswertung

Als 1970 der ehemalige Mitarbeiter des Strategischen Dienstes des BND und aktuelle Bearbeiter der „Steuerungshinweise“ Hans-Christoph Schenk von Stauffenberg den BND verlassen wollte, kam es zwischen ihm auf der einen sowie Präsident Wessel und dem neuen Leiter der Beschaffung, Richard Meier, auf der anderen Seite zu einer Grundsatzdiskussion über Wesen und Aufgaben eines Nachrichtendienstes. Von Stauffenberg wollte dem BND erklärtermaßen aus politischer Überzeugung – in Ablehnung unter anderem der neuen Ostpolitik – den Rücken kehren. Präsident Wessel war sich der politischen Implikationen der nachrichtendienstlichen Tätigkeit bewusst. Er hielt sich im Gespräch jedoch an die offizielle Lesart und erinnerte von Stauffenberg daran, es sei „nicht Aufgabe des Dienstes, Politik zu betreiben“. Von Stauffenberg gab sich damit nicht zufrieden und beharrte zu Recht darauf, dass eine Tätigkeit, die politische Informationen aus dem Ausland sammeln, bewerten und zur Verfügung stellen sollte, politisch aufgeladen war. „Schon in der Auswahl der vorliegenden Meldungen für die Erstellung der sogen. Steuerungs-Hinweise“, so will von Stauffenberg laut eigenem Gedächtnisprotokoll ausgeführt haben, „liege naturgemäß eine Wertung. Die mit den St.H. verbundene Auftragserteilung an die politische Beschaffung setze somit bei aller Bemühung um Objektivität Akzente, deren Deutung unter Umständen auch als zustimmende oder kritische Einstellung zu außenpolitischen Maßnahmen der Bu.Reg. fast unvermeidlich seien.“ Letztlich war für den scheidenswilligen Schenk die gesamte Tätigkeit im BND und damit auch die Analyse eingehender Meldungen politisch, nämlich eine „wirkungsvolle Tätigkeit im Rahmen meiner dezidiert antikommunistischen Grundauffassung“. Meier sah darin „eine affektive Einstellung, die eine rein sachliche Arbeit natürlich

erschwere. Sie komme ihm vergleichsweise wie die Darstellung einer künstlerischen Betätigung vor, deren Wertung sich objektiven Maßstäben entziehe.²¹²

Diese Diskussion war so alt wie der BND selbst.²¹³ Dabei ging es immer auch um die Problematik, ob und inwieweit Analysten des Auslandsnachrichtendienstes sich ihrer politisch-ideologischen und professionellen Standortgebundenheit bewusst waren und sie in ihren Interpretationsprozess einbezogen. Dies war wiederum mit reflektierten oder unreflektierten Annahmen verbunden, inwieweit gehaltvolle und „objektive“ Informationen für die politische und militärische Führung nicht nur notwendig, sondern auch methodisch möglich waren. In der Leitung der Auswertung und an anderen zentralen Stellen hielt man recht selbstzufrieden das Banner wissenschaftlicher Arbeitsmethoden hoch, ohne dass die jeweiligen Diskussionsbeiträge das vorherrschende Methodenverständnis reflektierend darlegten. Vom Gesamtanspruch her waren sich die Auswerter des BND sicher, dass sich dem professionellen Beobachter Motive, politische wie militärische Potentiale sowie langfristige außenpolitische Ziele der internationalen Gemeinschaft erschlossen. Überraschungen im Detail ergaben sich ihrer Meinung nach daraus, dass sich einzelne Staatsführungen noch konspirativer als gewohnt oder, schlimmer noch, unlogisch, emotional, sogar irrational verhielten.²¹⁴

Es ist hier nicht der Platz, die für die Gesamtproblematik relevanten Aspekte abzuhandeln. Derzeit erlaubt der Forschungsstand weder die hierfür notwendige detaillierte Rekonstruktion der konkreten Arbeitsgänge innerhalb der Abteilungen noch belastbare Angaben über Kooperation und Abstimmung zwischen den einzelnen thematischen beziehungsweise regionalen Auswertungssparten.²¹⁵ Darüber hinaus lässt sich noch keine verlässliche Kollektivbiographie der (führenden) Auswerter erstellen. Der 1968 von Egon Bahr, Leiter des Planungsstabs des AA, geäußerte Vorwurf, dass gerade Ostblock-Referenten zum Teil

212 Schenk von Stauffenberg, Gedächtnisprotokoll über Gespräch mit Wessel, 29.7.1970, StA Bamberg, NI Guttenberg, 99, Blatt 14-18, hier Blatt 14, 17-18. Vgl. Stefanie Waske: Nach Lektüre vernichten! Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg, München 2013, S. 85-87.

213 Vgl. Auswertung, Herre (L 125) Nr. 149/58 VS-V an Gehlen (70), 13.3.1958, BND-Archiv, 43082.

214 Vgl. Auswertung (461/S) an Führungsbeauftragten Personal u.a., Blum (48 pers.), 4.6.1968, BND-Archiv, 1165; Außenpolitische Aufklärung (27 VK) an Führungsbeauftragten Personal u.a., Blum (48 pers.), 3.6.1968, BND-Archiv, 1165; Auswertung (461/S) an Führungsbeauftragten Personal u.a., Blum (48 pers.), 30.5./4.6.1968, ebd.

215 Vgl. Auswertung (461/S) an Führungsbeauftragten Personal u.a., Blum (48 pers.), Möglichkeiten und Grenzen der Auswertung des BND, 30.5.1968, S. 4, BND-Archiv, 1165.

„mehr als 10 Jahre auf demselben Stuhl säßen“ und stur „in den alten eingefahrenen Gleisen weiterliefen“, unterstreicht die Bedeutung einer genauen Aufschlüsselung von Lebensverläufen mitsamt der dienstinternen Karrieren.²¹⁶

Von den für die ČSSR zuständigen hauptamtlichen politischen Auswertern ist die Biographie indes schnell erzählt. Das Fachreferat lag „innerhalb des Schwerpunktauftrages des Dienstes“, so dass, hieß es in der Zentrale, seine „Vernachlässigung“ sogar „Nachteile für die Sicherheit der Bundesrepublik zur Folge haben konnte“. Nichtsdestoweniger arbeitete das Referat als „Einmannbetrieb“ des (DN) Dr. Mommert. Sieht man von der überdurchschnittlichen Arbeitsbelastung einmal ab, so steht die Karriere Dr. Mommerts für weitere personelle Problemlagen der Auswertung. Dabei ist in seinem Fall an Sprach- oder Regionalkenntnissen nicht zu zweifeln. Der studierte Slawist beherrschte u.a. Tschechisch, Slowakisch und Russisch. Zudem war er aufgrund mehrjähriger Erfahrung als Befragter daran gewöhnt, aus Kleinstteilen größere Informationsreliefs zu entwerfen. Der Dienst schätzte an ihm die Fähigkeit, zum Kern der Dinge vorzudringen und politische Entwicklungen treffend zu skizzieren, sowie seine hervorragenden Kenntnisse über Land und Leute in der ČSSR. Diese Spezialkenntnisse gingen allerdings teilweise auf die 1930er Jahre zurück, in denen sich Dr. Mommert als Bürger der damaligen Tschechoslowakei der deutschen Wehrmacht, dem SD und schließlich der reichsdeutschen Rundfunkpropaganda zur Verfügung gestellt hatte. Ab 1940 war er an der reichsdeutschen Gesandtschaft in „Preßburg“ tätig. Die Frage, ob das vermeintliche Expertenwissen aus der NS-Zeit für Zwecke eines Nachrichtendienstes, der sich in einer Demokratie zu legitimieren hatte und nicht auf der Basis rassistischer oder rechtsideologischer Verschwörungstheorien informieren sollte, dienlich und nützlich war, wurde im BND offenbar lange überhaupt nicht gestellt.

In der militärischen Auswertung stellten naturgemäß Soldaten das Kernpersonal.²¹⁷ Zumindest ein Teil dieser Dienstgrade kam aus der Bundeswehr nach Pullach und wechselte nach einigen Jahren in die Streitkräfte zurück.²¹⁸ Ein Spitzenmann wie Hans Pilster, 1968 Leiter der militärischen Auswertung (LMH), galt dabei zumindest in der SPD als in der Wolle gefärbter Antikommunist, „der von

216 Führungsbeauftragter Auswertung (455), „MD Bahr zu 106 pers.“ [Gehlen], 2.2.1968, BND-Archiv, N 1/77.

217 Referat Organisation (49), Notiz über Einsatz von Soldaten in Dienststellen BND, Anl., 12.8.1966, BND-Archiv, 1082, Blatt 80-82.

218 Zur Laufbahn von Flottillenadmiral Poser vgl. seine Personalakte, BND-Archiv, P1/0104.

dieser seiner Grundeinstellung her seinen Einfluss geltend machen und [...] seine Lagebeurteilung abgeben wird“.²¹⁹ Langfristig würde es in den Beurteilungen darum gehen, ob der Westen seine Beziehungen zur UdSSR vornehmlich am Wissen um das enorme militärische Machtpotential der sozialistischen Staatenwelt orientierte und auf Rüstung und Abschreckung setzte, oder ob man der Wirksamkeit entspannungspolitischer Signale, Absichtserklärungen und Notwendigkeiten vertraute.²²⁰ Militärs mussten nicht zwangsläufig der ersten Lesart anhängen, mochten aber aufgrund ihrer beruflichen Sozialisation eher dazu neigen, in ihren Analysen das militärische Potential stärker zu gewichten. Darüber hinaus – dies bedarf ebenfalls weiterer Forschungen – konnte die Überalterung des Dienstes mitsamt einer Verwurzelung altgedienter Militärs in operativen und funktionellen Traditionen der Wehrmacht dazu führen, dass sich Analysten in Pullach mit der Technologisierung eines Nachrichtendienstes schwer taten. Anders ausgedrückt: Auswerter, die noch in der FHO-Tradition dachten und sich einer Vielzahl widersprüchlicher Meldungen aus den Bereichen von HUMINT, SIGINT und OSINT gegenübersehen, würden sich im Zweifelsfall möglicherweise traditionsgemäß für Nachrichten eigener Agenten und gegen Informationen aus der technischen Aufklärung oder der Presse entscheiden – diese Interpretation wird im Zuge der Verfolgung von NVA-Bewegungen ab dem 20. August noch einmal aufgegriffen.

1. Kleinteilige Informationen, militärisches Lagebild und Vorwarnung

Die militärische Auswertung der einlaufenden HUMINT-, SIGINT- und OSINT-Meldungen war im BND 1968 in der Unterabteilung LMH zusammengefasst. Hier setzte man die Detailinformationen für die generalstabsmäßige Feindlagebeurteilung in einem großen Puzzlespiel zusammen – auf die Traditionslinien zu Gehlens FHO im Zeiten Weltkrieg ist bereits verwiesen worden. Wie wichtig diese auch noch in den 1960er Jahren waren, ist daraus ersichtlich, dass Gehlen sich auf sie berief, um externe Kritik an der Leistungsfähigkeit des BND zum Schweigen zu bringen: Es stehe außer Zweifel, so argumentierte der General 1966 gegen-

219 MdB (SPD) Karl Wienand an MdB (SPD) Hirsch, 2.8.1967, AdsD, SPD-Fraktion 5. WP, Nr. 999. Pilster war Leiter der militärischen Auswertung (LMH).

220 Vgl. zur Problematik bereits Parl. StS BK an Bundeskanzler, 3.10.1968, StA Bamberg, NI von und zu Guttenberg, 91, Blatt 83.

über Flottenadmiral Günter Poser „dass die Nachrichtengewinnung im letzten Krieg wesentlich weniger Meldungsmaterial erbracht hat, trotzdem waren die Ic in der Lage, ein zutreffendes Feindbild zu erstellen.“²²¹ Ganz konkret verwoben die Analysten in Pullach beispielsweise die Meldung zum täglichen Backvolumen einer Staatsbäckerei im Gebiet Katowice-Gliwice – 12000 kg – mit Fernmelde-daten über zwei nicht näher zu identifizierende Stäbe im selben Raum, um auf der Basis von einem Tagessatz von 800 Gramm Brot pro Mann auf die Anwesenheit von zwei Divisionen im betreffenden Gebiet zu schließen.²²² In einem anderen relevanten Fall verschaffte sich die Auswertung auf der Basis aufgefangener Funksprüche über Urlaubssperren, von Erfassungslücken an üblichen Standorten und durch den Nachweis neuer Kommunikationswege zwischen Stäben der kurz davor verschwundenen Einheiten und dem ostdeutschen Verteidigungsministerium ein insgesamt zutreffendes Bild von der Verlegung der beiden ostdeutschen Divisionen. Diese sollten in Bereitstellungsräumen auf dem Truppenübungsplatz Nochten bei Weißwasser bzw. im Bereich des Hermsdorfer Kreuzes südlich Eisenberg auf das Vorgehen gegen die Tschechoslowakei warten.²²³

Die militärische Auswertung im BND griff jedoch weiter aus, um zu ihren Ergebnissen zu kommen. Neben militärischem wurde unter dem Schlagwort der „Unteilbarkeit der Auswertung“ auch das wirtschaftliche und politische Wissen des Dienstes genutzt, um ein umfassendes militärisches Lagebild zu erstellen. Der Anspruch war nur konsequent, wenn man eine finale kriegerische Auseinandersetzung mit dem Ostblock als „totalen“ Krieg dachte. In der Praxis der Zusammenarbeit der verschiedenen Sach- und Themenbereiche des BND bestand jedoch Ende der 1960er Jahre Verbesserungsbedarf.²²⁴ Nichtsdestoweniger zeigte sich die Gesamtauswertung 1968 von Beginn an bemüht, die Trup-

221 Präsident BND, Vermerk Nr. 16/66 str. geh. für Vortrag bei StS BMVtg zur Situation des militärischen Nachrichtenwesens, 3.8.1966, BND-Archiv, 1082, Blatt 66-78, Zitat Blatt 68-69. Ic war die Abteilung Nachrichtenwesen im Generalstab der Wehrmacht, vergleichbar mit dem Führungsgrundgebiet 2 der Bundeswehr.

222 Vgl. BND-05-n an BMVtg Fü S II 3 [O.i.G. Hiersemenzel], dring. Fs Nr. 904 geh.-Bronze, Lagekurzorientierung, 15. und 17.5.1968, BND-Archiv, 14849, Blatt 156-165, 241-249; BND-05-n an BMVtg Fü S II 3, Fs Nr. 912 geh.-Bronze, Vorausmeldung für Lagekurzorientierung Teil 3, 16.5.1968, BND-Archiv, 14849, Blatt 240.

223 Vgl. Horchstelle Lauf (74) an B1Z, Fs Nr. 1250 betr. Gebiet H70, Zwischenmeldung Nr. 09/VII/68, 27.7.1968, BND-Archiv, 16714; FmA (PFH IVA-B1Z), Az. 41-51-10-15, Zwischenmeldung Nr. 39/VII/68 betr. SBZ NVA/Landstreitkräfte, S. 2-3, 31.7.1968, BND-Archiv, 16714; Wenzke, Die Nationale Volksarmee, S. 679.

224 Vgl. Auswertung (461/S) an Führungsbeauftragter Personal u.a., Blum (48 pers.), Möglichkeiten und Grenzen der Auswertung des BND, 30.5.1968, hier S. 4, BND-Archiv, 1165.

penbewegungen der sowjetischen Armee und des gesamten Warschauer Pakts in den Zusammenhang der politischen Entwicklungen im Ostblock zu setzen: „In der Zeit zwischen dem 11. und 21.3. wurde nachrichtendienstlich eine Anzahl von Erkenntnissen über militärische Vorgänge beiderseits der sächsisch-tschechischen Grenze erkannt“, erläuterte Pullach aktuelle Spionageergebnisse. Diese könnten durchaus in Zusammenhang mit einem Warschauer-Pakt-Manöver in der Tschechoslowakei gebracht werden, welches bereits im Herbst 1967 für das Frühjahr 1968 angekündigt worden war. „Der Zeitpunkt der erkannten Bewegungen ließ es aber möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich erscheinen, dass sie im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen in der Tschechoslowakei standen.“²²⁵

Der BND war über die Truppenbewegungen in der Frühphase gut informiert, und die Auswertung erzielte durch Kombination der aktuellen Aufklärung mit vorhandenen Unterlagen ein recht detailgetreues und schlüssiges Lagebild.²²⁶ Dies bestätigten auch die Bedarfsträger: SHAPE beurteilte die durch das Bundesverteidigungsministerium an die NATO weitergeleiteten Meldungen als „first class service“. Der Chef der militärischen Aufklärung der NATO (*ACOS Intelligence*), Major General Ronald E. Coaker, bedankte sich im Mai ausdrücklich für „support given to SHAPE during the past two weeks concerning the Soviet Bloc troop movement on the Czechoslovakian borders.“²²⁷ Flottillenadmiral Poser ließ das Lob durch seinen Stellvertreter an die militärische Auswertung des Dienstes weitergeben, da „mindestens der halbe Blumenstrauß“ der militärischen Auswertung gebühre.²²⁸

225 Führungsbeauftragter Auswertung (455) Nr. 113/68 VS-V an Gehlen (106 pers.), 26.3.1968, Dokument Nr. 3 im Anhang.

226 Vgl. u.a. FmA (PFH IV A-B), Az 41-51-10-15, Elektronische Nachrichtenlage Nr. 90/68, Meldungsabschluss 10.05.1968, 9.00 Uhr, BND-Archiv, 14849, Blatt 57-61; FmA (PFH IV A-B), Az 41-51-10-15, Elektronische Nachrichtenlage Nr. 91/68, Meldungsabschluss 13.5.1968, 9.00 Uhr, ebd., Blatt 89-90; FmA (PFH IV A-B), Az 41-51-10-15, Elektronische Nachrichtenlage Nr. 94/68, Meldungsabschluss 16.5.1968, 9.00 Uhr, ebd., Blatt 186; BND-05-n an BMVtg FÜ S II 3 [O.i.G. Hiersemenzel], Fs Nr. 904 geh.-Bronze, Lagekurzorientierung, 15.5.1968, ebd., Blatt 156-165; BND 05-n, Nr. 80/69 geh.-Bronze, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, Bd. 1, BND-Archiv, 14718, hier S. 13-25; BND 05-n-890/68, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 25/68, bis 18.6.1968, BArch, B 206/296, hier Blatt 483; BND 05-n-940/68, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 26/68, bis 25.6.1968, BArch, B 206/297, hier Blatt 6.

227 SHAPE ACOS Intel an BMVtg FÜ S II, 24.5.1968, BND-Archiv, 1136, Blatt 16.

228 BMVtg FÜ S II 2 an Bundesnachrichtendienst, Militärische Auswertung, Pilster ((DN) Pilsen), 5.6.1968, BND-Archiv, 1136, Blatt 15.

Mit der Großübung „Šumava“, in der überwiegend sowjetisches Fernmelde- und Führungspersonal in großem Umfang auf tschechoslowakisches Gebiet verlegt wurde, erhielten die militärpolitischen Maßnahmen des Kreml eine neue Qualität. Ein Verbleib sowjetischer Manöververbände in der ČSSR, der keineswegs auszuschließen war, würde die militärische Gesamtlage in Europa verändern.²²⁹ „Die Dauer der Vorbereitungen und das frühe Einrücken sowjetischer Stabsteile in csl[.] Gebiet lassen sich nicht mit militärischer Notwendigkeit begründen, sondern [müssen] einen politischen Hintergrund“ haben, war man sich in Pullach sicher.²³⁰ Mit den neuen Aufmärschen gewann die Aufgabe des BND, für den Fall der Fälle eine adäquate Vorwarnzeit sicherzustellen, zunehmend an Dringlichkeit. Auch in Zeiten atomarer Bedrohung galt die Konzentration östlicher konventioneller Streitkräfte in Grenznähe als wichtiger Indikator für eine bevorstehende Aggression des Gegners. Anfang Juli 1968 warnte die militärische Auswertung BND-Spitzen und den Führungsstab der Streitkräfte ausdrücklich vor der beträchtlichen Zunahme sowjetischer Truppen im westlichen Vorfeld der UdSSR und vor den „gefährliche[n]“ Konsequenzen einer dauerhaften Stationierung sowjetischer Truppen in der ČSSR. „Die bisherigen Beurteilungen über die Dauer einer möglichen Vorwarnzeit vor feindlichen Absichten gegen die Bundesrepublik Deutschland und die NATO“, so die Überlegungen Pilsters, „beruhen in beträchtlichem Maße auf Vorkehrungen im MB Karpaten und in der CSSR, die einen zeitlichen Vorsprung [sic!] erfordern wegen der längeren Dauer des Heranbringens und der Vorbereitung sowj. Verbände in diesem Abschnitt. Die Voraussetzungen würden zu einem großen Teil entfallen, wenn in der CSSR längere Zeit Stationierungstruppen oder dauernde infrastrukturelle sowj. Vorkehrungen erfolgten.“²³¹

Derart klare Aussagen waren für die militärische Auswertung eher unüblich. Die meiste Zeit beschränkte man sich darauf, das militärische Potential des Gegners einzuschätzen und die Möglichkeiten aufzuzählen, die sich theoretisch daraus ergaben. Eindeutige Bewertungen der konkreten militärischen Absichten des Gegners, der Veränderungen in der Bedrohungslage oder auch konkrete

229 Vgl. BND 05-n-790/68, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 22/68, bis 28.5.1968, BArch, B 206/296, hier Blatt 128.

230 BND 05-n-760/68, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 24/68, bis 11.6.1968, BArch, B 206/296, hier Blatt 336. Vgl. BND-05-n an BMVtg FÜ S II 3 [O.i.G. Hiersemenzel], Fs Nr. 1168 geh.-Bronze, Wochenkurzbericht, 27.6.1968, BND-Archiv, 16719.

231 Militärische Auswertung (LMH) an Führungsbeauftragten operativer geheimer Meldedienst (918), 5.7.1968, Dokument Nr. 4 im Anhang.

Aussagen über die möglichen Folgen militärischer Aktionen des Warschauer Pakts fehlten weitgehend. Jenseits der Feststellung des „politischen Charakters“ militärischer Operationen und Manöver im Sommer beinhalteten die Meldungen und Berichte der militärischen Auswertung in der Regel keine belastbaren Aussagen etwa über ihre Auswirkungen auf NATO und Bundesrepublik. So blieb beispielsweise die militärische Lagefeststellung vom 25. Juli, die im Vorfeld des logistischen Manövers der Warschauer Pakt-Streitkräfte erfolgte, das die letzten Voraussetzungen für den Einmarsch schaffen sollte, weitgehend unverbindlich: „Bewahrheiten sich wesentliche Teile der angekündigten Maßnahmen, darf kein Zweifel daran bestehen, dass die USSR alle erforderlichen Kräfte aktiviert, um ihre politischen Vorhaben durchzusetzen.“²³²

Darüber hinaus lassen sich bislang in den BND-Akten weder eine konkrete Prognose über den erwarteten Ablauf einer Besetzung der ČSSR noch Planspiele zu blockinternen oder internationalen Folgewirkungen finden. Es fehlen Szenarien eines möglichen Widerstands der tschechoslowakischen Truppen gegen die vermeintliche „Bruderhilfe“ und es liegen keine Unterlagen über entsprechende Folgen für die Nachbarn, den Pakt oder die NATO vor. Gravierender scheint noch, dass man sich im BND offenbar keine Gedanken über den Fall machte, dass der Aufmarsch gegen oder die Invasion in die ČSSR eben doch nur den Auftakt für einen Angriff gegen die NATO darstellte. Auch in den nachträglich gefertigten BND-Studien über die Intervention setzte sich die militärische Auswertung lediglich recht selbstzufrieden mit ihrem Kenntnisstand hinsichtlich allgemeiner sowjetischer Operationsplanungen sowie sowjetischer militärischer Führungsgrundsätze auseinander.²³³

Die zusammengezogene Militärmacht des Warschauer Pakts erweiterte nicht nur die Handlungsoptionen des Kreml, sondern erhöhte, wie schon gezeigt, mit zunehmender Dynamik und Komplexität des Aufmarsches ganz generell den Schwierigkeitsgrad für eine adäquate Lagebeurteilung, die in immer kürzerer Zeit und auf einer immer unsicherer zu bewertenden Meldungsbasis eine immer größere Zahl relevanter Details richtig interpretieren und einordnen musste. Die Analysten in Pullach wurden im Ganzen dieser Aufgabe offenbar gerecht, irrten aber in wichtigen Teilaspekten - unter anderem hinsichtlich der NVA-Beteiligung.

Die Ergebnisse der BND-Fernmeldeaufklärung sind bereits dargestellt worden.

232 Militärische Auswertung (LMH), Militärische Lagefeststellung, 25.7.1968, 12.00 Uhr, BND-Archiv, 18668.

233 Vgl. BND 05-n, Nr. 2050/69 geh., Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention. Kurzfassung, BND-Archiv, 14719, hier S. 17-18.

Es muss daran erinnert werden, dass das von der Funkaufklärung gezeichnete Bild mit der Realität übereinstimmte: Die zwei bereitgestellten NVA-Divisionen rückten ab dem 20. August nicht zusammen mit den sowjetischen Großverbänden in die Tschechoslowakei ein, und sie bewegten sich auch später nicht aus ihrer Reservestellung über die Grenze. Auch wenn die sowjetische Führung auf den Einsatz ostdeutscher Truppen in der Tschechoslowakei verzichtete.²³⁴ Vor der Weltöffentlichkeit demonstrierten die Ostblockstaaten Geschlossenheit. Die TASS-Erklärung vom 21. August nannte die DDR als gleichberechtigte Macht.²³⁵ Die Führung der DDR, die ihrerseits den Eindruck vermeiden wollte, ein Bündnispartner zweiter Klasse zu sein, hielt nach außen ebenfalls den Anschein aufrecht, dass sich die DDR am Einmarsch beteiligt hätte.²³⁶

Die Selbstdarstellung des Ostblocks mochte für Außenstehende eine aktive Beteiligung der beiden ostdeutschen Divisionen am Einmarsch implizieren. Diesen Schluss zog, wie bereits im Kontext der Beschaffung dargestellt, zumindest die Bundeswehr, genauer der Führungsstab der Streitkräfte.²³⁷ Während die Fernmeldeaufklärung des BND hinsichtlich der NVA-Divisionen und -verbände von Anfang an richtig lag, die NATO binnen weniger Tage zurückrudern musste und die Bundeswehr einstweilen an falschen Erkenntnissen festhielt, verhielt sich die BND-Auswertung unentschieden.²³⁸ Die militärischen Lageberichte des BND blieben bezüglich einer Beteiligung der NVA an der Besetzung der ČSSR

234 Vgl. Rüdiger Wenzke: Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995; Wenzke, Die Nationale Volksarmee; Rüdiger Wenzke: NVA-Soldaten versteckt in böhmischen Wäldern? Das Rätselraten über die Rolle der DDR-Volksarmee bei der Niederschlagung des „Prager Frühling“ in: Misunderstanding 1968/69. Fremde Zeitgenossen und umstrittene Darstellungen, hg. Jürgen Danyel, Jennifer Schevardo und Stephan Kruhl, Berlin 2008, S. 290-296.

235 Vgl. Beschluss Politbüro ZK KPdSU Nr. P 96/1, 19.8.1968, in: Prager Frühling 2, hg. Karner/Tomilina/ Tschubarjan, S. 739-741.

236 Vgl. Pauer, Prag, S. 259.

237 Vgl. Kap. III.1.3.

238 Vgl. als weitere FmA-Meldungen FmA (PFH IV A-B), Az. 41-51-10-15, Elektronische Nachrichtenlage Nr. 176/68, 13.9.1968, BND-Archiv, 14854; FmA (PFH IV A-B), Az 41-51-10-15, Elektronische Nachrichtenlage Nr. 180/68, 19.9.1968, ebd.; Wenzke, Die Nationale Volksarmee der DDR, S. 682.

vage, ganz im Gegensatz zu den Meldungen der Fernmeldeaufklärung.²³⁹ Bei den Pullacher Experten ließen wohl die offiziellen Verlautbarungen des Ostblocks, vor allem aber HUMINT-Meldungen Zweifel an den Ergebnissen der Fernmeldeaufklärung aufkommen. Noch Ende August meldete beispielsweise eine mit „B“ bewertete Quelle Details über Operationsplanungen im Ostberliner Ministerium für Nationale Verteidigung, und Anfang September wurden kleinere oder größere NVA-Verbände im Raum Brno oder sogar an der österreichischen Grenze gesichtet.²⁴⁰ Im Ergebnis ging die zentrale Führung der militärischen Beschaffung, die Meldungen der Fernmeldeaufklärung entweder nicht kannte oder ignorierte, in ihren Orientierungen für die einzelnen Außenstellen immer wieder von zwei auf dem Gebiet der ČSSR agierenden NVA-Divisionen aus.²⁴¹ Aus dem widersprüchlichen Meldungsbild zog Präsident Wessel am 3. September 1968 seine Schlüsse und erklärte den Staatssekretären des Bundeskanzleramts, des Auswärtigen Amts und des BMG: „Die Div[.-S]täbe der am Überfall auf die CSSR beteiligten zwei NVA-Div[.] befinden sich auf dem Boden der SBZ dicht an der Nähe zur Grenze zur CSSR, die Masse der Verbände dieser Divisionen ist jedoch in der CSSR anzunehmen.“²⁴²

Für die SED-Führung in Ostberlin war es von Bedeutung, den Anschein eines ostdeutschen Einmarsches in Prag aufrechtzuerhalten, um die eigene Bündnisfähigkeit und Vollwertigkeit zu belegen. Offenbar erwies sich diese Darstellung unter anderen Vorzeichen auch für den westdeutschen Kundenkreis des BND als reizvoll. Die Bonner Politik konnte den vermeintlichen Einmarsch propagandistisch als neuen Beleg für die aggressive Natur des Ostberliner Regimes nutzen und,

239 Vgl. BND 05-n-1340II/68/Teil A, Az. 04-90-03, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 35/68, Zeitraum vom 21.–27.8.1968, 27.8.1968, BND-Archiv, 14852, Blatt 425-432; BND 05-n-1380/68/Teil A, Az. 04-90-03, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 36/68, Zeitraum vom 28.8.–3.9.1968, 03.09.1968, BND-Archiv, 14853, Blatt 375-379; BND 05-n-1410/68/Teil A, Az. 04-90-03, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 37/68, Zeitraum vom 4.–10.9.1968, 10.9.1968, BND-Archiv, 14854, Blatt 100-103.

240 Vgl. Beschaffung Politik im Strategischen ND (283/III), Meldung Nr. 274024, SBZ/WAPA-Staaten, Hinweise zur Vorbereitung der Intervention in der DDR, 27.8.1968, BND-Archiv, 7381/1, Blatt 110; Beschaffung Politik im Strategischen ND (283/III), Meldung Nr. 274076, SBZ-Truppen in der Slowakei, 3.9.1968, BND-Archiv, 7381/2, Blatt 233.

241 Vgl. Militärische Aufklärung (RW 14) Nr. 15287 betr. Militärische Lageorientierung/Aufträge, 22.8.1968, BND-Archiv, Nr. 7383, Blatt 52-54; Militärische Aufklärung (RW 14), dring. Fs Nr. 15712, Militärische Lageorientierung, 27.8.1968, ebd., Blatt 56; Militärische Aufklärung (RW 14), dring. Fs Nr. 16141, Militärische Lageorientierung/Aufträge, 2.9.1968, ebd., Blatt 52-54.

242 Wessel Nr. 280/68 an BV zur Vorlage Sts BK, Sts AA, Sts BMG, Beurteilung der Lage auf Grund des nachrichtendienstlichen Meldungsbildes, Stand 3.9.68, 17.00 Uhr, 3.9.1968, BND-Archiv, 18668.

auf einer grundsätzlicheren Ebene, die Legitimität des ungeliebten Staats zusätzlich in Frage stellen. Auch die westdeutsche Publizistik war an Informationen über eine aktive Rolle ostdeutscher Streitkräfte bei der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ interessiert. In seinen Informationen für die Presse lieferte der BND politisch erwünschte Meldungen über angebliche „ideologische Aufweichungserscheinungen unter den in der CSSR stationierten NVA-Verbänden“.²⁴³ Ob das jahrelange Engagement des BND in der als „psychologische Gegenwirkung“ oder psychologische Kriegsführung bezeichneten propagandistischen Auseinandersetzung insbesondere mit der DDR 1968 mit dazu führte, dass man sich in BND-Stellen im nachrichtendienstlichen Zweifelsfall einfach für eine propagandistische Chance entschied, muss beim derzeitigen Forschungsstand dahingestellt bleiben.²⁴⁴

Eine amtliche, formelle Korrektur der klaren Fehlinformationen über den Einmarsch der 7. Panzerdivision und der 11. Schützendivision in die Tschechoslowakei hat es im Übrigen nie gegeben. Die Abteilung FÜ S II im Führungsstab der Streitkräfte machte es sich einfach: Sie löste den Widerspruch Ende August mit einer neuen Falschmeldung auf, wonach die „Masse der NVA-Verbände [...] in die SBZ zurückverlegt“ habe.²⁴⁵ Die Pullacher Auswertung folgte schließlich dem Beispiel der Hardthöhe. Am 17. September 1968 meldete der BND in seinem militärischen Lagebericht, dass „[n]ach zuverlässigen Berichten“ eine Woche vorher „die ung[arischen] Truppen und wesentliche Teile der NVA aus der CSR abgezogen worden“ waren.²⁴⁶

243 [BND], Information Nr. 32/1968, 27.9.1968, BArch, B 206/1953, hier Blatt 98.

244 Entsprechende Sach- und Koordinierungsbesprechungen unter Teilnahme des BND liefen im Bundeskanzleramt ab Frühjahr 1960, vgl. BK, Ref. I/2, v. Koester, Az. I/2-15100-323/68 str. geh., an Chef BK, betr. allgemeine Lage BND, 12.3.1968, VS-Registrator BK, 15100, Nr. 64, Bd. 5, Blatt 13a-g, hier Blatt 13c-d. Vgl. ferner ohne Verf., Überblick über Arbeit und Planung der Abt. für psycholog. Forschung und Gegenwirkung im Jahre 1953, Str. vertr., BND-Archiv, 1197/1, Blatt 172-176; Besprechung Außenpolitische Aufklärung (Kurt Weiß) bei Vizepräsident (363/O), in: Tagebuch Kurt Weiß, Eintrag 15.7.1960, BND-Archiv, N 10/7, Bd. 2; Unter- richtung Außenpolitische Aufklärung (27 VK), in: Tagebuch Kurt Weiß 14.–18.6.1962, N 10/9; Führungsbeauftragter Auswertung (455) Nr. 586/62 VS-V an Organisationsabteilung (72), 7.6.1962, BND-Archiv, 4049/1; Dethleffsen, Sprechzettel anlässlich meiner Abmeldung beim Herrn Präsidenten am 29.8.69, BND-Archiv, N 1/69.

245 BMVtg FÜ S II, Orientierung über die CSR-Krise, Lageentwicklung 29./30.8.1968 (Stand 17.00 Uhr), BA-MA, BW 2/4323 Blatt 194. Zu diesem Zeitpunkt bestand die BND-Beschaffung darauf, dass „der Abzug oder eine Neuzuführung von WP-Truppen [...] nicht zu erkennen war“, vgl. Militärische Aufklärung (RW 14), dring. Fs Nr. 15905 betr. Militärische Lageorientierung/Aufträge, 29.8.1968, BND-Archiv, 7383, Blatt 57.

246 BND 05-n-1460/68/Teil A, Az. 04-90-03, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 38/68, 11.–17.9.1968, 17.9.1968, BND-Archiv, 14854, Blatt 334-343, hier Blatt 337.

2. Politische Dynamik und die Prognosen der Auswertung

Die militärischen Lagebilder waren für die politische Bewertung des akuten wie langfristigen Gefahrenpotentials, für die politische Abschätzung von Entwicklungs-, Einwirkungs- und Reaktionsmöglichkeiten sowie für eine diplomatische Suche nach Auswegen aus der Krise von unmittelbarer Bedeutung. Sie waren daher sowohl im BND als auch in der Bonner Politik untrennbar mit der politischen Gesamtbewertung der Entwicklungen im Ostblock verwoben. Blickt man vor diesem allgemeinen Hintergrund auf Schwerpunkte der politischen Analysen der tschechoslowakischen Reformprozesse und ihrer innen- wie blockpolitisch definierten Erfolgsaussichten, so ergibt sich auch hier ein ambivalentes Bild der BND-Aktivitäten. Es speist sich zum einen aus mehr oder weniger ausführlichen Ausarbeitungen der Auswertung, in denen einzelne Meldungen aufgingen, sowie aus den von der Auswertung für relevant erachteten und daher an die Bonner Stellen weitergeleiteten Einzelmeldungen.

Für eine qualitative Einschätzung der politischen Lagebewertungen des BND liegt ein Vergleich mit den parallelen Beurteilungen des Auswärtigen Amts nahe. Er ist nicht unproblematisch. Der BND-Anteil an den einzelnen Ausarbeitungen im Amt lässt sich nicht rekonstruieren, zumal diverse Informationen des BND beim Auswärtigen Amt als Einschätzungen des Verteidigungsministeriums eingingen.²⁴⁷ Vor diesem Hintergrund lassen sich eindeutig nur Diskrepanzen in der Endbeurteilung, nicht aber diplomatische Übereinstimmungen mit nachrichtendienstlichen Analysen nachweisen. Noten, die das Auswärtige Amt der generellen BND-Berichterstattung erteilte, können den einzelnen Zielregionen nicht eindeutig zugeordnet werden. Zudem ist ihre Aussagekraft aufgrund der bereits erwähnten impliziten Konkurrenzsituation zwischen den beiden international aktiven Behörden begrenzt. Schließlich war das Außenministerium im Gegensatz zum BND ein anerkannter, aktiver außenpolitischer Akteur der BRD, der gezielt auf Entwicklungen einwirken und damit umfassender versuchen konnte, eigene Erwartungshaltungen und Prognosen Realität werden zu lassen.

Mit Blick auf diese interpretatorischen Unwägbarkeiten ist es sinnvoll, in die trotz allem wünschenswerte Gegenüberstellung von nachrichtendienstlichen und außenpolitischen Analysen Berichte der offiziellen bundesdeutschen Vertre-

²⁴⁷ Vgl. AA, MDg Sahn, Aufzeichnung, 10.5.1968, in: Akten zur Auswärtigen Politik 1968 2, S. 577-580; BND-05-n an BMVtg FÜ S II, Fs Nr. 511, 19.3.1968, Dokument Nr. 2 im Anhang.

tungen im Ostblock und insbesondere der Handelsvertretung in Prag einzu-
beziehen. Auch wenn die Auslandsvertretungen vom Auswärtigen Amt selbst
über Meldungen und Berichte des BND zumindest teilweise in Kenntnis gesetzt
wurden, so beruhten die Lageanalysen vor Ort zumeist auf einem originär diplo-
matischen Informationsaufkommen. Im Verbund dieser Quellen lassen sich
Gesamteinschätzungen des BND und der bundesdeutschen Diplomatie zumin-
dest in den wichtigsten Punkten exemplarisch auf Gemeinsamkeiten und Unter-
schiede hin untersuchen. Die deutsche Botschaft in Moskau hatte im Übrigen
keine besonderen Einsichten in die Abläufe im Kreml, die über Analysen der
Presse oder befreundeter Diplomaten hinausgegangen wären. Generell gaben
sich in der überhitzten Atmosphäre des Jahres 1968 die westlichen Diplomaten
in der Hauptstadt der UdSSR grundsätzlich pessimistischer als ihre Kollegen in
anderen Staaten oder in den Zentralen.²⁴⁸

Zu Beginn der kurzen Ära Dubček lag das Hauptaugenmerk des BND im
Einvernehmen mit Bonner Interessen darauf, ob sich die Bundesrepublik vom
neuen Mann auch eine neue Deutschlandpolitik erwarten durfte. Hier fiel das
Urteil negativ aus. Im Übrigen hielt Pullach Dubček in alter Tradition für einen
Mann Moskaus und prognostizierte „fühlbare innenpolitische Erleichterungen
und Lockerungen, jedoch keine grundsätzlichen Abweichungen von der bishe-
rigen Parteilinie“. „Die SU“, heißt es an anderer Stelle, „glaubt in dem 47-jährigen,
in der SU groß gewordenen, im slowakischen Untergrund (Partisanenaufstand)
bewährten und in den Jahren 1955–1958 an der sowjetischen Parteihochschule
zurechtgeschliffenen Slowaken auch bei Einkalkulierung einer nur teilweisen
tschechischen Zustimmung den richtigen Mann gefunden zu haben.“²⁴⁹ Mit
dieser deutschlandpolitischen Akzentsetzung sowie der zurückhaltenden Stel-
lungnahme zur Person Dubčeks lag der BND in diesen ersten Wochen durchaus
auf einer Linie mit dem Auswärtigen Amt.²⁵⁰

248 Vgl. Deutsche Botschaft Paris an AA, Fs Nr. 1971, 14.8.1968, PA AA, B 42/205, Blatt 275-
280, hier Blatt 276.

249 Politische Auswertung (749) an BV für BK AA, BMVtg, BMG, Fs Nr. 36/68, Tgb.-Nr. 23/68
geh., 9.1.1968, BND-Archiv, 10284, Blatt 43; Politische Auswertung Ostblock (749/A) an BV,
Fs Nr. 307/68 geh., 7.3.1968, ebd., Blatt 144; BND 05-n-100/68, Monatsbericht für Januar
1968, Meldedienstl. VS, 9.2.1968, BArch, B 206/191, Blatt 353-442, hier Blatt 357.

250 Brandt in 54. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des deutschen Bundestags, 25.1.1968,
in: Der Auswärtige Ausschuß, 2. Halbbd., hier S. 751-753; Brandt in 61. Sitzung des Auswärtigen
Ausschusses, 9.5.1968, ebd., hier S. 863.

In den folgenden Wochen differenzierte zumindest die Handelsvertretung in Prag ihr Dubček-Bild aus. Der habe es, so Heipertz im unmittelbaren Vorfeld der Dresdner Konferenz, „bisher verstanden, eine offene Kontroverse zwischen der Tschechoslowakei auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite zu verhindern.“ Eine neue Einstellung zur internationalen Politik sei in Prag unverkennbar, schlussfolgerte der Diplomat aus seinen Einblicken vor Ort, jedoch würden „Dubček und seine Führungsgruppe sorgsam alles vermeiden, was einer sowjetischen Intervention als Vorwand dienen könnte“.²⁵¹ Dagegen spekulierte die BND-Auswertung auf der Basis der ihr vorliegenden Meldungen Ende März noch über mögliche Hilfeleistungen der UdSSR für Dubček.²⁵² Frühe Manöverankündigungen wurden in Pullach dementsprechend als Demonstration des östlichen Zusammenhalts bewertet.²⁵³ Die Einschätzung der- oder desselben BND-Analysten von Ende April 1968, dass die Dresdner Konferenz „das sowjetische Misstrauen gegenüber Dubček nicht ausgeräumt“ habe, tauchte deshalb recht unvermittelt auf. Derartige Wandlungen konnten Lernprozesse der nachrichtendienstlichen Auswerter widerspiegeln. Diese blieben jedoch hinter apodiktischen Formulierungen verborgen und führten branchengemäß nie zu nachträglichen Richtigstellungen früherer Bewertungen. In anderen Fällen mochte die Neigung obsiegen, sich bei allem Anspruch auf wissenschaftliche Auswertungsverfahren einer wissenschaftlichen Selbstkritik zu entziehen und sich im Zweifelsfall in die Aura des Geheimen zu flüchten.²⁵⁴

Im Ganzen lag der Chefanalyst des BND mit seinen Rekonstruktionen der politischen Kernentwicklungen in der ČSSR recht nahe bei den Einschätzungen des Auswärtigen Amts, und beide Behörden konnten die Abläufe relativ genau beschreiben. So sah der BND bald einen Spagat Dubčeks zwischen systemimmanenten Reformen und „viel radikalere[n] innenpolitische[n]“ Positionen, die „täglich an Gewicht“ gewannen. In dieser Konstellation deuteten BND und Außenministerium den zurückhaltenden außen- und deutschlandpolitische Kurs

251 HV, MDg Heipertz, Aufzeichnung, 21.3.1968, PA AA, B 42/204, Blatt 66-70. Vgl. HV Prag an AA, 30.3.1968, PA AA, B 42/152, Blatt 91-98; AA, II A 3 – 84.10/1, VS-NfD, VLR von Alten u.a., Aufzeichnung über Treffen Dresden, 27.3.1968, PA AA, B 40/159, Blatt 75-79.

252 Vgl. BND 05-n-100/68, Monatsbericht für Januar 1968, abgeschlossen am 9.2.1968, BArch, B 206/191, Blatt 353-442, hier Blatt 357.

253 Vgl. BND 05-n-670/68, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 19/68, Zeitraum bis 7.5.1968, BArch, B 206/295, hier Blatt 300; BND 05-n-790/68, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 22/68, bis 28.5.1968, BArch, B 206/296, hier Blatt 128.

254 [BND Steuerungshinweis], Berichtszeit 3.–23.4.1968, 24.4.1968, StA Bamberg, NI von und zu Guttenberg, 97, Blatt 245-257, hier Blatt 245, 251.

Dubčeks als Versuch, sich durch demonstrative Solidarität mit der UdSSR innenpolitische Spielräume zu erhalten.²⁵⁵ Im weiteren Verlauf erkannte der Dienst die Faktoren, die die politische Entscheidungsfindung in Moskau beeinflussten: Dazu zählten das sowjetische Beharren darauf, in der ČSSR das sozialistische System mitsamt der führenden Rolle der kommunistischen Partei zu erhalten, sowie die Moskauer Sorge um die Stabilität der eigenen Republiken und des Ostblocks schlechthin. Zu Recht rechnete Pullach desweiteren die sowjetische Position im „Weltkommunismus“ gegenüber China und die entsprechenden Hoffnungen, die der Kreml auf die für Herbst geplante Weltkonferenz der kommunistischen Parteien setzte, zu den relevanten Bezugspunkten Moskauer Denkens. Dazu kamen, auch das war in Pullach bekannt, ureigene Interessen der polnischen und ostdeutschen Führungen und schließlich die empfundenen Gefahren einer dynamischen und zunehmend unlenkbaren, unabhängigen öffentlichen Meinung in der Tschechoslowakei.²⁵⁶ Die Auswertung überzeichnete dabei mitunter, wie eingangs erwähnt, persönlich-institutionelle Machtkämpfe im Kreml, die in der Moskauer Entscheidungsfindung ideologisch-politische Gemeinsamkeiten der kollektiven Führung letztlich nicht aufbrechen konnten.²⁵⁷

Von besonderer Bedeutung war in der politischen und militärischen Gesamtsituation 1968 die Aufgabe, die einzelnen Faktoren zu gewichten und damit die Wahrscheinlichkeit einer bewaffneten Intervention zu prognostizieren.²⁵⁸ Dieses

255 Politische Auswertung (749) an BV, Fs Nr. 307/68 geh., 7.3.1968, BND-Archiv, 10284, Blatt 144. Vgl. Politische Auswertung Ostblock (749/A) an BV für BK, AA, BMVtg, Fs Nr. 703/68 geh., 17.5.1968, ebd., Blatt 256-257.

256 Vgl. [BND Steuerungshinweis], Berichtszeit 20.3.–2.4.1968 3.4.1968, StA Bamberg, NI von und zu Guttenberg, 97, Blatt 310-315; [BND Steuerungshinweis], Berichtszeit 8.–28.5.1968, 29.5.1968, ebd., Blatt 154-163, hier Blatt 156-157; BND, Tgb.-Nr. 6/68 str. geh., Anl. 2, betr. Die Entwicklung in der CSSR und in Polen, 18.3.1968, BND-Archiv, Film 733, Blatt 1260-1262; Lagemappe BND Nr. 7/68 str. geh., Anl. 3, Notiz zur Lage, 22.3.1968, ebd., Blatt 1315-1316, 1330-1333; BND Nr. 1450/68 geh., Lagemappe, 11.7.1968, ebd., hier Blatt 1726-1727; BND Nr. 1469/68 geh., Lagemappe, 23.7.1968, ebd., Blatt 1751; BND Nr. 1507/68 geh., Lagemappe, 6.8.1968, ebd., Blatt 1795 f.; Dokument 5 im Anhang der Studie.

257 Vgl. [BND Steuerungshinweis], Berichtszeit 20.3.–2.4.1968 3.4.1968, StA Bamberg, NI von und zu Guttenberg, 97, Blatt 310-315; [BND Steuerungshinweise], Berichtszeit 10.–23.7.1968, 24.7.1968, ebd., Blatt 1-12, hier Blatt 1, 4-5; Politische Auswertung Ostblock (749/A) an BV für BK, AA, BMVtg, BMG, Fs Nr. 2059/68, 3.9.1968 (Bewertung: C-3), BND-Archiv, 14640; BND Nr. 1507/68 geh., Lagemappe, 6.8.1968, BND-Archiv, Film 733, hier Blatt 1795.

258 Deutlich auch an der Bewertung der politischen Implikationen der Manöver, vgl. BND-05-n an BMVtg FÜ S II, dring. Fs Nr. 1256, 10.7.1968, BND-Archiv, 16719; Politische Auswertung Ostblock (749/A) Nr. 1383/68, Tgb.-Nr. 916/68 geh., an BV für BK, AA, BMVtg, 27.6.1968, BND-Archiv, 10284, Blatt 315.

Problem überwölbte auch die Frage nach potentiellen Auswirkungen des „Prager Frühlings“ auf die bundesdeutschen Chancen in der ČSSR. Um mit der Berichterstattung des Auswärtigen Amts zu beginnen: Unmittelbar vor dem Moskauer Treffen vom 8. Mai 1968, das die zukünftigen Interventionsmächte bereits ohne Beteiligung der ČSSR abhielten, bereitete das Amt den Auftritt des Außenministers vor dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestags vor. Die bundesdeutsche Diplomatie ging davon aus, dass „Moskau [...] Prag offensichtlich Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten unter der Voraussetzung zugesichert [hat], dass die tschechoslowakische Partei die Entwicklung im sozialistischen Rahmen hält.“ „Die Gefahr“, so der diplomatische Vorbehalt, „dass die Sowjetunion unter dem Vorwand eingreift, die innenpolitische Entwicklung sei der Kontrolle der tschechoslowakischen Führung entglitten, ist jedoch nicht auszuschließen.“²⁵⁹ Bis Ende Mai hielten die Handelsvertretung in Prag und das Auswärtige Amt allerdings ungeachtet laufender oder anstehender Manöver sowie der unklaren Ergebnisse der sowjetisch-tschechoslowakischen Militär- und Spitzengespräche grundsätzlich daran fest, dass eine militärische Intervention unwahrscheinlich sei.²⁶⁰ Neben den politischen Nachteilen, die ein solches Vorgehen der UdSSR in der Entspannungs-, Prestige-, Bündnis- und weltkommunistischen Politik einbringen müsse, argumentierte das Auswärtige Amt mit grundsätzlichen Annahmen über sowjetische Entscheidungsprozesse. „Hinzu kommt, dass die dem System der kollektiven Führung inhärente Trägheit schwerlich eine Entscheidung zulassen wird, die über eine abwartende Haltung hinausgeht.“²⁶¹ Immerhin machte sich der Planungsstab des Auswärtigen Amts Gedanken darüber, wie die BRD im Extremfall mit Flüchtlingsströmen aus der ČSSR umzugehen hätte, und, da eine Intervention „nicht mehr völlig auszuschließen“ war, auch darüber, „ob und welche militärischen Sicherungsmaßnahmen angezeigt sein könnten (in bilateraler Abstimmung mit US-Behörden?)“.²⁶²

259 AA, II A 5, Aufzeichnung, 7.5.1968, PA AA, B 42/204, Blatt 217-220, hier Blatt 218, 220.

260 Vgl. HV Prag an AA, Fs Nr. 92, 16.5.1968, PA AA, B 42/204, Blatt 320-322; AA, II A 5, Aufzeichnung betr. Lage in der ČSSR, 21.5.1968, ebd., Blatt 333-335; Brandt auf dem Außenpolitischen Kolloquium Heimerzheim, 2.5.1968, in: Akten zur Auswärtigen Politik 1968 1, S. 527-528; Brandt in 61. Sitzung Auswärtiger Ausschuss Deutscher Bundestag, 9.5.1968, in: Der Auswärtige Ausschuss, 2. Halbbd., hier S. 863.

261 AA, II A 3 – 84.00, Dr. Schrameyer, Vermerk betr. Moskauer Treffen, 8.5.1968, PA AA, B 40/158, Blatt 375-376, hier Blatt 376.

262 AA, Leiter Planungsstab, Aufzeichnung PI 135/68 VS-V, 10.5.1968, AdsD, Depos. Bahr, 1051. Vgl. AA, MDg Sahm, Aufzeichnung II A 7-81.08/2-1702/68 geh., 10.5.1968, in: Akten zur Auswärtigen Politik 1968 1, S. 577-580, hier S. 577 mit Anm. 2.

Derartige Überlegungen entsprachen den Vorstellungen des BND. Bereits im März hatte der Dienst das Verteidigungsministerium „auf die Möglichkeit einer Gefährdung der deutsch-tschechoslowakischen Grenze im Falle besonderer Lageentwicklungen in der CSSR hingewiesen.“²⁶³ Im Mai drängte der BND erneut darauf, sich gegen alle Gefahren zu wappnen. „Nach politischer Lagebeurteilung sind die machtpolitischen Verhältnisse in der CSSR verworren und neigen dazu, chaotisch zu werden. Die Aktionen der Sowjetunion und die Erkenntnisse über ihre Einstellung im Falle, dass sich die CSSR immer mehr vom gemeinsamen Kurs entfernt, deuten darauf, dass auf das Mittel der Intervention als ultima ratio nicht verzichtet wird. Da die BRD Grenznachbar der CSSR ist, muss mit einer Gefährdung ihrer Grenze gerechnet werden. Hierzu sind h.e. folgende Vorkehrungen notwendig: 1. Sicherheitsmässig muss eine Grenzsperrung durch ausreichende Kräfte vorbereitet sein. 2. Nachrichtendienstlich muss eine entsprechende Erfassungs- und Befragungsorganisation vorbereitet sein“.²⁶⁴

Hinsichtlich einer Intervention mochte sich aber auch der BND im Frühjahr 1968 noch nicht endgültig festlegen. In Pullach deutete man beispielsweise die umfangreichen Truppenbewegungen ab Mai 1968 wahlweise als massive „Druckausübung gegenüber der neuen csl. Führung“ oder als „Stützung der Dubcek-Gruppe gegenüber jenen Kräften“, „die für eine den kommunistischen Kern des Systems in Frage stellende Demokratisierung eintreten“.²⁶⁵ „Der weitere Verlauf der Ereignisse“, übte man in Pullach betont Zurückhaltung, „hängt nunmehr in erster Linie von der Entwicklung in der CSSR ab. Die naturgemäß [sic!] noch unzureichenden Informationen, die hier gegenwärtig vorliegen, lassen noch keine weitergehende Beurteilung zu.“²⁶⁶ Dabei ging die nachrichtendienstliche Auswertung davon aus, dass ideologische Faktoren für die sowjetische Entscheidungsfindung relevant waren. „Der Ernst der gegenwärtigen Pressionen gegenüber der Tschechoslowakei kann als Zeichen dafür gewertet werden“, ließ Pullach am 14. Mai 1968 die Bonner Ministerien wissen, „dass die von den Sowjets ins Auge gefasste Toleranzschwelle fast erreicht ist. [...]. [D]as Überschreiten dieser Schwelle, also die Duldung echter demokratischer Elemente im westlichen Sinne, z.B. die Einführung des Mehrparteiensystems, d.h. der Verlust der Führungsrolle

263 Vgl. BND-05-n an BMVtg Fü S II, Fs Nr. 511, 19.3.1968, Dokument Nr. 2 im Anhang.

264 BND-05-n an BMVtg Fü S II pers., Fs Nr. 862 geh., 10.5.1968, BND-Archiv, 7381/1, Blatt 59.

265 Ebd. Vgl. BND 05-n-760/68, militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 21/68, für die Zeit bis 21.5.1968, BArch, B 206/296, hier Blatt 6.

266 Politische Auswertung Ostblock (749/A) an BV für BK, AA, BMVtg, BMG, Fs Nr. 653/68 geh., 10.5.1968, BND-Archiv, 10284.

der KPC, würde eine Steigerung des Drucks wahrscheinlich machen. Die militärische Intervention wäre dann als Schluss dieser Entwicklung denkbar²⁶⁷ oder „nicht ausgeschlossen“²⁶⁸ – aber eben auch nicht sicher.²⁶⁹

Mit den Großmanövern in der ČSSR und dem Warschauer Gipfel der Fünf (14. bis 15. Juli 1968) spitzte sich die Situation in Osteuropa für alle auswärtigen Beobachter erkennbar zu. Die Frage nach einer Intervention erschien aktueller denn je. Der „Warschauer Brief“ an die Prager Genossen vom 17. Juli sprach unverblümt davon, dass die „vom Imperialismus unterstützte Offensive der Reaktion gegen [die tschechoslowakische kommunistische] Partei und gegen die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung der ČSSR [...] nach unserer festen Überzeugung die Gefahr in sich [birgt], dass Ihr Land vom Weg des Sozialismus abgedrängt wird und folglich die Interessen des ganzen sozialistischen Systems bedroht werden.“ „Wir können [...] nicht damit einverstanden sein“, so die Spitzen der Anti-Dubček-Koalition, „dass feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus abbringen und die Gefahr einer Abtrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch das Bündnis, durch die Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten.“²⁷⁰

Die bundesdeutsche Handelsvertretung in Prag und andere Beobachtungsposten des Außenministeriums meldeten sich ab dem 15. Juli dennoch mit beruhigenden Nachrichten zu Wort. „Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen“ in Warschau war demnach „zu erfahren, dass eine Intervention nicht vorgesehen sei“.²⁷¹ „Die Gefahr einer sowjetischen Intervention kann nicht völlig ausgeschlossen werden“, fasste das Auswärtige Amt für das Bundeskabinett

267 Politische Auswertung Ostblock (749/A) an BV für BK, AA, BMVtg, BMG, Fs Nr. [945], 14.5.1968 (Bewertung B-3), BND-Archiv, 14640. Vgl. Politische Auswertung Ostblock (749/A) an BV für BK, AA, BMVtg, BMG, Fs Nr. 934/68, 10.5.1968 (Bewertung B-3), ebd.

268 Politische Auswertung Ostblock (749/A) an BV für BK, AA, Fs Nr. 702/68 geh., 17.5.1968, BND-Archiv, 10284, Blatt 255.

269 Ebd. Vgl. BND 05-n-760/68, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 21/68, für die Zeit bis 21.5.1968, BArch, B 206/296, hier Blatt 4-9; BND 05-n-790/68, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 22/68, für die Zeit bis 28.5.1968, ebd., hier Blatt 127-128.

270 „Warschauer Brief“, 15.7.1968, in: Prager Frühling 2, hg. Karner/ Tomilina/ Tschubarjan, S. 274-283, hier S. 275.

271 Deutsche Vertretung Warschau an AA, Fs Nr. 217, 17.7.1968, PA AA, B 42/205, Blatt 33-36, hier Blatt 35. Vgl. HV Prag an AA, Fs Nr. 163, 15.7.1968, ebd., Blatt 15-17. Pessimistischer Einschätzungen aus Budapest, vgl. Deutsche Vertretung Budapest, Fs Nr. 164, 26.7.1968, PA AA, B 42/205, Blatt 150-154.

zusammen. „Nach wie vor halten wir eine solche Entwicklung jedoch für unwahrscheinlich, wenn und solange Moskau die sowjetischen Interessen nüchtern abwägt. [...]. Es ist daher davon auszugehen, dass auch Moskau daran gelegen sein muss, ein gewaltsames Eingreifen zu vermeiden.“²⁷² Diese Position vertrat Außenminister Brandt denn auch im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags.²⁷³ In dieser Situation hielt es die politische Führung in Bonn nach einigem Hin und Her für geboten, das für September anstehende Manöver von Bundeswehr und US-Einheiten „Schwarzer Löwe“ aus den Grenzräumen zur Tschechoslowakei in den weniger brisanten bundesdeutschen Südwesten zu verlegen, um „jede mögliche Missdeutung im Hinblick auf die CSSR“ zu vermeiden und der UdSSR keinerlei Anlass für Propaganda oder militärische Reaktionen zu geben²⁷⁴ – „eine typische Fehleinschätzung“, kartete der spätere Präsident Blum in seinen Memoiren nach. „Sie hat ja auch höchstens dazu beigetragen, bei der [...] Entschlussfassung zum Einmarsch jedweden Risikoeinwand auszuschließen“.²⁷⁵

Die potenzielle Mehrfachnutzung der Warschauer Pakt-Manöver war den politischen Experten im BND bewusst.²⁷⁶ Sie zogen hieraus tendenziell pessimistischere Schlussfolgerungen als das Auswärtige Amt. „Nach hiesiger Beurteilung hat sich die Lage noch nicht entschärft“, so eine Nachricht des BND an das Verteidigungsministerium am 20. Juli 1968. „Die sowjetischen Manövertruppen setzen nach Mi[.]-B[.]urteilung zwar den Abzug [aus der Tschechoslowakei] fort, die Pressionstruppen an den Grenzen der CSSR stehen jedoch nach wie vor in den bekannten Räumen. Die Spannung besteht weiter.“²⁷⁷ „Sofern Bemühungen

272 AA, Abt. II, II A 3, Aufzeichnung betr. Sitzung Bundeskabinett am 24.7.1968, 23.7.1968, PA AA, B 42/205, Blatt 73-79, hier Blatt 76, 78.

273 Brandt in 66. Sitzung Auswärtiger Ausschuss, 29.7.1968, in: Der Auswärtige Ausschuss, 2. Halbbd., hier S. 958 f., Zitat S. 958.

274 BMVtg, Ministerbüro, an StS, 1.8.1968, ACDP, 01-483, Bd. 107/3. Vgl. Brandt an Kiesinger, 24.7.1968, AdsD, Depos. Brandt, A. 7, Außenminister, Nr. 13; Vors. Verteidigungspolitische Ausschuss CDU, Marx, an Verteidigungsminister Schröder, 20.7.1968, ACDP, 01-356-015/2.

275 Blum. Unvergessen, unveröffentlichtes Manuskript, BND-Archiv, 2868, S. 77.

276 Vgl. BND 05-n-910/68, Monatsbericht für Mai 1968, abgeschlossen 9.6.1968, BArch, B 206/192, Blatt 1-111, hier Blatt 34-35; BND 05-n-1200/68, Bericht für 9.7.–8.8.1968, ebd., Blatt 197-282, hier Blatt 228; BND 05-n-1110/68, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 30/68, für die Zeit 17.–23.7.1968, BArch, B 206/297, hier Blatt 480: „Abgesehen von dem offiziell bekannt gegebenen militärischen Übungszweck [...] könnten die Manöver auch der Tarnung besonderer Absichten und der hierfür erforderlichen logistischen Vorkehrungen dienen.“

277 BND-05-n an BMVtg FÜ S II 3, dring. Fs Nr. 1337, 20.7.1968, BND-Archiv, 16719. Vgl. Politische Auswertung Ostblock (749/A) an BV für BK, AA, BMVtg, BMG, Fs Nr. 1698/68, 7.8.1968 (Bewertung B-[3]), BND-Archiv, 14640; Kurt Weiß, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, 1987, BArch, B 206/1972, Blatt 31-38.

um eine Restauration mit Hilfe nicht hinter dem neuen Regime stehender Kräfte und durch wirtschaftlichen Druck fehlschlagen, bleibt die Anwendung von Gewalt nicht auszuschließen“, sekundierten die Steuerungshinweise am 24. Juli. „Nach Auffassung sowjetischer Diplomaten“, so die Auswertung hier weiter, „wird der Krenl die Sicherung der CSSR als militärisches und politisches Vorfeld der SU mit allen Mitteln – sogar unter Inkaufnahme von Rückschlägen in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen – durchsetzen. Sollten sich politische und wirtschaftliche Maßnahmen als unzureichend erweisen, sei die Anwendung von Gewalt nicht auszuschließen“.²⁷⁸

Nach den Verhandlungen in Čierná nad Tisou und Bratislava blieb das Auswärtige Amt seiner Linie treu und zeigte sich optimistisch: Auch wenn die „grundständlichen Spannungen“ blieben, so war es nach Überzeugung des Fachreferats nun „schwerer vorstellbar, dass es erneut zu einer Situation kommt, in der eine gewaltsame sowjetische Intervention möglich erscheint“.²⁷⁹ „[M]it spürbarer Erleichterung“ wiederholte Staatssekretär Duckwitz am 13. August im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags die positiven Einschätzungen. „Ich glaube“, so Duckwitz, „dass auch wir als wichtigstes Ergebnis der Konferenzen von Čierná und Preßburg werten sollten, dass unseren tschechoslowakischen Nachbarn die Möglichkeit einer friedlichen und kontinuierlichen Entwicklung erhalten geblieben ist.“²⁸⁰

Der BND schlug erneut eine dunklere Tonlage an. „In Pressburg konnte Dubcek um den Preis block- und außenpolitischer Zugeständnisse direkte Eingriffe Moskaus in den Demokratisierungsprozess abwehren“, hieß es am 6. August in den Steuerungshinweisen. Aber: „Die SU betrachtet jedes Verhand-

278 [BND Steuerungshinweise] 10.–23.7.1968, 24.7.1968, StA Bamberg, NI von und zu Guttenberg, 97, hier Blatt 1-2 und 4-5. Vgl. BND Nr. 1469/68 geh., Lagemappe, 23.7.1968, BND-Archiv, Film 733, hier Blatt 1748; Wessel (106) an BV für StS BK, 18.7.1968, BND-Archiv, 18668; BND 05-n-1150/68, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 31/68, 24.–30.7.1968, BND-Archiv, 14851, Blatt 319-323, hier Blatt 322-323. Der US-Senat „empfahl“ die Ratifizierung schließlich im März 1969, sie erfolgte am 24.11.1969, vgl. U.S. Department of State, Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (NPT), www.state.gov/t/isn/trty/16281.htm, Zugriff am 23.9.2013.

279 AA, II A 5, Aufzeichnung betr. Entwicklung in der Tschechoslowakei, 8.8.1968, PA AA, B 42/205, Blatt 242-249, hier Blatt 248. Vgl. AA, Abt. II, II A 5, Aufzeichnung betr. Entwicklung in der Tschechoslowakei nach Bratislava, 20.8.1968, ebd., Blatt 287-289; AA, II A 3 – 84.00, VLR I Pommerening/ LR Schrameyer, Aufzeichnung, 6.8.1968, PA AA, B 40/158, Blatt 420-423, hier Blatt 421.

280 Staatssekretär Duckwitz in 67. Sitzung Auswärtiger Ausschuss Deutscher Bundestag, 13.8.1968, in: Der Auswärtige Ausschuss, 2. Halbbd., hier S. 984-988, Zitate S. 984, 988.

lungsergebnis mit der CSSR, das ihren Forderungen und Wünschen nicht voll entspricht, als einen nur zeitweiligen Kompromiss. Kernpunkt ist und bleibt für Moskau die Frage des Ausmaßes der Liberalisierung in der CSSR. Der Kreml will keinen Ansteckungsherd dulden, der das übrige Moskauer Lager infizieren und eine Veränderung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa bewirken könnte.“ Der Gewaltverzicht war in den Augen der Auswertung daher nur „vorläufig“. ²⁸¹ Oder, wie die Zusammenstellung für das Lagebüro formulierte: „Mit dem Abschluss der Verhandlungen von Cierna und Bratislava ist die Gefahr unmittelbaren militärischen Eingreifens der Sowjetunion zwar gebannt, jedoch nicht ganz aufgehoben. [...] Das Resultat der Gespräche“, so die interne Einschätzung weiter, werde „von beiden Seiten als Scheinkompromiss betrachtet, der den Fortgang der Auseinandersetzungen mit anderen Mitteln nicht nur ermöglicht, sondern geradezu notwendig macht, wobei jeder der Beteiligten erwartet, dass die Zeit für ihn arbeite.“ ²⁸² Dass die politischen Meldungen „bis zur Invasion selbst den Eindruck [verstärkten], dass von Moskau – nach erfolgloser Anwendung der bisherigen Pressionen – ein militärisches Eingreifen für unverzichtbar angesehen wurde“ – zu dieser klaren Festlegung rang sich der BND 1968 allerdings nicht durch. ²⁸³

Nachdem sich die pessimistische Sichtweise der Pullacher Experten als gerechtfertigt erwiesen hatte, gingen Auswärtiges Amt und BND an die Rekonstruktion der sowjetischen Entscheidungsfindung. Im Außenministerium datierte man den Interventionsbeschluss Moskaus zunächst auf den 20., dann – richtig – auf den 17./18. August. ²⁸⁴ Hinter dem Beschluss, den nach Bonner Vermutungen eine kleine Mehrheit im Kreml durchgesetzt hatte, stand nach Überzeugung des westdeutschen Diplomatie die „beunruhigende“ „Unfähigkeit der sowjetischen Führung, politische Situationen und Entwicklungen selbst im befreundeten, sozialistischen Ausland zu begreifen oder auch nur korrekt einzuschätzen“, ein

281 [BND Steuerungshinweise], Berichtszeit 24.7.–6.8.1968, 7.8.1968, StA Bamberg, NI von und zu Guttenberg, 98, Blatt 324-334, hier Blatt 327-328. Vgl. Dokument 5 im Anhang der Studie.

282 BND Nr. 1507/68 geh., Lagemappe, 6.8.1968, BND-Archiv, Film 733, hier Blatt 1782, 1785-1786. Vgl. BND 05-n-1250 II/68, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 33/68, 7.–13.8.1968, BArch, B 206/413, hier Blatt 186-188; Dokument Nr. 4 im Anhang der Studie. Optimistischer BND 05-n-1250/68, Militärischer Lagebericht (Wochenbericht) Nr. 33/68, 7.–13.8.1968, BND-Archiv, Nr. 14852, Blatt 250-255, hier Blatt 252-253.

283 Kurt Weiß, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, 1987, BArch, B 206/1972, Blatt 36-39, Zitat Blatt 36.

284 Zur Datierung vgl. AA, II A 3-84.20/00, Aufzeichnung betr. Sowjetische Motive, 24.8.1968, PA AA, B 41/94, Blatt 186-192, hier Blatt 188-189; Brandt in 68. Sitzung Auswärtiger Ausschuß Deutscher Bundestag, 27.8.1968, in: Der Auswärtige Ausschuß, 2. Halbbd., S. 1020; AA, II A 5-81.10 94.27, LR I Finke-Osiander, an D II, 17.9.1968, PA AA, B 42/209, Blatt 431-433.

„Nicht-Verstehen-können‘ der der Entwicklung in der ČSSR [...] und der Mangel an Information über die tatsächliche Unterstützung Dubčeks durch das Volk“.²⁸⁵ Unter den Motiven schrieben das Auswärtige Amt und mit Nachdruck Außenminister Brandt dem ideologischen Faktor hohe Bedeutung zu. „Wenn man in Moskau Vorteile und Nachteile abgewogen hat,“ analysierte Brandt im Auswärtigen Ausschuss, „dann wird dies vermutlich unter dem Strich der entscheidende Punkt gewesen sein: die Furcht vor dem, was vom Reformkommunismus ausgeht“.²⁸⁶ Damit beurteilte die bundesdeutsche Diplomatie die sowjetische Aktion als grundsätzlich defensiv.²⁸⁷ Ungeachtet dessen wollte Außenminister Brandt weiteren sowjetischen, auch militärischen, Druck beispielsweise auf Rumänien nicht ausschließen. Zudem sah man in der westdeutschen Diplomatie zu diesem Zeitpunkt, dass, auch wenn die sowjetische Operation „keine Ziele verfolgt, die gegen uns und die NATO gerichtet sind“, durch die „Verschiebung der militärischen Gewichte in Europa“ die „potentielle Bedrohung“ gewachsen war: „[D]ie strategische Ausgangslage für einen etwaigen Angriff auf das NATO-Gebiet, für den es allerdings keine Anzeichen gibt, ist für die Sowjetunion und den Warschauer Pakt günstiger geworden, solange sowjetische Truppen in der ČSSR bleiben,“ hieß es im Auswärtigen Amt.²⁸⁸

In Pullach ging man im August 1968 mit der diplomatischen Sicht nur teilweise konform. Bei der Suche nach harten Fakten rekonstruierte der BND ebenfalls, dass der Interventionsbeschluss in Moskau äußerst kurzfristig, nach Pullacher

285 AA, II A 4 83.00/94.29, Sprechzettel für StS für Besprechung bei Bundeskanzler am 30.8.1968, 29.8.1968, PA AA, B 41/94, Blatt 246-249, hier Blatt 246. Vgl. Planungsstab AA, Vermerk über Kolloquium mit Journalisten am 13.9.1968, 18.9.1968, ebd., Blatt 331-337, hier Blatt 332; Brandt in 68. Sitzung Auswärtiger Ausschuss Deutscher Bundestag, 27.8.1968, in: Der Auswärtige Ausschuss, 2. Halbbd., hier S. 1015. Das korrespondierte im Übrigen mit amerikanischen Einschätzungen, vgl. Botschafter Grewe (NATO) an AA, Fs Nr. 1361, 11.9.1968, in: Akten zur Auswärtigen Politik 1968 2, S. 1134-1137, hier S. 1134.

286 Brandt in 68. Sitzung Auswärtiger Ausschuss Deutscher Bundestag, 27.8.1968, in: Der Auswärtige Ausschuss, 2. Halbbd., S. 1019. Vgl. in derselben Sitzung Kiesinger, ebd., S. 1009; AA, II A 4, Aufzeichnung (Konzept) betr. Sowjetische Invasion, 24.8.1968, PA AA, B 41/57, Blatt 156-159, hier Blatt 156-157; Ausst. Strategische Aufklärung Pressereferat (923) Nr. 969/68 an Strategische Aufklärung, Presse (273/III), betr. Vortrag Botschafter Grewe vor Export-Club und Gesellschaft für Wehrkunde am 23.9.1968, 27.9.1968, BND-Archiv, 151557.

287 Vgl. ähnliche US-Einschätzungen nach Botschafter Grewe (NATO) an AA, Fs Nr. 1361, 11.9.1968, in: Akten zur Auswärtigen Politik 1968 2, S. 1134-1137, hier S. 1134.

288 Brandt in 68. Sitzung Auswärtiger Ausschuss Deutscher Bundestag, 27.8.1968, in: Der Auswärtige Ausschuss, 2. Halbbd., S. 1016-1017. Vgl. AA, Ref. II A 5, Bericht zur außenpolitischen Lage, 26.8.1968, PA AA, B 42/209, Blatt 323-338.

Schätzung um den 18./19. August herum, erfolgt war.²⁸⁹ In der grundlegenden politischen Beurteilung setzte der BND seine Akzente dann etwas anders als das Auswärtige Amt. Zwar konstatierte man auch in Pullach, dass die Intervention die „Unberechenbarkeit politisch/militärischer Entschlüsse der Sowjets, ferner die noch weniger als bisher auszuschließenden Fehlbeurteilungen und Kurzschlussreaktionen“ vor Augen geführt habe.²⁹⁰ Die Chefanalysten im BND legten jedoch ihr Augenmerk stärker auf potentielle – offensiv zu deutende – Weiterungen sowjetischer Maßnahmen in Richtung Rumänien oder auch Jugoslawien.²⁹¹ Zur sofortigen Vorlage im Kanzleramt kabelte Wessel bereits am 21. August um 18.00 Uhr nach Bonn, dass eine „Ausdehnung der politischen und möglicherweise auch militärischen Maßnahmen auf Rumänien [...] – im Sinne einer Generalbereinigung – denkbar, auf Jugoslawien nicht völlig ausgeschlossen“ sei. „Ein Übergreifen militärischer Maßnahmen auf die an die CSSR grenzenden westlichen Länder ist gegenwärtig zwar nicht zu erwarten; insgesamt wächst jedoch die militärische Bedrohung, vor allem der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs, durch die wesentliche sowjetische Verstärkung der tschechischen Front und damit entscheidender Verkürzung der Vorwarzeiten.“²⁹² In der Spitze des Dienstes war man sich sicher, dass sich die UdSSR in der Folge für eine „rückichtslose Entfaltung des militärischen Machtpotentials im weltpolitischen Kräfteverhältnis“ nicht zu schade sein würde. „Es liegt ein erster Meldungshinweis dafür vor“, hielt das Lagebüro des Präsidenten fest, „dass über die pakt-interne Bereinigung hinaus von den Sowjets auch ein massiver politisch-militärischer Druck auf die Bundesrepublik beabsichtigt“ sei.²⁹³

Damit betonte der BND weitaus nachdrücklicher als die bundesdeutsche Diplomatie grundsätzliche Gefahrenmomente der geänderten militärischen Konstellationen in Europa. Für ein unmittelbares „Übergreifen militärischer Maßnahmen

289 Präsident BND an BV für StS BK, AA, BMG, 23.8.1968, Fs Nr. 263/68 geh., BND-Archiv, 18668; Präsident BND Nr. 262/68 geh. an BV zur sofortigen Vorlage bei BK, Stand 21.8.1968, 18.00 Uhr, ebd.

290 BND Nr. 1589/68 geh., Lagemappe, 29.8.1968, BND-Archiv, Film733, hier Blatt 1824.

291 Vgl. u.a. Militärische Auswertung (?), (DN) MA Irland, Aufmarsch zur und die Durchführung der CSSR-Intervention, Anl. III 6 und IV, [Mai 1969], BND-Archiv, 16736; Politische Auswertung (749) an BV für BK, AA, Fs Nr. 996/68, 16.7.1968, BND-Archiv, 10284, Blatt 336; Politische Auswertung (749) an BV für BK, AA, BMVtg, dring. Fs, 21.7.1968, ebd.; Tagebuch Weiß, Eintrag 26.8.1968, BND-Archiv, N 10/3, Teil 59, Blatt 6-7; Kurt Weiß, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, 1987, BArch, B 206/1972, Blatt 57-62.

292 Präsident BND Nr. 262/68 geh. an BV für BK, 21.8.1968, BND-Archiv, 18668.

293 BND Nr. 1589/68 geh., Lagemappe, 29.8.1968, BND-Archiv, Film733, hier Blatt 1824.

auf westliche Länder und auf Berlin liegen zwar weiterhin keine Hinweise vor“, informierte Wessel am frühen Abend des 25. August Bonn, aber: „die Steigerung der militärischen Bedrohung in ihrer Gesamtheit darf deshalb [...] nicht unterschätzt werden“.²⁹⁴ „Unter Berücksichtigung der Teil-Mobilmachungen, die über das Ausmaß bei der KUBA-Krise und bei den BERLIN-Krisen 1961 bis 1964 hinausgehen“, ließ Wessel kurz darauf nach Bonn melden, „und der Tatsache, dass nunmehr vor dem gesamten NATO-Abschnitt ‚Europa-Mitte‘ sowj. Verbände in der Frontlinie stehen, ergibt sich eine Steigerung der Bedrohung der NATO in Europa-Mitte“.²⁹⁵ „Zusammenfassend kann gesagt werden“, so eine Studie des BND für das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt und das Verteidigungsministerium von Mitte September, „dass durch Erhöhung der sowjetischen Präsenz im Vorfeld, verstärkte Einsatzbereitschaft der Verbände im Vorfeld, Fortfall der Vorwarnzeit und straffere sowjetische Führung die Bedrohung der NATO erheblich zunehmen wird. Die sowjetische Führung kann aufgrund dieser Situation zu der Ansicht gelangen, dass sich ihre Möglichkeiten, die westeuropäischen Staaten unter Druck zu setzen, wesentlich verbessert haben.“²⁹⁶

Vor diesem Hintergrund drängte die BND-Spitze auf westliche Gegenmaßnahmen. Wessel, der „Kurzschlusshandlungen“ Moskaus gegen Jugoslawien, Rumänien, West-Berlin und die BRD nicht ausschließen wollte, wünschte sich in den Augusttagen explizit eine härtere politische Linie der NATO: „In diesem Zusammenhang ist auf die Möglichkeit hinzuweisen, dass das Ausbleiben eindeutiger offizieller Stellungnahmen der USA, Englands und Frankreichs und das Zögern der NATO, erkennbare Abwehrmaßnahmen zu treffen, die kommunistische Führung der orthodoxen Staaten zu einer u.U. weittragenden Fehlbeurteilung der Lage und entsprechenden Fehlentscheidungen veranlassen können.“²⁹⁷ „Entspannungsbemühungen“, so der BND-Präsident bereits am 21. August,

294 Präsident BND Nr. 265/68 geh. an BV für StS AA, BMG, 24.08.1968, BND-Archiv, 18668. Vgl. [BND], Information Nr. 33/1968, 12.9.1968, BArch, B 206/1953, Blatt 87-96, hier Blatt 89-90.

295 Präsident BND Nr. 269/68 geh. an BV für StS BK, StS AA, StS BMG, 27.8.1968, BND-Archiv, 18668.

296 BND an Chef BK, AA, BMVtg, Kurzaufzeichnung über die Lageentwicklung in der CSSR nach der Intervention und ihre Auswirkungen, 16.9.1968, BArch, B 206/1972, Blatt 86-100, hier Blatt 94.

297 Präsident BND Nr. 266/68 geh. an BV für StS AA, BMG, Beurteilung Lageentwicklung aufgrund nachrichtendienstlichen Meldungsbilds, 25.8.1968, BND-Archiv, 1136, Blatt 49. Vgl. BND Nr. 1641/68 geh., Lagemappe, 16.9.1968, BND-Archiv, Film 733, hier Blatt 1854.

würden „bis auf weiteres“ schlicht „aussichtslos“ sein.²⁹⁸ Derlei Hoffnungen seien ohnehin fraglich, sekundierte die Auswertung Mitte September in einem Bericht für Bonn.²⁹⁹ Vielmehr „muss“, mahnte Wessel die Politik, die „Situation [...] mit allen Mitteln ausgenutzt werden, um die Bündnisse der Freien Welt, vor allem die NATO, militärisch zu stärken – nur so kann eine Gewähr gegeben werden, dass nicht eines Tages ein gleicher Einmarsch in die BRD erfolgt.“³⁰⁰

Im weiteren Verlauf der internationalen Détente traten mittel- und langfristige Schreckensszenarien und Befürchtungen zumindest vorübergehend in den Hintergrund. Während der tschechoslowakischen Entwicklungen hatte man im BND die akuten militärischen Möglichkeiten der zusammengeballten Truppen des Warschauer Pakts richtig gesehen.³⁰¹ Bezüglich der politischen Entscheidungsfindung trifft zu, dass der BND im festen Glauben an eine ideologisch motivierte Starrheit und Härte des Kreml eine Invasion für wahrscheinlicher hielt als es das Auswärtige Amt wahrhaben wollte.³⁰² Ausgerüstet mit starken Überzeugungen, konnten Auswerter des BND offenbar gegnerische Aktionen, die in statischen Welt- und Feindbildern verwurzelt blieben und damit entsprechende Annahmen bedienten, zutreffender prognostizieren als eine Politik, die einem flexibleren Denken mit verschiedenen Optionen und Kalkülen verhaftet war. Dabei lässt sich aus den vorliegenden Einzelmeldungen und Lageberichten nicht zwingend herauslesen, dass Pullach die militärische Lösung als alternativlosen Endpunkt der Entwicklungen vorhergesagt hätte.

298 Präsident BND Nr. 262/68 geh. an BV zur sofortigen Vorlage bei BK, Beurteilung Lageentwicklung zum 21.8., 18.00 Uhr, BND-Archiv, 18668. Vgl. [BND], Information Nr. 30/1968, Schnell-Unterrichtung, 23.8.1968, BArch, B 206/1953, Blatt 60-65, hier Blatt 62.

299 BND an Chef BK, AA, BMVtg, Kurzaufzeichnung über die Lageentwicklung in der CSSR nach der Intervention und ihre Auswirkungen, 16.9.1968, BArch, B 206/1972, Blatt 86-100, hier Blatt 95.

300 Notiz Wessel, 21.8.1968, Dokument Nr. 8 im Anhang.

301 Kurt Weiß, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, 1987, BArch, B 206/1972, Blatt 7. Vgl. ebd., Blatt 16, 21, 24-25, 36-37; BND Nr. 80/69 geh.-Bronze, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, Bd. 1, Mai 1969, BND-Archiv, 7529, S. 132.

302 Vgl. [BND Steuerungshinweis], Berichtszeit 24.4.–7.5.1968, 8.5.1968, StA Bamberg, NI von und zu Guttenberg, 97, Blatt 201-212, hier Blatt 205; [BND,] Studie über die Entwicklung des Ostblocks, 28.3.1968, ebd., 96, Blatt 1-19, hier Blatt 3-4.

Schluss:

Der BND, der „Prager Frühling“ und die bundesdeutsche Politik

In der Beobachtung des „Prager Frühlings“ thematisierten Spitzenvertreter des Auswärtigen Amts mehrfach die Problematik politischer Prognosen. En passant wiesen sie damit auf parallele Schwierigkeiten des nachrichtendienstlichen Geschäfts hin. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Duckwitz, wollte beispielsweise eine gute Woche vor der Intervention dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags nur unter Vorbehalt Rede und Antwort stehen. „Es zeigt sich wieder einmal, wie mißlich es ist, eine Analyse zu geben, bevor eine gewisse Entwicklung abgeschlossen ist. [...] [D]ie schnelle Unterrichtung und die gründliche Analyse sind – leider Gottes – eigentlich unvereinbar.“³⁰³ „Wenn man sich heute äußert und nicht weiß, was in dieser Woche noch alles passiert, kann man am Ende der Woche schrecklich dumm dastehen“, hatte Brandt zwei Wochen zuvor im selben Gremium seine Überlegungen darüber eingeleitet, warum der Warschauer Pakt nicht in die ČSSR einmarschieren werde. „[A]ber die Gefahr muss man laufen.“³⁰⁴ Der BND gab sich zumindest nach außen selbstbewusster. Zwar war auch BND-Präsident Wessel am 20./21. August eindeutig überrascht worden. Er konnte nicht einmal zur anberaumten Lagebesprechung im Kanzleramt eilen, da sein Flugzeug „nicht in Riem, sondern in Nürnberg zur Reparatur“ war.³⁰⁵ In der Kanzler-Lage am 30. August wollte der Präsident allerdings vortragen, dass sein „BND [...] die Tschechen-Krise meldungsmäßig [so] gewertet und beurteilt [hat], dass Besseres kaum zu erwarten ist.“³⁰⁶ Bis Mitte

303 StS Duckwitz in 67. Sitzung Auswärtiger Ausschuss des Deutschen Bundestages, 13.8.1968, in: Der Auswärtige Ausschuß, 2. Halbbd., S. 995.

304 Brandt in 66. Sitzung Auswärtiger Ausschuss des Deutschen Bundestages, 29.7.1968, in: Der Auswärtige Ausschuß, 2. Halbbd., S. 958.

305 Notiz Wessel, 21.8.1969, Dokument Nr. 8im Anhang.

306 [Wessel], Handschr. Notiz, Kanzler-Lage, 30.8., Punkt 2, BND-Archiv, 18668. In einem ersten Entwurf hatte es noch geheißen, dass Besseres „in keinem Fall zu erwarten ist“, ebd.

der 1980er Jahre hatte sich diese Bewertung innerhalb der BND-Führung zur Erkenntnis verdichtet, dass es „nach der Entstehung der ‚Organisation Gehlen‘ und der späteren Installierung des Bundesnachrichtendienstes kein Ereignis von überregionaler weltpolitischer Bedeutung [gab], über das vom Bundesnachrichtendienst umfangreicher, aber auch präziser und aussagekräftiger berichtet wurde.“ „Die anerkannten Ergebnisse der Beschaffung und Auswertung“, so das offiziöse Fazit von Kurt Weiß, „können insgesamt als Erfolg und zugleich Markstein in der Geschichte des BND gewertet werden.“³⁰⁷

Die vorliegende Studie ist, was Beschaffung und Auswertung anbelangt, allerdings zu differenzierteren Ergebnissen gekommen als der BND. Zugleich hat sich aber gezeigt, dass konkurrierende Erkenntnisse aus ministeriellen verteidigungs- und außenpolitischen *think tanks* der Republik nicht unbedingt zutreffender sein mussten. Inwieweit unterschiedliche oder gar gegensätzliche Lageeinschätzungen auf relevante Meinungsbilder und (militär-)politische Entscheidungsprozesse einwirken konnten, wurde nicht ausschließlich durch das bessere Argument oder die höhere prognostische Treffsicherheit, sondern in komplexen, institutionell vorstrukturierten Aushandlungsprozessen relevanter Akteure entschieden. In letzter Instanz war es den regierungsamtlichen „Auftraggebern“ überlassen, ob sie Berichte aus Pullach auch dann zur Kenntnis nehmen wollten, wenn diese, obwohl in sich plausibel, politischen oder militärischen Überzeugungen ihrer Behördenkollektive oder schlicht ihren institutionellen Eigeninteressen zuwiderliefen. Vertreter von BND, Politik und Militär konnten hier zudem zusätzliche Kanäle suchen, um sich in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen, gerade dann, wenn sich die direkt zuständigen Regierungsstellen Pullacher Wahrnehmungen ganz oder teilweise zu entziehen schienen. Insgesamt war also das Berichtswesen des BND gefordert, nachrichtendienstlichen Erkenntnissen sowie, damit untrennbar verbunden, Interessen des Dienstes im politischen Bonn Nachdruck zu verleihen.

1968 sorgte auf der institutionellen Ebene die regelmäßige Präsenz des BND in der wöchentlichen Großen Lage im Kanzleramt dafür, dass Befunde der Auslandsspionage qua institutionalisierter Mechanismen in den politischen Entscheidungsprozess einfließen konnten. In der Kleinen Lage, dem wirklich

307 Kurt Weiß, Vorbereitung und Durchführung der CSSR-Intervention, BArch, B 206/1972, Blatt 6, 85. Vgl. ebd., Blatt 80, 82; Blum, Unvergessen, unveröffentlichte Memoiren, BND-Archiv, 2868, S. 76-78; Abteilungsleiter Abt. III, Auswertung, Pilster, Vortrag vor Führungsakademie Bw, 13.8.1974, S. 42, BND-Archiv, N 3/2.

entscheidenden „Küchenkabinett“ Kiesingers, war der BND jedoch unmittelbar nicht vertreten.³⁰⁸ Dieser partiellen Einbindung des Dienstes unter Kiesinger waren langjährige Bemühungen Gehlens vorangegangen, der den BND über eine direkte Zuordnung zum Bundeskanzleramt auf der einen und über ein exklusives persönlich-fachliches Vertrauensverhältnis zu Kanzler und Staatssekretär auf der anderen Seite doppelt absichern und zugleich den nachrichtendienstlichen – oder eigenen – Einfluss etablieren wollte.³⁰⁹ Vor diesem Hintergrund lässt sich die Lösung ab 1966 als Absage der Politik an zu enge privatdienstliche Verflechtungen interpretieren, die dem BND weiterhin große Handlungsspielräume und Einflussmöglichkeiten geboten hätten. Auf die nachrichtendienstliche Expertise gänzlich verzichten wollte Bonn aber keineswegs. Das grundsätzliche Spannungsverhältnis zwischen BND und politischer Führung blieb auch in der seit 1966 gegebenen Konstellation bestehen. Auch waren die Beziehungen des BND zu seinem Abnehmer Bundesverteidigungsministerium problematisch. Grundsätzlich hatten sich Pullach und die Hardthöhe darüber verständigt, dass der BND sowohl seine zusammenfassenden Analysen als auch die zu Grunde liegenden

308 Vgl. Gassert, Kurt Georg Kiesinger, S. 532-536; Diktat Wessel, Jahresbilanz 1969, 30.12.1969, BND-Archiv, N 1/77. Im BVR war der BND erst seit 1969 ständig vertreten, vgl. BK, Ref. II/4, Stolzhäuser, Vermerk über erste Sitzung BVR am 31.10.1969, 29.10.1969, VS-Registatur BK, 14430 (1), Bd. 1, Blatt 119-122.

309 Während das Kabinett am 11.7.1955 den BND als dem BK „angegliederte“ Dienststelle aus der Taufe gehoben hatte, „unterstellte“ der Kabinettsbeschluss vom 2.10.1963 den BND dem BK, vgl. Abschrift aus Kurzprotokoll über 90. Kabinettsitzung, 11.7.1955, 14303-80/55 geh. mit Anl.: Adenauer an alle Bundesminister und Staatssekretär [im Bundespräsidialamt] Dr. Klaiber, 28.3.1955, 5-39001-124/55 str. geh., Faksimile in: BND (Hg.): Der Auslandsnachrichtendienst Deutschlands, Berlin 2013, S. 44 f.; BK, Ref. 5, v. Koester 15101-849/64 geh. an Bundesminister Krone, betr. Kabinettsausschuss für Fragen des geheimen Nachrichtenwesens, 30.6.1964, VS-Registatur BK, 15100 (271), Bd. 1, Blatt 11-13. Erst am 4.12.1968 erließ der Chef BK auf Grund des Beschlusses vom 2.10.1963 die erste allgemeine Dienstanweisung für den BND, vgl. Chef BK, I/2-15100-333/68 IV VS-V, Allgemeine Dienstanweisung für den Bundesnachrichtendienst, 4.12.1968, VS-Registatur BK, 15100 (271), Bd. 1, Blatt 14-23. Vgl. allg. Günter Bachmann: Jahrgang 1915. Ereignisse und Erlebnisse. Politisches und Persönliches, Würzburg 2006, S. 527-530; Hans-Peter Schwarz (Hg.): Konrad Adenauers Regierungsstil, Bonn 1991, S. 66-82; Franz-Josef Strauß: Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 300, 357 f.; Waske, Mehr Liaison, S. 61-76, 95-103.

Vgl. zu Gehlens Amtsverständnis Gehlen an Bahr, 1.12.1967, AdsD, Depos. Bahr, 110: „Da der Bundesnachrichtendienst unbeschadet seiner Unterstellung [sic!] unter den Bundeskanzler eng mit dem Auswärtigen Amt zusammenarbeitet, nehme ich an, dass ein Besuch in der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes von Interesse für Sie wäre.“ Zum auch später guten Verhältnis zwischen Gehlen und Globke vgl. ihren Briefwechsel von 1968–1971, ACDP, 01-070-123/2. Zur im Allgemeinen nur rudimentären Kontrolle durch das Parlament vgl. allg. Waske, Mehr Liaison.

Einzelmeldungen an die Streitkräfte weitergab. Die militärische Auswertung des BND ersetzte also in „enger Zusammenarbeit mit dem Führungsstab der Streitkräfte sowie den Führungsstäben H[eer], L[uftwaffe] und M[arine]“ die militärischen G2/A2-Auswertungen, die den Führungsstäben der Bundeswehr selbst fehlten.³¹⁰ Das Weisungsrecht gegenüber der militärischen Auswertung des BND lag damit beim zuständigen Referat des Führungsstabs der Streitkräfte, FÜ S II.³¹¹ In dieser Konstellation erhob der FÜ S II den Anspruch, für die Gesamtbeurteilung der militärischen Lage und für die „Unterrichtungen des Bundeskanzleramtes und anderer Bundesbehörden“ „allein“ und in letzter Instanz zuständig zu sein.³¹² Auch war dem BND keine direkte Zusammenarbeit mit der NATO gestattet. Dem Nachrichtendienst oblag zwar die Lagefeststellung, dem FÜ S II jedoch die militärpolitisch und strategisch bedeutsamere Lagebeurteilung.³¹³

Die Information von Behörden und Akteuren außerhalb des Dienstes oblag grundsätzlich der Auswertung des Dienstes, die ihre Meldungen über das Bonner Verbindungsbüro an den Mann brachte. Die alltägliche Berichterstattung lief keineswegs problemlos ab. Sie wies über die Jahre hinweg zum einen ganz praktische Mängel auf. Bei BND-Analysen – wie in den Meldungen zum „Prager Frühling“ gesehen – fiel den Lesern auf, dass sich die BND-Experten allzu oft vor eindeutigen Festlegungen scheuten. „Das wird häufig in den Ressorts kritisiert. Lieber einmal daneben hauen, als immer ‚unsicher‘ erscheinen“, fasste das

310 Führungsbeauftragter Auswertung (455) an (komm.) Vizepräsident (106/G) Nr. 87/68 geh., Gegenwärtige und zukünftige Aufgaben des BND, 22.2.1968, S. 6-7, BND-Archiv, 1165. Im BMVtg waren vergleichbar den traditionellen Stabsabteilungen so genannte Führungsgrundgebiete eingerichtet worden. Bezeichnet wurden sie als FÜ B (Führungsstab der Bundeswehr), nach einer umfassenden Neuorganisation ab 1.8.1965 als FÜ S (Führungsstab der Streitkräfte). Das Führungsgrundgebiet 2 befasste sich in dieser Struktur mit Fragen der Feindlage und der militärischen Sicherheit sowie dem Nachrichtenwesen und war damit vergleichbar der Stabsabteilung IC der Wehrmacht. G2/A2 bezeichnen auf der Ebene von Großverbänden Generalstabsoffiziere aus dem Führungsgrundgebiet 2.

311 Vgl. Verfügung BMVtg FÜ B II Nr. 2283/65 VS-V, 6.8.1965, zit. in Präsident BND, Vermerk Nr. 16/66 str. geh. für Vortrag beim StS BMVtg, 3.8.1966, BND-Archiv, Nr. 1082, Blatt 66-78, hier Blatt 69; Führungsbeauftragter Auswertung (455) an (komm.) Vizepräsident (106/G) Nr. 87/68 geh., Gegenwärtige und zukünftige Aufgaben des BND, 22.2.1968, S. 6-7, BND-Archiv, 1165; MinDir. (DN) Wichmann, Aufzeichnung Organisation und Aufgabenbereich der Unterabteilung Militärische Auswertung, Januar 1965, BND-Archiv, N 3/2.

312 BMVtg FÜ S II Nr. 62/65 str. geh. an BND betr. Militär. Kräftevergleich NATO-WP, 14.10.1965, BND-Archiv 1082, Blatt 15.

313 Vgl. BND an BMVtg FÜ S II, 11.5.1967, BND-Archiv, 1082, Blatt 176-180; Vereinbarung über die Abgrenzung der Zuständigkeiten BMVtg/BND bei der Zusammenarbeit mit NATO-Partnern, 17.11.1967, ebd., Blatt 215-216; (komm.) Vizepräsident (106/G), Vermerk über Besprechung mit FÜ S II am 20.9.1967, 28.9.1967, ebd., Blatt 197-199.

BND-Verbindungsbüro diese Rügen 1968 zusammen.³¹⁴ Außerdem nahmen die internen Bearbeitungs- und Berichtswege in und aus dem BND nach Ansicht der Endabnehmer zu viel Zeit in Anspruch.³¹⁵ Einen „Zeitvorsprung des BND“ etwa zu Agentur- und Pressemeldungen gab es 1968 ohnehin längst nicht mehr:³¹⁶ Im Gegenteil: Präsident Wessel wurde am 21. August gegen zwei Uhr, rund vier Stunden nach Beginn der Invasion, von einem Mitarbeiter mit dpa-Meldungen über den Einmarsch geweckt.³¹⁷ Zudem zeigte sich in der Krise, dass es innerhalb des Dienstes an der für eine stringente Berichterstattung notwendigen internen Kommunikation haperte. Wessel stellte noch am 21. August irritiert fest, dass zwar das Verteidigungsministerium gemäß der Meldungsrouitinen die wichtige Information der Fernmeldeaufklärung, die auf eine unmittelbar bevorstehende Invasion hindeuten konnte, erhalten hatte. Die besondere Brisanz der Meldung war allerdings auf dem Dienstweg verloren gegangen: Auswertung und Präsidentenbüro erhielten keine Kenntnis und konnten ihr weder zusätzliches Gewicht verleihen, noch einen größeren relevanten Empfängerkreis bestimmen.³¹⁸

Schließlich führte die Pullacher Tendenz, die eigenen Elaborate eher als ausführliche Kommentare und Expertisen denn als rein „nachrichtendienstliche Erkenntnisse“ aufzuzäumen, zu einer in Bonn nicht unbedingt goutierten Politisierung der Informationsaufgabe.³¹⁹ Entsprechende Spannungen hatten sich bereits angedeutet, als die langjährige Oppositionspartei SPD erstmals mitregierte. Egon Bahr, der neue Leiter des Planungsstabs des Auswärtigen Amts, kritisierte Anfang 1968, er „habe den Eindruck, dass in einigen Teilen der Auswertung, besonders wohl bei den Ostblock-Referenten, noch nicht in vollem Maße die Veränderungen erkannt wären, die innerhalb des Ostblocks in den letzten 10 Jahren eingetreten seien.“ Die Auswertung des BND wollte diese Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen. „Die durch Herrn Brandt – Wehner – Bahr vertretene außenpolitische Auffassung“, lautete die interne Verteidigung, „sieht in der Auswertung des BND einen unliebsamen Störer. [...]. Wir sind uns darüber klar, dass wir uns durch Herrn Bahr nicht überrumpeln lassen dürfen und dass wir uns

314 Leiter Büro Vogt, Frühjahr 1968, Dokument Nr. 1 im Anhang.

315 Vgl. ebd.; Referat Militärische Auswertung (LMH-01b) an Referat Militärische Auswertung (LMH-O) betr. Erfahrungen im Lage-Dienst während CSR-Krise, 16.9.1968, BND-Archiv, 7381/2, Blatt 428-429.

316 Leiter Büro Vogt, Frühjahr 1968, Dokument Nr. 1 im Anhang.

317 Notiz Wessel, 21.8.1968, Dokument Nr. 8 im Anhang.

318 Notiz Wessel, 21.8.1968, Dokument Nr. 8 im Anhang.

319 Vgl. Leiter Büro Vogt, Frühjahr 1968, Dokument Nr. 1 im Anhang.

nur überzeugen lassen können, wenn er bessere Argumente bringt als wir. Wir dürfen uns aber nicht in den Auseinandersetzungen innerhalb des Auswärtigen Amtes als Helfer für eine Richtung missbrauchen lassen oder in den Ruf kommen, einer bestimmten Richtung im AA oder Bundeskanzleramt helfen zu wollen. Wir müssen daher den Anschein einer Neutralität erwecken, ohne in der Sache den von uns für richtig gehaltenen Standpunkt aufzugeben. [...] Frage, wie macht man das.“³²⁰

Wie machte man das? Betrachtet man das Berichtswesen des BND zum „Prager Frühling“ unter dieser Fragestellung, lässt sich erkennen, dass der BND hier auf verschiedene Berichtsstrategien zurückgriff und über den Ereignissen in der ČSSR auch eigene Interessen nicht vergaß. So meldete die Strategische Aufklärung bereits am 22. August eigens mit dringendem Fernschreiben dem Präsidenten und anderen Spitzenbeamten des BND, dass der „Stell[ertretende] Bundespressechef, C. Ahlers, [...] am 22.8.1968 gegenüber eigener Presse-Verbindung vertraulich“ erklärt habe, „der BND habe aufgrund seiner Leistungen in der Berichterstattung zur Krise in der CSSR weit mehr Mittel verdient, als er sie zur Verfügung habe, auch ein Mitglied des Kabinetts (Name wird noch festgestellt) äußerte sich anerkennend über die BND-Berichterstattung und Lagebeurteilung.“³²¹ Ungeachtet dieses Lobes betrieb der BND weiterhin Imagepflege. Ebenfalls am 22. August lag eine Sonderausgabe der vom Pressereferat der Strategischen Aufklärung wöchentlich vertriebenen „Information“ vor, die (unter anderem) ausgewählten Journalisten zuging.³²² In dieser Ausgabe brachten die Meinungsmacher des BND zuallererst ihre Sicht auf die Pullacher Vorstellung der vergangenen Wochen und Monate unter: „Dieses dramatische Geschehen, [...], bestätigt die Berechtigung der tiefen Skepsis, mit der die INFORMATION in den letzten Wochen, ebenso wie in den hier folgenden Beiträgen, die Entwicklung der Krise um die CSSR beurteilt und auf die der tschechoslowakischen Reformbe-

320 Auswertung (455), „MD Bahr zu 106 pers.“ [Gehlen], 2.2.1968, BND-Archiv, N 1/77. Vgl. Blum, Unvergessen, unveröffentlichte Memoiren, BND-Archiv, 2868, S. 71-72.

321 Strategische Aufklärung (273) an BV, Präsident, Leiter Auswertung, dring. Fs Nr. 15253, Tgb.-Nr. 3394/68, 22.8.1968, BND-Archiv, 18668. Als Name im Dokument handschr. vermutlich ergänzt [Kurt] Schmücker [Bundesschatzminister].

322 Vgl. „Mitteilungen an die Empfänger der ‚Information‘“, [nach 21.6.1968], BArch, B 206/1953, Blatt 24; „Echo von 273“ [Strategische Aufklärung] auf Information Nr. 29/1968, 22.8.1968, ebd., Blatt 46; handschr. Vermerk Strategische Aufklärung (Kurt Weiß) für Pressereferat, (DN) Elze, o.D., auf [BND], Information Nr. 34/1968, 27.9.1968, BArch, B 206/1953, Blatt 97; Weiß an Elze, o.D., auf [BND], Information Nr. 35/1968, 4.10.1968, ebd., Blatt 109.

wegung drohenden Gefahren hingewiesen hat.³²³ So erscheint es nur logisch, dass in bundesdeutschen Medien nach der Intervention recht positive Bewertungen der BND-Aktivitäten zu lesen waren – zum großen Erstaunen führender Politiker. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt beispielsweise beanstandete in der Koalitionsrunde am 23. August ungehalten „den Inhalt eines in der Welt [vom 23.8.1968] erschienenen Artikels, in dem u.a. behauptet wurde, der BND habe rechtzeitig Kenntnis von den Ereignissen in der CSSR gehabt, sei aber angewiesen worden, diese Erkenntnisse nicht weiter zu geben. Der Herr Bundeskanzler erklärt, es handele sich um eine Presseente“.³²⁴ Schmidt musste auch deshalb erbost sein, da das offizielle Bonn die konkreten Hinweise, wie gesehen, eben nicht erhalten hatte. Dass zum Zeitpunkt der Intervention eine ganze Reihe relevanter deutscher Amtsträger im Urlaub weilte, war ein zusätzliches Indiz für die lückenhafte Informationslage.³²⁵

Dabei war allen Beteiligten bewusst, dass die Bonner Außen-, Militär- und Sicherheitspolitik unter den Rahmenbedingungen von Großer Koalition, ostpolitischer Neuorientierung und bündnispolitischer Westbindung selbst präzise Voraussagen des Tages X nicht selbständig für eine operative oder strategische politische Positionierung oder Initiative hätte nutzen können und wollen. Zudem hätten weder Bonn noch die NATO, die keinen Verteidigungsfall erwartete, hinsichtlich der Ereignisse innerhalb des Ostblocks über militärische Handlungsoptionen verfügt.³²⁶ Diese Konstellation spiegelte sich im Übrigen auch im diplomatischen Berichtswesen des Tages wider. Als die Invasion anließ, versicherte die UdSSR über ihren Botschafter in Washington direkt dem US-Prä-

323 [BND], Information Nr. 29/1968, 22.8.1968, BArch, B 206/1953, Blatt 46-59, hier Blatt 48. Vgl. [BND], Information Nr. 30/1968, Schnell-Unterrichtung, 23.8.1968, ebd., Blatt 60-65, hier Blatt 61.

324 Chef BK, Carstens, Vermerk über Koalitionsgespräch am 23.8.1968, 23.8.1968, ACDP, 01-226-010. Vgl. Kiesinger in 68. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, 27.8.1968, in: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages, 2. Halbbd., S. 1007. Gemeint war ein Artikel von Nils v.d. Heyde, Die westlichen Geheimdienste sahen Moskau in die Karten, Die Welt, 23.8.1968. Vgl. ders., Das Schweigen der Wissenden. Warum die Geheimdienste keine politische Aktion auslösten, Die Welt, 24.8.1968.

325 Vgl. Diehl, Zwischen Politik, S. 427; Notiz Wessel, 21.8.1968, Dokument Nr. 8 im Anhang. Neben Diehl mussten z.B. aus dem BMVtg auch Minister Schröder und Flottillenadmiral Poser vorzeitig ihren Urlaub abbrechen.

326 Vgl. BMVtg FÜ S VII 2 Nr. 20/68 str. geh., Kriegstagebuch Führungsstab der Streitkräfte CSR-Krise für die Zeit vom 21.8.–7.9.1968, 17.12.1968, BA-MA, BW 2/4323, Blatt 6; Für den BND bereits Auswertung (749) Nr. 346/68 geh. an BV für BK, AA, BMVtg, BMG, Kurzaufzeichnung über die Lage in der CSSR, 13.3.1968, BND-Archiv, 10284, Blatt 154-155.

sidenten, dass die militärischen Maßnahmen des Warschauer Pakts allein gegen die ČSSR gerichtet seien und „should not harm the Soviet-American relations“.³²⁷ Die USA unterrichteten ihren westdeutschen Verbündeten, in dessen unmittelbaren Nachbarschaft sich die Ereignisse abspielten, am 21. August um 8.30 Uhr und baten gleich darum, „die Bundeswehr vom Grenzgebiet“ zurückzuziehen und auch anderweitig Ruhe walten zu lassen.³²⁸ Derweil blieben auf NATO-Ebene alle Reaktionen im Bereich des untersten Eskalationsspektrums.³²⁹ Der sowjetische Botschafter in Bonn, Zarapkin, machte Kiesinger erst um 14.00 Uhr desselben Tages Mitteilung über die offizielle sowjetische Handlungsweise und versicherte seinerseits, dass die „Aktionen [...] voll und ganz von der Sorge um die Festigung des Friedens diktiert“ waren und „den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik [...] keinen“ – weiteren – „Schaden zufügen sollten“.³³⁰

Unabhängig von diesen Grundkonstellationen war es angesichts der skizzierten Bonner Abläufe am 21. August nur natürlich, dass es in den (militär-)politischen Kreisen Bonns hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des BND vor und während des Einmarsches nicht an unzufriedenen Stimmen fehlte. Im Ganzen waren die aktuellen Bonner Beurteilungen geteilt. „Daß dieser Einmarsch für alle Welt unerwartet kam, ist nicht verwunderlich“, gab sich Kiesinger im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags eine knappe Woche nach der Intervention abgeklärt. „Ich weiß, dass der Herr Außenminister in der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses eine ganze Reihe von logischen Argumenten vorgetragen hat, die es unwahrscheinlich erscheinen ließen, dass eine militärische Intervention erfolgte. Weitaus die meisten“, übergab Kiesinger souverän gegenläufige Tendenzen in der BND-Berichterstattung, „würden sich dieser Prognose ange-

327 Meeting Johnson, Dobrynin und W. Rostow, 20.8.1968, in: Prager Frühling 2, hg. Karner/ Tomilina/ Tschubarjan, S. 1348-1353, hier S. 1349.

328 AA, Ministerialdirektor Ruete, Aufzeichnung II A 5-81.10-94.27 VS-NfD, in: Akten zur Auswärtigen Politik 1968 2, S. 1027-1028, hier S. 1027.

329 Hierzu gehörte unter anderem die Zusammenziehung von "key personnel" in den militärischen Hauptquartieren der NATO. Interessanterweise fungierte im deutschen Befehlsbereich unter dem Begriff "key personnel" kurzfristig nicht die militärische Führung, sondern das Personal, das zum Umgang mit Chiffrierausrüstung (im Militärjargon: Schlüsselpersonal) berechtigt war, vgl. Vgl. BMVtg FÜ S VII 2 Nr. 20/68 str. geh., Kriegstagebuch Führungsstab der Streitkräfte für die Zeit vom 21.8.–7.9.1968, CSR-Krise, 17.12.1968, BA-MA, BW 2/4323, Blatt 27-29.

330 Aufzeichnung Gespräch Kiesinger mit Zarapkin, 21.8.1968, in: Akten zur Auswärtigen Politik 1968 2, S. 1032-1034, hier S. 1033, Anm. 6.

geschlossen haben.³³¹ Mehr noch: „Natürlich hatten wir auf Grund der Präsenz der Truppen aus den militärischen Lageberichten den Eindruck, dass jederzeit ein Einmarsch mit höchster Wirksamkeit und Schlagkraft erfolgen könne. Aber Nachrichten darüber, dass solche Absichten bestanden, lagen uns – der Regierung – nicht vor.“³³²

Während sich hinter den Pullacher Mauern vornehmlich politische Aufklärer von diesen Ausführungen angegriffen fühlen konnten, war das Auswärtige Amt – eventuell in Teilen aus wohlverstandener Eigeninteresse heraus – mit allen Zweigen der nachrichtendienstlichen Berichtslandschaft unzufrieden. „Obgleich dem Westen die Möglichkeit des jederzeitigen Einmarsches nicht verborgen geblieben war, so wurden der Entschluss und die eigentlichen Vorbereitungen des Einmarsches [sic!] vom Westen nicht bemerkt“, resümierten die zuständigen Referate im AA am 26. August, und Außenminister Brandt trug diese Einschätzung einen Tag später dem Auswärtigen Ausschuss Wort für Wort vor.³³³ „Wieder einmal“, hatte der enternvte Helmut Schmidt am 23. August in der Koalitionsrunde ins selbe Horn gestoßen, „habe niemand die sowjetischen Schritte als unmittelbar bevorstehend vorhergesagt.“³³⁴ Dagegen warf sich Verteidigungsminister Schröder zumindest indirekt auch für den Nachrichtendienst in die Bresche. Man habe, bezog Schröder im Auswärtigen Ausschuss auch gegen Brandt Stellung, „von Tag zu Tag ein Bild gehabt [...], das genau dem entsprochen habe, was sich nachher entwickelt habe. Niemand werde aber schnell und prompt die Stelle angeben können, an der ein Umkippen von der Möglichkeit zur Wirklichkeit erfolge.“³³⁵ Wochen später zeigte sich im Übrigen auch der Vorsitzende des Vertei-

331 Kiesinger in 68. Sitzung Auswärtiger Ausschuss, 27.8.1968, in: Der Auswärtige Ausschuss, 2. Halbbd., hier S. 1005. Zur globalen Überraschung passte, dass westliche diplomatische Vertretungen in Moskau Mitte August ebenfalls aus Urlaubsgründen personell stark ausgedünnt waren, vgl. Deutsche Botschaft Moskau an AA, 23.8.1968, PA AA, B 41/94, Blatt 180-182.

332 Kiesinger in 68. Sitzung Auswärtiger Ausschuss, 27.8.1968, in: Der Auswärtige Ausschuss, 2. Halbbd., S. 1007.

333 AA, IIA3/IIA4/IIA5-82.00, IIA7, gez. Kastl, Sprechzettel betr. Sondersitzung Auswärtiger Ausschuss Bundestag am 27.8.1968, 26.8.1968, PA AA, B 41/94, Blatt 207-223, hier Blatt 209. Vgl. Brandt in 68. Sitzung Auswärtiger Ausschuss, 27.8.1968, in: Der Auswärtige Ausschuss, 2. Halbbd., S. 1016.

334 Chef BK, Carstens, Vermerk über Koalitionsgespräch am 23.8.1968, 23.8.1968, ACDP, 01-226-010.

335 Schröder in 68. Sitzung Auswärtiger Ausschuss des Deutschen Bundestages, 27.8.1968, in: Der Auswärtige Ausschuss, 2. Halbbd., S. 1047. Positivere Stimmen auch gem. Strategische Aufklärung (273) an BV, Präsident, Leiter Auswertung, dring. Fs Nr. 15253, Tgb.-Nr. 3394/68, 22.8.1968, BND-Archiv, 18668.

digungsausschusses des Deutschen Bundestages, Friedrich Zimmermann, von den Leistungen der militärischen Auswertung beeindruckt.³³⁶ Aus verteidigungspolitischer Sicht lag der Ball damit wieder im Feld der politischen Aufklärung – und, implizit, bei ihrem außenpolitischen Hauptabnehmer in Bonn.

In der Beziehung zwischen dem BND und dem Auswärtigen Amt zeigte sich allerdings im unmittelbaren Umfeld der Intervention, dass sich gerade die Ostpolitiker der SPD weder von BND-Lageeinschätzungen allein abhängig machen, noch sich von düsteren Zeichnungen des Dienstes beeinflussen lassen wollten.³³⁷ In Diskussionen, zu denen Bahr als Leiter des Planungsstabs am 10. September 1968 auch die Auswertung des BND geladen hatte, wurden diametral entgegengesetzte Einstellungen deutlich. Für Bahr hatte sich durch die Intervention keine verstärkte militärische Bedrohung der BRD und, wesentlicher noch, kein Grund ergeben, entspannungspolitische Ziele und Grundsätze der eigenen Ostpolitik in Frage zu stellen. Der stellvertretende Chef der BND-Analysten, Conard Kühlein, widersprach energisch. Er unterstrich nicht nur die militärische Brisanz der neuen Lage, sondern verwarf auch die politischen Interpretationen im Außenministerium. „Im politischen Bereich habe ich gegen die These von Min.Dir. Bahr argumentiert, dass sich in der politischen Bedrohung nichts verändert habe, da ja die Krise gezeigt habe, dass die beiderseitigen Interessensphären respektiert würden“.³³⁸ Letztlich galt bereits hier, was Bahr im April 1969 in aller Freundlichkeit an BND-Chef auswerter Dethleffsen bezüglich einer Studie über die NATO schreiben sollte. „Ich finde die Studie wertvoll, soweit sie eine intelligente Materialsammlung darstellt. Dagegen kann ich den Bewertungen nur zum Teil folgen. Für diese gilt wohl, was der Verfasser (allerdings mit anderer Blickrichtung) auf Seite 45 schreibt: Aus dieser kurzen Analyse ergibt sich mit unbestreitbarer Gewissheit, dass es sich um subjektive Anschauungen handelt. Bahr.“³³⁹ Und das außenpolitisch maßgebliche Bonn hatte, so kann man hinzufügen, über die militärischen und politischen Auswirkungen der Intervention des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei deutlich andere Ansichten als der BND.

336 Militärische Auswertung, Pilster (LMH pers.) an Wessel (106), 10.10.1968, BND-Archiv, N 1/7, Blatt 241-242.

337 Vgl. Führungsbeauftragter Auswertung (455), betr. Meldungsbearbeitung, 27.3.1968, BND-Archiv, 42112; Gegenspionage, von dem Knesebeck (333 pers.), Nr. 13270/68 VS-V an Führungsbeauftragten Personal u.a. (48), 24.5.1968, BND-Archiv, 1165.

338 Stellv. Leiter Auswertung, Kühlein an Wessel und Leiter Auswertung, 19.9.1968, BND-Archiv, 18668.

339 Bahr an Dethleffsen, 8.4.1969, AdsD, Depos. Bahr, 913.

Im Fazit fällt das Urteil über die Reaktion des BND auf die tschechoslowakischen Entwicklungen 1968 ambivalent aus. Es bleibt festzuhalten, dass die Quellenlage im traditionell im Vordergrund stehenden HUMINT-Sektor – auch aus Pullacher Sicht – unbefriedigend war. Die Lücken wurden in Teilen durch das Heranziehen offenen Materials oder durch Nachrichten der Fernmeldeaufklärung gefüllt. Die verschiedenen Quellengruppen stellten den Dienst vor jeweils eigene Herausforderungen, was Be- und Auswertung anbelangte. Das Wissen einzelner Abteilungen, Referate oder Leitungspersönlichkeiten um die spezifischen Schwächen und Probleme einzelner Quellengattungen ging im unübersichtlichen und disharmonischen Gesamtapparat des BND offenbar immer wieder auf Neue verloren oder wollte nicht, ungern oder nur mit erheblicher Verzögerung akzeptiert werden. Darüber hinaus gelang es nicht durchgängig, Informationen verschiedener Provenienzen zügig, ohne Reibungsverluste und in angemessener Gewichtung in ein großes Gesamtlagebild zu integrieren – die partiellen Fehlinformationen beispielsweise über die NVA in Prag und die strukturell angelegte Unterschätzung der Fernmeldeaufklärung sind hierfür Beispiele.

Diese Problematik ging mit einem unzureichenden Zusammenspiel von politischer und militärischer Aufklärung einher. Es konnte unter den Bedingungen organisatorischer und personalpolitischer Fehlentwicklungen, lückenhafter Materiallage, politischer Grundüberzeugungen im Dienst und externer Erwartungshaltungen auch kaum einwandfrei funktionieren. Der Anspruch, dass nur ein Nachrichtendienst, der militärische, politische und wirtschaftliche Aufklärung in Einem betreibt und die Einzelerkenntnisse zentral miteinander verzahnt, auch kompetente Entscheidungsgrundlagen für alle Lebenssphären und -lagen liefern kann, wurde 1968 nicht erfüllt. Zu fragen bleibt, ob die angestrebte Integration in der Praxis nicht eher zu einem Verdrängungswettbewerb unterschiedlicher Denkschulen und damit zur Überformung eines Sachbereichs mit spezifischen Methoden oder Prämissen eines anderen führte. Die Idee beispielsweise, durch eine Vielzahl kleinteiliger Informationen zu einem angemessenen Lagebild zu kommen, mochte zur Beschreibung einer statischen militärischen Gesamtsituation ausreichen – was für die Erfassung rasanter militärischer Entwicklungen schon problematisch erschien, war für die Analyse der entsprechenden politischen Kernentscheidungen noch weniger geeignet. Im Verbund mit der gegebenen Personalstruktur barg die Aufstellung des BND grundsätzlich die Gefahr, dass neben tief sitzenden Überzeugungen oft auch militärisch geprägte Herangehensweisen und Einschätzungen den Blick für politische Potentiale mit ihren

mitunter äußerst kurzfristigen und erst noch auszulotenden Möglichkeiten überdeckten.

Insgesamt war die nachrichtendienstliche Berichtslage über die grundsätzlichen Fähigkeiten des Warschauer Pakts, den *capabilities*, weitgehend zutreffend. Nachdem der Gesamtaufmarsch über Monate recht offen vonstattengegangen und intensiv beobachtet worden war, gewann die Suche nach Indikatoren (*indications*) für einen unmittelbar bevorstehenden möglichen Angriff auf die ČSSR mit seinen potentiellen Weiterungen grundsätzlich an Bedeutung. In der unmittelbaren militärischen Gesamtkonstellation hatte sie aber letztlich ihren Sinn verloren, da militärisch-logistische Anzeichen über die letzten Ziele des Kreml und die Kriterien der dortigen Entscheidungsfindung keinen Aufschluss geben konnten. Entscheidend blieb das Wissen um die unmittelbaren sowjetischen Absichten, die *intentions*. Die Spitzen des BND und ihre Auswerter interpretierten das Meldungsbild offenbar auf der Basis ihrer Überzeugung, dass der ideologische Gegner unverbrüchlich aggressionsbereit sei. 1968 kamen sie mit ihrer Beurteilung den unmittelbaren Abläufen noch einmal näher. Angesichts der unklaren Ausgangslage haben sie ihre Ansicht nicht mit letztem Nachdruck nach Bonn übermittelt, brachten ihre Grundüberzeugungen allerdings klar zum Ausdruck. Im 1966 neu formierten Bonner Konzert wurde den Pullacher Tönen keine entscheidende Bedeutung mehr beigemessen, auch, und hier schließt sich der Kreis, weil ihre professionelle Basis so wenig überzeugend erschien.

Es muss einstweilen dahin gestellt bleiben, ob eine höhere nachrichtendienstliche Professionalität auf Seiten der Berichtsempfänger nicht nur adäquat wahrgenommen worden wäre, sondern auch zu einer höheren Bereitschaft geführt hätte, Berichte und Analysen des BND vollständiger zu rezipieren und zu akzeptieren. Allerdings sind, wie bereits erwähnt, selbst für den Fall, dass die Bonner Politik die Prager Entwicklungen langfristig grundsätzlich anders eingeschätzt oder den genauen Interventionstermin gekannt hätte, unmittelbare, einschneidende Reaktionen der Bundesregierung nur schwer vorstellbar. Das verweist auf die Einbindung der bundesdeutschen Diskussionen in komplexe Bündnis- und internationale Konstellationen und Strukturen zurück, die ihrerseits Bonner Entscheidungsprozesse einhegten. Für die Geschichte eines nationalen Geheimdienstes ergibt sich daraus die Schlussfolgerung, dass sie letztlich nur im internationalen Kontext angemessen zu erfassen ist. Erst ein integrierter Zugriff auf die Maßnahmen von Spionageapparaten unterschiedlicher Staaten während einer internationalen Krise oder vergleichende Analysen zum Verhalten nationaler

Dienste zu bestimmten Zeitpunkten und Anlässen werden ein wirklich umfassendes Bild der nationalen Ebene vermitteln können. Die Forschung beschränkt entsprechende Ansätze einstweilen vornehmlich auf die *global player* CIA und KGB.³⁴⁰ Der BND seinerseits hatte im Fall des „Prager Frühlings“ mit seinen Arbeitsergebnissen offenbar nicht allzu viel Einfluss auf die Politik. Möglichkeiten und Grenzen des bundesdeutschen Nachrichtendienstes waren demnach nicht nur durch objektive Zwangslagen, professionelle Qualität und dienstinterne Entwicklungen, sondern auch durch politisch gesetzte Grenzen definiert.

340 Vgl. Michael Herman: Intelligence in the Cold War: Did it matter?, in: Carlos Collado Seidel (Hg.), Geheimdienste, Diplomatie, Krieg. Das Räderwerk der Internationalen Beziehungen. Zum 65. Geburtstag von Wolfgang Krieger, Münster 2013, S. 55-69; Raymond L. Garthoff: Foreign intelligence and the historiography of the Cold War, in: *Journal of Cold War Studies* 6 (2004), 2, S. 21-56; Tim Weiner: CIA. Die ganze Geschichte, Frankfurt/Main 2008; Christopher Andrew und Vasili Mitrokhin: *The sword and the shield. The Mitrokhin archive and the secret history of the KGB*, New York 2001.

Anhang

Dokumentenanhang

Beim Abdruck der folgenden Dokumente wurde auf eine Anpassung an die heutige Rechtschreibung verzichtet.

Verzeichnis der Dokumente

1. Klaus Eschenburg, Leiter des BND-Verbindungsbüros in Bonn („Büro Vogt“), Aufzeichnung über Melde- und Berichtswesen des BND, Frühjahr 1968
2. Militärische Auswertung des BND (BND-05-n), Fernschreiben Nr. 511 geh. an das Bundesverteidigungsministerium, Führungsstab der Streitkräfte, Referat II (Fü S II), z. Hd. Herrn Oberst Rosenhauer, über die Entwicklung in der ČSSR, 19. März 1968
3. Erich Dethleffsen, Führungsbeauftragter für Auswertung des BND, Nr. 113/68 VS-V an Präsident Gehlen über Meldungen des BND an das Bundesverteidigungsministerium, das Auswärtige Amt und das Bundeskanzleramt, 26. März 1968
4. Militärische Auswertung des BND an den Führungsbeauftragten für den Operativen Geheimen Meldedienst über die militärische Lage in der ČSSR und die Bedrohung für die Bundesrepublik und die NATO, 5. Juli 1968
5. Erich Dethleffsen, Führungsbeauftragter für Auswertung des BND, Vortrag über die Krise in der ČSSR, 7. August 1968
6. Militärische Auswertung des BND, dringendes Fernschreiben Nr. 1579 geh.-Bronze an das Bundesverteidigungsministerium, Führungsstab der Streitkräfte, Referat II (Fü S II 3) über Meldungen über eine bevorstehende Intervention, 20. August 1968
7. Fernmelde-Aufklärung, „Elektronische Nachrichtenlage“ Nr. 159/68, 21. August 1968
8. Gerhard Wessel, Präsident des BND, Notiz über die Maßnahmen in der BND-Zentrale nach Beginn der Intervention, 21. August 1968
9. Lagebüro beim Präsidenten des BND, Aufzeichnung über die politische und militärische Lagebeurteilung durch „Fleurop“-Partner, 2. bis 4. September 1968

1.

Klaus Eschenburg, Leiter des BND-Verbindungsbüros in Bonn („Büro Vogt“), Aufzeichnung über Melde- und Berichtswesen des BND, Frühjahr 1968³⁴¹

Leiter Büro Vogt

[Paraphe unleserl.] 4.7.68 [handschr. Bearbeitungsvermerke unleserl.] 24/4“

Vorbemerkung

Die nachfolgende Betrachtung des Melde- und Berichtswesens³⁴² des BND und die begründeten Änderungsvorschläge resultieren aus der Sicht des Leiters Büro Vogt als „Verkaufsdirektor“, der aus seiner Marktkenntnis eine Verbesserung der Produktion zum Zwecke besseren Verkaufs anstrebt.

Die Änderungsvorschläge sind dennoch so gehalten, daß sie – bei Billigung – ohne großräumige oder zeitraubende Umgruppierung in den Bereichen und ohne personale Vermehrung in den Bereichen nach den Weisungen des Präsidenten derart durchführbar sind, daß sich in Form und Inhalt innerhalb weniger Wochen eine Zäsur in der Berichterstattung abzeichnen wird.

Neben Einfachem, dessen Selbstverständnis unbestreitbar ist, wird auch Schwieriges zur Diskussion gestellt. Solche Vorschläge erheben keinen Anspruch auf absolute Richtigkeit, sie sollten jedoch durchdiskutiert werden.

I. Allgemeine für die Überarbeitung des Melde- und Berichtswesens gültige Hinweise:

1. Die Klassifizierung der Meldungen und Berichte

Die seit Jahren übliche und formal erstarrte Klassifizierung der Meldungen und Berichte ist zu überprüfen. Die Berichte sind überwiegend zu hoch eingestuft.³⁴³ Für den Grad der Klassifizierung sollten die Schutzbedürftigkeit des materiellen Inhalts und Gründe des Quellschutzes allein maßgebend sein. Der häufige Einwand, daß hohe Klassifizierung (Geheim) dem Gegner Erkenntnisstand und Aufklärungsziele des Dienstes verberge, ist nicht schlüssig und kann nur für wenige Sondergebiete gelten. [...].³⁴⁴

2. Der Verteiler

Der Verteiler bedarf einer generellen Überprüfung hinsichtlich seiner horizontalen und vertikalen Dislozierung.

341 BND-Archiv, 4306.

342 Unterstreichung von Hand.

343 Unterstreichung von Hand.

344 Es folgen Einzelbeispiele für die Nachteile zu hoher Einstufungen.

Grundsätze:

a) Der Verteiler in der Breite sollte in erster Linie auf das legitime Interesse (von Amts wegen) eines Ressorts, einer nachgeordneten Behörde oder einer politischen Persönlichkeit ausgerichtet sein. Zu viel Papier bringt mehr Schaden als Nutzen, das Wichtige wird dann auch nicht mehr gelesen.

b) Die vertikale Auszeichnung sollte bei Meldungen wie auch bei Berichten durchdacht sein und differenziert gehandhabt werden. Eine grobe Unterscheidung zwischen Führungsebene und Referentenebene (nur als Anhalt natürlich) ist hilfreich. Vorschlag (gültig für Meldungen und Berichte aller Art): Kennzeichnung jeweils durch Anschrift oder Vermerk auf Formblatt von Meldungen bzw. Berichten:

- Nur für Minister bzw. Staatssekretär

Wird durch den Präsidenten oder Vertreter nur für besonders hochrangiges Material festgelegt. Scharfe Selektion!

- Staatssekretär oder fachlich zuständiger Ministerialdirektor:

Wird durch die endlich freigebende Instanz festgelegt und gilt als Empfehlung für die im Ressort verteilende Koordinierungs-Stelle (KoSt) entsprechend weiterzuleiten.

Die wichtigen Ressorts BK, AA, BMVtdg (hier nur für Pol.-Meldungen), BMG, BMWi und BMZ haben entsprechende KoSt für den BND. Die verantwortlichen Referenten werden für diesen Hinweis dankbar sein, weil sie häufig die Wichtigkeit einer Meldung oder eines Berichts mangels Sachkenntnis nicht erkennen.

- Anschrift oder Auszeichnung auf Ressort o.ä. ist im allgemeinen der Referentenebene gleichzusetzen. Hier ist die Weitergabe nach oben „in das Ermessen“ des Referenten gestellt. Weiteres hierzu bei Behandlung der einzelnen Editionen im Folgenden.

3. Sofortbearbeitung wichtigster, eilbedürftiger Meldungen und Blitzanfragen (Current Intelligence) [...]³⁴⁵

4. Quellenbewertung und Quellenbeschreibung

Die Quellenbewertung nach Buchstaben (A – F) wird von den meisten ND in dieser oder ähnlicher lapidarer Form praktiziert. Mit den Partnern ist sie vereinbar, die Empfänger kennen sie und die Auslegung. Für den militärischen Aufklärungssektor, der überwiegend mit dem klassischen V-Mann arbeitet und für einen Teil der außenpolitischen Aufklärung ist diese Form ausreichend. Meine statistische Überprüfung von ca. 1.100 außenpolitischen Meldungen aus einem Zeitraum von knapp vier Monaten ergab das Verhältnis B : C : F = 5 : 5 : 1 – da stimmt etwas nicht!³⁴⁶

Oft hochrangig plazierte politische Quellen, die die hohe Bewertung B durchaus verdienen mögen, erhalten ihre Informationen von bewußten oder auch unbewußten Unterquellen. Die hier bewertete Quelle ist genau genommen mehr VM-Führer als V-Mann. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Die Unterquelle, gleichgültig ob sie bewußt oder unbewußt arbeitet, wird

345 Ausführungen zum empfohlenen Arbeitsgang.

346 Unterstreichung von Hand.

jedoch keineswegs immer gleich gut zu bewerten sein. Sie wird sich häufig aus dem Journalismus, der Regierungslobby, der Cocktaillobby, einseitig gebundenen Interessenvertretern des politischen Raumes und Diplomaten dritter Länder rekrutieren. Für den Empfänger der Meldung sind alle diese „bewährte Quellen“, die für Bonität bürgen. (Die professionellen „Sprachregler“, die im Auftrag Desinformationen verbreiten, seien hier nicht einbezogen.)

Diese unvermeidliche Überbewertung der Quelle ist in der Masse des Meldungsstromes für das große Lagebild durchaus tragbar.

Bei politisch relevanten Meldungsaussagen, die u.U. die Meinungsbildung hoher Regierungsbeamter beeinflusst, ist diese „Ungenauigkeit“ gefährlich, auch für den Dienst. Der mit unseren Meldungen vertraute Bearbeiter stellt häufig eine Rück- oder Nachfrage zum Meldungsinhalt des Glaubens, daß eine Rückfrage bei einer B-Quelle insbesondere in verbündeten oder nicht gebundenen Ländern keine Schwierigkeiten machen könne. Dann müssen wir passen, weil die wirkliche Unterquelle F (z.B.) überhaupt nicht greifbar ist. Die Meldung wird dadurch, trotz guter Bewertung, ungläubwürdig. (Ich weiß, daß StS C[arstens] unsere Meldungen genau liest und genaue Rückfragen veranlaßt!)

Vorschlag: Bei hochrangigen Meldungen und nur bei solchen wird die Unterquelle zusätzlich bewertet. Z.B. B von F oder B von C usw. Eine weite Ausdehnung dieses Systems ist nicht praktikabel, weil es unsere Arbeitsmöglichkeiten und Grenzen in der außenpolitischen Aufklärung offenlegen würde.

Die Quellenbeschreibung.

Ein Ärgernis – so alt wie der Nachrichtendienst!

Quellenschutz geht vor Quellenbeschreibung, dieses Gesetz ist für jeden Nachrichtendienst unabdingbar! Von allen Nachrichtendiensten wird jedoch durch die empfangenden Regierungsstellen eine Quellenbeschreibung gefordert, die dem Empfänger die Einordnung und Würdigung der Meldung erleichtert. Das Minimum ist die Darlegung von Access und Level der Quelle als Quellenhintergrund.

Durch Weisung 106³⁴⁷ Nr. 822/67 vom 16.5.67 wurde die Quellenbeschreibung nach den Grundsätzen „Access und Level“³⁴⁸ formalisiert, d.h. es gibt nur noch vier verschiedene, jedoch sich ständig wiederholende Formeln. Ich halte diese Formalisierung für ungünstig und auch nicht für notwendig. Sie führt wiederum zu Rückfragen, meist hochrangiger Herren und, wenn zusätzliches nicht gegeben wird oder nicht gegeben werden kann, wird die Meldung als manipuliert abgetan und damit wertlos. Das Echo bekam ich in Bonn zu hören.

Der Quellenhintergrund muß Profil haben und farbig sein, d.h. in etwa das Milieu und den Bereich, aus dem die Meldung kommt, treffen.

Das Mittel der Umschreibung erscheint mir durchaus erlaubt, wenn nicht irreführend verfälscht wird.

347 106 = BND-Präsident.

348 Unterstreichungen in diesem und folgenden Absätzen von Hand.

Quellenbewertung, Quellenbeschreibung und bezügliche Anmerkungen im Kommentar müssen abgewogen sein. In der Stellungnahme darf nicht dargetan sein, daß der Quellenhintergrund besonderen Anlaß zu Zweifel gibt, wenn die Bewertung B war und access und level als gut ausgewiesen wurden.

Der Zweifel an der sachlichen Richtigkeit der Aussage hat nichts mit der Bonität der Quelle zu tun.

5. Die erweiterte Inhaltsübersicht [...]³⁴⁹

II. Bemerkungen zur Meldungsbearbeitung und den wichtigsten Periodika des Dienstes

1. Die Meldung

Sie wird als FS-Meldung (außenpolitische Berichte in Kurzfassung) oder als Schriftbericht (sogenannte Weiß-Meldung) abgesetzt. Quelle und Inhalt werden bewertet, eine Stellungnahme oder Anmerkung geben dem Empfänger zusätzliche Informationen.

a) Zur Aussage:

Die grundsätzliche Forderung, daß eine Meldung original, d.h. unverändert weitergegeben werden sollte, wird nicht bestritten. Der „Originalität“ sind jedoch Grenzen gesetzt. Die Meldung muß in ihrer Aussage klar und unmißverständlich sein. Unsere Empfänger haben auch keine Zeit und wollen auf Anhieb verstehen, was gemeint ist. Insofern sollte Umformulierung in verständliches Deutsch statthaf sein (dringend notwendig!).

Unsere Meldungen sind vielfach zu lang. Sie bieten weitschweifig Unwesentliches, das auch nicht zu Farbe und Hintergrund beiträgt. Hier erscheint mir Kürzung aus den o.a. Gründen statthaf, immer unter der Voraussetzung, daß nicht verfälscht wird.

b) Zur Stellungnahme:

Sie kommentiert, gibt zusätzliche Hinweise aus geheimer und offener Quelle, wägt ab und muß zu einer klaren – eben Stellungnahme führen.³⁵⁰ Das ist manchmal schwer, man kann sich aber nicht ständig mit einem „Einerseits – Andererseits“ aus dem Obligo drücken. Das wird häufig in den Ressorts kritisiert. Lieber einmal daneben hauen, als immer „unsicher“ erscheinen.

c) Die Agenturen:

Die laufende Berichterstattung der Presseagenturen ist ein wichtiges Hilfs- und Kontrollmittel für Sichter und Auswerter, ich weiß nicht, ob es immer hinreichend genutzt wird.

Bei aktuellem Geschehen gibt die Agenturmeldung u.U. Fingerzeige, ob man „richtig liegt“ und ob insbesondere die Meldung nicht völlig überholt ist und damit nur noch zum Schaden weitergegeben wird. Alle Ressorts von Belang sind an die Agenturschiene angeschlossen.

349 Ausführungen zu Aufbau und Zielsetzung.

350 Diese und die folgenden Unterstreichungen im Absatz von Hand.

Wichtiges wird sofort, auch in Kabinett[sitzungen hinein, weitergegeben. Einen Zeitvorsprung des BND gibt es nicht mehr!

Eine recht vage Meldung einer Einzelagentur kann dessen ungeachtet durch eine BND-Meldung mit Nutzen bestätigt und ergänzt werden, das wird jedoch selten der Fall sein. Häufiger und ein wichtiges Informationsmittel des Dienstes ist das „Richtigstellen“ einer Agenturmeldung bzw. das Kommentieren aus ND-Sicht.

Keinesfalls können wir mit der Schnelligkeit der Übermittlung von plötzlichen oder fließenden Ereignissen konkurrieren. Der Korrespondent sieht und erlebt das Geschehen, der ND-Mann kennt nur die Planung und allenfalls den „gedachten Verlauf“.

d) Zu Terminen:

Vorsicht bei Terminaussagen bei Meldungen! Auf den Tag vorausgesagte Revolutionen haben noch nie stattgefunden! Da kann die Stellungnahme durchaus abschwächend sein, beim Empfänger bleibt der genannte und falsche Termin hängen, die Reaktion ist entsprechend.

d) Zur Dringlichkeit:

- FS- oder Schriftmeldungen

Hier ist eine sachliche Abgrenzung häufig nicht mehr erkennbar. Ich räume ein, daß arbeitstechnische Gründe (ob jeweils eine Schreibkraft oder eine Stanzerin zur Verfügung steht oder das Büro Vogt FS-Bericht noch korrigieren kann) eine gewichtige Rolle durch Personalknappheit bedingt spielen. Dennoch sollte der schon von der Optik her gegebene Effekt einer FS-Meldung beim Empfänger nicht durch Überschütten mit Masse abgenutzt werden. Wir geben zu viele FS-Meldungen!³⁵¹

- Das Wochenende

Freitagnachmittag³⁵² ergießt sich ein Strom von FS-Meldungen über Büro Vogt. Verständlich, da ein jeder seinen Wochenendschreibtisch leer haben will – nur es ist zu nichts Nütze. Was nach 17.30 Uhr eingeht, ist in der Masse erst eine Stunde später durch Büro Vogt versandfertig aufgearbeitet und kann dann weder am Freitagabend noch am Sonnabendvormittag an die Ressorts abgesetzt werden, weil diese (außer BMVtdg) keinen sachkundigen Bereitschaftsdienst haben.

Es kann also nur Wichtiges dem Fachreferenten in die Wohnung zugestellt werden, der seinerseits seinen vorgesetzten Min.Direktor usw. nur selten zu stören wagt. Also auch hier scharfe Selektion! In Krisenzeiten gibt es Krisenstäbe, da liegen die Dinge anders.

2. Die Nachrichtendienstliche Führungsorientierung (FüO)

Sie bedarf geradezu einer Neuschöpfung, denn dem seinerzeit von 461³⁵³ gesetzten Leitmotiv (1965), daß die FüO den „Gesamtlagebericht der Auswertung widerspiegeln [sic] soll“,

351 Unterstreichung von Hand.

352 Unterstreichungen im gesamten Abschnitt von Hand.

353 Auswertung.

wurde sie nie gerecht. In losen Abständen erscheinend und häufig nur ein Thema abhandelnd, gewann die FÜO bei den Ressorts kein Profil und wurde im Gegensatz zum Gründungszweck als zweitrangiges Produkt betrachtet.

Wir können sicher nicht wie der CIA eine Tagesmappe oder einen Tagesbericht für den Präsidenten US schaffen. Eine wöchentlich vorzulegende Zusammenstellung, Niveau Staatssekretär-Ebene, muß jedoch zu erarbeiten sein. An Material kann es bei der nach meinem Einblick großen Zahl von Rohmeldungen und dem guten Basismaterial nicht mangeln. [...].³⁵⁴

3. Steuerungshinweis

(Betrachtung unter den derzeitigen Gegebenheiten)

a) Zum Auftrag:

Eine 14-tägliche Tour d'horizon auf Meldungsbasis unserer gesamten außenpolitischen Aufklärung. D.h., hier überwiegt im Gegensatz zur FÜO die Meldung. Die die eigene Beschaffung steuernden Elemente entfallen.

So lange³⁵⁵ Organisation und Arbeitstechnik bei den Steuerungshinweisen unverändert bleiben, sind folgende Grundregeln zu beachten:

- Der Leiter der Auswertung muß den Steuerungshinweis vor Herausgabe kennen und abzeichnen, damit widersprüchliche Aussagen vermieden werden.³⁵⁶
- Jede Meldung, die im Steuerungshinweis verarbeitet ist, muß an die Auswertung weitergegeben worden sein. Die Kommentierung ist abzustimmen. [...].³⁵⁷

4. Lagebericht Ost und West

a) Berichtsform

Sie werden 14-täglich mit breitem Verteiler (Ost = 52) in einem Umfang von 15-20 Seiten herausgegeben und handeln ca. 3-5 komplexe Themen weitläufig ab. Geheimdienstlicher Hintergrund kaum mehr erkennbar. Die Berichte enthalten – von Diktion und Anlage her zwingend – zu viel, was jeder interessierte Zeitungsleser weiß³⁵⁸ und dem fachlich versierten Referenten, für den die Berichte in erster Linie gedacht sind, nichts Neues bringt.

Mir liegt – ungefragt – eine schriftliche Äußerung der Koordinierungsstelle des Ausw. Amtes vor, in der es wörtlich heißt: „Dem Unterzeichneten wurde gesprächsweise bekannt, manche Leser der Lageberichte empfänden den Stil als zu intellektualistisch, kürzere, weniger verschachtelte Sätze ließen sich leichter lesen.“ Die Sperr-Schreibweise wird abgelehnt.

354 Ausführungen zur vorgeschlagenen Neugestaltung.

355 Unterstreichung von Hand.

356 Dieser und der nächste Unterpunkt am rechten Rand per Hand angestrichen.

357 Vorschläge zu Benennung, Verteiler und Erscheinungsweise.

358 Unterstreichung von Hand.

b) Folgerung:

Die weitschweifige Berichtsart, deren Diktion in gepflegten langen Sätzen der nachrichtendienstlichen Aussage ohnehin atypisch ist, ist radikal umzustellen. Knapper Stil, präzise Aussage.³⁵⁹

Pressebekanntes ist nur zur Überleitung und soweit zum Verständnis der eigenen Aussagen notwendig, einzuflechten. Das bedeutet: Kürzung auf etwa die Hälfte des bisherigen Volumens. Überprüfung der Themen erforderlich, ob tatsächlich genügend eigene Erkenntnisse und eigene Aussage eine Behandlung des Themas überhaupt rechtfertigen.

c) VS-Stufe:

Überwiegend wird die Stufe VS-Vertraulich ausreichend³⁶⁰ sein. Fallweise, nicht schematisch [entscheiden].³⁶¹

d) Verteiler:

In erster Linie Referentenebene der betroffenen Fach-Ressorts.

5. Psychologische Lage der SBZ [...].³⁶²

6. Die wirtschafts- und rüstungstechnische Übersicht [...].

7. Wirtschaftsbericht: [...].

III. Schlußbemerkung

In Teil II wurden das Meldewesen und nur die wichtigen Periodika, die den Ruf des Dienstes auf der hohen und Fachebene [ausmachen],³⁶³ behandelt.

Die nicht behandelten Publikationen sollten nach den gegebenen Hinweisen in Teil I überdacht und überarbeitet werden.

359 Unterstreichungen in diesem Punkt von Hand.

360 Unterstreichung von Hand.

361 Im Dokument: entscheidend.

362 Bei Punkten 5-7 jeweils Angaben zum Auftrag, zur Bewertung, zu Inhalten und zur Klassifikation.

363 Im Dokument: machen.

2.

Militärische Auswertung des BND (BND-05-n), Fernschreiben Nr. 511 geh. an das Bundesverteidigungsministerium, Führungsstab der Streitkräfte, Referat II (Fü S II), z. Hd. Herrn Oberst Rosenhauer, über die Entwicklung in der ČSSR, 19. März 1968 ³⁶⁴

+Fernschreiben Nr. 511 vom 191300 Mar 68

an: BMVtdg S II

von: bnd-05-n

geheim

Betr.: Entwicklung in der CSSR

Nach hiesiger Auffassung ist die Entwicklung in der CSSR dergestalt, dass besondere Aufmerksamkeit geboten ist. 05[-]n hat der täglichen Berichterstattung eine Reihe von Sachverhalten gemeldet, die auf besondere Maßnahmen der sowj[.] und csl[.] Streitkräfte deuten. Die politische Beurteilung der Lage, welche gestern in der großen Lagekonferenz bei 05 angestellt wurde besagt, dass in der CSSR vorrevolutionäre Zustände herrschen. Es ist nach der gegenwärtigen Beurteilung nicht zu vermuten aber auch nicht auszuschließen, dass die Dinge in der CSSR außer Kontrolle geraten und innere Wirren bis zu [anarchischen]³⁶⁵ Zuständen einreißen. Unter diesem Aspekt sollten die erkannten mil. Maßnahmen abgewogen und beurteilt werden.

Nach Ansicht von 05-n betreffen die bisherigen Feststellungen bei den Streitkräften Vorsichts- und Vorbereitungsmaßnahmen für alle Fälle. Mit unmittelbar bevorstehenden Aktionen der bewaffneten Kräfte weder der CSSR noch der Sowjetunion ist nicht zu rechnen. [sic!]

Die undurchsichtige politische Entwicklung macht es aber nach Auffassung von 05[-]n erforderlich zu überdenken, welche Maßnahmen zu treffen sind, falls bei inneren Wirren oder Kämpfen in der CSSR die Grenze der BRD durch größere Gruppen oder Verbände bewaffneter oder unbewaffneter csl[.] Soldaten überschritten würde.

Es wird abschließend nochmals betont, dass hierauf z.Z. keine Hinweise deuten, aber angesichts der Gesamtentwicklung sind solche Möglichkeiten nicht auszuschließen. Auf nachrichtendienstlichem Gebiet ist durch Absprache mit den bewaffneten Organen Vorsorge getroffen worden.

Zusammenfassend weist Leiter 05[-]n darauf hin, dass eine Zuspitzung der Verhältnisse in der CSSR die BRD auch auf mil. Gebiete sehr viel unmittelbarer berühren würde als in allen anderen Krisenentwicklungen – ausgenommen vielleicht Berlin – der letzten 20 Jahre.

gez. Pilsen³⁶⁶

[...].³⁶⁷

364 BND-Archiv, 7381, Bl. 53. Im Dokument zahlreiche Unterstreichungen von Hand, die offensichtlich im Zuge der nachträglichen Aufbereitung der BND-Aktivitäten 1968 vorgenommen wurden. Durchgängige Kleinschreibung und Umlaute im Dokument wurden in der Wiedergabe korrigiert.

365 Im Dokument: anarchiychen

366 DN; KN Pilster, Leiter Militärische Auswertung (LMH).

367 Sende- resp. Eingangsvermerke.

3.

Erich Dethleffsen, Führungsbeauftragter für Auswertung des BND, Nr. 113/68 VS-V an Präsident Gehlen über Meldungen des BND an das Bundesministerium für Verteidigung, das Auswärtige Amt und das Bundeskanzleramt, 26. März 1968³⁶⁸

455³⁶⁹

26.3.1968

Nr. 113/68 VS-Vertraulich

An 106 pers.³⁷⁰

1.) In der Verfügung Bundesminister der Verteidigung FÜ S II 2 vom 29. September 1967 „Zusammenwirken der Führungsstäbe der Bw und KTV mit anderen militärischen und zivilen Stellen im Rahmen der G2/A2-Lagebearbeitung“ ist im Teil B IV Ziff. 6 festgelegt:

Bei Abgabe wichtiger militärischer und militärpolitischer Lagefeststellungen, Beurteilungen und Stellungnahmen des BND 05-2 an andere Ressorts sollte durch BND 05-n vorher eine Abgleichung der Standpunkte mit FÜ S II erfolgen, um unterschiedliche Auffassungen zu vermeiden.³⁷¹ Ist dies aus Termingründen nicht möglich, so ist FÜ S II von dieser Lagefeststellung, Beurteilung oder Stellungnahme zu unterrichten.

2.) In der Zeit zwischen dem 11. und 21.3. wurden nachrichtendienstlich eine Anzahl von Erkenntnissen über militärische Vorgänge beiderseits der sächsisch-tschechischen Grenze erkannt (siehe Anlage).³⁷² Die erkannten Bewegungen pp. konnten durchaus im Zusammenhang mit einem Warschauer Pakt-Manöver in der Tschechoslowakei gebracht werden, das bereits im Herbst 1967 für dieses Frühjahr angekündigt war.

Der Zeitpunkt der erkannten Bewegungen ließ es aber möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich erscheinen, daß sie im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen in der Tschechoslowakei standen. Diese Vermutung wurde bestätigt, als am 20.3. erkannt wurde, daß die Manöver erst in der Zeit vom 1. bis 9.4. durchgeführt werden sollen, die bereits am 11. erkannten Bewegungen also nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Manöver zu stehen brauchten.

3.) Die hiesigen Erkenntnisse wurden laufend durch LMH³⁷³ an das Bundesverteidigungsministerium gemeldet.

368 BND-Archiv, 1082, Bl. 241-243.

369 Führungsbeauftragter Auswertung.

370 Am rechten Rand Eingangsstempel 106, Eingang Nr. 511/68 VS-V, 8.4.1968.

371 BND-05-n war die Militärische Auswertung, BND 05-2 kann für die Auswertung oder für das Verbindungsbüro des BND stehen.

372 BND-Archiv, 1082, Bl. 244-245, hier nicht abgedruckt.

373 Militärische Auswertung.

4.) Da die überwiegende Zahl der eingehenden Meldungen als BM³⁷⁴ eingegangen waren, konnten sie nicht als Einzelmeldungen an das Bundeskanzleramt bzw. Auswärtige Amt weitergegeben werden.

Ich unterrichtete aber MD Dr. Ruete³⁷⁵ über die größeren Zusammenhänge.

5.) Am 21.3. fragte das AA bei uns nach der militärischen Lage an den tschechischen Grenzen fermündlich an und bezog sich dabei – fraglos etwas ironisch – auf Zeitungsmeldungen.

Tatsächlich hatte das Bundesministerium für Verteidigung bis zu diesem Zeitpunkt das AA überhaupt noch nicht über die Vorgänge an den tschechischen Grenzen orientiert.

6.) Die Anfrage des AA wurde von uns beantwortet und vor Abgang zur Abgleichung dem Bundesministerium für Verteidigung übersandt. Diese Abgleichung nahm aus Gründen, die beim Bundesministerium für Verteidigung lagen, so viel Zeit in Anspruch, daß ich mich entschloß, ohne das Ergebnis der Abgleichung abzuwarten, unsere Antwort an das AA unmittelbar abzusetzen.

Kurze Zeit später orientierte das Bundesverteidigungsministerium dann das AA in einer von unserer Antwort etwas abweichenden Form.

Nachfragen bei MA TORGAU³⁷⁶ ergaben, daß das Bundeskanzleramt zu diesem Zeitpunkt bereits durch das Bundesministerium für Verteidigung orientiert war.

7.) Der Vorgang zeigt, daß eine Interpretation der oben genannten Verfügung Ziff. 6 erforderlich ist, die bestimmt, wie zu verfahren ist, wenn die angestrebte Abgleichung mit dem Bundesministerium für Verteidigung nicht zu einer gemeinsamen Auffassung führt.

Ich vertrete den Standpunkt, daß in diesem Fall der BND seine Auffassung dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt vorzutragen hat – unter Hinweis auf die abweichende Auffassung des Bundesministerium[s] für Verteidigung. Diese meine Auffassung ist vornehmlich begründet in der Tatsache, daß bei uns auf Grund des Eingangs politischer, militärischer und wirtschaftlicher Meldungen in besserem Maße die Voraussetzungen dafür gegeben sind als im Bundesministerium für Verteidigung, zu beurteilen, welche militärischen Erkenntnisse von politischer Bedeutung sind und inwieweit sie einen Teil der politischen Lagebeurteilung darstellen.

Degenhardt³⁷⁷

Nach Abgang 106/G

461³⁷⁸

374 Einzelmeldungen der FmA.

375 Hans Hellmuth Ruete, Leiter der Ostabteilung des AA.

376 DN; KN Eschenburg, Leiter Büro Vogt, vgl. Dokument Nr. 1.

377 DN; KN Dethleffsen. Eigenhändige Unterschrift.

378 106/G = (komm.) Vizepräsident; 461 = Auswertung.

4.

Militärische Auswertung des BND an den Führungsbeauftragten für den Operativen Geheimen Meldedienst über die militärische Lage in der ČSSR und die Bedrohung für die Bundesrepublik und die NATO, 5. Juli 1968³⁷⁹

LMH³⁸⁰

5. Juli 1968

An 918 zugl. RW 14[.] 270³⁸¹

Nachstehende Beurteilung zur Kenntnis, sie wurde an BMVtdg [Fü] S II übermittelt.

Betr.: Militärische Lage CSSR und Bedrohung

Eine Woche nach Abschluß der WP-Manöver befinden sich immer noch sowjetische Stäbe und Kampftruppen auf dem Gebiete der seit Ende des Krieges von den Sowjets unbesetzten CSSR. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist auch in POLEN (DOuV) der Bestand an sowjetischen Streitkräften in den letzten 2 Monaten angestiegen.

Hierbei handelt es sich möglicherweise um aus der Tiefe herangeführte Verbände, die zu den Pressions-Truppen an den Grenzen der CSSR zu zählen sind.

Über die innen- und blockpolitische Bedeutung dieser Dislozierungsveränderungen sowj[.] Truppen ist laufend ausführlich berichtet worden.

Der Tatbestand, daß bis zum heutigen Tage nichts darauf deutet, daß die Masse der in die CSSR eingeflossenen sowj[.] Verbände und wenigstens Teile der Pressions-Truppen abgezogen werden, gibt Veranlassung, den sicherheitspolitischen Aspekt dieser Lage darzustellen, der so lange besondere Beachtung verdient, wie der gegenwärtige Zustand anhält.

Im Gegensatz zur Stärke und Effektivität der NATO-Kräfte in Mittel-EUROPA haben sich Teile der gegen Mittel-EUROPA gerichteten Kampfverbände der SOWJETUNION in den letzten Monaten dichter an die D-Linie bzw. Grenze zur BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND herangeschoben.

Durch die zumindest zeitweilige Dislozierung sowjetischer Truppen in der CSSR verstärkt sich die Bedrohung aber nicht nur durch die Minderung der räumlichen Entfernung der gegenüberstehenden Verbände. Es ist von besonderer nachrichtendienstlicher Bedeutung festzustellen, daß eine andauernde Stationierung sowj[.] Verbände in der CSSR und der mögliche Aufbau einer [sowj.]³⁸² Infrastruktur in diesem Lande die rechtzeitige Feststellung indikativer Sachverhalte beträchtlich verringert. Die bisherigen Beurteilungen über die Dauer einer möglichen Vorwarnzeit vor feindlichen Absichten gegen die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND und

379 BND-Archiv, 7383, Bl. 30-31.

380 Militärische Auswertung.

381 918 = Führungsbeauftragter für den Operativen Geheimen Meldedienst; RW 14 = Militärische Aufklärung; 270 = Militärische Sichtung.

382 Im Dokument: sojw.

die NATO beruhen in beträchtlichem Maße auf Vorkehrungen im MB KARPATEN und in der CSSR, die einen zeitlichen Vorsprung erfordern wegen der längeren Dauer des Heranbringens und der Vorbereitung [soj.]³⁸³ Verbände in diesem Abschnitt. Diese Voraussetzungen würden zu einem großen Teil entfallen, wenn in der CSSR längere Zeit Stationierungstruppen oder dauernde infrastrukturelle sowj[.] Vorkehrungen erfolgten. Die Bedrohung der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND und der NATO erhöht sich dadurch effektiv mehr als durch viele der in den letzten Jahren festgestellten militärischen Verstärkungsmaßnahmen des SOWJETBLOCKS. Sollten sich darüber hinaus Hinweise auf stärkere sowj[.] militärische Präsenz in POLEN bestätigen, verschärft sich die Lage noch mehr.

Die Schrumpfung der möglichen Vorwarnzeit ist eine noch gefährlichere Konsequenz der militärpolitischen Ereignisse um die CSSR als es die Gefährdung der Grenze der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND im Falle innerer Unruhen und handgreiflicher Auseinandersetzung in der CSSR bedeutet. Hierauf wurde bereits am 9.5.68 durch Sonderbeurteilung hingewiesen.

gez.: Pilsen³⁸⁴

[...].³⁸⁵

383 Im Dokument: sojw.

384 DN; KN Pilster, Leiter Militärische Auswertung (LMH).

385 Abschriftsvermerk.

5.

Erich Dethleffsen, Führungsbeauftragter für Auswertung des BND,
Vortrag über die Krise in der ČSSR,

7. August 1968³⁸⁶

7.8.1968

Die Krise der CSSR

Die nun über ein halbes Jahr andauernde Krise der CSSR ist wesentlich eine Krise ihres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems und demzufolge auch eine Krise der Beziehungen Prags zu Moskau und dessen engerer Gefolgschaft.

Die Ursachen für die Krise liegen weit zurück.

Der CSSR wurde nach dem zweiten Weltkrieg von sowjetischer Seite ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem aufgezwungen, das diesen Staat mit ausgeprägt demokratischer und industrieller Tradition weit mehr in seiner Entwicklung zurückwarf als alle anderen kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas, außer der SBZ, die einen Sonderfall darstellt.

Die ständige Behinderung der seit 1964 erkennbaren Reformversuche, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, sowie die Knebelung einer breiten Intelligenz mußten daher zu einer besonders starken Ansammlung von Sprengstoff führen, der dann im Winter 1967/68 von dieser Intelligenz gezündet wurde.

Erstes spektakuläres Symptom der Gähmung [sic!] war der Kongreß des csl-Schriftstellerverbandes im Juni 1967.

Auslösendes Moment der eigentlichen Krise war aber erst der Sturz des Parteichefs Novotny,³⁸⁷ der sich mit seinen starren und provozierend stalinistischen Führungsmethoden der äußerst prekär gewordenen Situation im Land nicht mehr gewachsen zeigte.

Wie durch General Šejna³⁸⁸ bekanntgeworden ist, wurde der latent lange vor 1967 schwellende Gährungsprozeß [!] in der CSSR hinsichtlich seiner Breite und Tiefe nicht nur im Westen, sondern auch in der SU weit unterschätzt. Noch Ende 1967 beim Breschnew³⁸⁹ Besuch in Prag, hatten die Sowjets geglaubt, daß sich Novotny halten würde.

Die Kluft zwischen Parteiführung und wesentlichen Teilen der Bevölkerung und die Ablösung Novotnys als Parteichef überraschten sie.

386 Anl. zu Führungsbeauftragter Auswertung (455) an Operationelle Sicherheit, Zuber (83 pers.), 9.8.1968, BND-Archiv, 3263 (=18668, Bl. 1-19).

387 Antonín Novotný, bis Januar 1968 Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, bis März 1968 Präsident der ČSSR.

388 Jan Šejna, Generalmajor der tschechoslowakischen Volksarmee, Sekretär des Hauptkomitee der tschechoslowakischen KP im Verteidigungsministerium, Februar 1968 Flucht in die USA.

389 Leonid I. Brežnev, 1968 Generalsekretär der KPdSU.

In Dubcek³⁹⁰ glaubte die SU dann einen ihren Vorstellungen entsprechenden Nachfolger gefunden zu haben, der

- zwar liberale Reformen durchführen,
- aber an der absoluten Vormachtstellung der KPC festhalten
- und den außenpolitischen Kurs in enger Bindung an die SU fortführen würde.

Tatsächlich hielt sich Dubcek zunächst noch durchaus im Rahmen des von Moskau Zugestandenen.

Außenpolitisch bekannte er sich zum Geist der internationalen Zusammenarbeit im kommunistischen Bereich.

Innenpolitisch wurde noch in allgemein unverbindlicher Form über Reformen, vornehmlich auf wirtschaftlichem Gebiet, diskutiert, ohne daß es zu klaren Entscheidungen kam, die Pläne und Grenzen einwandfrei erkennen ließen.

Eines aber erschien sicher: daß es sich nur um Änderungen der Methode, Wege, Formen handelte, ohne daß die Struktur des kommunistischen Staates wesentlich berührt oder etwa die absolut führende Rolle der Partei angetastet werden sollte.

In dieser Zeit wurden zwar in Warschau und Ostberlin die ersten Besorgnisse vor der Weiterentwicklung in der CSSR und vor der Gefahr einer Ausstrahlung auf die Nachbarländer laut.

Nach außen hin ergab sich aber noch nicht das Bild einer stärkeren Spannung zwischen Prag und Moskau. Die CSSR nahm Ende Februar an der Budapester Konferenz und Anfang März an der Tagung des politischen Konsultationsausschusses des Warschauer Pakts in Sofia teil, ohne daß Differenzen zwischen Prag und den anderen Staaten besonders erkennbar waren.

Immerhin berief Moskau am 23.3. die Partei- und Regierungschefs des Warschauer Pakts (ohne Rumänien) nach Dresden, um über die Entwicklung in der CSSR mit den Tschechen zu sprechen und die Prager Führung auf den alten außen- und blockpolitischen Kurs festzulegen.

Man appellierte sehr deutlich an die Solidaritätsverpflichtungen der CSSR, aber vermied noch jeden schärferen Druck, weil man an der Loyalität Dubceks noch nicht zweifelte; man war bereit, die Politik Dubceks gegenüber den Kräften in der CSSR zu stützen, die eine völlige Neuorientierung wollten.

Wenige Tage später aber wurden die ersten Anzeichen einer Krise offenbar, deren ständiges Eskalieren uns in den letzten Monaten so stark beschäftigte.

Die Entwicklung dieser Krise bis zum heutigen Zeitpunkt läßt 5 Phasen erkennen.

390 Alexander Dubček, Januar 1968 bis April 1969 Erster Sekretär der tschechoslowakischen KP.

1. Phase

Sie begann mit der ZK-Plenum-Sitzung der letzten Märztage. Dubcek stellte ein Aktionsprogramm auf, das die Reformen ankündigte: [...].³⁹¹

Darüberhinaus wurde aber auch der Rücktritt Novotnys als Staatspräsident erzwungen, erfolgte ein Erdrutsch personeller Ablösungen und wurden Rehabilitierungsverfahren für die von Novotny und seinen Vorgängern Verurteilten und Zurückgestellten eingeleitet. (Moskau besonders unangenehm).

Zwar hielt die Führung unverändert an der Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager und der Treue gegenüber Moskau fest[,] aber es zeigte sich zunehmend, daß die innere Entwicklung viel radikalere Formen anzunehmen drohte, als Dubcek und die besonnenen Männer der Führung es wünschten.

Die Auffassung der Avantgardisten

- Intellektuelle
- Wirtschaftsfunktionäre
- Technokraten
- Ideologen (Cisar)³⁹²
- Journalisten
- Vertreter der nicht-kommunistischen Scheinparteien (in der Nationalen Front zusammengefasst)

begann von den Absichten der Führung erheblich abzuweichen. Der Ruf wurde laut nach echter Opposition, nach Zulassung weiterer Parteien, nach inhaltlicher Wandlung der Gesellschaftsordnung.

Die Massenmedien griffen diesen Ruf auf.

Es zeichnete sich die Gefahr ab, daß die Geister, die gerufen waren, sich selbständig machten.

Jetzt wurde Moskau wach!

Für alle Fälle wurde eine improvisierte Interventionsstreitmacht an den Grenzen aller Warschauer Pakt Staaten zur CSSR disloziert und Warschauer-Pakt-Manöver wurden auf dem Boden der CSSR angekündigt. [sic!]

Die 2. Phase

begann etwa mit dem ZK-Plenum im Mai.

Die Entwicklung in Prag nahm zunehmend kritische Formen an.

Dubcek bewegte sich auf dem schmalen Grat zwischen

dem sowjetischen Appell an die Solidarität und der zunehmend reformfreudigeren Stimmung des Volkes.

391 Es folgt eine kurze Inhaltsangabe.

392 Čestmír Cisar, 1968 ZK-Sekretär der tschechoslowakischen KP für Bildung, Wissenschaft und Kultur, ab April 1968 Vorsitzender des tschechischen Nationalrats.

Auf dem ZK-Plenum verkündete Dubcek zwar noch ein 8-Punkte-Programm, in dem er betonte,

- die Partei führt
- keine Opposition, nur Opponentur (d.h. abweichende Äusserungen freigegeben für Presse, Wissenschaft, Gewerkschaften, Geistliche)
- Massenmedien sollen zur Durchführung des Aktionsprogramms eingesetzt werden,
- betonte Festigung des Verhältnisses zur SU

aber

es kam zum Ausschluß Novotnys aus dem ZK.

Vorziehen des Parteitags auf September (von Dubcek zunächst nicht gewollt) mit dem Ziel der Säuberung von Konservativen.

In Moskau bekam man jetzt den Eindruck: Dubcek verliert die Kontrolle.

Die Sowjets erkannten voll die Gefahr der cs[.] Herausforderung. Sie lag in

- der Möglichkeit eines Übergreifens der Entwicklung auf die anderen Blockstaaten,
- der Tatsache, daß Pressefreiheit, Betonung der Rechte der Nationalitäten und publizistischer Übergang von totalitärer Diktatur zur offenen Gesellschaft möglicherweise Zündstoff für unzufriedene Intellektuelle in der SU bieten könne,
- einer maßgeblichen Schwächung des sowjetischen Vorfeldes in Europa.

Es war Moskau klar, daß es das Überschreiten einer Toleranzgrenze durch die CSSR nicht dulden konnte, die bestehen würde in

- einer Aufgabe der Führungsrolle der KPC in der CSSR,
- einer Entwicklung, die zu einem Ausscheren der CSSR aus dem kommunistischen Lager führen könnte (untragbar für Moskau, daß ein Volk, das schon einmal die Segnungen des kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems genossen hatte, in die Barbarei des Kapitalismus zurückfiele).
- Einer Entwicklung, die zu einer Veränderung der militärpolitischen Situation in Europa durch Ausscheren der CSSR aus dem Warschauer Pakt führen konnte.

Moskau erklärte sehr deutlich, daß Elbe und Böhmerwald die Westgrenze eines Raumes wären, der weder auf friedlichem, noch auf anderem Wege jemals aufgegeben werden dürfe (Elbe!!).

Andererseits, war man sich in Moskau klar, daß eine Intervention mit militärischen Mitteln

- die kommunistische Bewegung in Frankreich, Italien und in einem Dutzend anderer Länder unterminieren,
- die Einheit im kommunistischen Lager beseitigen und die Kreml-Hoffnungen auf ein Zustandekommen der kommunistischen Weltkonferenz zunichte machen,

- Jugoslawien und Rumänien weiter entfremden,
- die amerikanisch-sowjetische Detente für lange Zeit beendigen,
- u.U. ein Abrüstungsabkommen sowie Vereinbarungen über das ABM-System verzögern,
- die amerikanischen Truppenreduzierungen in Europa stoppen,
- das über viele Jahre mühsam aufgebaute Bild der SU als „peacemaker“ zerstören und
- die Dritte Welt zu vielleicht entscheidender Richtungsänderung weg von Moskau veranlassen würde.

Die SU befand sich also in einem echten Dilemma.

Sicher auch gegensätzliche Auffassungen unter den Funktionären im Kreml. Aber keine Fraktionsbildung, sondern Auseinandersetzungen, die jeder in seiner eigenen Brust führte.

Wir hatten Anfang April geschrieben, daß die SU mit den Schwierigkeiten nur fertig werden würde, wenn sie die bisherigen, mit dogmatischen Fixierungen belasteten Führungsmethoden an die veränderten Verhältnisse im Block anpasse.

Moskau ist bisher diesen Weg nicht gegangen.

Es hat sich selbst dadurch in eine äußerst schwierige Situation hineinmanövriert.

Es versuchte durch starken Druck auf Prag, die CSSR in seinem Sinne [bei]³⁹³ der Stange zu halten, einem Druck, der zunächst vornehmlich Dubcek helfen sollte, an dessen Zuverlässigkeit und Treue gegenüber Moskau man glaubte.

Dieser Druck wurde in vier Bereichen ausgeübt

- im politischen von außen
- im politischen von innen
- im wirtschaftlichen
- im militärischen

Politischer Druck von außen

- Pressekampagne durch SU und Satelliten
- ständiger Hinweis darauf, daß jede Auflockerung im tschechischen Bereich dem imperialistischen Westen diene
- unverhüllte Drohungen
- das Erscheinen Kossygin³⁹⁴ in Karlsbad (4.6.), der sich von der Prager Regierung gegen das grundsätzliche Einverständnis mit einer Fortsetzung des eingeschlagenen Weges zusichern ließ
 - Demokratisierung in Grenzen zu halten
 - an Führungsrolle KPC festzuhaltenkeine Oppositionsparteien zu dulden
 - Pressekritik an der SU einzustellen
 - außenpolitischen Kurs beizubehalten.

393 Im Dokument: an

394 Aleksej I. Kosygin, Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU.

- Auf unterer Ebene:
 - Briefe und Aufrufe von SU- und Satellitenbetrieben, Unterstützung der Konservativen und Unzufriedenen von außen
 - besondere Rolle der SBZ hierbei.

Politischer Druck von innen

1. Moskau erhoffte sich wesentliche Unterstützung durch einen Druck, der von Kräften in der CSSR als Gegengewicht gegen den Druck der Extremisten auf Dubcek und die Parteiführung erfolgen sollte.

- a) die „unsicheren“ Kantonisten im ZK-Präsidium: Kolder, Svestka, Barbirek, Piller, Bilak, Rigo³⁹⁵
 - b) die Miliz, die nach wie vor durch konservative Funktionäre geführt wurde und in engem Kontakt mit sowjetischer Arbeitermiliz steht;
 - c) mittlere und untere Funktionäre in der Arbeiterschaft, besonders in den Kreisen, deren Existenz durch die geplanten Reformen sich verschlechtern würde,
 - d) in ländlichen Gebieten, in denen die Reformer bisher am wenigsten Fuß fassen konnten,
 - e) in der Slowakei, in der die Föderalisierung eine grössere Rolle spielte als die Reform.
- Hier sind tatsächlich Spannungsherde, die die Sowjets allerdings nur sehr vorsichtig anheizen werden (eigene Nationalitätenprobleme).

2. Haltung der Armee

Nicht klar erkennbar, nicht vorauszusagen, wie sie sich im „Moment der Wahrheit“ verhalten wird; Sowjets versuchen, über Vertrauensleute höhere csl-Offiziere gegen Reformbestrebungen Dubceks einzunehmen (General Kolday).

Wirtschaftlicher Druck

Die Sowjets haben viele Möglichkeiten, auf die CSSR wirtschaftlichen Einfluß zu nehmen.

- a) Der Erfolg der geplanten Reform hängt nicht nur von Strukturänderungen ab. Er setzt auch eine kräftige Kapitalspritze voraus, die nur auf dem Weg der Auslandshilfe zu erreichen ist.

Die Verweigerung eines umfangreichen Waren- und Devisenkredits durch die SU bei gleichzeitiger Forderung, auf hohe westliche Devisenkredite zu verzichten, würde

- die Reformen frustrieren, oder
- falls die CSSR sie dennoch durchzuführen versucht, zu einer wesentlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der CSSR, zu größerer Arbeitslosigkeit führen und damit die Zahl der gegen die Wirtschaftsreform eingestellten Elemente vergrößern.

Das bisher ständige Hinauszögern eines Kredits durch die SU ist durchaus als bereits angewandtes Druckmittel anzusehen.

395 Drahomír Kolder, Abgeordneter der Nationalversammlung, Botschaftsrat in Bulgarien; Oldřich Švestka, Mitglied des Präsidiums der KPČ; František Barbírek, Mitglied des (Präsidiums des) ZK der KPČ, Vors. des slowakischen Nationalrats; Jan Piller, Leitender Sekretär der KPČ für die Kreisorganisation Mittelböhmen; Vasil Bil'ak, Erster Sekretär der slowakischen KP, Präsidiumsmitglied des ZK der KPČ; Emil Rigo, slowakische KP.

- b) Durch vorübergehendes Einstellen der sowjetischen Exporte in die CSSR könnten große Bereiche der Industrie lahmgelegt und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung gefährdet werden (die SU deckt den Bedarf der CSSR an Rohöl zu 97%, Erdgas 40%, Eisenerz 66%, Getreide 30%).

Allerdings würde das auch eine erhebliche Belastung für die SU darstellen, da sie selbst auf Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen aus der CSSR angewiesen ist (10% des gesamten SU-Imports).

- c) Weitere Druckmöglichkeiten wären:

- Beharren auf dem bisherigen sowjetischen Außenhandelsanteil, auch für die Jahre 1971 bis 1975
- Beharren auf dem bisherigen Waffenlieferungsanteil der CSSR für die Entwicklungsländer
- die Forderung, die Rüstungsindustrie der CSSR auszubauen.

Alle diese Möglichkeiten sind – ich greife hier vor – auch für die Zukunft als sehr wesentliche Druckmittel der Sowjets denkbar.

Militärischer Druck

1. Sowjetische Forderung, kurzfristig auf dem Boden der CSSR Warschauer Pakt-Manöver durchzuführen, der die CSSR nach anfänglichem Widerstand nachgeben mußte.

Mit den Vorbereitungen wurde außergewöhnlich früh begonnen. Die Rückführung der sowjetischen Truppen, die am Manöver beteiligt waren, wurde stark hinausgezögert, mit letzten Teilen bis vor wenigen Tagen.

An dieser Stabs- und Fernmeldeübung nahmen nicht nur 2 höhere Stäbe und 10 Divisionsstäbe teil, sondern auch 5 Regimenter Markierungstruppen mit mindestens 600 Panzern, zusammen: etwas über 25000 Mann, davon 20000 Sowjets. Übungszweck (tatsächlicher):

- Verlegung sowjetischer Truppen [auf³⁹⁶ csl[.] Boden zur Verstärkung des Drucks auf die politische Führung und die Bevölkerung der CSSR
- Nachweis unzureichender Sicherung der csl-Westgrenze zur Begründung der Forderung nach einer Stationierung sowjetischer Verbände in der CSSR, die mit der Notwendigkeit einer wirkungsvolleren Sicherung der csl-Westgrenze begründet wurde.

Diese Begründung ist doppelt „fadenscheinig“

- a) Die SU weiß, daß keine militärische Gefahr vom Westen droht
- b) Was die Sowjets befürchten können, nämlich eine Infiltration von Ideen, kann man nicht mit 2 Divisionen verhindern.

Ein Eingehen der tschechischen Regierung auf diese Forderungen wurde nicht erreicht.

2. Pressionstruppen

Seit Juni stehen, in den letzten Juli-Tagen noch verstärkt, rund 20 sowjet. Divisionen in der SBZ, Polen, der SU und Ungarn einsatzbereit an den Grenzen der CSSR.

Sie waren als massives Druckmittel gedacht, fraglos aber auch für eine etwa notwendige militärische Intervention einsatzbereit.

Welche Gründe gegen eine militärische Intervention für die SU vorliegen, ist oben erwähnt.

Sie war sicher nur als alleräußerstes Mittel gedacht.

Wenn die Sowjets zu diesem Mittel gegriffen hätten, würden sie als Vorwand benutzt haben:

- a) innere Unruhen in der CSSR (die man provozieren konnte)
 - b) Hilferufe moskautreuer Kreise in der CSSR
3. Provokationen anderer Art (s. Gleiwitzer Sender)[,] für die man sich die Möglichkeit durch Einschleusen von Soldaten in Zivil geschaffen hatte (s. auch angebliche Waffenfunde)

3. Phase

Nach einem tschechischen Versuch, durch Loyalitätserklärungen Smrkovskys³⁹⁷ in der SU die Atmosphäre zu verbessern, trat Ende Juni eine wesentliche Verschärfung der Lage ein.

Ernste Unbotmäßigkeiten wurden in der CSSR offenbar,

- Manifest der 2000 Worte (Waculik)³⁹⁸
- ideologische Kontroverse des Parteiideologen Cisar mit Moskau
- Ausschaltung konservativer Funktionäre auf Distrikts- und Kreisebene
- Streikaufrufe
- Aufforderung zur Errichtung von Masaryk-Denkmalern³⁹⁹
- General Prchlík's⁴⁰⁰ Forderung auf (!) Reform des Warschauer Pakts.

Die SU

erkannte, daß jetzt die Toleranzgrenze durch

- Gefährdung der Führungsrolle der KPC mit allen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen
- Kritik an den Führungsmethoden im Warschauer Pakt

überschritten war.

Moskau erhob an Prag [sic!] offiziell den Vorwurf, die neuen Machthaber seien gegenüber der subversiven Zusammenarbeit der „Konterrevolutionäre“ mit dem imperialistischen Westen untätig.

397 Josef Smrkovský, 1968 Mitglied des Präsidiums des ZK der KPČ.

398 Ludvík Vaculík, Autor und Journalist.

399 Jan Masaryk, 1939 und ab 1945 Außenminister der Tschechoslowakei, 1948 nach der Machtübernahme der tschechoslowakischen KP unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommen.

400 Václav Prchlík, 1968 Leiter der Abteilung für Armee, Polizei und Justiz beim ZK der KPČ, auf sowjetischen Druck entlassen.

Damit verschaffte sich Moskau die Basis zu intervenieren, die nach Auffassung des Kremls legal war bei

- Gefährdung des sozialistischen Internationalismus
- Zwang zur brüderlichen Hilfe.

CSSR

Die Prager Regierung blieb fest.

Sie führte mit großem taktischen Geschick ihre politischen Gefechte.

Immer noch lehnte Dubcek den Parteienpluralismus klipp und klar ab und stellte die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt nicht in Frage.

Gegenüber der sowjetischen Forderung auf [sic!] multilaterale Gespräche mit den orthodoxen Parteien, die nach Prager Ansicht zum Tribunal werden würden, schlug man bilaterale Gespräche vor.

Prag wurde gestärkt durch

- jugoslawische und rumänische Ermunterungen
- Sympathiekundgebungen einer Vielzahl anderer kommunistischer Parteien, besonders Italien[,] nach anfänglichem Schwanken auch KPF.

Dabei war man sich in Prag völlig darüber klar, daß

- vom Westen keine Hilfe zu erwarten sei (tatsächlich erfolgte nur eine diplomatische Warnung vonseiten der USA)
- und daß jedes Hilfsangebot aus dem Westen auch die Gefahr in sich trüge, Vorwand zu einer Intervention der SU zu geben.

4. Phase

Am 15.7. fand in Warschau eine Konferenz der orthodoxen K[P]en statt. Das Ergebnis fand seinen Niederschlag in einem Brief an das ZK der KPC, der

- betonte, daß der „Fall CSSR“ Angelegenheit aller sozialistischen Staaten sei,
- alle tschechischen Sünden aufführte,
- der CSSR, besonders der Presse[,] Feindseligkeit gegen die Verbündeten vorwarf,
- die Basis des Sozialismus bedroht erklärte,
- und betonte, daß die Zurückweisung der Angriffe antikomunistischer Kräfte in der CSSR auch Sache der Bruder-K[P]en sei.

Der Brief stellte Dubcek vor die Alternative,

- entweder administrative Maßnahmen gegen die Extremen zu ergreifen,
- oder Gefahr zu laufen, für Moskau hinsichtlich seiner eigenen Loyalität unglaubwürdig zu werden.

Dubcek nahm diese Gefahr auf sich.

Am 18.7. antwortete er auf den Brief in einer Rede, die eine massive Herausforderung an Moskau darstellte.

- Der an das ZK der KPC gerichtete Brief wurde nicht vom Plenum, sondern vom Präsidium des ZK beantwortet – ein Schachzug Dubceks, den er angesichts der unklaren Mehrheitsverhältnisse im Plenum für zweckmäßig hielt.
- Durch Hinzuziehen von Delegierten für den XIV. Außerordentlichen Parteikongreß zu der für den 19.7. anberaumten Sitzung des ZK-Plenums versuchte Dubcek, das Plenum zugunsten der Reformer und Progressisten zu beeinflussen.
- Dubcek wich von der sowjetischen Auffassung des Marxismus-Leninismus ab. Er erklärte: „Die KP ist von der freiwilligen Unterstützung des Volkes abhängig. Sie erfüllt ihre führende Rolle nicht dadurch, daß sie über die Gesellschaft herrscht, sondern dadurch, daß sie der freien, fortschrittlichen sozialistischen Entwicklung dient.“

Damit setzte er sich dem Vorwurf des „Revisionismus“ mit allen Konsequenzen aus.

Diese Antwort wurde am folgenden Tage vom ZK-Plenum infolge Fernbleibens einiger Konservativer einstimmig gebilligt.

Jetzt galt es für Moskau nicht mehr Dubcek gegen die Extremisten zu schützen. Jetzt fühlte sich der Kreml von Dubcek selbst angegriffen und mußte sofort handeln.

Am 20.7. schlug Moskau daher bilaterale Gespräche vor [...],⁴⁰¹ die am 22./23. In Moskau, Kiew oder Lemberg stattfinden sollten.

Teilnehmer:

- Vollzähliges Politbüro der KPdSU
- vollzähliges Präsidium des ZK der KPC

Vom 21. bis 29.7. Tauziehen

- a) um den Ort (die Tschechen wollten nicht in die SU)
- b) und Zeit

Unklar war, wer verschob.

- Die Tschechen, weil sie die Hilfe Belgrads und Bukarests erhofften (angebliche Besuche Titos⁴⁰² pp.) und den endgültigen Abzug der sowjetischen Truppen abwarten wollten,
- oder die Sowjets, die erst ihren militärischen Druck weiter verstärken wollten.

Der militärische Druck wurde verstärkt

- a) durch Ankündigung und Durchführung großrahmiger Manöver der Luftverteidigung und der rückwärtigen Dienste im westlichen Rußland.

401 Im Dokument Wortdoppelung.

402 Tito ((Josip Broz), Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien.

Angegebener Übungszweck:

Einspielen der Organisation der rückwärtigen Dienste und der Versorgung der Truppen, Überprüfung der Einsatzbereitschaft und der Hilfsquellen unter Heranziehen von Reservisten und Fahrzeugbestellung aus dem nichtmilitärischen Bereich.

Sicher echt, aber nicht zu diesem Zeitpunkt.

Entscheidender Zweck:

- Verstärkung des Drucks auf die CSSR
- Abschreckung gegenüber dem Westen, damit Abdeckung für eine etwaige militärische Intervention in der CSSSR.

Ab Ende Juli wurde die Übung auf das Gebiet der SBZ und Polens unter Beteiligung der NVA und PVA ausgedehnt.

b) Zu gleicher Zeit (28. bis 30.7.) wurden in einem Stoßaufmarsch die Verbände der Landstreitkräfte und der taktischen Luftstreitkräfte mit Schwerpunkt in der SBZ und in Polen bis dicht an die Grenzen der CSSR herangeführt.

Am 23.7. sandte Moskau eine neue Note an Prag:

- Besorgnis um Sicherheit der Westgrenze
- Forderung auf [sic!] Kontrolle der Presse
- Protest gegen Aktivität bestimmter CSSR-Vertreter
- „Ihr seid von eurer Haltung im Mai abgedrückt!“

Gleichzeitig aber lenkte Moskau, nachdem es schon bezüglich der Bilateralität der Gespräche Konzessionen gemacht hatte, auch hinsichtlich des Besprechungsortes ein.

Das ließ das große Interesse Moskaus an einem Beilegen des akuten Konflikts ohne militärischen Einsatz erkennen.

Auch auf tschechischer Seite waren Anzeichen einer gewissen Kompromißbereitschaft zu erkennen

- Ablösung Prchliks (bei gleichzeitiger Auflösung der Abteilung für staatliche Verwaltung beim ZK, die für Militär und Sicherheit zuständig war)
- Bemühungen, die Presse nach Abschaffen der Vorzensur wieder einzufangen durch
 - Verantwortung der Redakteure
 - Beiräte
 - Stillhalteabkommen
 - Aufstellen eines Katalogs von Staatsgeheimnissen und Tabus.

Mit den Verhandlungen in Cierna am 29.7. kam es dann zu einer neuen Phase.

Wir hatten am Vorabend die Prognose gestellt,

- a) daß es das Ziel der Sowjets sei
- die aktuelle Spannung zu überwinden, die sie vor die Alternative stellte: Nachgeben oder Marschieren.
 - die cs[.] Entwicklung auf die Ebene eines für die SU tragbaren Reformkurses zurückzudrängen,
 - durch Anerkennung des „sozialistischen Internationalismus“ seitens der CSSR ein faktisches Mitspracherecht zu stabilisieren.
- b) daß Dubcek versuchen würde, seine bisherigen Errungenschaften der Reformen durch Entgegenkommen in Blockfragen zu sichern, daß er aber durch seine Rede am 18.7. und die Zusicherung vor dem Abflug nach Cierna, Ehre und Souveränität zu wahren, sich selbst Steine auf den Weg zu solchen Konzessionen gelegt habe.

Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, nicht wegen redaktioneller Schwierigkeiten beim Abfassen des Schlußkommuniqués, sondern wegen Unvereinbarkeit der beiden Standpunkte.

Es entstand der Eindruck, daß die Sowjets, um die andere Seite weich zu machen, die Frage einer Stationierung sowjetischer Truppen in der CSSR intensiv hochspielten.

Das Kommuniqué am 1.8. abends bestätigte unsere Prognose.

Die Tatsache, daß sich das Präsidium des ZK der KPC zu multilateralen Gesprächen mit den orthodoxen Parteien bereiterklärt hatte, bedeutete eine bemerkenswerte Konzession Prags.

Der durch Moskau kurzfristig angesetzte Termin für Preßburg sollte einen etwaigen Besuch Titos und Ceausescus⁴⁰³ in Prag zuvorkommen und [eine]⁴⁰⁴ Stärkung der Prager Position verhindern.

Die Preßburger Erklärung brachte dann eine zumindest vorübergehende Entspannung.

Sie brachte Dubcek Entlastung von der unmittelbar drohenden Gefahr einer Intervention und gab ihm Zeitgewinn.

Sie brachte den Sowjets Befreiung von dem Dilemma

militärischer Eingriff oder Hinnahme der Herausforderung[,]

in das sie sich selbst hineinmanövriert hatten,

sie brachte aber keine Beseitigung des Krisenherds.

Sowjetische Zugeständnisse:

- Billigung des Reformkurses in der CSSR auf der Basis von März, notfalls Mai (Festhalten am Leninismus)
- „Warschauer Brief gehört der Geschichte an“.

403 Nicolae Ceauşescu, Vorsitzender des Staatsrats von Rumänien, Erster Sekretär des ZK der rumänischen KP.

404 Im Dokument: seine.

Tschechische Zugeständnisse:

- Erneute Verpflichtung Prags auf den außenpolitischen Kurs Moskaus. Schärfste Bindungen hinsichtlich der Europa- und Deutschlandpolitik (damit manche Fäden zu Prag fragwürdig, manche Hoffnungen zerstört).
- Bereitschaft zur Intensivierung der Zusammenarbeit im Warschauer Pakt und Comecon.
- Bekenntnis zur Moskauer Auffassung des Leninismus (damit Cissars Anfechtung des Monopols der sowjetischen Auslegung und Dubceks Brief hinfällig).

Schwierigkeiten ergeben sich für Prag vornehmlich in 2 Bereichen

1. Die Tschechen haben sich erneut auf die sowjetische Hierarchie der Werte festgelegt, nach der
 - die Prinzipien des proletarischen Internationalismus
 - und
 - die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten
 - vor
 - der Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten
 - und
 - der Achtung der Souveränität
 - rangieren.

Wenn auch infolge von Widersprüchlichkeiten in der Erklärung Auslegungsmöglichkeiten zugunsten Prags durchaus gegeben sind, so wird die SU sich doch nicht scheuen, zur Legitimation einer ihr abermals notwendig erscheinenden Einmischung die Unterschrift der csl[,] Delegation unter das Preßburger Dokument gegen Prag auszuspielen.

Die von der Presse vielfach aufgestellte These, die CSSR sei außenpolitisch an der Kette, habe aber innenpolitisch frei Bahn, ist falsch.

Im Kommunismus lassen sich außen- und innenpolitische Entwicklung nicht trennen.

Das sehen wir auch im wirtschaftlichen Bereich:

schon eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit innerhalb des Comecon kann sich negativ auf die geplanten Reformen Prags auswirken und die von der CSSR angestrebte Öffnung nach dem Westen (Intensivierung des csl[,] Westhandels) verhindern.

2. Die csl[.] Unterschrift unter das Dokument bedeutet einen erheblichen Rückschlag für Prag. Die Billigung des Reformkurses für Dubcek [sic!] auf der Basis des März-Plenums verlangt von ihm
- das Rad der Entwicklung um 2 Phasen zurückzudrehen, also sich auf Reformen hinsichtlich Form, Methoden und Stil zu beschränken und keine Strukturänderungen vorzunehmen
Ein solches Zurückdrehen ist immer schwierig, zumal Dubcek sich hier selbst desavouieren muß[.]
 - Dubcek ist heute in einer viel schwierigeren Lage als im März oder auch Mai. Das tschechische Volk hatte ihm das Mandat (Unterschriftensammlung) für weitergehende Forderungen gegeben. Dubcek erscheint vielleicht heute den Sowjets gegenüber wieder loyaler und glaubwürdiger (Zweifel).
Aber dem tschechischen Volk gegenüber ist er unglaubwürdiger geworden.
 - Die Opposition nicht nur der Extremen, sondern weitester Kreise, vornehmlich der Jugend gegen Preßburg macht sich in Unzufriedenheit und Enttäuschung bemerkbar.

Die den Konservativen nahestehenden Männer im ZK fühlen sich gestärkt.

- Es ist fraglich, wie die Slowaken sich in dieser Situation verhalten werden.

Das alles muß Dubcek jetzt wieder in den Griff bekommen.

Die Tschechen sind zwar Meister der Taktik, sie werden versuchen, ihre Reformen fortzuführen.

Aber Moskau wird um einen Anlaß nicht verlegen sein, erneut seinen Druck aufzunehmen und sich einzumischen,

- wenn Prag die „Achtung vor der Souveränität“ in einem für Moskau nicht tragbaren Widerspruch zu den „Prinzipien des proletarischen Internationalismus“ sieht,
- oder wenn Dubcek mit der „Bewältigung seiner jüngsten Vergangenheit“ in der CSSR nicht fertig wird.

Noch stehen die Pressionstruppen;

aber selbst wenn sie abzögen, so bedeutet das nicht, daß Moskau seine Absicht aufgibt, Prag – auch hinsichtlich seiner innerpolitischen Entwicklung – fest an der Kandare zu halten.

6.

Militärische Auswertung des BND (BND-05-n), Dringendes Fernschreiben Nr. 1579 geh.-Bronze an das Bundesverteidigungsministerium, Führungsstab der Streitkräfte, Referat II (Fü S II 3) über Meldungen über eine bevorstehende Intervention, 20. August 1968⁴⁰⁵

[...].⁴⁰⁶

+Dringendes Fernschreiben Nr. 1579 vom 20.17.68 Aug 68

an: BMVtdg Fü S II 3 (shd)

BMVtdg Fü H II 2

BMVtdg Fü L I 6

BMVtdg Fü M II 2

Lw-Amt Abtl NwLw foa

von: BND-05-n

geheim-Bronze

Betr.: Nachtrag Ko 3

NZU

18 Aug – Fühbereich 1. GdPzArmee GSTD

- a) Bevorstehende Bewegung in die CSR wahrscheinlich am ...?
 - b) Ein Btl ist von der Stabsüb zurückgerufen worden
 - c) u/i Tle werden aufbrechen
 - d) Das ist kein Gerücht, sondern echt.
Der Btl.-Kdr hat es gesagt als sie sich aufstellten
 - e) Wir bauen nicht ab um zurückzugehen, sondern alle Kraft voraus.
- Eigene Anmerkung: Hier keine weiteren Hinweise auf derartige Absichten und Auslösung „besonderer Maßnahmen“.

[...]. 522196 wsia de rgfaasoo nsl 1579 20/1658a [...].⁴⁰⁷

405 BND-Archiv, 1136, Bl. 48.

406 Sendevermerke. Zahlreiche Unterstreichungen per Hand rühren von der nachträglichen Aufarbeitung im BND her und sind hier nicht angegeben.

407 Weitere Sendevermerke. Teilabdr. wg. Angabe der Uhrzeit.

7.
Fernmelde-Aufklärung, „Elektronische Nachrichtenlage“
Nr. 159/68, 21. August 1968⁴⁰⁸

PFH⁴⁰⁹

IV A-B

Az. 41-51-10-15 Meldedienstliche Verschlusssache BM⁴¹⁰

Elektronische Nachrichtenlage

Nr. 159/68

Meldungsabschluß 211400 Uhr

Das Wichtigste:

Besetzung CSR:

Nordwestböhmen Teile Armee DRESDEN, Westböhmen u/i (ebenfalls Armee DRESDEN?), Raum nördl. PRAG Armee EBERSWALDE, Raum ostw PRAG möglicherweise Teile NGT, in mittlerer CSR Teile SOW/PVA. SLOWAKEI Teile MilBez KARPATEN, Großraum PRESSBURG Teile SGT.

Evtl[.] Beteiligung NVA, UVA und weitere nicht erkannt. –

Führungszentrum (Stab 24. FrontLA) bisher Raum CHEMNITZ – MARIENBERG 21 aug vormittags in ZATEC.

Sowj. takt[.] FlgKr aus der USR landeten auf FIPI MILOVICE, PRAG, HRADISTE KRALOVE, ZATEC, CASLAV, MIMON, MOSNOV, CHOTUSICE, PARDUBICE und BECHYNE, Pfl[.] der 37. FrontLA in CASLAV und Pfl[.] der poln[.] LSK in MOSNOV.⁴¹¹

Über evtl[.] weitere Verlegung von figd[.] Verbänden noch keine Erkenntnisse.

CSVA leistete keinen Widerstand.

*Seit 20/21 aug haben alle Agentennetze der sowj (GRU), SBZ (MfS) und in der CSR ihre Tätigkeit unterbrochen.

1.) WP-Truppen in der CSR

- Seit 201041A aug steht Führungsstab LIEGNITZ außer mit Unterstab USHGOROD (Stab Armee SHITOMIR) auch mit Unterstab in BUDAPEST (SGT) in Verbindung.
20 aug abends führte Stab LIEGNITZ noch unverändert die Stäbe DRESDEN (Teilstab des Stabes GSTD), CHEMNITZ (Stab 1. GdPzArmee)[.] BAUTZEN (20. GdArmee), WEISS-WASSER (Tle NVA?), SAGAN (Tle NGT?), HIRSCHBERG (Tle SOW/PVA) und UZHGOROD (Tle MB KARPATEN).

408 BND-Archiv, 9065.

409 Fm-Aufklärung.

410 Einstufung gestempelt und „BM“.

411 Alle genannten Orte per Hand abgehakt.

- Ab 21 aug nachts verlegten Stäbe wie folgt (in Klammern Zeitpunkt der Ortsfeststellung):⁴¹²
 Aus Raum CHEMNITZ (Armee DRESDEN) in Raum
 30 km ostw. KARLSBAD (210420A aug)[.]
 Aus Raum BAUTZEN (Stab Armee EBERSWALDE) in Raum DECIN/
 VS 42 (210600A aug), nachgeordneter Stab/Teile aus Raum
 SEBNITZ in den Raum 20km nordostw. PRAG (210600A aug).
- Von LIEGNITZ geführte u/i-Stäbe verlegten:
 Aus Raum südostw. CHEMNITZ in den Raum CESKA LIPA (210500A aug)[,] aus Raum LIEG-
 NITZ in den Raum südostw. NYMBURK (210807A aug).
- Weiterhin werden von LIEGNITZ je ein Stab im Raum STRIBRO/UR 51 (210855A aug) und im
 Raum ZITTAU-LIBEREC (identisch mit Armeestab EBERSWALDE Raum DECIN?) (210536A
 aug) geführt.
 Ein u/i-Stab im Raum südostw[.] KARLSBAD (Division?) führte einen Stab im Raum ML
 Boleslav (VR 93).
 Zwischen zwei u/i-FmStellen wurden folgende Meldungen abgesetzt: 210507A aug
 „Beschleunigen den Vormarsch ins Gebiet ...“
- 210623A aug „Alle Ausgänge aus PRAG blockieren, die Eisenbahnverbindungen mit PRAG
 sperren.“
- 210646A aug „Die Meldungen verlegen ... über die Durchführung der Kampfaufträge an den
 Leiter.“
 Seit 210058A aug Auftreten eines sowj. Führungsbereiches mit Unterstäben ostw.
 KARLSBAD (210920A) und nordwestl. PRAG (gleicher Zeitpunkt). Deckwortdurchgaben.
- Über evtl. Einsatz von NVA keine Erkenntnisse, jedoch weiterhin 7. PzDiv und 11. MSD
 außerhalb Standort.
- Stabsteile SOW/PVA im Raum HRADEC KRALOVE (210957A aug) und Teile 10. PzDiv/PVA
 in Räumen MÄHR. OSTRAU (211115A aug) und HRANICE (XQ 99) (gleicher Zeitpunkt).
- Aus MilBez KARPATEN
 Armeeteilstab I Armee (IVANOFRANKOVSK aus Raum USHGOROD in Raum ZILINA
 (211032A aug).
 Stab Div PROSKUROV aus Grenzraum in Raum ZILINA/RUZOMBEROK (210922A aug).
 Stab Div MUKATSCHEVO aus Standort in Raum MISKOLC/DU 82 (210850A aug), vermutlich
 eher auf cs[.] Gebiet.

412 Die folgenden Orte per Hand abgehakt.

- Ein u/i-Stab (Div?) – aus Raum USHGOROD? – in Raum ZILINA-RUZOMBEROK.
Ab 2021 13A aug sehr reger Deckwortabsatz dieser Stäbe (Standortmeldungen?). –
Div LEMBERG unverändert im Raum RYBNIK (südwestl. KATTOWITZ).
- Teile SGT im Raum ostw. PRESSBURG (210534A aug), geführt von einem Stab Raum
ESZTERGOM. –

[...].⁴¹³

413 Es folgen Punkte 2-3, Angaben zu MilBez Baltikum und Weißrussland, danach Detailangaben zu Bewegungen in der DDR, Polen, ČSSR, Ungarn, dann Bewegungen der Luftstreitkräfte und der Marine der Warschauer Pakt-Staaten und Kurzangaben zum Verkehrswesen CSR.

8.

Gerhard Wessel, Präsident des BND, Notiz über die Maßnahmen
in der BND-Zentrale nach Beginn der Intervention,

21. August 1968⁴¹⁴

106⁴¹⁵

21. August 1968

Notiz

Am 21. August 1968 gegen 0200 Uhr telefonische Unterrichtung von MA CHRISTERN⁴¹⁶ über
DPA-Meldung „Einmarsch in CSSR“.

Anschließend laufende Telefonate mit Zentrale, Bonn, Wend[t]⁴¹⁷ usw.

Gegen 0335 Uhr Unterrichtung, daß um 0800 Uhr Kanzlerlage. MA Tellheim⁴¹⁸ gibt erst
Auskunft, daß Maschine 0545 Uhr startklar, ruft dann eine halbe Stunde später an, daß
Maschine nicht in Riem, sondern in Nürnberg zur Reparatur ist. Daraufhin Absage an Bonn und
Beauftragung MA BLUM⁴¹⁹ mit meiner Vertretung.

0700 Uhr Lagezentrum. Bei Vortrag der Funklage Feststellung, daß gestern Nachmittag eine
Funkmeldung von einem befreundeten Dienst vom 18. August 1968 aus dem Bereich der 1.
Gardepanzer-Armee besagt, daß die Truppen sich zum Einmarsch in die CSSR am ... bereit-
halten; „diesmal sei es ernst!“⁴²⁰ Meldung wurde an BMVtdg weitergegeben. Leiter Auswertung
und Präsident wurden nicht unterrichtet – unmöglich!

Etwa 0730 Uhr Anruf bei O i.G. ROSENHAUER⁴²¹ (i.V. FIAdm POSER),⁴²² um festzustellen, ob
er diese Funkmeldung bekommen und entsprechend verwertet hat. O i.G. ROSENHAUER
bejaht.

Etwa 0750 Uhr Anruf bei Sts CARSTENS:⁴²³

Ich komme nicht, schicke MA DEGENHARDT⁴²⁴ in Vertretung bis MA TORGAU⁴²⁵ vom Urlaub
zurück; Hinweis auf Funkmeldung; weitere Einzelheiten – Motive, Stärke der Truppen usw.
nicht bekannt.

414 BND-Archiv, 18668.

415 Präsident des BND.

416 DN; [Ref. Freigabe].

417 Horst Wendland, August 1968 komm. Vizepräsident.

418 DN; Pilot BND-Dienstflugzeug. Unterschiedliche Groß-/Kleinschreibung der Na-
men gem. Dokument.

419 Wahrscheinlich Eberhard Blum, August 1968 Führungsbeauftragter Personal
u.a.

420 Vgl. Dokument Nr. 6.

421 BMVtg Fü S II 2.

422 Günter Poser, BMVtg Fü S II.

423 Karl Carstens, ChBK.

424 DN; Erich Dethleffsen, August 1968 Leiter Auswertung.

425 DN; Klaus Eschenburg, August 1968 Verbindungsbüro Bonn (Büro Vogt).

Veranlasse, daß MA TORGAU und MA PILSEN⁴²⁶ aus dem Urlaub zurückgerufen werden. Bereitschaftsdienst ist angeordnet. 918 und 273⁴²⁷ haben ihre Stellen alarmiert – dies alles funktioniert gut.

I. LEHREN

1. Intern:

- Auswertung der Fernmeldeaufklärung reformbedürftig. Punkt für nächste AL-Besprechung.
- Unterrichtsverfahren funktioniert. Es ist zu erwägen, ob nicht in unruhigen Zeiten 24-Stunden-Dienst für das Lagezentrum durchgeführt werden muß.
- Büro VOGT⁴²⁸ muß bei Abwesenheit des Leiters einen hochwertigen Vertreter haben - am besten DEGENHARDT.

II. BEURTEILUNG

Einmarsch der fünf WARSCHAUer Pakt-Staaten in die CSSR bedeutet eindeutigen Vertragsbruch – Musterbeispiel für kommunistisches Verhalten. Motive im Grundsätzlichen klar, was letztlich zu dem Entschluß des Einmarsches geführt hat, ist noch nicht zu erkennen – vermutlich Ergebnis von Auseinandersetzungen im KREML und anschließendem Sieg der Interventionspartei. Unmittelbare Auswirkungen auf die BRD sind nicht zu erwarten; mittelbare Auswirkungen auf BRD und gesamte Freie Welt werden sich zunächst in einer Verhärtung des Verhältnisses OST/WEST niederschlagen. Diese Situation muß mit allen Mitteln ausgenutzt werden, um die Bündnisse der Freien Welt, vor allem die NATO, militärisch zu stärken – nur so kann eine Gewähr gegeben werden, daß nicht eines Tages ein gleicher Einmarsch in die BRD erfolgt.

Risiko für WARSCHAUer Pakt war militärisch gleich null, da tschechischer Widerstand nicht zu erwarten war und die USA schon vor Wochen erklärten, daß sie militärisch nichts unternehmen würden.

Entwicklung der Situation ist zudem Musterbeispiel für Verlogenheit der kommunistischen Führung: „Einmarsch auf Bitten der tschechischen Regierung.“

426 DN; Hans Pilster, August 1968 Leiter Militärische Auswertung (LMH).

427 918 = Führungsbeauftragter Operativer Geheimer Meldedienst; 273 = Strategische Aufklärung.

428 BND-Verbindungsbüro Bonn.

9.

Lagebüro beim Präsidenten des BND, Aufzeichnung über die politische und militärische Lagebeurteilung durch „Fleurop“-Partner, 2. bis 4. September 1968⁴²⁹

Lagebeurteilung der Fleurop-Partner

106/VI für 106⁴³⁰

Eine vorläufige Zusammenstellung [Paraphe unleserlich]⁴³¹

Frage	Danko (Washington) Stand ⁴³⁷ : 4.9.	Wilhelm (London) Stand: 4.9.	Charly (Bern) Stand: 2.9.
1) Besteht die Auffassung, daß das sowjetische Vorgehen in eine Gesamtbereinigung der Probleme innerhalb der sowjetischen Einflußsphäre in Europa ausgeweitet wird?	Bezl. Rumänien: Möglichkeit kann nicht ausgeschlossen werden. Bezl. Jugoslawien: Möglichkeit sehr gering. Erst nach event. milit. Besetzung Rumäniens	Nein, wahrscheinlich nicht.	Bezl. Rumänien: Mit der Möglichkeit wird gerechnet. Bezl. Jugoslawien: wenig wahrscheinlich.
2) Werden die Sowjets in der Auseinandersetzung mit den Rumänen die Forderung auf Stationierung sowjetischer Truppen erheben und auch gegen Widerstand durchsetzen?	Möglichkeit kann nicht ausgeschlossen werden.	Mit großer Wahrscheinlichkeit nein	Mit der Möglichkeit wird gerechnet.
3b) Würde das nach Moskauer Einschätzung zu ernsthaften Reaktionen der Westmächte führen?	Ja	Ja	Nein

429 Anlage zu BND, 286/68 geh., an ChBK, 5.9.1968, BND-Archiv, 18668.

430 106/VI = Lagebüro Präsident; 106 = Präsident. Vermerk handschr.

431 Vermerk handschr.

437 Unterstreichungen in dieser Zeile von Hand. Vornamen als Tarnbezeichnung für die Verbindungen zu amerikanischem, britischen und Schweizer ND.

Frage	Danko (Washington) <u>Stand</u> ⁴³⁷ : 4.9.	Wilhelm (London) <u>Stand</u> : 4.9.	Charly (Bern) <u>Stand</u> : 2.9.
4a) Wird die SU die bisherige Taktik beibehalten, in der Berlinfrage nur zu Lasten der BRD vorzugehen, die Interessen der Westalliierten jedoch zu schonen?	Beibehaltung bisheriger Taktik	Beibehaltung bisheriger Taktik	Beibehaltung bisheriger Taktik
5) Ist dort etwas über Kontaktversuche Moskau-Peking bekannt geworden?	nein	nein	nein
6) Wird das jetzige oder künftige Vorgehen der SU in Europa das Verhalten in Vietnam beeinflussen oder umgekehrt?	nein	nein	nein
8) Liegen Anzeichen für unterschiedliche Beurteilung der gegenwärtigen politischen Situation innerhalb der Führungsspitze der SU vor?	ja, Stimmenverhältnis im Politbüro wahrscheinlich 8 : 3 für Einmarsch (Gegenstimmen wahrscheinlich Kossygin, Suslow, ⁴³⁸ Masurow ⁴³⁹)	Die widersprüchlichen Berichte lassen noch keine Stellungnahme zu.	ja, unterschiedliche Auffassungen zwischen Kossygin und Breschnew.

438 Michail A. Suslov, Mitglied Politbüro ZK KPdSU.

439 Kirill T. Mazurov, Mitglied Politbüro ZK KPdSU und Erster Stellv. Vors. des Ministerrats.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Archiv des Bundesnachrichtendienstes, Pullach (BND-Archiv)

Sachakten

Verfilmungen Altakten

Dienststellenakten

personenbezogene Akten

Nachlässe

- N 1, NI Wessel
- N 3, NI Pilster
- N 10, NI Weiß
- N 14, NI Hepp
- N 71, NI von Seydlitz-Kurzbach

VS-Registrierung Bundeskanzleramt, Berlin (VS-Registrierung BK)

Einzelakten BND

Bundesarchiv Koblenz (BArch)

B 136, Bundeskanzleramt

B 206, Bundesnachrichtendienst

Bundesarchiv Sankt Augustin-Hangelar (BArch Hangelar)

B 136, Bundeskanzleramt

Bundesarchiv Militärarchiv, Freiburg im Breisgau (BA-MA)

BW 1, Registratur der Leitung des BMVtG

BW 2, Führungsstab der Streitkräfte

BH 1, Führungsstab des Heeres

BL 1, Führungsstab der Luftwaffe

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA AA)

B 41, UdSSR 1963–1972

B 42, Osteuropa, 1967–1972

B 130, Sammelbestand Deklassifizierte Akten des AA

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD)

Depos. Egon Bahr,

Depos. Willy Brandt

Depos. Helmut Schmidt

SPD-Bundestagsfraktion, 3.–7. WP (verz. u.U. als BTF)

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP)

01-070, NI Hans Globke
01-226, NI Kurt Georg Kiesinger
01-356, NI Werner Marx
01-483, NI Gerhard Schröder

Staatsarchiv Bamberg (StA Bamberg)

NI Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg

Gedruckte Quellen und Online-Editionen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. 1968, 2 Bände, bearb. von Mechthild Lindemann und Matthias Peter, München 1999.

Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1965–1969, 2. Halbband: Januar 1968 bis August 1969, bearb. von Joachim Wintzer u.a., Düsseldorf 2006.

CIA FOIA, Special Collections: Czech Invasion. <http://www.foia.cia.gov/CzechInvasion.asp>

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Band 21: 1968, bearb. von Christine Fabian und Uta Rössel, München 2011.

Karner, Stefan, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan (Hg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 2: Dokumente/Dokumenty, Köln 2008.

Navrátil, Jaromír (Hg.): The Prague Spring 1968. A National Security Archive Documents Reader, Budapest 1998.

Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974, bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005.

Zdanovič, A. A. (Hg.): Čechoslovačkie sobytija 1968 goda glazami KGB i MVD SSSR. Sbornik dokumentov, Moskau 2010.

Memoiren

Allardt, Helmut: Moskauer Tagebuch. Beobachtungen, Notizen, Erlebnisse, Düsseldorf 21973.

Bachmann, Günter: Jahrgang 1915. Ereignisse und Erlebnisse. Politisches und Persönliches, Würzburg 2006.

Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München 21996.

Barzel, Rainer: Ein gewagtes Leben. Erinnerungen, Stuttgart 2001.

Birrenbach, Kurt: Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik, Düsseldorf 1984.

Brandt, Willy: Erinnerungen, Neuausg. München 2003.

Carstens, Karl: Erinnerungen und Erfahrungen, hg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard a. Rh. 1993.

- Diehl, Günter: Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969, Frankfurt/Main 1994.
- Ehmke, Horst: Mittendrin. Von der Großen Koalition zur deutschen Einheit, Reinbek 1996.
- Gehlen, Reinhard: Der Dienst. Erinnerungen 1942–1971, Mainz 1971.
- de Maizière, Ulrich: In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, Hamburg 1997.
- Schmidt, Helmut: Menschen und Mächte, 2 Bände, Berlin 1987–1990.
- Strauß, Franz-Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989.

Sekundärliteratur

- Andrew, Christopher und Vasilii Mitrokhin: The sword and the shield. The Mitrokhin archive and the secret history of the KGB, New York 2001.
- Bald, Detlef: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955–2005, München 2005.
- Bange, Oliver: „A German finger on the trigger“. Die Furcht vor den bundesdeutschen Nuklearaspirationen, der Nichtverbreitungsvertrag und der Aufbruch in die Ära der Entspannung, in: Angst im Kalten Krieg, hg. von Bernd Greiner, Christian Th. Müller und Dierk Walter, Hamburg 2009, S. 278-307.
- Bange, Oliver: Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966–1969, in: Kurt Georg Kiesinger, 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, hg. von Günter Buchstab u.a., Freiburg 2005, S. 455-500.
- Bange, Oliver: Der Prager Frühling. Johnsons Strategie und Brandts Sonderrolle, in: Krisen im Kalten Krieg, hg. von Bernd Greiner u.a., Lizenzausg. Bonn 2009, S. 412-445.
- Bauer, Friedrich L.: Entzifferte Geheimnisse. Methoden und Maximen der Kryptologie, Berlin 2000.
- Bischof, Günter: „No action“. Die USA und die Invasion in die Tschechoslowakei, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 319-354.
- Blažek, Petr; Žáček, Pavel: Tschechoslowakei, in: Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, hg. von Łukasz Kamiński, Krzysztof Persak und Jens Gieseke, Göttingen 2009, S. 395-480.
- BND (Hg.): Der Auslandsnachrichtendienst Deutschlands, Berlin 2013.
- The CIA and strategic warning: The 1968 Soviet-led invasion of Czechoslovakia. An overview. www.foia.cia.gov/sites/default/files/document_conversions/19/2009-09-01.pdf.
- Clausen, Ingrid; Miller, Edward: Intelligence Revolution: Retrieving the Corona Imagery that helped win the cold war, Chantilly 2012.
- Creuzberger, Stefan: Westintegration und neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik, Berlin 2009.
- Dawisha, Karen: The Kremlin and the Prague spring, Berkeley 1984.
- Dockrill, Saki R.: Verteidigung und Entspannung. Großbritannien und die Tschechoslowakei, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 365-386.
- Foschepoth, Josef: Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2012.
- Friis, Thomas Wegener: Dänemark – NATO-Horchposten zur Ostsee, in: Prager Frühling. Das interna-

- tionale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 617-632.
- Garthoff, Raymond L.: Foreign intelligence and the historiography of the Cold War, in: *Journal of Cold War Studies* 6 (2004) 2, S. 21-56.
- Gassert, Philip: Kurt Georg Kiesinger, 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006.
- Grabau, Rudolf: Fernmeldeelektronische Aufklärung, Elektronische Gegenmaßnahmen und Elektronischer Kampf im Heer in den Jahren 1957 bis 1990, Bonn 1998.
- Grabau, Rudolf: Die Fernmeldetruppe EloKa des Heeres 1956–1990, Band 1, Bonn 1995.
- Hammer, Elke-Ursel: „Archivwesen“ im Bundesnachrichtendienst und Bestand B 206 im Bundesarchiv. Vom Quellen-/Methodenschutz und dem historischen Interessen, in: *Mitteilungen aus dem Bundesarchiv* 12 (2004)1, S. 42-44.
- Hansalek, Erik: Die parlamentarische Kontrolle der Bundesregierung im Bereich der Nachrichtendienste, Frankfurt/Main 2006.
- Heidenreich, Ronny: Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand am 17. Juni 1953, Marburg 2013.
- Henke, Klaus-Dietmar: 3. Rosenberg-Symposium (Vortrag), Berlin, 8.5.2013. www.uhk-bnd.de/wp-content/uploads/2013/05/Klaus-Dietmar-Henke-3.Rosenburg-Symposium-8.5.2013.pdf
- Herman, Michael: Intelligence in the Cold War: Did it matter?, in: Carlos Collado Seidel (Hg.), *Geheimdienste, Diplomatie, Krieg. Das Räderwerk der Internationalen Beziehungen. Zum 65. Geburtstag von Wolfgang Krieger*, Münster 2013, S. 55-69.
- Hess, Sigurd: Der Zusammenprall der Nachrichtendienste in der Ostsee während des Kalten Krieges, in: Carlos Collado Seidel (Hg.), *Geheimdienste, Diplomatie, Krieg. Das Räderwerk der Internationalen Beziehungen. Zum 65. Geburtstag von Wolfgang Krieger*, Münster 2013, S. 85-101.
- Hörauf, Dominic: Die demokratische Kontrolle des Bundesnachrichtendienstes. Ein Rechtsvergleich vor und nach 9/11, Hamburg 2011.
- Hoppe, Jiří: Die Aufhebung der Zensur, in: *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge*, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 115-132.
- Karner, Stefan u.a.: Der „Prager Frühling“ und seine Niederwerfung im internationalen Kontext, in: *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge*, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 17-78.
- Kramer, Mark: The Czechoslovak crisis and the Brezhnev doctrine, in: 1968. The world transformed, hg. von Carole Fink, Philipp Gassert und Detlef Junger, Cambridge 1998, S. 111-172.
- Krieger, Wolfgang: „Official history“ in Deutschland: Der Bundesnachrichtendienst und seine Geschichte, in: *Licence to detect. Festschrift für Siegfried Beer zum 65. Geburtstag*, hg. von Alfred Ableitinger und Martin Moll, Graz 2013, S. 561-577.
- Latyš, M. V.: „Pražská vesna“ 1968 g. i reakcija Kremlja, Moskau 1998.
- Lukes, Igor: Showdown in der Kapelle. Der tschechoslowakische Geheimdienst 1968, in: *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge*, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 792-805.
- Merseburger, Peter: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart 2002.
- MGFA (Hg.): Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950–1972, München 1975.

- Müller, Peter F., Michael Mueller und Erich Schmidt-Eenboom: Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte, Reinbek 2002.
- Niedhart, Gottfried: Die Ostpolitik der Bundesrepublik und die Normalisierung der Beziehungen zur Tschechoslowakei 1967 – 1973, in: Die Tschechoslowakei und die beiden deutschen Staaten, hg. von Christoph Buchheim u.a., Essen 2010, S. 103-121.
- Offiziersgemeinschaft des ehemaligen Zentrums für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (Hg.): Von der Fernmeldedienststelle der Streitkräfte zum Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, CD-ROM, Gelsdorf 2007.
- Pahl, Magnus: Fremde Heere Ost. Hitlers militärische Feindaufklärung, Berlin 2012.
- Pali, Alexander I.: Technik und Methoden des funkelektronischen Krieges, Ost-Berlin 1968.
- Pauer, Jan: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung, Bremen 1995.
- Pauer, Jan: 1968. Der „Prager Frühling“ und die Deutschen, in: Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848 – 1989, hg. von Detlef Brandes, Dušan Kováč und Jiří Pešek, Essen 2007, S. 263-285.
- Pedlow, Gregory W. und Donald E. Welzenbach: The CIA and the U-2 program, 1954 – 1974, Washington 1998.
- Petrov, Nikita: Der „Prager Frühling“ im Visier des KGB, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 761-777.
- Pichoja, Rudolf G.: Čechoslovákija, 1968 god. Vzgljad iz Moskvy. Po dokumentam CK KPSS, in: Novaja i novejšaja istorija, (1994) 6, S. 3-20 und (1995) 1, S. 34-48.
- Pichoja, Rudolf G.: Sovetskij Sojuz. Istorija vlasti 1945 – 1991, Moskau 1998.
- Plainer, Horst und Hubert Speckner: Zur Verstärkung der nördlichen Garnisonen ... Der „Einsatz“ des österreichischen Bundesheeres während der Tschechenkrise im Jahr 1968, Wien 2008.
- Prozumenščikov, Michail: Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 205-241.
- Revoluční a bojové tradice II. správy SNB. Zdroj sily a úspěchů v boji proti nepřátelským rozvědkám, Prag 1983.
- Rouček, Libor: Die Tschechoslowakei und die Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1989. Bestimmungsfaktoren, Entwicklungen und Probleme ihrer Beziehungen, München 1990.
- Ruggenthaler, Peter und Harald Knoll: Die Moskauer „Verhandlungen“, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 717-737.
- Schattenberg, Susanne: „Sascha, ich würde Dir gern glauben, aber versteh' auch Du mich ...“ Breschnew, Dubček und die Frage von Kadern und Vertrauen im Konflikt um den Prager Frühling 1968, in: Historische Anthropologie 21 (2013) 2, S. 227-250.
- Schneider, Peter: The evolution of NATO: the Alliance's strategic concept and its predecessors, 1945 – 2000, München 2000.
- Schwarz, Hans-Peter: Die Regierung Kiesinger und die Krise in der ČSSR 1968, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 159-186.

- Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Konrad Adenauers Regierungsstil, Bonn 1991.
- Soell, Hartmut: Helmut Schmidt, Band 1: 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft, München 2003.
- Steur, Donald P.: Die CIA und die Invasion in der Tschechoslowakei, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 779-789.
- Stokosa, Katarzyna: Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990, Göttingen 2011.
- Suncev, V. P.: Operacija „Dunaj“. www.dunay1968.ru
- Tantzscher, Monika: Maßnahme "Donau" und Einsatz "Genesung". Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, Berlin 1998.
- Uhl, Matthias: „Schlicht verschlafen?“ Der Bundesnachrichtendienst und die Invasion des Warschauer Paktes im August 1968 in die CSSR, in: Studies & Comments 10: The influence of intelligence services on political decision-making, hg. von Volker Foertsch und Klaus Lange, München 2010, S. 71-78.
- Uhl, Matthias und Armin Wagner: „Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen nachrichtendienstlicher Aufklärung“. Bundesnachrichtendienst und Mauerbau, Juli-September 1961, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 681-725.
- ÚZSI (Hg.): Directorate I of the Ministry of the Interior and the „Prague Spring“. An anthology of papers on the history of the Czechoslovak foreign intelligence service between 1948 and 1989, Prag 2012.
- Vartanov, Valerij: Die militärische Niederschlagung des „Prager Frühlings“, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 661-671.
- Vondrová, Jitka: Prag und Moskau, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 171-202.
- Waske, Stefanie: Mehr Liaison als Kontrolle. Die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung, 1955–1978, Wiesbaden 2009.
- Waske, Stefanie: Nach Lektüre vernichten! Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg, München 2013.
- Weiner, Tim: CIA. Die ganze Geschichte, Frankfurt/Main 2008.
- Weiß, Günther K.: Geheime Funkaufklärung in Deutschland 1945–1989, Stuttgart 2005.
- Weiß, Günther K.: Geheime Nachrichtendienste und Funkaufklärung im Zweiten Weltkrieg. Deutsche und alliierte Agentenfunkdienste in Europa 1939–1945, Graz 2009.
- Wenzke, Rüdiger: Die Nationale Volksarmee der DDR. Kein Einsatz in Prag, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Band 1: Beiträge, hg. von Stefan Karner, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan, Köln 2008, S. 673-686.
- Wenzke, Rüdiger: Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995.
- Wenzke, Rüdiger: NVA-Soldaten versteckt in böhmischen Wäldern? Das Rätselraten über die Rolle der DDR-Volksarmee bei der Niederschlagung des „Prager Frühling“ in: Missunderstanding 1968/69. Fremde Zeitgenossen und umstrittene Darstellungen, hg. von Jürgen Danyel, Jennifer Schevardo, Stephan Kruhl (Hg.), Berlin 2008, S. 290-296.
- Wiegrefe, Klaus: Pleiten, Pannen und Legenden, 20.8.2008. http://einestages.spiegel.de/static/topical-bumbackground/2587/pleiten_pannen_und_legenden.html

- Winkels, Martin: Die Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland (1966–1969), Diss. Bonn 2009.
- Zolling, Hermann und Heinz Höhne: Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971.
- Zubok, Vladislav M.: A failed empire. The Soviet Union in the cold war from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill 2009.

Personenregister

- Ahlers, Conrad 106
Alten, Jürgen von 88
Bahr, Egon 21, 57, 76, 105, 110
Barbírek, František 133
Bichler (DN) 34
Bil'ak, Vasil 133
Bittman, Ladislav 50
Blum, Eberhard 29, 146
Blumenfeld, Alfred 58
Bondarenko, Aleksandr F. 58
Bräker, Hans 57
Brandt, Willy 11, 21, 27, 58, 87, 90, 93, 96, 101, 105, 109
Brežnev, Leonid I. 21, 57, 128, 149
Broz, Josip, siehe Tito
Brückner, Hardo 57
Bruhn (DN) 31
Carstens, Karl 9, 107, 109, 146
Ceaușescu, Nicolae 139
Cisaf, Čestimír 129
Coaker, Ronald E. 80
Debré, Michel 59
Degenhardt, siehe Dethleffsen
Dellingshausen, Ewert von 58
Dethleffsen, Erich 34, 37, 38, 110, 124, 125, 128, 146, 147
Diehl, Günter 9
Dobrynin, Anatolij F. 108
Drutschmann, Franz 59
Dubček, Alexander 20, 21, 23, 87, 88, 129, 131, 132, 136, 137, 139, 141
Duckwitz, Georg Ferdinand 49, 58, 94, 101
Elze (DN) 106
Eppler, Erhard 59
Egon (DN) 54
Eschenburg, Klaus 116, 125, 146, 147,
Felfe, Heinz 31
Gehlen, Reinhard 7, 31, 60, 78, 103, 124
Georg (DN) 54
Globke, Hans 103
Gomułka, Władysław 20
Grečko, Andrej A. 22
Greiff, Walter 33
Grewe, Wilhelm 69, 96
Gutenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu 9
Hase, Karl-Günther von 6
Heipertz, Otto 56, 57, 88
Heise (DN) 31
Herder (DN) 55
Herre, Heinz 76
Heyde, Nils von der 107
Hirsch, Martin 8
Hüttenhain, Erich 38
Irland (DN) 101
Johnson, Lyndon B. 112
Kádár, János 20
Kastl, Jörg 56, 109
Kekkonen, Urho 58
Kiesinger, Kurt Georg 6, 9, 51, 103, 108, 109
Knesebeck, Dieter von dem 110
Koester, Hans-Georg von 85
Kolday (General) 133
Kolder, Drahomir 133
Kosygin, Aleksej N. 56, 58, 132
Kühlein, Conrad 110
Lilienfeld, Georg von 58
Maiziére, Ulrich de 5
Marx, Werner 51, 58
Mazurow, Kirill T. 149
Meier, Richard 75
Mommert (DN) 77
Mühlen, Peter zur 10
Müller-Hermann, Ernst 51, 58
Münchberg (DN) 54
Neumann, Heinzgeorg 8, 32
Noebel, Hans 58
Novotný, Antonín 11, 27, 128, 130, 131
Piller, Jan 133
Pilsen, siehe Pilster
Pilster, Hans 77, 81, 110, 127, 147
Pommerening, Horst 58, 59, 94,
Poser, Günter 8, 79, 80, 107, 146
Prazak, Vrajik 58
Prchlik, Vaclav 135, 138
Racky, Ernst 58
Rattay (DN) 50
Reitberger, Johannes 58
Rigo, Emil 133

Ritgen, Udo 10, 29, 38
Ritter, Klaus 37
Rosenhauer, Oberst i.G. 123, 146
Rostow, Walt 6, 108
Ruefe, Hans 108, 125
Sahm, Ulrich 86
Schenk von Stauffenberg, Hans-Christoph 75
Schmidt, Helmut 107, 109
Schmidt, Hermann 45
Schmücker, Kurt 107
Schrammeyer, [Klaus] 90, 94
Schröder, Gerhard 107, 109
Šejna, Jan 52, 128
Seydlitz-Kurzbach, Joachim von 43, 44
Srnkovský, Josef 135
Stauffenberg, siehe Schenk von Stauffenberg
Stein (DN) 54
Stolzhäuser, Hans-Leo 103
Švestka, Oldřich 133
Tito, Josip Broz 135, 137, 139
Torgau, siehe Eschenburg
Ulbricht, Walter 20
Ungermann, Siegfried 34
Vaculík, Ludvík 23, 134
Walde (DN) 54
Wehner, Herbert 105
Weiß, Kurt 27, 62, 102
Wendland, Horst 8, 36
Wessel, Gerhard 9, 17, 29, 31, 34, 36, 38, 52,
75, 84, 97, 98, 99, 101, 105, 146
Westrick, Ludger 36
Wichmann (DN) 37, 104
Wienand, Karl 78
Wilhelm (DN) 50, 148, 149
Winter, August 40
Zarapkin, Semen K. 108
Živkov, Todor 20
zur Mühlen, siehe Mühlen

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACOS	Assistant Chief of Staff
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
AFu	Agentenfunk
AG	Arbeitsgruppe
AK	Arbeitskreis
AL	Abteilungsleiter
Anl.	Anlage
Art.	Artillerie
Ausst.	Außenstelle
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BGS	Bundesgrenzschutz
BK	Bundeskanzleramt
BM	Bundesminister(ium); Einzelmeldungen der FmA
BMG	Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen
BMI	Bundesinnenministerium
BMV(t)g	Bundesverteidigungsministerium
BMWi	Bundeswirtschaftsministerium
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BND	Bundesnachrichtendienst
BPA	Bundespresseamt
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
Btl	Bataillon
BV	Büro Vogt
BVA	Bulgarische Volksarmee
BVO	Belorossijskij voennyj okrug, Militärbezirk Weißrussland
BVR	Bundesverteidigungsrat
BVS	s.u. BfV
Bw	Bundeswehr
ChBK	Chef Bundeskanzleramt
CIA	Central Intelligence Agency
Comecon	Council for Mutual Economic Assistance (= RGW)
cs/Csl	tschechoslowakisch, Tschechoslowakei
ČSLA	Československá lidová armáda, Čechoslovakische Volksarmee
ČSSR/CSSR	Československá socialistická republika, Čechoslovakische Sozialistische Republik
CSVA	s.u. ČSLA
DCI	Director of Central Intelligence (CIA)
Depos.	Depositum
Div	Division
D-Linie	Demarkationslinie
DN	Deckname, Dienstname
DOupV	Deutsche Ostgebiete unter polnischer Verwaltung

dpa	Deutsche Presse-Agentur
dring.	dringend(es)
DV	Datenverarbeitung
ELINT	Electronic Intelligence
FHO	Fremde Heere Ost
FlAdm	Flottillenadmiral
flgd	fliegend
FlgKr	Flugkräfte
FlPI	Flugplatz
Fm	Fernmelde-
FmA	Fernmeldeaufklärung
FOIA	Freedom of Information Act
FS/Fs	Fernschreiben
FüO	(nachrichtendienstliche) Führungsorientierung
Fü B II	Führungsstab der Bundeswehr Abteilung für Nachrichtenwesen
Fü S II	Führungsstab der Streitkräfte Abteilung für Nachrichtenwesen
GdArmee	Garde-Armee
GdPzArmee	Garde-Panzerarmee
geh., g.	geheim
GSTD	Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland
HUMINT	Human Intelligence
HV	Handelsvertretung
I-(mäÙig)	Bereich Aufklärung/Spionage
II-(mäÙig)	Bereich Sabotage, Subversion
III-(mäÙig)	Bereich Abwehr/Gegenspionage
i.G.	im Generalstab
i.V.	in Vertretung
JuGV	s.u. SGT
Kdr	Kommandeur
KN	Klarname
KP	Kommunistische Partei
KPĀ (KPC)	Kommunistische Partei der ĀSSR
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KTV	Kommando Territoriale Verteidigung
L, Ltr.	Leiter
LA	Luftarmee
LMH	Dienststelle Militärische Auswertung
LR	Legationsrat
LSK	Land- oder Luftstreitkräfte
Lw	Luftwaffe
MA	Mitarbeiter
MB	Militärbezirk
MD	Ministerialdirektor
MdB	Mitglied des Bundestags
MDg	Ministerialdirigent
MGFA	Militärgeschichtliches Forschungsamt

MilBez	Militärbezirk
mot.	motorisiert
Ms	Manuskript
MSD	motorisierte Schützendivison
NATO	North Atlantic Treaty Organization
ND, nd	Nachrichtendienst, nachrichtendienstlich
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
NGT	Nördliche Gruppe der Truppen
NSA	National Security Agency
NSC	National Security Council
NVA	Nationale Volksarmee
Nw	Nachrichtenwesen
NZU	nur zur Unterrichtung
OdVO	Odesskij voennyj okrug, Militärbezirk Odessa
OG	Organisation Gehlen
O.i.G.	Oberst im Generalstab
op./Op.	operativ/Operativ-
Org.	s.u. OG
OSINT	Open Source Intelligence
PD	Panzerdivision
pers.	persönlich
Pil	Piloten
PI	Planungsstab
pp.	und so fort
PribVO	Pribaltijskij voennyj okrug, Baltischer Militärbezirk
PrikVO	Prikarpatiskij voennyj okrug, Militärbezirk Karpathen
PrSV	Presse-Sonderverbindung
PVA	Polnische Volksarmee
PVO	Protivovozdušnaja oborona, Luftabwehr
PzDiv	Panzer-Division
Qu.	Quelle
Rgt.	Regiment
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
s.g.	s.u. str. geh.
SGT	Südliche Gruppe der Truppen
SGV	s.u. NGT
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
Si	Sicherheit
SIGINT	Signal Intelligence
SOA, SOW	Sowjetische Armee
StA	Staatsarchiv
St.H.	Steuerungshinweise
str. geh.	streng geheim
StS/Sts	Staatssekretär
SU	Sowjetunion

SV	Sonderverbindung
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
Tle	Teile
TZ	taktische Zeit
UA	Untersuchungsausschuss / Unterabteilung
UAL	Unterabteilungsleiter
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
UHK	Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968
u/i	unidentifizierte Einheiten
Ü-Qu.	Überwachungsquelle
U.Qu.	Unterquelle
UVA	Ungarische Volksarmee
ÚZSI	Úřad pro zahraniční styky a informace, Büro für Auslandsbeziehungen und Information
V, Vertr.	Vertraulich
VfZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
V.i.A.	Vertreter im Amt
VLR	Vortragender Legationsrat
Vors.	Vorsitzender
VS	Verschlusssache
WP	Wahlperiode
WP(A)	Warschauer Pakt
ZK	Zentralkomitee

Die Autoren

Dr. Andreas Hilger

geb. 1967; Studium der Mittleren, Neueren und Osteuropäischen Geschichte und der Slavistik an den Universitäten Köln und Volgograd; 1998 Promotion über „Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941-1956“; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden, und am Seminar für Osteuropäische Geschichte der Universität zu Köln; Lehrtätigkeit an den Universitäten Hamburg und Bremen sowie an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr. Veröffentlichungen zur sowjetischen und zur internationalen Geschichte, zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen sowie zur Geschichte der Nachrichtendienste. Seit Ende 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter der UHK.

Dipl.-Ing. (FH) Armin Müller, M.A.

geb. 1974; Studium der Schiffsbetriebstechnik an der Fachhochschule Flensburg sowie der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, der Osteuropäischen Geschichte und der Friedens- und Konfliktforschung an den Universitäten Marburg, Gießen und Quito; freier Mitarbeiter in der Abteilung Einsatz am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam. Veröffentlichungen zur Reserve der Bundeswehr und zur Geschichte der Nachrichtendienste. Seit Anfang 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter der UHK.

UHK/BND: Studien

Bereits erschienen:

- 1 Ronny Heidenreich: Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand am 17. Juni 1953, 2013.
- 2 Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945–1968: Umriss und Einblicke. Dokumentation der Tagung am 2. Dezember 2013, hg. von der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968, 2014.
- 3 Agilolf Keßelring: Die Organisation Gehlen und die Verteidigung Westdeutschlands. Alte Elitedivisionen und neue Militärstrukturen 1949–1953, 2014.
- 4 Andreas Hilger und Armin Müller: „Das ist kein Gerücht, sondern echt.“ Der BND und der „Prager Frühling“ 1968, 2014.

In Vorbereitung:

- 5 Wolfgang Krieger: Richard Christmann. Agent des BND in Nordafrika, erscheint 2014.

Alle Bände dieser Reihe können auch auf der Internetseite der UHK als PDF abgerufen werden: http://www.uhk-bnd.de/?page_id=340.

Unabhängige Historikerkommission
zur Erforschung der Geschichte
des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968

Wilhelm-Röpke-Str. 6c
35032 Marburg
mail@uhk-bnd.de
www.uhk-bnd.de

Druck und Bindung: Bundesnachrichtendienst
Gestaltung: David Löhr
Satz: deblik Berlin

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliografische
Angaben sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

1. Auflage, Marburg, August 2014

ISBN 978-3-9816000-3-2
ISSN 2199-000X

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 rückten Truppen des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei ein und beendeten gewaltsam den „Prager Frühling“. Vorgegangen waren Monate politischer und militärischer Spannungen. In dieser Situation war der BND gefordert, das politische und militärische Bonn minuziös über die Geschehnisse in der ČSSR und den osteuropäischen Hauptstädten zu informieren. Die Studie beschreibt die Anstrengungen des bundesdeutschen Auslandsnachrichtendienstes, in den Krisenmonaten substanzielle Informationen zu beschaffen, umfassende Analysen der Geschehnisse vorzulegen und verlässliche Prognosen aufzustellen. In der Konkurrenz zu Beobachtern und Analysten des Verteidigungsministeriums und des Auswärtigen Amtes konnte der BND nur in Teilaspekten zusätzliche valide Informationen bereitstellen. Für eine Beurteilung der Fragen nach der Wahrscheinlichkeit, den Intentionen, des genauen Zeitpunkts und den unmittelbaren Folgen einer bewaffneten Intervention Moskaus erwiesen sich die Pullacher Möglichkeiten als begrenzt.

